

Kurt Finker

**ZWISCHEN
INTEGRATION
UND
LEGITIMATION**

Der antifaschistische
Widerstandskampf
in Geschichtsbild
und Geschichtsschreibung
der DDR

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN 1999

KURT FINKER

**ZWISCHEN INTEGRATION
UND LEGITIMATION**

**Der antifaschistische Widerstandskampf
in Geschichtsbild und Geschichtsschreibung der DDR**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN 1999

ISBN 3-932725-91-3

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e.V.
Sternwartenstraße 31
D-04103 Leipzig

Redaktion und Korrektur: Gerhild Schwendler
Satz: Daniel Neuhaus
Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

INHALT

I. Zur Problemstellung	5
1. Vergangenheitsbewältigung in Ost und West	5
2. »Mythos« Antifaschismus?	13
3. Geschichtsschreibung und Politik	15
II. Antifaschistisch-demokratischer Neubeginn	20
1. Antifaschistischer Grundkonsens	20
2. Erster Jahrestag des 20. Juli 1944	29
3. Für die Einheit aller Antifaschisten	36
4. Antifaschistische Aufklärung	44
5. Neuer Geschichtsunterricht	61
III. Im Spannungsfeld zwischen Integration und Legitimation (40er und 50er Jahre)	66
1. Von der Sowjetunion lernen	66
2. Kampf gegen den »Sozialdemokratismus«	68
3. Geschichtsbild mit Widersprüchen	71
4. Die »führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei«	77
5. Kunst, Literatur, Geschichtsschreibung – Fortschritte und Hemmnisse	91
6. Geschichte des Widerstandskampfes – »Vorgeschichte« der DDR	101
IV. Mehr Breite und Differenzierung (60er und 70er Jahre)	109
1. Aufschwung von Forschung und Geschichtsschreibung	109
2. Geschichtsunterricht	114
3. Antifaschismus und »Aufbau des Sozialismus«	126
V. Öffnung und weitere Fortschritte – aber immer noch Defizite (80er Jahre)	145
1. Neue Publikationen und Diskussionen – neue Aspekte	145
2. Für größere Wirksamkeit	157
3. 1990 – der Anschluß und seine Auswirkungen	166
VI. Bilanz und Ausblick	169
Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung	171

1. ZUR PROBLEMSTELLUNG

1. Vergangenheitsbewältigung in Ost und West

Erforschung und Vermittlung der Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland erlangten in der DDR konstitutive Bedeutung, wurden materiell und institutionell gefördert, aber auch politischen Vorgaben unterworfen, weil sie eine wichtige politische Rolle zu spielen hatten. Die Geschichte des Widerstandes gehörte zu den Traditionen, auf denen die DDR beruhte, sie besaß bedeutende Bildungs- und Erziehungsfunktion. Die Darstellung der deutschen Geschichte von 1933 bis 1945 war in Ostdeutschland undenkbar ohne Erwähnung der Gegenkräfte, die in dieser Zeit in Auseinandersetzung mit dem NS-Regime gestanden hatten.

»Zumindest ist es diesem stringenten Prinzip zu verdanken«, bemerkte der (inzwischen verstorbene) Historiker Olaf Groehler treffend, »daß erstmals in der deutschen Geschichtsschreibung den Opfern der Geschichte ein Platz und ein Rahmen eingeräumt wurde, den sie bislang in der offiziellen deutschen Geschichtsschreibung nie gefunden hatten. Denn Forschungen zur Geschichte von 1933 bis 1945 erweisen sich in der DDR in hohem Maße als Forschungen zur Widerstandsgeschichte, die – von der reinen bibliographischen Erfassung her – über ein Drittel aller Publikationen ausmachen, wobei indes Quantität nicht für Qualität stehen muß. Die betonte Berufung auf den Widerstandskampf von Deutschen gegen das NS-Regime trug dazu bei, daß sich namentlich im Geschichtsbewußtsein der Bürger der DDR die Erinnerung an diesen Kampf zu einer Größe verfestigte, die untilgbar war. Ich halte das letztendlich und im Prinzip für ein Verdienst der DDR-Geschichtsschreibung. Ich meine auch, daß das auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ein Vorzug ist, wo eine systematische Beschäftigung mit dem gesamten deutschen Widerstandskampf – klammere ich den 20. Juli 1944 einmal aus – erst zeitversetzt viele Jahre später begann.«¹

Im Juli 1998 konnte man in der Wochenzeitung »Das Parlament« aus Bonn eine Bemerkung lesen, deren Aussage in dieser Zeitung nicht gerade häufig anzutreffen ist. Die sozialdemokratische Historikerin Antje Dertinger, bisher hervorgetreten durch eine Johanna-Kirchner-Biographie, schrieb über die »vergessenen Kinder des Widerstandes« und formulierte: »Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurden, neben der Weißen Rose, lange Zeit nahezu ausschließlich ›die Männer des 20. Juli‹ als Widerstandskämpfer gegen das Naziregime zur Kenntnis genommen. Die ebenso spektakuläre Tat eines Georg

1 Olaf Groehler: Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite (Vortrag in der TU Berlin am 3. Mai 1990). In: Rainer Eckart/Wolfgang Küttler/Gustav Seiber (Hrsg.): Krise-Umbruch-Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft. Stuttgart 1992. S. 408–418.

Elser wurde jahrzehntelang ebenso ignoriert wie der frühe Widerstand aus der sozialdemokratisch und der kommunistisch orientierten Arbeiterschaft oder aus der freien und der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Das war anders in der DDR. Dort waren die antifaschistischen Kämpfer und ihre Familien von Anbeginn hochgeachtet, weil sie die wichtigste ethische Legitimation des Staatswesens verkörperten.«²

Als offizielle Staatsdoktrin galt hier mit Recht, die entscheidenden Lehren aus der deutschen Geschichte der jüngsten Zeit gezogen zu haben: Ausrottung des Militarismus und Faschismus, insbesondere Liquidierung ihrer ökonomischen Basis, Erziehung des Volkes im Geiste des Antifaschismus.

Ich habe den Zweiten Weltkrieg als Schüler und Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes miterlebt, bin als 16½-jähriger aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft geflohen, habe seit Oktober 1945 als Neulehrer und später als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Neuaufbau aktiv mitgewirkt und weiß darum aus eigener Erfahrung, das dies von der Mehrzahl der Zeitgenossen voll angenommen wurde. Ich weiß mich und viele andere in Übereinstimmung mit dem (inzwischen verstorbenen) Leipziger Historiker Manfred Kossok, der sich 1993 erinnerte: »Ich gehöre zum großen Kreis derjenigen, die mit fünfzehn Jahren aus der Kriegsniederlage auftauchten und die Hölle des Umsiedlerlagers von Lamsdorf/Lambinowice mit 2000 Gefährten von ursprünglich 8000 überlebten. Als ich die Chance erhielt, an der Leipziger Universität die Vorlesungen von Walter Markov (langjähriger Zuchthausinsasse), Hans Mayer, Ernst Bloch oder Ernst Engelberg (langjährige Emigranten) zu hören, da mußte kein Antifaschismus »verordnet« werden. Mit offener Wissenschaft stand die Erfahrung von Zuchthaus, Konzentrationslager, Exil, innerer Emigration in den ungeheizten Hörsälen. Unaufdringlich, vorgelebt, jenseits aller Agitation.«³

Heute sind westdeutsche Historiker, Publizisten und Politiker sowie deren ostdeutsche Parteigänger jedoch mit Eifer dabei, die antifaschistische Politik und Erziehung in der DDR als »verordneten Antifaschismus« zu verleumden, weil dies in das von den jetzt Herrschenden verordnete Geschichtsbild paßt, weil die Diffamierung der Antifaschisten im Rahmen der verlangten »Delegitimierung« der DDR vorgegeben ist, vor allem aber auch, um damit die braunen Flecken in der BRD-Geschichte zu übertünchen.

In dem von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen »Handbuch zur deutschen Einheit« wird in Ausführung dieser »Generallinie«

- 2 Antje Dertinger: »Ich habe die Männer alle an meinem Vater gemessen«. Zum 20. Juli 1944: Die vergessenen Kinder des Widerstandes gegen Hitler. In: »Das Parlament« vom 10./17. Juli 1998. S. 20.
- 3 Manfred Kossok: Im Gehäuse der selbstverschuldeten Unmündigkeit oder Umgang mit der Geschichte. In: Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 1. Bonn/Berlin 1993. S. 25.

folgendes in die Welt gesetzt: »Mit dem selbstgerechten moralischen Anspruch der DDR, ein antifaschistischer Staat zu sein, wurde der Aufgabe der Vergangenheitsbewältigung des Nationalsozialismus entsagt. Die Rechtsnachfolge Deutschlands bzw. des Dritten Reiches wurde von der Bundesrepublik beansprucht, die DDR leistete in keiner Weise Wiedergutmachung, weder moralisch noch finanziell. Die Nazivergangenheit wurde praktisch aus der politischen Kultur ausgeblendet, sie wurde externalisiert [nach außen verlagert] und auf die Bundesrepublik übertragen.«⁴ Nach Verkündung dieses Spruches stellt der Verfasser genüßlich fest: »Die Aufarbeitung des DDR-Unrechts ist derzeit in vollem Gange«⁵, was zu wissen die Millionen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger in Ostdeutschland sicher sehr beglücken wird!

Es ist aber zu fragen, wie man mit solcher primitiven Beleidigung der Ostdeutschen der Aussöhnung und Einheit, die Bundespräsident, Bundeskanzler und andere überschwenglich und ausdauernd im Munde führen, dienen will.

Doch es macht Hoffnung, daß selbst im eigenen Lager nicht alle Lügen geglaubt werden. Zu der ausgebliebenen »Wiedergutmachung« seitens der DDR hier Äußerungen des Mannheimer Historikers und Kenners der DDR-Geschichte Prof. Hermann Weber: »Insgesamt dürften die Reparationen die Wirtschaft der späteren DDR mit 66 Milliarden Mark belastet haben [...] Damit mußte das von der UdSSR besetzte Gebiet zur Wiedergutmachung der von Deutschland im Krieg verursachten Schäden unvergleichlich mehr beitragen als die Westzonen.«⁶ Der Karlsruher Historiker und Spezialist in der DDR-Geschichte Dietrich Staritz kam in seinen Untersuchungen zu ähnlichen Ergebnissen.⁷ Gestützt auf neueste Forschungen stellte der Wirtschaftswissenschaftler Siegfried Wenzel fest: »Auf der Grundlage erstmals erschlossener Archivmaterialien, vor allem in Moskau, kommen L. Baar, R. Karlsch und W. Matschke vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der Humboldt Universität zu einer Gesamtsumme von ca. 54 Mrd. Reichsmark/Deutsche Mark (Ost) zu laufenden Preisen bzw. zu ca. 14 Mrd. Dollar zu Preisen des Jahres 1938. Sie bezeichnen dies als Mindestangabe. Köhler und Fisch, ausgewiesene Wissenschaftler zu dieser Frage aus der Alt-BRD bzw. aus der Schweiz, kommen auf 16,3 Mrd. Dollar. Es gibt westliche Quellen, auf die hier nicht näher eingegangen wird, die wesentlich darüber liegen.«⁸

4 Felix Philipp Lutz: Geschichtsbewußtsein. In: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Bonn 1996. S. 345.

5 Ebenda.

6 Hermann Weber: Die DDR 1945–1986. München 1988. S. 10.

7 Siehe Dietrich Staritz: Geschichte der DDR. Erweiterte Neuauflage. Frankfurt am Main 1996. S. 58f.

8 Siegfried Wenzel: Die DDR-Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen objektiven Bedingungen und Politik der SED. In: Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 6. Bonn/Berlin 1996. S. 93.

Gegenüber den 66 Milliarden Mark Reparationen, die die SBZ/DDR für die Sowjetunion und für Polen aufbrachte, leisteten die Westzonen/BRD bis 1980 Wiedergutmachung in Höhe von 43 Milliarden Mark. Bezogen auf die Bevölkerungszahl (18 zu 60 Millionen) mußte Ostdeutschland also etwa das Fünffache an Wiedergutmachung erbringen!

Was die »Ausblendung« der Nazivergangenheit in der SBZ/DDR anbetrifft, so dazu hier nur folgendes: Bis Februar 1948 mußten 520 734 faschistisch belastete Personen, vorwiegend im öffentlichen Dienst, ihren bisherigen Arbeitsplatz räumen, darunter fast 80 Prozent der Lehrer und 85 Prozent der Richter und Staatsanwälte. Letztere wurden durch unbelastete, zunächst nur kurzfristig ausgebildete »Neulehrer« und »Volksrichter« ersetzt. Von Mai 1945 bis Dezember 1964 wurden in der SBZ/DDR insgesamt 12 807 Personen wegen Beteiligung an Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit verurteilt. Obwohl die meisten Nazi- und Kriegsverbrecher 1945 in die Westzonen flüchteten, wurden dort bis 1. Januar 1964 nur 5 234 Personen rechtskräftig verurteilt, obgleich die Bevölkerungszahl der BRD dreimal so groß war wie die der DDR.⁹ Für die Zeit von 1965 bis 31. Dezember 1987 betrug die Zahl der verurteilten Nazi- und Kriegsverbrecher in der BRD 1 248, in der DDR 72, auch ein Zeichen dafür, daß Ermittlungen und Anklagen im Westen nur langsam, oft erst durch Druck von außen, erfolgten. Bis zum 31. Dezember 1987 standen also den 12 879 rechtskräftig verurteilten Naziverbrechern in der SBZ/DDR 6 482 Verurteilte in den Westzonen/der BRD gegenüber. Hinzu kam der Eifer, viele Schuldige ihrer gerechten Strafe zu entziehen.¹⁰ Als im Juni/Juli 1950 in Berlin der Prozeß gegen 57 SA-Mörder stattfand, die im Juni 1933 während der »Köpenicker Blutwoche« 91 Menschen bestialisch ermordet und Hunderte mißhandelt hatten, fehlten 24 Angeklagte. Westdeutsche Behörden verweigerten die Auslieferung einiger dort lebender Verbrecher.

Berufung auf die antifaschistische Tradition diente in der DDR auch der Auseinandersetzung mit der Geschichtsschreibung¹¹ und mit den herrschenden Kreisen und Zuständen im Westen. Diese Anprangerung besaß ihre historisch-moralische Notwendigkeit und Berechtigung, schrieb doch selbst der liberale Publizist Peter Bender: »Unter den Kanzlern und Ministern in Bonn bildeten Widerstandskämpfer, Naziopfer und Emigranten die Ausnahme, in der Füh-

9 Siehe Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. 2. Auflage. Berlin 1965. S. 7f (hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung). – Ergänzende und präzisierende Informationen verdanke ich Staatsanwalt a.D. Dr. Günther Wieland, Berlin.

10 Siehe Günther Wieland: Das war der Volksgerichtshof. Ermittlungen–Fakten–Dokumente. Berlin 1989.

11 Siehe Heinz Kühnrich: Antifaschistischer Widerstandskampf. In: Gerhard Lozek/Werner Berthold/Heinz Heitzer/Helmut Meier/Walter Schmidt (Hrsg.): Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD. 3. Auflage. Berlin 1977. S. 650–663.

rungsspitze Ost-Berlins waren sie die Regel. Die Politiker der Bundesrepublik hatten in ihrer Mehrzahl das ›Dritte Reich‹ mitgetragen oder in irgendwelchen Nischen überstanden. Die Kommunisten hatten die größten Blutopfer gebracht; der Kampf und Widerstand gegen Hitler bildeten die prägende Erfahrung der Generation, die nach 1945 in Ost-Berlin an die Macht gelangte.«¹² Hermann Weber bemerkte dazu: »Im Gegensatz zu den Westzonen, wo eine recht widersprüchliche Entnazifizierung einen klaren Trennungsstrich zur Vergangenheit nicht ermöglichte und wo beim Neuaufbau des Berufsbeamtentums ehemalige NSDAP-Mitglieder wieder ihre alten Stellungen einnehmen konnten, war die Säuberung in der SBZ durchgreifend und so zunächst die ›Vergangenheitsbewältigung‹ auch eindeutiger.«¹³

Bis 1965 waren dagegen in der BRD ehemalige Nazis, darunter Kriegsverbrecher, in folgenden Größenordnungen tätig: 21 Minister und Staatssekretäre, 100 Generale und Admirale der Bundeswehr, 828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter, 245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Botschaften und Konsulate, 297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes. Darunter befanden sich: Hans Globke – Jurist im NS-Reichsinnenministerium, Mitkommentator der Nürnberger Rassengesetze 1935, nach 1949 Staatssekretär unter Bundeskanzler Adenauer; Reinhard Gehlen – Generalleutnant, Leiter des Nazispionagedienstes »Fremde Heere Ost«, nach 1949 Präsident des Bundesnachrichtendienstes; Hans Karl Filbinger – Marine-Stabsrichter mit Todesurteilen, später Ministerpräsident von Baden-Württemberg; Theodor Oberländer – Chef des faschistischen »Bundes Deutscher Osten«, während des Krieges leitender Offizier in einer Terrorereinheit, die Kriegsverbrechen beging, 1953–1960 Bundesvertriebenenminister; Kurt Georg Kiesinger – NSDAP, Mitarbeiter im NS-Reichsaußenministerium, 1966–1969 Bundeskanzler. Es war seitens der DDR ein Beitrag zur Gesundung der politischen Kultur, diese Erscheinungen öffentlich anzuprangern.¹⁴

12 Peter Bender: *Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland*. 2. Auflage. München 1996, S. 35.

13 Hermann Weber: *Die DDR 1945–1986*. München 1988, S. 8.

14 Siehe Gestern Hitlers Blutrichter. Heute Bonner Justizelite. Berlin 1957 (hrsg. vom Ausschuss für Deutsche Einheit). – Globke und die Ausrottung der Juden. Über die verbrecherische Vergangenheit des Staatssekretärs im Amt des Bundeskanzlers Adenauer. 2. Auflage. Berlin 1960 (hrsg. vom Ausschuss für Deutsche Einheit). – Die Wahrheit über Oberländer. Braunbuch über die verbrecherische faschistische Vergangenheit des Bonner Ministers. Berlin 1960 (hrsg. vom Ausschuss für Deutsche Einheit). – Hitlers Fallschirmjäger-Offiziere prägen den Geist der Bundeswehr. Eine Dokumentation. Berlin 1964 (hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland). – Weißbuch über die Kriegsverbrechen des Generalinspektors der Bundeswehr, General Heinz Trettner. Berlin 1964 (hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland). – Braunbuch. Kriegs- und Nazi-verbrecher in der Bundesrepublik. 2. Auflage. Berlin 1965 (hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung). – Vom Ribbentrop-Ministerium ins

Allerdings sei keineswegs verschwiegen, daß diese notwendigen Enthüllungen von der SED-Führung auch dazu benutzt wurden, Defizite im eigenen Lande zu überspielen und ihre autoritäre Herrschaft zusätzlich »antifaschistisch« zu legitimieren. Doch Tatsache bleibt, daß heute die geistigen Nachkommen und Schüler dieser Bundes-Nazis Rache nehmen und über jene zu Gericht sitzen, die in der DDR eine legitime sozialistische Alternative gewagt hatten.

Der Anteil so vieler Nazis bei der Konstituierung der BRD blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklung im Osten, insbesondere auf die dortige Sicherheitspolitik und das »Feindbild« – ein Thema, das wohl auch in die Aufarbeitung der deutschen Geschichte gehört.

Wenn es auch heute machern verpönt erscheint, von Klassen und Klassenkampf zu sprechen, sei dennoch deutlich gesagt: Mit den Gebetsformeln vom »Unrechtsstaat« und vom »verordneten Antifaschismus« in der DDR bemühen sich Historiker, Politiker und Publizisten, die braunen Flecken der BRD-Geschichte zu kaschieren. Dagegen läßt sich die klassenmäßige Kontinuität Nazi-Deutschlands und der Alt-BRD auch daran ablesen, daß es dort keine Sorgen bereitete, Generäle und Obristen, Juristen, Verwaltungsbeamte, Diplomaten, Hochschullehrer usw. aus Nazideutschland nahtlos in die BRD zu übernehmen, ihnen sogar leitende Posten zuzuweisen. Dagegen hatten kein General, kein Jurist oder leitender Staatsangestellter, kein Diplomat und nur wenige Hochschullehrer aus der DDR diese Chance. Während Naziverbrecher jahrzehntelang in der BRD unbehelligt ihrer Tätigkeit nachgehen oder ihre umfänglichen Pensionen verzehren konnten, hatte man es mit Diskriminierung, »Stockschlägen auf den Magen«, Rentenkürzung, juristischer Verfolgung von »Systemträgern« und »Systemnahen« aus der DDR überaus eilig.

In dieser Atmosphäre einer faschistischen Renaissance konnte sich nach 1945 schwerlich eine Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen, einschließlich der von der Wehrmacht begangenen, entfalten, ja es war so, daß sich sogar konservative Überlebende der Verschwörung vom 20. Juli 1944 gegen den Vorwurf des Verrats wehren mußten, daß die Witwen der Ermordeten Mühe hatten, ihre Kinder zu versorgen, weil ihnen zuerst die Renten als Opfer des Naziterrors versagt blieben. Dr. Hans Fritzsche, aktiv am 20. Juli 1944 als Hauptmann in der Bendlerstraße in Berlin, im Zentrum der Verschwörung, bat 1948 Prof. Gerhard Ritter um Unterstützung für seine Habilitation. Ritter lehnte ab, da Fritzsche ja zur Gruppe Stauffenberg gehört habe, also »Nationalbolschewist«¹⁵ sei.

— Amt des Bundeskanzlers. Dokumentation in Sachen Kiesinger. Berlin o. J. (1966) (hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland). – Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten. Die Karriere des Eugen Gerstenmaier. Ein Dokumentarbericht. Berlin 1969 (hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland). – Günter Wieland: Das war der Volksgerichtshof. Ermittlungen–Fakten–Dokumente. Berlin 1989.

Es habe, wie seit einiger Zeit behauptet wird, erst solcher »Schocks« wie Eichmann-Prozeß 1963, Auschwitz-Prozeß 1965, Fernsehserie »Holocaust« (also aus Hollywood!) in den 80er Jahren bedurft, um zu einer tieferen Analyse und Klärung zu gelangen, wobei man angesichts der aktuellen Vorfälle aber fragen muß, wie tief und wie nachhaltig diese angeblich klärenden Diskussionen wirklich waren! Erst 1998 – nach 53 Jahren – hat man plötzlich »entdeckt«, daß die einstigen »Koryphäen« der westdeutschen Geschichtswissenschaft Werner Conze, Theodor Schieder und Karl Dietrich Erdmann erheblich nazibelaftet waren. Der Vorsitzende des westdeutschen Historikerverbandes (dem auch einige ostdeutsche Historiker angehören) Prof. Johannes Fried meinte dazu: »Wie soll ein Schüler, der lernen und Karriere machen will, seine eigenen Lehrer belasten? [...] Ich bin Schüler von Werner Conze. Von seiner Verquickung mit dem ›Dritten Reich‹ habe ich nichts mitbekommen. Hans Mommsen, der sogar Assistent von Conze war, hat solche Fragen auch nicht gestellt. Das ist, glaube ich, ein Generationenproblem. Wir haben immer die größten Schwierigkeiten, über Fragen, in die wir persönlich involviert sind, sachlich zu forschen [...] Gefühle lassen einen zurückschrecken vor Angriffen auf die eigenen Lehrer.«¹⁶

Kann ich dafür aufgrund eigenen Erlebens noch Verständnis aufbringen, so bin ich andererseits davon sehr beeindruckt, mit welcher Arroganz und kalten Geschäftigkeit sich dieser Nazi-Conze-Schüler heute mit der Kolonisierung des »deutschen Ostens« befaßt. Ein Interview von Mitarbeitern der Zeitung »DIE WELT« mit Fried anlässlich des 42. Historikertages vom September 1998 mutet an wie ein Gespräch zwischen Kolonialbeamten über die besten Möglichkeiten und Methoden zur Disziplinierung und Missionierung ihrer Eingeborenen, bei dem die »nützlichen« Unwahrheiten natürlich nicht fehlen. So wird z. B. die DDR-Schule für den heutigen Rechtsradikalismus verantwortlich gemacht:

»WELT: In den neuen Bundesländern wurde die Geschichte neu aufgebaut. Betrachtet man etwa das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt, sind die Defizite noch gewaltig.

Fried: Das ist zunächst ein Problem der Schulen. Dort werden häufig immer noch Geschichtsbilder vermittelt, die aus einer langen totalitären Tradition stammen. Wir haben die doppelte Aufgabe, dies zu durchleuchten und andererseits neue, sozusagen demokratische Bilder an ein Lehrrepublikum zu vermitteln.

15 Hans Karl Fritzsche: *Ein Leben im Schatten des Verrats. Erinnerungen eines Überlebenden an den 20. Juli 1944*. Freiburg [u. a.] 1984. S. 117. – Ergänzt durch persönliche Mitteilungen an den Verfasser.

16 Gespräch mit Professor Johannes Fried. In: »Welt im Gespräch«. *Historiker im Gespräch mit der »Welt«*. Ein Sonderdruck zum 42. Deutschen Historikertag. Frankfurt am Main 1998. S. 1.

WELT: Die die Geschichtswissenschaft offensichtlich nur unzulänglich leistet...

Fried: Im Grunde müßten Sie alle Lehrer austauschen. Das geht natürlich nicht. Dieses Problem kann nicht innerhalb einer Generation gelöst werden.

WELT: Geht so nicht eine Generation für die Demokratie verloren?

Fried: Glaub' ich nicht. Es handelt sich um jüngere Menschen. Die sind flexibler, lernfähiger, offener.

WELT: Aber ihre Gewaltbereitschaft ist groß.

Fried: Gewalt ist eine Äußerung von Hoffnungslosigkeit. Das ist kein Problem der alten DDR, sondern der modernen Zeit überhaupt. Die Hooligans bei der WM in Frankreich kamen ja nicht nur aus den neuen Bundesländern, sondern von überall her.

WELT: Aber wirken nicht gerade bei ostdeutschen Jugendlichen alte, totalitäre Weltbilder nach?

Fried: Wenn die einmal festsitzen, kriegen wir die nie wieder raus. Da kann man nur auf die neutralisierende Wirkung der Gesamtgesellschaft setzen. Bestimmte Jahrgänge sind festgelegt. Sie haben Schwierigkeiten. Andererseits gibt es durchaus Signale, daß der Ausgleich stattfindet. Ich bin da nicht pessimistisch.

WELT: Große Bedeutung kommt dabei den geschichtswissenschaftlichen Instituten der ostdeutschen Universitäten zu. Aber die hinken den westdeutschen noch hinterher.

Fried: Das mag im Augenblick noch der Fall sein. Doch in aller kürzester Zeit werden sie auf dem gleichen Niveau sein. Denn vielfach kommen Professoren und Mittelbau ja aus dem Westen. Von einer Schülerin, die nach Chemnitz gegangen ist, weiß ich, mit welcher Begeisterung die neuen Dozenten ans Werk gehen und wie neugierig die sächsischen Studenten sind.

Probleme gibt es aber nach wie vor bei der Versorgung mit Büchern. Die DDR hat ihre alten gewachsenen Seminarbibliotheken buchstäblich in den Westen verscherbelt, manch eine Gelehrtenbibliothek der Fünfziger und Sechziger Jahre wurde mit Altbeständen eines historischen Seminars in Jena oder Halle aufgebaut. Diese Schäden können so schnell nicht wieder gutgemacht werden. Deswegen muß die finanzielle Unterstützung im Osten größer sein als im Westen.«¹⁷

2. »Mythos« Antifaschismus?

Die gut dotierte Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur«, deren Namen bereits die zu erbringenden Ergebnisse vorwegnahm, verkündete in ihrem Abschlußbericht vom 31. Mai 1994:

»Dem kommunistischen Antifaschismuskonzept blieb die SED auch nach 1945 verbunden. Sie mißbrauchte den Antifaschismus als politischen Kampf begriff undifferenziert gegen alle politischen und gesellschaftlichen Strömungen, die die Politik der Sowjetunion in ihrem Ringen um eine ›Welt des Friedens‹ nicht unterstützten [...].

Der teils als Mythos, teils als politisches Konzept gefaßte Antifaschismus diente der Legitimation der SED-Herrschaft [...].

Aufs Ganze gesehen hat der Antifaschismus offenbar nicht unwesentlich zur Identifikation mit der SED beigetragen. Dies gilt insbesondere für Intellektuelle, die aufgrund des ›verordneten Antifaschismus‹ das wahre Wesen des DDR-Regimes zunächst verkannt und entsprechend verharmlost haben. Inwiefern zwischen dem ›verordneten Antifaschismus‹ und einem demokratischen unterschieden werden kann, bedarf noch eingehender wissenschaftlicher Diskussion.«¹⁸

Staatsminister Anton Pfeifer vom Bundeskanzleramt bemerkte 1998 durchaus treffend, daß zu einer politisch-moralischen Bewertung der DDR-Geschichte »in erster Linie die Menschen aus der ehemaligen DDR aufgefordert sind«, bestimmte dann aber, wie diese Bewertung gefälligst auszusehen habe: »Kennzeichnung des SED-Staates als ein illegitimes Regime.«¹⁹

Angesichts der eigenen braunen Vergangenheit ist den heute Herrschenden der antifaschistische Charakter der DDR ein Dorn im Auge, weshalb gerade dagegen der Stoß gerichtet wird. So fordern die Mitarbeiter der Enquete-Kommission Peter Maser und Manfred Wilke eine Umgestaltung der antifaschistischen Gedenkstätten in Ostdeutschland – nicht im Sinne der notwendigen Beseitigung von Verzerrungen und Lücken, was auch unser Anliegen ist, sondern so: »Die Gedenkstätten dürfen nicht als Freilichtmuseum des DDR-Antifaschismus konserviert werden! [...] kein Fortschreiben des von der SED verordneten ›Antifaschismus‹, sondern dessen kritische Delegitimierung.«²⁰

Dies liegt auf der Linie der Auflage, die der ehemalige Geheimdienstchef und Bundesjustizminister Klaus Kinkel in seiner Begrüßungsansprache auf dem 15. Richtertag im September 1991 der Justiz erteilt hatte: das »SED-Regime zu

18 Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995. Bd. 1. S. 278–280.

19 Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, 227. Sitzung, 2. April 1998, S. 20882.

20 Peter Maser/Manfred Wilke: Aufarbeitung der SED-Diktatur/Erinnerungsstätten. Gedenken-Forschen-Lernen. In: »Das Parlament« vom 4. Oktober 1996, S. 2.

delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen so schrecklich war wie das faschistische Deutschland²¹.

Dieser Zynismus ist eine zielgerichtete Herabwürdigung der Widerstandskämpfer sowie aller Menschen in Ostdeutschland, die Faschismus und Krieg überlebt hatten und nun mit ganzem persönlichen Einsatz daran gegangen waren, ein neues friedliches Leben aufzubauen, getragen von der nicht verordneten, sondern durch eigene Lebenserfahrung gewonnen Erkenntnis, daß sich Faschismus und Krieg nicht wiederholen dürfen, daß darum auch die Wurzeln ausgerissen und die Schuldigen entmachtet werden müssen.

In der Wirklichkeit bot sich während der 45 Jahre Existenz von SBZ und DDR ein anderes und sich auch wandelndes Bild des »Antifaschismus«, als es hier in der politisch instrumentalisierten, um jeden Preis der Verteufelung der DDR-Geschichte dienenden Verkündung vorgegebener Leitsätze anzutreffen ist. Davon – mit der erforderlichen Distanz und Kritik – soll auf den folgenden Seiten die Rede sein.

Es sei einmal mehr wiederholt, daß die Widerstandsgeschichtsschreibung den Grundthesen der marxistisch-leninistischen Geschichtssicht verpflichtet war, die noch lange nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Verfolg der historischen Entwicklung als richtig erschienen, sich letztlich aber als lebensfremde oder überholte Dogmen und Wunschvorstellungen erwiesen: die Lehre vom Charakter der Epoche seit 1917 als Epoche des »gesetzmäßigen« Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab mit der Sowjetunion an der Spitze, die Lehre von der »historischen Mission der Arbeiterklasse« als Haupttriebkraft dieses »gesetzmäßigen« Prozesses, die Lehre von der »gesetzmäßig« führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei mit der KPdSU an der Spitze. In diesem Sinne wurde auch die Widerstandstradition beschworen, so daß der Aufbau des Sozialismus in der DDR als die Vollendung und Krönung des antifaschistischen Kampfes erschien, was er durchaus hätte sein können, aber nicht war. Vieles sprach lange Zeit für die Richtigkeit dieser Postulate, schienen doch die siegreiche Behauptung der Sowjetmacht im Interventions- und Bürgerkrieg 1918–1922, die ersten Aufbauerfolge in der rückständigen Sowjetunion, der Sieg über den Faschismus 1945, die revolutionären Veränderungen während und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (Ost- und Südosteuropa, China, Vietnam, Kuba, afrikanische und asiatische Länder mit »sozialistischer« Orientierung; das starke Anwachsen des Einflusses der kommunistischen Parteien in Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland usw.) die-

21 *Verlorene Illusionen. Der Rechtsstaat im fünften Jahr der Einheit.* Bonn 1995 (hrsg. von der Bundestaggruppe der PDS). S. 3.

sen Auffassungen recht zu geben. Damit festigten sich zugleich auch die Glaubenssätze von der »gesetzmäßigen historischen Mission der Arbeiterklasse« und von der Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Partei mit der KPdSU an der Spitze. Eintreten für den Sozialismus erschien somit als Verwirklichung der historischen Gesetzmäßigkeit. Überlegungen, daß es sich bei diesen »Gesetzmäßigkeiten« gar nicht um solche, sondern nur um historische Möglichkeiten, deren Verwirklichung offen ist, handeln könnte, wurden als Zweifel an der Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Partei zurückgewiesen und fanden keine Basis. Wir hatten eine Vision des Sozialismus, in der auch eigene Erfahrungen, Wünsche und Hoffnungen lagen, der man darum auch persönliche Opfer brachte. Das wurde von vielen Menschen, darunter auch den meisten Historikern und Geschichtslehrern, freiwillig, aus Überzeugung oder Glauben verinnerlicht und weitergegeben, es bedurfte hier keiner Verordnung, keines äußeren Zwanges.

Obleich selbstverständlich in Forschung und Darstellung von historischen Fakten ausgegangen wurde, beeinträchtigten diese Dogmen als methodischer Ausgang und als Erkenntnisziel die erforderliche Tiefe und Breite mancher Untersuchung, insbesondere aber bei der Deutung der Geschichte.

3. Geschichtsschreibung und Politik

Die Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes galt als eine Art Vorgeschichte der DDR. Hier trat besonders augenfällig die Wechselwirkung von Geschichtsschreibung und Politik hervor. Dabei gibt es durchaus Zusammenhänge zwischen Geschichtsschreibung und -vermittlung einerseits und aktueller Politik andererseits, ohne das dies von vornherein negativ zu besetzen und zu verurteilen wäre. Hat doch schließlich schon Friedrich Schiller 1789 in seiner Antrittsvorlesung in Jena die Frage gestellt: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?

Schließlich ging es bei dem sogenannten »Historikerstreit« Mitte der 80er Jahre auch um das Problem der Instrumentalisierung der Geschichte für politische Zwecke, wie z. B. Kurt Sontheimer 1986 feststellte:

»Es gibt im übrigen weder eine voraussetzungslose Geschichtsschreibung, noch kann man historische Erkenntnisse gewissermaßen interessellos und ohne den Kontext, in dem sie stehen, betrachten. Die Pose der strengen Wissenschaftlichkeit, die die Historiker in dieser Debatte gereckten Halses zur Schau tragen, steht denen, die neuerdings Geschichte für Bildung nationalen Bewußtseins genutzt wissen wollen, nicht gut zu Gesicht. Es ist ein untauglicher Versuch, sich in den Elfenbeinturm einer scheinbaren Wissenschaftlichkeit zurückzuziehen und kritische Fragen von außen abzuwehren [...].

Einige deutsche Historiker sind dabei, dem durch das Klima der herrschenden Politik favorisierten Versuch, Geschichte für politische oder nationale

Interessen zu instrumentalisieren, die Argumente zu liefern. Sie nehmen eine Tradition der deutschen Nationalhistoriographie der vordemokratischen Ära auf, um am Geschichtsbewußtsein der Nation zu arbeiten.

Dieses Programm hat gegenwärtig zwei Stoßrichtungen: die eine ist die Entschärfung, Relativierung, Normalisierung, Veralltäglichsung des Nationalsozialismus (Beispiel: Nolte, Hillgruber und andere), die andere ist die Aufdeckung und Präsentation von identitäts-relevanten historischen Figuren, Vorgängen und Episoden im Interesse eines systemstabilisierenden historischen Bewußtseins (Beispiel: Stürmer und andere). Solches geschieht gewiß nicht durch Verordnung seitens der Regierung, aber es bewegt sich im geistigen Horizont der ›Wende‹, die der Geschichte wieder eine identitäts-stiftende Funktion zuweisen will. Jedenfalls fehlt es nicht an beflissenen Historikern, die das ihnen zugedachte Programm vertreten, ausschmücken und mit Inhalten füllen.«²²

Der Historiker Arno Klönne (früher Paderborn) bemerkte zu diesem Problem: »Der Umgang mit Geschichte ist wenig sinnvoll, wenn er nicht als Hilfe für politische Entscheidungen heute herangezogen wird, – aber hiermit verbindet sich auch die Versuchung, die Vergangenheit lediglich zur Legitimation dieser oder jener Politik-Konzepte der Gegenwart einzusetzen.«²³ Es kommt wohl auf das Primat an: Dominiert aktuelle Politik die Historiographie, so wird sie zur Legitimationsgeschichtsschreibung – oder dient Geschichtswissenschaft dazu, Schlußfolgerungen, Lehren, Mahnungen für die Lebenden (einschließlich der politischen Bildung und Erziehung sowie der politischen Kultur) zu gewinnen, besitzt sie also die Funktion eines Ratgebers, wird sie, wie Franz Mehring schrieb, »was sie von jeher sein sollte, aber noch niemals gewesen ist: eine Führerin und Lehrerin der Menschheit«²⁴!

Das Streben, aktuellen Realitäten und politischen Konzepten »historische Weihe« zu verleihen, ist häufig anzutreffen, es gab dies in beiden deutschen Staaten. So schrieb Martin Broszat, ehemaliger Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München:

»Besonders fatal war auch, daß der Widerstandsbegriff unter den Bedingungen des Kalten Krieges und der Teilung Deutschlands in die Zwänge und Verzerrungen weltanschaulich bestimmter Legitimation geriet. Nach der kurzen Phase antifaschistischer Gemeinsamkeit in den Jahren 1945/46 kam es in Ost und West zur exklusiven Inanspruchnahme unterschiedlicher Widerstandstraditionen. Während die Berufung auf den kommunistischen Widerstand ein essentielles Element der Staatsidee der DDR als einer deutschen Republik anti-

22 Kurt Sontheimer: Maskenbildner schminken eine neue Identität. In: »Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München/Zürich 1987. S. 275f.

23 Arno Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte–Ziele–Wirkungen. Köln 1983. S. 14.

24 Franz Mehring: Über den historischen Materialismus. Berlin 1947. S. 86.

faschistischer Provenienz wurde, pflegte man in der Bundesrepublik im Zeichen der Ost-West-Konfrontation in den fünfziger Jahren fast ausschließlich das Andenken der der bürgerlich-konservativen Adenauer-Regierung und ihren westlichen Verbündeten am meisten gefälligen Personen und Gruppen des konservativen und christlichen Widerstandes, während der sozialistische Widerstand und seine massive Verfolgung fast ganz ausgeklammert blieben. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, im Umkreis des KPD-Verbots (1956) kam es auf dem Gebiet der Wiedergutmachungsgesetzgebung und Rechtsauslegung sogar zu zeitweiliger Löschung kommunistischer Untergrundaktivität aus dem Begriff des Widerstands, was in einzelnen Fällen auch erhebliche materielle Konsequenzen hatte.

Die antagonistische Aufspaltung des Widerstandsthemas verstärkte in beiden deutschen Staaten die ohnehin bestehende Tendenz zur Überhöhung der jeweiligen Symbolfiguren des Widerstandes. In der Bundesrepublik erfuhr diese Tendenz Verstärkung auch, weil die Transponierung des Widerstandsthemas auf die hohe Ebene metapolitischer Symbolik recht gut geeignet war, die eher peinliche Tatsache zu verdecken, daß zwischen den ehemaligen aktiven Widerstandskämpfern und dem neuen politischen Führungspersonal der Bundesrepublik eine nur sehr schwache Verbindung bestand.²⁵

Es gab also in der BRD einen verordneten Anti-Antifaschismus.²⁶

Kommunistischen Widerstandskämpfern wurde zeitweilig die Rente als Verfolgte des Naziregimes entzogen. Teilnahme am antifaschistischen Widerstand wirkte bei politischen Strafverfahren strafverschärfend.²⁷

Prof. Christoph Kleßmann (Potsdam, früher Bielefeld) und Dr. Falk Pingel (früher Bielefeld) führten 1980 in ihrem Vorwort zu dem Konferenz-Protokollband »Gegner des Nationalsozialismus« aus: »Lange Zeit war in der Bundesrepublik der 20. Juli das dominierende Feld historischer Forschung und auch politischer Bildungsarbeit. Politische Legitimationsinteressen waren dabei nicht zu übersehen: Die Bundesrepublik versuchte, an eine öffentliche konsensfähige Traditionslinie anzuknüpfen, die Bruch mit dem Dritten Reich und Kontinuität mit der Tradition gleichzeitig ermöglichte. Dieses legitimatorisch bestimmte Selbstverständnis geriet durch die neuere historische Forschung ins Wanken, und es zeigte sich, wie problematisch eine inhaltliche Berufung auf

25 Martin Broszat: *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte*. München 1988. S. 315f.

26 Siehe dazu auch Ingo Müller: *Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz*. München 1987. – Diether Posser: *Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951–1968*. München 1991. – Rolf Gössner: *Die vergessenen Opfer des kalten Krieges. Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West*. Hamburg 1994 (Mit einem Vorwort von Heinrich Haunover).

27 Siehe Ingo Müller: *Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz*. München 1987. S. 217.

politische Vorstellungen führender Vertreter des deutschen Widerstandes war. Eine solche Feststellung zu treffen, heißt in keiner Weise, die Motive und die Glaubwürdigkeit des Widerstandes in Frage zu stellen. Aber eine kritische Geschichtswissenschaft kann bestimmte Traditionsbildungen nicht einfach übergehen, sondern muß sie mit in Begründung und Ausrichtung ihrer Fragestellungen übernehmen. Die kritischere Auseinandersetzung mit dem 20. Juli lenkte den Blick zugleich stärker auf die noch zahlreichen weißen Flecken in der Topographie des Widerstandes. Vor allem rückte der Widerstand der Arbeiterbewegung ins Zentrum des Interesses – ein Feld, daß die Historiographie der DDR schon lange mit besonderer Intensität bearbeitet hatte, wobei auch hier aktuelle Legitimationsbedürfnisse unübersehbar waren und sind.«²⁸

In dem von der Friedrich-Ebert-Stiftung 1982 für die politische Bildung herausgegebenen Band »Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung« heißt es:

»In der Aufarbeitung des Arbeiterwiderstandes, wie im Geschichtsverständnis generell, zeigen sich sehr deutliche Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Der DDR dient er als eine Legitimation des dort bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Systems. Daher wurde der Arbeiterwiderstand von Anfang an wissenschaftlich erforscht, die Erinnerung an ihn durch den Schulunterricht, die Literatur, Medien, Gedenkstätten, Museen, wachgehalten. Im kommunistischen Herrschafts- und Einflußbereich – zu letzterem sind auch einige Verlage in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Ländern zu zählen – wird allerdings der Anteil der Kommunisten am Widerstand unter Vernachlässigung anderer Gruppen überbetont und unkritisch heroisiert.

Hingegen wurde der Arbeiterwiderstand in den westlichen Besatzungszonen und danach in der Bundesrepublik lange Zeit kaum beachtet. Dies ist schon deshalb schwer zu verstehen, weil Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu den wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Kräften des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg gehörten und viele ihrer Repräsentanten am Widerstand gegen den Nationalsozialismus teilgenommen hatten [...].

Das Klima in der Bundesrepublik war bestimmt von ihrem wirtschaftlichen Aufschwung und ihrer internationalen Bedeutung als Vorposten im ›Kalten Krieg‹ zwischen dem an den USA orientierten Westen und dem in der sowjetischen Einflußsphäre liegenden Osten. Es war für eine Besinnung auf den Arbeiterwiderstand und seine Behandlung in der politischen Öffentlichkeit, in der Wissenschaft, in Unterricht und Bildung, in der Literatur und in den Medien lange Zeit alles andere als günstig. Soweit man überhaupt des Widerstands gedachte, bildeten die Ereignisse und Personen des gescheiterten Aufstandsversuchs vom 20. Juli 1944, die Haltung der Kirchen und allenfalls die Gruppe

28 Christoph Kleßmann/Falk Pingel: *Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit.* Frankfurt/New York 1980. S. 8.

›Weiße Rose‹ den Gegenstand von Forschung, Würdigung und Auseinandersetzung [...] Seit einigen Jahren ist in der Bundesrepublik im Verhältnis zur Widerstandsbewegung ein Wandel eingetreten [...] Die Geschichtswissenschaft ebenso wie die Medien widmen sich zunehmend dem Widerstand‹von unten‹«²⁹.

Selbst der konservative und antikommunistische Politiker Franz Ludwig Graf von Stauffenberg, ein Sohn des Attentäters von 1944, äußerte 1993: »Sehr früh erkennbar waren die Bemühungen, diesen Widerstand politisch und ideologisch zu besetzen. Das ist am systematischsten im Osten geschehen – mittels eines komplexen, kunstvollen Geschichtsbilds, in nicht so systematischer Weise auch im Westen. Die Versuchung war für die jeweils Regierenden in Deutschland immer groß, in ihren Gedenkreden zu Jahrestagen des Attentats politisches Kapital aus dem 20. Juli zu schlagen.«³⁰

Diese Erscheinungen wurden auch im Ausland bemerkt. Der Amsterdamer Historiker Ger van Roon schrieb 1968: »Daß das Bild einer Periode sowie einer Person durch die danach folgende politische Entwicklung beeinflußt werden kann, ist nicht unbekannt. Besonders denke ich dabei an das Bild des deutschen Widerstandes in Ost- und Westdeutschland [...] In den ersten Jahren nach dem Krieg, als noch wenig Zeit und geringe Möglichkeiten waren (Verbot, Zensur), entstanden die ersten Bücher über den deutschen Widerstand. Hierin wird noch im allgemeinen allen Gruppierungen des Widerstandes Recht getan. Maßgebend hierfür sind die Bücher von Weisenborn³¹, Pechel³² und die erste Auflage von Schlabrendorff³³. Es ist übrigens interessant, die verschiedenen Auflagen der Bücher mit den letzten zu vergleichen. Man findet dort deutlich die Widerspiegelung der veränderten politischen Auffassungen.

In den 50er Jahren mit der Verschärfung der Gegensätze zwischen Ost- und Westdeutschland, in der Zeit des kalten Krieges fand eine Ideologisierung des Geschichtsbildes Platz. Es entstand eine Schwarz-Weiß-Betrachtung, die ihr Vorbild mehr in politischer Propaganda als in gewissenhafter Untersuchung und verantwortungsbewußtem nuancierten Urteil gesehen hat. In Ostdeutschland wurde unter der kommunistischen Regierung die Bedeutung des Kommunismus für den Widerstand verabsolutiert und wurde der nichtkommunistische Widerstand durch die Brille gesehen, mit der man die Bundesrepublik sah. In Westdeutschland wurde durch die Politik der Besatzungsbehörden und durch

29 Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung. Grundlagen und Materialien. Bonn 1982. S. 17f. (hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung).

30 Rechtsextremismus heute – wenig, zu wenig stellen sich der Mühe, »entgegenzubauen«. Interview von Karlen Vesper und Rosi Blaschke mit Franz Ludwig Graf von Stauffenberg. In: »Neues Deutschland« vom 19. Juli 1993. S. 3.

31 Siehe Günter Weisenborn: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945. 1. Auflage. Hamburg 1953.

32 Siehe Rudolf Pechel: Deutscher Widerstand. Erlenbach-Zürich 1947.

33 Siehe Fabian von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler. Zürich 1946.

den Ost-West-Konflikt sehr bald konservativen und selbst reaktionären Kräften Gelegenheit gegeben, ihre antikommunistische Linie aus früherer Zeit fortzusetzen.«³⁴

Diese Verweise sollen keineswegs eigene Defizite und Fehlleistungen entschuldigen, sie gelten vor allem den Selbstgerechten im Westen, aber auch den Wendespezialisten im Osten, die heute so tun, als ob sie allein stets die reine Lehre verkündet hätten.

Die nachfolgenden Darlegungen enthalten keine vollständige Bibliographie der Widerstandsgeschichte.³⁵ Sie sollen vielmehr die Haupttendenzen und Haupttappen dieses Teiles der DDR-Geschichte auf der Grundlage einer repräsentativen Auswahl von Publikationen und wissenschaftspolitischen Aussagen – mit teilweise längeren Textauszügen und Anmerkungen – einer kritischen Analyse unterziehen.

Da ich seit Ende der 60er Jahre in einem bescheidenen Maß selbst an dieser Entwicklung in Wort und Schrift beteiligt war, wollte ich auf gelegentliche persönliche Exkurse nicht verzichten, da es mir fernliegt, eigene Verantwortung zu leugnen.

II. ANTIFASCHISTISCH-DEMOKRATISCHER NEUBEGINN

1. Antifaschistischer Grundkonsens

Der deutsche Widerstand gegen das faschistische Regime war nicht einheitlich. Kommunisten, Sozialdemokraten, liberale Demokraten, Christen, nationalkonservative Beamte und Offiziere kämpften zumeist in isolierten Gruppen oder sogar als Einzelpersonen gegen den Machtapparat. Nur selten kam es partiell zu einer Annäherung. Doch 1945, unter dem Eindruck der nationalen Katastrophe, gelang es, einen antifaschistischen Grundkonsens herzustellen: Übereinstimmung aller demokratischen Kräfte in Wort und Tat, die faschistische Vergangenheit zu überwinden, ihre Wurzeln zu eliminieren und eine antifaschistische Ordnung zu schaffen.³⁶

34 Ger van Roon: Rezension zu Kurt Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944. Union Verlag, Berlin (Ost). In: Tydschrift voor Geschiedenis (1968). S. 458.

35 Siehe dazu Heinz Schumann/Wilhelm Wehling: Literatur über Probleme der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung. In: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm August 1960. Berlin 1960. S. 381–402 (Sonderheft der ZfG). – Gerhard Förster/Bruno Löwel/Wolfgang Schumann: Forschungen zur deutschen Geschichte 1933–1945. In: Historische Forschungen in der DDR 1960–1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970. S. 552–589. Berlin 1970 (Sonderheft der ZfG). – Dieter Lange/Birgid Leske/Karlheinz Pech/Wolfgang Schumann: Forschungen zur deutschen Geschichte 1933–1945. In: Historische Forschungen in der DDR 1970–1980. Analysen und Berichte. Zum XV. Internationalen Historikerkongreß in Bukarest 1980. Berlin 1980. S. 279–309 (Sonderheft der ZfG).

Dies kam bereits vor der Potsdamer Konferenz (14. Juli bis 2. August 1945) besonders deutlich zum Ausdruck in der Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 14. Juli 1945, in der es heißt:

»Hitler hat Deutschland in die tiefste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt. Die Kriegsschuld Hitlerdeutschlands ist offenkundig. Weite Kreise des deutschen Volkes waren dem Hitlerismus und seiner Ideologie verfallen und haben seinen Eroberungskrieg bis zum furchtbaren Ende unterstützt. Groß war die Zahl jener Deutschen, die willenlos der Hitlerpolitik folgten und sich damit mitschuldig gemacht haben [...].

Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten. Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen.«

Als »Hauptaufgaben« wurden genannt:

»1. Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Kampf gegen das Gift der Naziideologie wie gegen alle imperialistischen Gedankengänge.

2. Gemeinsame Anstrengungen zu möglichst raschem Wiederaufbau der Wirtschaft, um Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung zu schaffen.

3. Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates.

4. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie der Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung.

5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern. Unterbindung jeder Völkerverhetzung.

Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung.«³⁷

Diese Zielsetzungen bestimmten damals die Politik in allen Bereichen der SBZ, zumal an der Spitze der Parteien und neuen Staatsorgane in der Mehrzahl Menschen standen, die ihre antifaschistische Haltung durch die Tat bewiesen hatten. Folgende Unterschriften standen unter diesem Dokument: *KPD*:

36 Siehe Ulrich Schneider: Antifaschistische Ansprüche der Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Kräfte bei der Konstituierung und Entwicklung der BRD. In: Arbeiterbewegung und Antifaschismus. Bonn 1995. S. 46ff (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 24). – Erich Selmann: Antifaschismus in Staat und Gesellschaft der DDR. In: Ebenda. S. 69ff.

37 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 6. Berlin 1966. S. 358f.

Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Anton Ackermann, Otto Winzer; *SPD*: Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Helmut Lehmann, Otto Meier; *CDUD*: Andreas Hermes, Walter Schreiber, Jakob Kaiser, Theodor Steltzer, Ernst Lemmer; *LDPD*: Waldemar Koch, Eugen Schiffer, Wilhelm Külz, Arthur Lieutenant. Die meisten dieser Politiker hatten aktiv gegen den Faschismus gekämpft oder waren während der Nazizeit drangsaliert und verfolgt worden.

Zu den moralisch-politischen Grundlagen des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus in der SBZ/DDR gehörten von Anfang an – im Gegensatz zu den Westzonen – die Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit und die Würdigung des antifaschistischen Widerstandskampfes.³⁸

Bereits 1945 erschienen erste Druckschriften: Werner A. Beckert: Die Wahrheit über das KZ Buchenwald. Der Tatsachenbericht eines langjährigen politischen Gefangenen. Weimar 1945; Rudi Jahn: Das war Buchenwald. Ein Tatsachenbericht. Leipzig 1945; Theodor Feuerlein: Bericht über das KZ Sachsenhausen durch den ehemaligen Häftling Th. Feuerlein. Arbeitskommando Falkensee, Stammlager Sachsenhausen. Dresden 1945.

Zu den ersten Publikationen gehörte ferner der 1945 niedergeschriebene »Bericht des internationalen Lagerkomitees Buchenwald«, in dem ein Abriß der Geschichte des Lagers, der blutigen SS-Herrschaft und des Widerstandes der Häftlinge gegeben wurde.³⁹ Einleitend mahnte Ernst Busse, Mitglied des internationalen Lagerkomitees, später Innenminister in Thüringen und Vizepräsident der Deutschen Verwaltung für Land und Forst in Berlin⁴⁰:

»Heute gibt es viele Menschen in Deutschland, die erklären: ›Wir haben es nicht gewußt. Wir wußten nichts von Buchenwald, von Auschwitz, von Sachsenhausen usw.‹ Aber die Thüringer wußten sehr genau, was Buchenwald war. Denn wenn man einen fragte, warum er sich nicht gegen das Verbrechen der Nazis zur Wehr setzte, so antwortete er: ›Dann käme ich ja nach Buchenwald!‹

Die Angst vor Buchenwald steckte allen Thüringern in den Knochen. Sie wußten genau, daß auf dem Ettersberg entsetzliche Dinge vor sich gingen, wenn sie vielleicht auch nicht jede Einzelheit kannten. Denn die unvorstellbaren

38 Siehe Vera Wrona: Marxistisch-leninistische Faschismuskritik – unabdingbarer Bestandteil der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. In: Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler (Hrsg.): Faschismus-Forschung. Positionen–Probleme–Polemik. 2. Auflage. Berlin 1980. S. 355ff. – Karl Heinz Jahnke: Studi e ricerche sulla Resistenza dal 1933 al 1945 nella ex-Republica democratica tedesca. In: Dimensioni e problemi della ricerca storica (1993)1. S. 197–218 [deutschsprachige Fassung unveröffentlicht].

39 Siehe Bericht des internationalen Lagerkomitees Buchenwald. Weimar o. J. (1946). – In der Folgezeit gab es noch mehrere Berichte über das Lager Buchenwald.

40 Busse wurde 1950 unter falschen Anschuldigungen von sowjetischen Sicherheitsorganen verhaftet, zu Lagerhaft verurteilt und starb 1953 in Workuta. Die Zentrale Parteikontrollkommission der SED rehabilitierte ihn 1956.

Greuelthaten in diesem Lager konnte sich nur ein ganz sadistisches Gehirn ausmalen. Das deutsche Volk wußte um die Konzentrationslager, aber es hat die Augen vor den unmenschlichen Mißhandlungen verschlossen [...] Kein Mensch in Deutschland wehrte sich gegen diese entsetzlichen Verbrechen, ja das ganze Volk hat sich an der Vorbereitung des Krieges beteiligt. Es wurde ›eisern gepart‹, Volkswagen wurden bestellt, in den Betrieben wurde Tag und Nacht für die Rüstung geschuftet, die Autostraßen mit dem Geld der Arbeitslosenversicherung in rasendem Tempo fertiggestellt, Milliarden wurden vom deutschen Volke erpreßt, obwohl jeder wußte, daß diese Gelder der Kriegsvorbereitung dienten [...].

Man könnte ganze Bände mit den Niederträchtigkeiten und Schandtaten ausfüllen, die von der deutschen ›Kulturnation‹ in den besetzten Gebieten begangen wurden [...] Und die deutschen Frauen in der Heimat haben ihre Männer und Söhne noch zu diesen Räubereien ermuntert, indem sie sie aufforderten, möglichst viel nach Hause zu schicken. Ich habe viele Briefe von Soldaten und an Soldaten gelesen, aber in keinem stand ein Wort gegen den Krieg, dafür aber um so mehr die Aufforderung, gute Sachen, die es in Deutschland schon lange nicht mehr gab, besonders aus der angeblich so ›unkultivierten‹ Sowjetunion zu schicken. Es ist ein Wunder, daß die Soldaten der Roten Armee, die so Unendliches erduldet haben, deren Frauen von deutschen Bestien geschändet wurden, deren Eltern erschlagen und zu Tode gefoltert wurden, denen die Deutschen Hab und Gut raubten und ihre Wohnungen verbrannten – es ist ein Wunder, daß diese bis ins Innerste aufgewühlten Menschen das deutsche Volk nicht ausradirt haben.

Und wir schämen uns nicht, uns zu beschweren, wenn ein Rotarmist eine Uhr abnimmt oder sich in eine Wohnung setzt. Wir glauben, wir haben ein Recht darauf, daß er sich anständig benimmt. Wir Deutschen, die wir die Welt zu einem Dreckhaufen gemacht haben, die wir unsere Soldaten zum Morden und Rauben aufforderten, wir glauben, wir haben ein Recht, von diesen Beraubten noch etwas zu fordern [...].

Wir deutschen Antifaschisten schämen uns dessen, was durch Deutschland geschehen ist, am meisten. Auch wir fühlen uns mitschuldig an den vom deutschen Volk begangenen Verbrechen, denn wir haben es nicht verstanden, das deutsche Volk, als es noch Zeit dazu war, zur entschlossenen Abwehr gegen die Naziverbrecher zusammenzuschließen. Darum müssen auch wir Antifaschisten, die zwölf Jahre lang im Zuchthaus und Konzentrationslager Schweres erduldeten, mit opfern und die schweren Lasten tragen [...].

Jeder, der diesen Bericht liest, soll immer wieder daran denken, daß auch er mitschuldig ist, wenn solche Bestialitäten wenige Kilometer von der Stätte, wo die großen deutschen Dichter Goethe und Schiller gelebt haben, vor sich gehen konnten [...].

Wiedergutmachen heißt aber heute, arbeiten und nochmals arbeiten am demokratischen Wiederaufbau Deutschlands. Nicht mit dem Gefühl, daß man unter dem Zwang einer Besatzungsmacht steht, sondern in der freiwilligen Erkenntnis, daß wir nur auf diese Weise wieder die Achtung anderer demokratischer Völker erringen können. Die Arbeit eines jeden ist nur ein bescheidener Anteil am großen Werk der demokratischen Erneuerung Deutschlands.«⁴¹

In ähnlicher Weise äußerte sich der aus sowjetischem Exil zurückgekehrte Schriftsteller Adam Scharer (1889–1948): »Und ich wurde nicht nur einmal, ich wurde hunderte Male gefragt, was ist mit dem deutschen Volke vorgegangen. Ich wurde gefragt in Moskau und in Kasan und in Taschkent und kehrte dann wieder zurück in das Dorf, in dem ich seit Ausbruch des Krieges gewohnt hatte. Aber ich konnte auch jetzt keine Antwort darauf geben. Ich konnte auch auf weitere Fragen keine Antwort geben wie die: Warum bauen die Deutschen riesige Konzentrationslager mit Verbrennungsöfen und Gaskammern, um friedliche Menschen millionenweise zu vernichten. Ich hätte mich nicht gewundert, wenn die Menschen der Sowjetunion in vollem Maße ihren berechtigten Haß gegen die deutschen Eindringlinge auch auf mich ausgedehnt hätten. Und eigentlich wundere ich mich noch, das dies nicht geschah.« Er schloß seine Betrachtungen mit dem Appell: »Wir werden schwer zu tragen haben, um dieses unermeßliche Unrecht gutzumachen; denn hier geht es schon nicht mehr um Recht oder Unrecht schlechthin. Es geht darum, ob das deutsche Volk in seinen besten Teilen die Kraft aufbringt, sich moralisch über diesen grausigen Sumpf zu erheben und in der Lage ist, durch die Tat zu beweisen, daß es nicht gewillt ist, sich selbst aufzugeben.«⁴²

In der ersten Zeit nach der Befreiung erschienen – aus wohl verständlichen Gründen – noch keine auf Forschung beruhenden wissenschaftlichen Publikationen zur Geschichte des Widerstandskampfes. Es dominierte zunächst die Sorge um die Verfolgten des Naziregimes und deren Angehörige. Bei den Verwaltungen der Städte, Kreise und Länder wurden spezielle Referate zur Feststellung und Betreuung der Opfer des Faschismus eingerichtet. In Presse und Rundfunk erschienen aber bereits Erinnerungsberichte von Verfolgten und von Überlebenden des Kampfes.

Die »Deutsche Volkzeitung«, das Zentralorgan der KPD, begann bereits in ihrer ersten Nummer am 13. Juni 1945 mit dem Abdruck eines Kapitels des Romans über das große Sterben an der Wolga »Stalingrad« von Theodor Plievier. Der Roman wurde als »eines der hervorragendsten Werke einer neuen deutschen freiheitlichen Literatur, einer wahren deutschen Nationalliteratur, wie sie

41 Bericht des internationalen Lagerkomitees Buchenwald. Weimar o. J. (1946). S. 1–3.

42 Adam Scharer: Als Deutscher in der Sowjetunion. Der 22. Juni 1941. Eine Erinnerung. In: »Deutsche Volkszeitung« vom 22. Juni 1941. S. 3.

gegenwärtig unter der Einwirkung der veränderten geschichtlichen Verhältnisse entsteht«⁴³, beurteilt.

Unter der Überschrift »Was man wissen muß, um den Faschismus zu hassen« erschienen in der »Deutschen Volkszeitung« Erinnerungsberichte von KZ-Häftlingen. Bereits die dritte Ausgabe vom 19. Juni 1945 enthielt Erinnerungen an den antifaschistischen Widerstandskampf.

Der Sozialdemokrat Erich Zeigner, 1923 Ministerpräsident der sächsischen SPD-KPD-Regierung, von 1933 bis 1945 mehrmals in Haft, nach Eingliederung Leipzigs in die SBZ Anfang Juli 1945 dortiger Oberbürgermeister, 1946 Mitglied der SED, schrieb am 5. Juni 1945: »Ich glaube [...], daß es eine Ehrenpflicht der Stadt Leipzig ist, [...] alles zu sammeln, was jetzt noch über den Versuch Dr. Goerdelers, die große Katastrophe abzuwenden, gesammelt werden kann [...] Es handelt sich nicht nur um ein Stück unserer Stadtgeschichte, sondern um ein sehr gewichtiges Stück deutscher Geschichte. Ich habe Herrn Dr. Goerdeler nicht persönlich gekannt, bin aber erstaunt über seinen Mut und über die Gesinnung, die sich aus allem ergibt, was ich über seine Tätigkeit erfahre. Es handelt sich hier um eine Aufgabe der Stadt, all dies zu sammeln und der Bevölkerung darüber zu berichten.«⁴⁴

Der kommunistische Widerstandskämpfer Fritz Selbmann, 1933 bis 1945 Häftling in Nazizuchthäusern und KZ, später Landes- und DDR-Minister, sagte am 29. Juni 1945 in einem Vortrag in Leipzig: »Im Namen des Volkes« wurde Georg Schumann hingerichtet, weil er gegen Hitler und den Krieg gekämpft hat. »Im Namen des Volkes« wurden Schwarz, Hoffmann, Zipperer, Heinze und Goerdeler hingerichtet, weil sie unter Einsatz ihres Lebens kämpften, um dem Wahnsinn ein Ende zu machen. Das alles geschah im Namen des Volkes. Ich glaube, es wäre ein Symptom, daß sich unser Recht erholt, wenn wir als eine der ersten Handlungen unserer neuen Rechtspflege eine feierliche Erklärung abgeben würden: Was in diesen zwölf Jahren im Namen des Volkes als Recht erklärt worden ist, war Unrecht.«⁴⁵

Wie bekannt, brauchte die Mehrheit des deutschen Bundestages fast 50 Jahre, und auch dann noch unvollständig, um dieser Forderung nachzukommen.

Der Stadtrat von Dresden gab 1945 die Broschüre heraus »Tatsachen klagen an – Berichte der Überlebenden«, in der u. a. die Abschiedsworte ausländischer Häftlinge von Buchenwald an ihre deutschen Kameraden veröffentlicht wurden:

43 »Deutsche Volkszeitung« vom 13. Juni 1945. S. 4.

44 Zitiert in Ines Reich: »Lange Zeit haben wir über Goerdeler mehr geschimpft als über Goebbels«. In: Räume voll Leipzig. Arbeitsberichte des Stadtarchivs Leipzig. Leipzig 1994. S. 114.

45 Fritz Selbmann: Reden und Tagebuchblätter 1933–1947. o. O. o. J. S. 67f. Zitiert in: Werner Bramke: Carl Goerdeler und Leipzig. Leipzig 1995. S. 14.

Die Holländer: »Wir danken und gedenken insbesondere der deutschen Kameraden, die unter Einsatz ihres Lebens für die Selbstverwaltung des Lagers kämpften, wodurch Tausenden von Antifaschisten das Leben gerettet werden konnte«.

Die Luxemburger: »Die Luxemburger grüßen alle ihre Buchenwalder Kameraden, die in jahrelanger treuer Verbundenheit und Gemeinschaft mit ihnen gelitten und gearbeitet haben. Sie gedenken dabei besonders ihrer deutschen Kameraden«.

Die Polen: »Als die deutschen Kameraden nach schwerem Kampf mit den Kriminellen die innere Gewalt im Lager erhielten, konnten wir das polnische illegale Komitee gründen«.

Die Jugoslawen: »Die deutschen Kameraden als älteste Antifaschisten im Lager, die mit allen wesentlichen Lageraufgaben und Kampfmethoden besonders vertraut waren, haben uns in die internationale antifaschistische Front eingeschlossen. Sie waren die Initiatoren und Organisatoren des Kampfes auf dem internationalen Plan.«

Die Belgier: »Wir können dieses Lager nicht verlassen, ohne den Kameraden aller Länder herzliche und brüderliche Grüße zu entbieten und insbesondere unseren deutschen Kameraden. Sie waren die ersten Opfer des Nationalsozialismus, und von ihnen erhielten wir große Hilfe bei der Verteidigung der belgischen Interessen.«⁴⁶

Im Leipziger Verlag für Wissenschaft und Literatur erschien 1946 der Bericht »Das war Buchenwald«, in dem es über den in Buchenwald inhaftierten Pfarrer Paul Schneider hieß, der aus seiner Arrestzelle den auf dem Appellplatz angetretenen Häftlingen Worte der Anklage und des Ausharrens zugerufen hatte:

»Nur wenige Worte waren es, die Pfarrer Schneider sagen konnte. In viehischer Wut stürzte der Arrestscharführer Sommer, einer der allergemeinsten Saldisten dieser ganzen Verbrecherbande, in Pfarrer Schneiders Zelle, und die herrliche Stimme aus der unbesiegbaren Welt des Geistigen verstummte unter dem Klatschen der Nilpferdpeitsche, die jenen tapferen Mann zusammenschlug.

Als Pfarrer, als Diener der evangelischen Kirche, stand Pfarrer Schneider in gewissem Maße unter dem Schutz der Weltöffentlichkeit. Seine Standhaftigkeit mußte dem Lagerkommandanten SS-Staf.[elführer] Koch wie ein ewiger Alpdruck erscheinen. Er konnte diese Affäre nicht so leicht abtun, wie das bei den zahllosen Namenlosen möglich war: Abgang durch Tod und Todesursache: allgemeine Herz- und Kreislaufschwäche. So leicht ging das mit einem Pfarrer Schneider nicht. Deshalb wäre dieser Massenmörder Koch sehr gern bereit gewesen, Pfarrer Schneider zu entlassen. Er hat es ihm oft genug angeboten. Nur

46 Zitiert nach Walter A. Schmidt: *Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945.* Berlin 1958. S. 271f.

eine kleine Formalität: Unterschreiben Sie diesen Revers, daß Sie sich in Zukunft dem Nationalsozialistischen Staat gegenüber loyal verhalten werden, daß Sie nicht über das Lager erzählen, daß Sie jede staatsfeindliche Äußerung oder Handlung sofort der Gestapo melden, und Sie können noch heute nach Hause fahren [...].

Leben – Frau – Kinder! Nur eine kleine Unterschrift! Pfarrer Schneider widerstand der Verlockung[...] Seine Antwort war: »Sie können mich entlassen, aber ich sage Ihnen, der erste Bordstein Weimars wird die Kanzel, von der aus ich Ihre unsagbaren Verbrechen dem ganzen Volke predigen werde.« In teuflischer Wut ging Koch. Diesen erbärmlichen Gesellen rührte die erhabene Mannhaftigkeit nicht [...] Ein Wink an seine Henkersknechte, und die Folter begann von neuem [...].

Pfarrer Schneider hat diese ganze schmerzreiche Straße gehen müssen. Unablässig befahl SS-Standartenführer Koch seinen Henkersknechten, Pfarrer Schneider zu »bewegen«, den nun schon zur Prestigefrage gewordenen Revers zu unterschreiben. Aber die sittliche Idee erwies sich als stärker, Pfarrer Schneider unterschrieb nicht. Da ermordete man ihn [am 18. Juli 1939] durch Strophantin-Einspritzungen.«⁴⁷

Die Broschüre enthielt auch die Abschiedsworte der tschechoslowakischen und französischen Buchenwald-Häftlinge an ihre deutschen Kameraden.

Am 23. Juni 1945 tagte in Berlin der beim Magistrat gebildete Hauptausschuß Opfer des Faschismus unter dem Vorsitz von Magistratsrat Ottomar Geschke. Die Diskussionen verliefen anfangs nicht ohne Probleme, wie der dazu veröffentlichten Bericht über diese Sitzung ausweist:

»Opfer des Faschismus sind Millionen Menschen, sind alle diejenigen, die ihr Heim, ihre Wohnung, ihren Besitz verloren haben. Opfer des Faschismus sind die Männer, die Soldat werden mußten und in die Bataillone Hitlers eingereiht wurden, sind alle, die für Hitlers verbrecherischen Krieg ihr Leben lassen mußten. Opfer des Faschismus sind die Juden, die als Opfer des faschistischen Rassenwahns verfolgt und ermordet wurden, sind die Bibelforscher und die »Arbeitsvertragsünder«. Aber soweit können wir den Begriff »Opfer des Faschismus« nicht ziehen. Sie haben alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht *gekämpft*! Diesen Menschen wird und muß im Rahmen der allgemeinen Fürsorge geholfen werden.

In die Sondermaßnahmen des Berliner Magistrats für »Opfer des Faschismus« können nur jene Männer und Frauen, unbeachtet ihrer religiösen und politischen Einstellung, einbezogen werden, die unter der Hitlerdiktatur heldenmütig für die Freiheit des deutschen Volkes *kämpften* und darum schweren Verfolgungen und Mißhandlungen ausgesetzt waren, aus dem Lande vertrieben wurden, größte Opfer an Gesundheit und Gut brachten und lange Jahre in

47 Zitiert ebenda. S. 256f.

Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachteten. »Opfer des Faschismus« sind die Hinterbliebenen der von den Faschisten ermordeten Helden des deutschen Freiheitskampfes!

»Opfer des Faschismus« ist ein Ehrentitel, den wir selbst denen verweigern, die zwar wegen revolutionärer Handlungen in Gefängnissen und Zuchthäusern waren, aber dort keine aufrechte, antifaschistische Haltung an den Tag gelegt haben. Nur wer *aktiv* am Kampfe gegen das Hitlerregime teilgenommen hat, nur wer auch im Zuchthaus, im Gefängnis und im Konzentrationslager seiner antifaschistischen Gesinnung treu geblieben ist, kann von uns als »Opfer des Faschismus« anerkannt werden.

Es werden die Dokumente gesammelt werden, die die Leidenszeit der zwölf Jahre des faschistischen Blutregimes enthalten, und der Weltöffentlichkeit übergeben. Wir werden in Film und Rundfunk lebendige Darstellungen des Lebens in den Lagern, Gefängnissen und Zuchthäusern geben, wir werden die Folterkammern der Gestapo rekonstruieren und der Welt zum Verständnis bringen, was wir in unserem Kampfe gegen Hitler zu ertragen hatten. Aber wir wollen auch Beispiele der erhebenden Kameradschaft zeigen, die uns immer wieder so viele Grausamkeiten ertragen ließ. Wir wollen die mannhaften Gestalten der Kämpfer gegen den Faschismus preisen, jene Arbeiter, Pfarrer, Gelehrten und Offiziere, die unerschrocken gegen das Naziregime kämpften.«⁴⁸

In der Folgezeit unterschied man, insbesondere bei der Gewährung von Ehrenrenten, zwischen Opfern des Faschismus und Kämpfern gegen den Faschismus, was wohl seine Berechtigung hatte. In jedem Falle aber erfolgte eine angemessene Versorgung.

Am 3. Juli 1945 veranstaltete der neugegründete »Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands« in Berlin seine erste öffentliche Kundgebung, auf der das programmatische »Manifest« des Bundes verkündet wurde. Anwesend waren u. a. Oberbürgermeister Arthur Werner, der Schauspieler Paul Wegener, der Wissenschaftler Prof. Dr. Walter Schirmer, die Schriftsteller Bernhard Kellermann und Johannes R. Becher. Das festliche Konzert der Berliner Philharmoniker dirigierte Leo Borchard, der der illegalen Widerstandsgruppe »Onkel Emil« in Berlin-Steglitz angehört hatte. Borchard wurde am 23. Juli 1945 von einer amerikanischen Streife in Berlin irrtümlich erschossen.

Am 8. Juli 1945 würdigte Theodor Plivier in der »Deutschen Volkszeitung« Käthe Kollwitz anlässlich ihres 78. Geburtstages: »Eine große Künstlerin, ein ganzer Mensch, eine ganze Frau, eine deutsche Frau mit dem ihr zugemessenen vollen Maß des Leids, aber auch mit der Erlösung, die große Künstlerschaft zu geben hat. Sie hat dem deutschen Volk viel gesagt und noch viel zu sagen. Wir drücken unserer Käthe Kollwitz herzlich die Hand.«⁴⁹ Zu dieser Zeit wußte man

48 »Deutsche Volkszeitung« vom 30. Juni 1945. S. 3.

49 »Deutsche Volkszeitung« vom 8. Juli 1945. S. 3.

in Berlin noch nicht, daß K. Kollwitz bereits am 22. April 1945 in Moritzburg bei Dresden gestorben war. Die »Deutsche Volkszeitung« veröffentlichte am 17. Juli 1945 einen Bericht über die Beisetzung sowie Auszüge aus der Grabpredigt des Moritzburger Pfarrers Seibt.

2. Erster Jahrestag des 20. Juli 1944

Das erste große öffentliche Bekenntnis zum deutschen Widerstand löste der Jahrestag eines Ereignisses aus, das in den folgenden Jahrzehnten sehr umstritten sein sollte: der erste Jahrestag des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944. Die »Neue Zeit«, Zentralorgan der CDU in der SBZ, verwies in einem Beitrag vom 22. Juli 1945 sowohl auf die programmatische als auch auf die personelle Kontinuität einiger führender Persönlichkeiten der CDU zum Umsturzversuch vom 20. Juli 1944: Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Theodor Stelzer.

»Das Volk«, Tageszeitung der SPD, widmete unter der Überschrift »Die Lehren des 20. Juli 1944« den Vorgängen mehr als zwei Seiten. In einem Artikel gedachte Gustav Dahrendorf besonders der sozialdemokratischen Mitkämpfer: Wilhelm Leuschner, Julius Leber, Hermann Maaß, Adolf Reichwein, Theodor Haubach, Ludwig Schwamb, Ernst von Harnack, Carlo Mierendorff. Über die Begegnung mit den Kommunisten am 22. Juni 1944 hieß es darin:

»An ihr nahmen teil: Jakob Saefkow [muß heißen Anton Saefkow], Franz Jacob, Dr. Julius Leber, Professor Reichwein und ein weiterer Mann, von dem es sich später erwies, daß er ein Gestapospitzel war. Noch in der Nacht vom 22. zum 23. Juni 1944 hatte der Verfasser Gelegenheit, ausführlich von Dr. Leber über den Verlauf dieser Besprechungen zu hören. Sie hatte zu einer politischen Übereinstimmung auf einer Grundlage geführt, die durch den Verlauf der Dinge leider erst nach dem Zusammenbruch Deutschlands Wirklichkeit geworden ist.« Über Leber hieß es: »Mit seltener politischer Einsicht hat Leber die Größe und zugleich auch die Begrenzung der Aufgabe gesehen, die der Wille zum Sturz Hitlers und zur Beendigung des Krieges stellte. Er hat dieser Aufgabe aus seiner Vitalität heraus gedient und galt vielen Männern aus allen Lagern als der große antifaschistische Aktivist, dem die Zukunft entscheidende und führende Aufgaben stellen würde.

Julius Leber ist gefallen, nachdem er an der Verbreiterung der Front der Antifaschisten zu unseren kommunistischen Freunden gearbeitet hat, als ein Vorkämpfer der Einheit.«⁵⁰

50 Gustav Dahrendorf: Die Lehren des 20. Juli 1944. Neue Tatsachen. In: »Das Volk« vom 20. Juli 1945. S. 1.

Hier sprach der Sozialdemokrat Dahrendorf von den »kommunistischen Freunden«, von der »Einheit« – ein reichliches halbes Jahr später floh er in die Westzonen. War er ein Heuchler, oder hatte sein Weggang reale Ursachen, an denen die Kommunisten vielleicht nicht unbeteiligt waren? Solche Fragen ergeben sich aus der Geschichte des deutschen Widerstandes und der Geschichte seines Vermächnisses, zumal Dahrendorf kein Einzelfall blieb.

Jakob Kaiser, Mitbegründer und Vorstandsmitglied der CDU [vor 1933 Reichstagsabgeordneter und Funktionär in der christlichen Gewerkschaftsbewegung], schrieb in der gleichen Nummer des »Volk« über »Die Arbeiterschaft und der 20. Juli 1944. Mutige Männer!«:

»In dem Kreis der aktiven Opposition gegen das Hitlersystem nahm eine Reihe von Arbeiterpersönlichkeiten einen ehrenvollen Platz ein [...] Ich selbst gehörte mit Wilhelm Leuschner, Max Habermann [ehemaliger Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der sich 1933 von dem pronazistischen Kurs des Verbandes distanziert und den Weg in den Widerstand eingeschlagen hatte – K. F.], Bernhard Letterhaus [Funktionär in der christlichen Arbeiterbewegung] – später kam neben anderen auch Julius Leber hinzu – zum Arbeiterflügel der zivilen Führergruppe, und ich werde immer wieder Zeugnis dafür ablegen, mit welchem tiefen sozialen und politischen Ernst die gesamte Gruppe sich Rechenschaft davon gab, wie groß die Bedeutung der Arbeiterschaft für Volk und Staat sei.

Auch Goerdeler war kein Reaktionär. Er kam gewiß von »Rechts«, aber er sah die Bedeutung der Arbeiterschaft und bekannte sich zum Willen, ihr in der für die Zeit nach dem 20. Juli vorgesehenen Neuordnung des deutschen Lebens den ihr zukommenden Platz zu geben.

In dem politischen Ordnungs- und Aufbauplan für die Zeit nach dem 20. Juli nahm die Bildung der neuen Gewerkschaft einen großen Raum ein [...].

Im Rahmen unseres Planes kam es übrigens nicht darauf an, daß wir vielleicht nicht in allen Einzelheiten mit den übrigen Männern des 20. Juli übereinstimmten. Wesentlich war erst einmal, daß das System Hitlers den Todesstoß erhielt, damit das deutsche Volk vom Verbrechertum frei und für den Frieden reif wurde. Die Tatsache, daß es sich sowohl auf militärischer wie auf ziviler Seite um aufrechte, todesmutige Männer handelte, genügte, daß auch wir mit Vertrauen in die Neuordnung des deutschen Lebens hineingehen konnten. Bestimmend für unser Zusammengehen mit der zivilen Führergruppe des 20. Juli war auch und nicht zuletzt die Erkenntnis, daß jeder Tag, der das Hitlersystem eher stürzte, jeder Tag, der dem Frieden gewonnen wäre, Deutschland und Europa viel Blut, viel Not und viel Trümmer erspart hätten, und daß die Arbeiterschaft dabei immer in stärkstem Maße der leidtragende Teil sei.

Eine Darstellung der Geschichte des 20. Juli wird sich einmal mit den Gründen zu befassen haben, warum der Aufstand der Freiheits- und Friedenskämpfer

nicht glückte. Man kann aber heute schon sagen, daß die Unentschlossenheit einer Anzahl maßgeblicher Generale nicht zuletzt die Schuld daran trägt. Eine Reihe anderer Momente kam hinzu. Das deutsche Volk, ganz Europa mußten weiter bluten bis zum bitteren Ende.

Der 20. Juli behält aber trotzdem seinen Sinn. Und wenn es nur der wäre, daß vor aller Welt offenbar wurde, daß es noch deutsche Männer gab, die für Freiheit und Menschenwürde zu sterben wußten. Unter ihnen Männer der Arbeiterschaft, und an ihrer Spitze Wilhelm Leuschner, der 1932 als Nachfolger von Theodor Leipart erwählte Führer der Freien Gewerkschaften.«⁵¹

Auch hier ergibt sich die Frage, warum der antifaschistische Konsens zerbrach, warum der christliche Widerstandskämpfer Jacob Kaiser 1948 in die Westzonen ging, wo er zwar BRD-Minister, politisch aber auch nicht glücklich wurde und sich bald mit seinem CDU-Chef Konrad Adenaur überwarf. Hätte es andere Möglichkeiten gegeben?

Die »Deutsche Volkszeitung«, Zentralorgan der KPD, veröffentlichte, neben einem Erinnerungsbericht von Max Günther, Vorsitzender des Verbandes technischer Angestellter und Werkmeister, über die Teilnahme von Gewerkschaftern am Umsturzversuch und der »Schilderung eines Augenzeugen« über die »Hinrichtung der Generale« in Plötzensee, einen größeren Artikel von Anton Ackermann, damals Mitglied des Zentralkomitees der Partei, »Der 20. Juli 1944 und seine Lehren«⁵². Ackermann hatte schon ein Jahr zuvor, in der SU, als Mitglied des ZK der KPD und des NKFD, den Umsturzversuch begrüßt und Volk und Wehrmacht aufgerufen, den begonnenen Kampf bis zum Sturz Hitlers weiterzuführen. Jetzt, ein Jahr später, schrieb er:

»Die lange Liste der namhaften Personen [...], die abgesetzt, vom Posten gejagt oder aus der Wehrmacht ausgeschlossen, erschlagen, verhaftet und gehängt wurden, ließ auch den fernstehenden Beobachter erkennen, daß es sich bei den Männern des 20. Juli keinesfalls um eine »kleine Gruppe« und auch nicht nur »auführerische Generale und Offiziere« handelte, sondern um eine

51 Jacob Kaiser: Die Arbeiterschaft und der 20. Juli 1944. Mutige Männer! In: »Das Volk« vom 20. Juli 1945. S. 3.

52 A[nton] Ackermann: Der 20. Juli 1944 und seine Lehren. Die Hintergründe großer und zugleich tragischer Ereignisse. In: »Deutsche Volkszeitung« vom 20. Juli 1945. S. 3. – Ackermann, Fritz Erpenbeck und Walter Ulbricht hatten unmittelbar nach dem 20. Juli als Mitglieder des Nationalkomitees »Freies Deutschland« in Ansprachen über den Sender und in der Zeitung »Freies Deutschland«, im Aufruf des NKFD und in Vorträgen die Tat als eine nationale Befreiungstat gekennzeichnet. Ackermann hielt am 16. August 1944 im Nationalkomitee »Freies Deutschland« einen informativen Vortrag über die Vorgänge in Deutschland. Im Vortragsmanuskript hieß es: »Schicksalsfrage – Leben und Tod: Sturz Hitlers und Frieden. Leben der Nation – jedes Mittel recht. Große vaterländische Tat. Hut ab! Tapfere Männer. Gehängte – Kämpfer für die Rettung von Volk und Vaterland.« (Siehe Kurt Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944. 7. Auflage. Berlin 1989. S. 288).

relativ bedeutende illegale Bewegung entschlossener Männer aus ganz verschiedenen Lagern und verschiedenen Schichten des Volkes.

Obwohl das Attentat nicht von Erfolg war, rüttelten die Ereignisse des 20. Juli an den Grundmauern des Hitlerstaates und der Hitlerpartei; denn sie legten den aufbrechenden Gegensatz zwischen Nazismus und Nation klar und zeigten den Beginn einer inneren Krise im Gefüge Hitlerdeutschlands an.

Die mutige Tat der Männer des 20. Juli fand überall, wo es im Volke Unzufriedenheit, Enttäuschung und Opposition gab, berechnete Zustimmung und Anerkennung. Leider beschränkte sich aber die Äußerung der Volksstimmung auf die passive und resignierende Feststellung: »Wie schade, daß die Sache schiefgegangen ist.« Zu Aktionen gegen das Hitlerregime und den Hitlerkrieg ist es im Zusammenhang mit dem 20. Juli in Deutschland und in der deutschen Wehrmacht nur in ganz vereinzelt Fällen und nur in kleinem Ausmaß gekommen.«

Nachdem Ackermann sich über Hintergründe und Triebkräfte geäußert hatte, zog er folgende Schlußfolgerungen:

»Ein solches Blut- und Terrorregime wie das nazistische konnte nur bei äußerster Konsequenz und letzter Entschlossenheit der zur Rettung Deutschlands aufstehenden Kräfte aus den Angeln gehoben und zertrümmert werden. Selbst ein erfolgreiches Attentat auf Hitler hätte die blutigen Auseinandersetzungen mit der SS und den aktiven Nazisten nicht vermeiden können, und heute ist wohl einem jeden klar, daß dieser Kampf tausendfältig geringere Opfer gekostet hätte als die Weiterführung des Krieges bis in das Zentrum von Berlin. Sollte der Kampf zum Sturze Hitlers mit Erfolg geführt werden, dann konnte man vor den offenen Auseinandersetzungen nicht zurückschrecken, und der Appell zur Volkerhebung, zum offenen Kampf vor allem des schaffenden Volkes mußte die Achse jedweder Umsturzplanung sein. Die Volkerhebung durch eine Art Palastrevolution ersetzen zu wollen, das mußte scheitern [...].

Wäre es z. B. nicht möglich gewesen, gleichzeitig mit dem Attentat auf Hitler (dessen erfolgreiche Ausführung natürlich die Aktion erleichtert hätte) große Rundfunksender, Druckereien, zentrale Verbindungs- und Verkehrsknotenpunkte und Verwaltungsinstitute durch militärischen Handstreich in die Hand zu bekommen, um nun zur allgemeinen Volkerhebung für sofortigen Frieden durch den Sturz Hitlers aufzurufen? Wenn es einen Weg zur Beendigung des Krieges und zur Befreiung aus der Hitlerbarbarei durch die eigene Kraft des deutschen Volkes gab, dann nur diesen [...].

Nun wäre es gewiß völlig abwegig, die Bewegung des 20. Juli auf die Generale und Offiziere zu beschränken, die an diesem Tage aktiv in Erscheinung traten. Diese Bewegung ging vielmehr vom Generalfeldmarschall über christli-

che Gewerkschaftsführer und sozialdemokratische Funktionäre bis zu kommunistischen Gruppen in Betrieben und Wohnbezirken [...].

Eine bestimmte Illoyalität der Generale und Offiziere des 20. Juli gegenüber den antifaschistisch-demokratischen Kräften kann nicht bestritten werden. In der politisch entscheidenden Frage, der Frage der Einheit aller antifaschistischen Kräfte, fehlte es auf der einen Seite an der notwendigen Aufrichtigkeit und Folgerichtigkeit. Bei Voranstellung rückschrittlicher Sonderinteressen vor die brennenden nationalen Interessen blieb es offensichtlich bei einer mehr äußerlichen und formellen als einer tatsächlichen und festen Einheit.

Das Bestreben des demokratisch orientierten, konsequent antifaschistischen Flügels der Bewegung, alle Kräfte zum Sturz Hitlers und zur Beendigung des Krieges zu sammeln und jede Möglichkeit zur Erschütterung des Naziregimes und zur Verkürzung des Krieges auszunützen, war zweifellos richtig. Ging es doch um nichts Geringeres als darum, Deutschland davor zu bewahren, zum Schlachtfeld zu werden und in die schwerste Katastrophe seiner Geschichte zu stürzen. Eine konsequentere Politik der antifaschistischen Einheit, basierend vor allem auf der Aktivität der gesunden Kräfte des schaffenden Volkes, hätte andere, erfolversprechendere Perspektiven des Kampfes gegen Hitler, für Frieden und Freiheit eröffnen können. Möge diese Hauptlehre des 20. Juli heute vor allem erkannt und von niemandem im antifaschistisch-demokratischen Lager vergessen werden.«

Die Charakterisierung der Bewegung als eine breite, über die Offiziere hinaus, sozialdemokratische und christliche Kräfte erfassende und bis in KPD-Gruppen hineinreichende wurde in den folgenden Jahren verdrängt und durch die Behauptung von einem reaktionären, proimperialistischen Putsch einer kleinen Generals- und Beamtenclique ersetzt.

In ähnlicher Weise wie die genannten Zeitungen äußerte sich die überparteiliche »Berliner Zeitung«. Von der Liberal-Demokratischen Partei ist keine öffentliche Stellungnahme bekannt, da deren zentrale Zeitung »Der Morgen« erstmalig am 3. August erschien.

Diesen analytischen Würdigungen gegenüber vernahm man aber in der »Täglichen Rundschau«, der Zeitung der Sowjetischen Militäradministration für die deutsche Bevölkerung, bereits jetzt andere Töne. Die Zeitung befaßte sich in drei Beiträgen am 20. und 21. Juli 1945 mit diesem Thema. In einem Leitartikel am 20. Juli 1945 hieß es: »Das Attentat auf Hitler, das als einziges von einer Reihe in den Julitagen auf ihn geplanten Anschläge ausgeführt wurde, brachte die Spaltung der Führungsschicht in zwei Parteien ans Tageslicht, von denen die eine angesichts der unvermeidlichen Niederlage das Letzte noch zu retten versuchte, was vom deutschen Militarismus und Imperialismus noch zu retten war. Das Unternehmen des 20. Juli war von vornherein zum Scheitern

verurteilt, weil es ohne jegliche Verbindung mit der Masse des Volkes geplant und durchgeführt wurde, ohne die heute kein politisches Ziel erreicht werden kann, weil die Mittel zu seiner Realisierung vollständig unzureichend waren und ihm den Charakter einer bloßen ›Palastrevolution‹ gaben.«

Ein zweiter Beitrag in der gleichen Nummer, »Die Wahrheit über den 20. Juli 1944«, unterzeichnet mit »J. Z.«, sollte Aufschluß über die Hintergründe bringen. Der Verfasser führte die Ursachen auf die schon lange vorhandenen Spannungen zwischen Hitler und Wehrmachtführung zurück und schrieb: »Für Hitler und seine unmittelbaren Spießgesellen war die Verlängerung des Krieges – selbst auf Kosten einer vollständigen Entkräftung und Verwüstung des eigenen Landes, selbst um den Preis seines Unterganges – eine Frage der persönlichen Existenz. Den Generalen, besonders aus den Kreisen des OKH, die nicht gesonnen waren, unter Hitlers Führung ›an der Spitze des letzten Bataillons auf den Trümmern der letzten deutschen Stadt‹ zu enden, schwebte eine Lösung nach dem Vorbild von 1918 vor: sofortige Friedensverhandlungen, Erhaltung der Wehrmacht, die als intaktes Machtinstrument bei diesen Verhandlungen wesentlich ins Gewicht fallen sollte, Erhaltung der deutschen Kriegsindustrie als Vorbedingung zum späteren Wiederaufleben des deutschen Militarismus. Sie identifizierten den deutschen Militarismus mit dem deutschen Staat schlechthin. Darin liegt ihre historische Tragik. Eine auf dieser weltanschaulichen Grundlage geplante Aktion konnte natürlich nicht als Volksaufstand gegen den Faschismus politisch vorbereitet und durchgeführt werden. Damit war ihr Mißlingen eigentlich schon im voraus bestimmt.« Nach Darlegung der Vorgeschichte kam der Verfasser zu folgendem Schluß: »Der Mißerfolg des Staatsstreiches vom 20. Juli war weder die Folge des Zufalls, durch den Hitler am Leben geblieben war, noch war er ein Ergebnis einzelner Fehler seiner Teilnehmer. Das Mißlingen des Unternehmens war durch ihre politische Grundeinstellung hervorgerufen und vorausbestimmt. Ihre Absicht, das historisch verurteilte und dem Untergang geweihte politische System des deutschen Militarismus zu erhalten, war unvereinbar mit dem Aufbau einer wirklichen Volksbewegung.«

Die positive Bewertung, die der Umsturzversuch anläßlich des ersten Jahrestages in deutschen Zeitungen gefunden hatte, erregte offensichtlich das Mißfallen der zuständigen Stellen in der SMA und vielleicht auch im ZK der KPD. Darum veröffentlichte die »Tägliche Rundschau« am nächsten Tage eine Stellungnahme, die zugleich einen Rüffel für die deutschen Zeitungsmacher aller Richtungen enthielt: »Die Berliner Zeitungen beschäftigten sich gestern sehr eingehend mit dem 20. Juli 1944.

Ohne Zweifel, diese Ereignisse waren in einem gewissen Grade bedeutsam und bezeichnend. Bedeutsam deswegen, weil sie tatsächlich die einzige Erhebung von Deutschen gegen Hitler waren. Denn es ist leider Tatsache, daß das deutsche Volk zwölf Jahre lang Hitler, seine menschenfeindliche Räuberpolitik

und seinen völkervernichtenden Krieg unterstützt hat. Bezeichnend waren die Ereignisse des 20. Juli deshalb, weil sie noch einmal eindeutig zeigten, daß ein Teil der deutschen Generalität und des hohen Beamtentums erkannt hatte, in welchen Abgrund Hitler Deutschland führte. Die Ereignisse des 20. Juli haben noch einmal die innere Fäulnis des Hitlerregimes erwiesen.

Bei der Beurteilung der Ereignisse des 20. Juli dürfen wir aber nicht deren Hintergründe vergessen. Wir dürfen in keinem Fall vergessen, welche Ziele die Gruppe Witzleben-Goerdeler verfolgte, vor allem die Hintergründe der Ereignisse. Sie gehen zurück auf Stalingrad und andere große Niederlagen der deutschen Wehrmacht. Solange Witzleben, Goerdeler u. a. von dem Sieg Hitlers überzeugt waren, dachten sie nicht daran, Protest gegen Hitler zu erheben, geschweige mit Taten gegen die Räuberpolitik Hitlers aufzutreten, die zur Ausrottung von Millionen Menschen führte. Noch mehr, sie hatten zusammen mit Hitler diese Politik der Volksvernichtung vorbereitet und verwirklicht. Sie entschlossen sich erst dann zu handeln, als sie davon überzeugt waren, daß die Hitlerbande Schiffbruch erleidet. Die von der Gruppe Witzleben-Goerdeler verfolgten Ziele bestanden darin, Hitler und seine nächste Umgebung aus dem Weg zu räumen, sich selbst aber und das zu retten, was noch zu retten war – nämlich den deutschen Militarismus, den sie für den nächsten Krieg erhalten wollten. Es ist also klar, daß die Anhänger der Gruppe Witzleben-Goerdeler, ungeachtet der persönlichen Tapferkeit ihrer Anhänger, nicht als Männer zu bezeichnen sind, denen die Rettung des Volkes höchste Sorge war.

Das hätten die »Berliner Zeitung« und einige andere Zeitungen bei der Beurteilung des 20. Juli nicht vergessen dürfen.«

Da zu den Mitarbeitern der »Täglichen Rundschau« auch deutsche Kommunisten gehörten, ist anzunehmen, daß es sich hier um einen ersten Vorstoß handelte, das Geschichtsbild im Sinne der KPdSU- und KPD-Führung zu verändern.⁵³

Was die Haltung führender Kreise und der Bevölkerung der Sowjetunion anbetrifft, so muß man daran erinnern, daß die Meldungen über das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 in Moskau mit großer Spannung und Zustimmung aufgenommen worden waren, verbunden mit der Hoffnung, daß der Umsturz gelingen und ein baldiges Kriegende bringen möge. Noch am 24. Juli 1944 stand in der »Prawda«, dem Zentralorgan der KPdSU, ein Artikel unter der Überschrift »Der Kampf in Deutschland geht weiter«, in dem erneut diese Hoffnung zum Ausdruck gebracht wurde.⁵⁴

53 Siehe Werner Bramke: Carl Goerdeler und Leipzig. Leipzig 1995. S. 15.

54 Siehe Kurt Finker: Die Stellung der Sowjetunion und der sowjetischen Geschichtsschreibung zum 20. Juli 1944. In: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime. Köln 1994. S. 39. – Siehe auch die Schilderungen in Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1955. S. 279–281.

Es ist hier nicht der Ort, sich mit diesen Argumenten auseinanderzusetzen, die manches Richtige enthalten, aber auch manchen aus verständlicher Unkenntnis resultierenden Fehler – z. B. Unkenntnis über den Lernprozeß Carl Goerdelers, der nicht erst nach Stalingrad, sondern bereits 1938 überzeugter Hitlergegner war –, aber auch wesentliche politische Orientierungen, die in der Folgezeit in der Sowjetunion und der SBZ/DDR das Bild bestimmen sollten.⁵⁵

Dessenungeachtet sagte Otto Grotewohl auf einer Kundgebung der SPD am 14. September 1945 in Berlin: »Der 20. Juli war ein Aufstand zur Verhinderung des letzten totalen Zusammenbruchs des Reiches. Aber: Der 20. Juli war eine Revolution, und es wäre neu in der Geschichte, eine Revolution deshalb keine Revolution zu nennen, weil sie nicht zum Erfolg führte. Der 20. Juli bedeutete in diesem Gestapo- und Mörderreich ebensoviel wie die Aufstandsbewegungen gegen die deutsche Armee in Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei, als die Befreiungsarmeen in Sicht waren.«⁵⁶ Man kann heute darüber streiten, ob diese Einschätzung überzogen ist, sie ist aber immerhin eine bedeutsame Aussage über den Kampf gegen das Naziregime und zeugt von der Achtung, die allen Nazigegegnern entgegengebracht wurde.

3. Für die Einheit aller Antifaschisten

Oberstleutnant d. R. und Landrat a. D. Theodor Steltzer, der noch am 15. Januar 1945 wegen seiner Mitwirkung in der Widerstandsgruppe »Kreisauer Kreis« zum Tode verurteilt worden war, aber gerettet wurde, erklärte auf der Gründungskundgebung der CDU am 22. Juni 1945 im Theater am Schiffbauerdamm in Berlin: »Wir, die wir von Anfang an den Hitlerismus in aktiver politischer und kirchlicher Arbeit bekämpft haben, sind wohl nicht ohne tiefen Sinn den Weg durch die Gefängnisse und Konzentrationslager gegangen. Denn dort haben wir nicht nur eine neue Gemeinsamkeit mit unseren katholischen Brüdern, sondern auch mit Menschen erlebt, von denen wir bis dahin durch eine fast unüberbrückbare politische Kluft getrennt waren. Ich gedenke heute in Treue und Dankbarkeit meiner politischen Freunde aus der Sozialdemokratie Leber, Haubach, Reichwein und Mierendorff. Und ich gedenke in ebensolcher Verbundenheit meiner kommunistischen Mithäftlinge, wie Baensch und anderer, mit denen sich eine gleiche gemeinsame Basis gegenseitigen menschlichen Verstehens ergab. Dieses Erlebnis ist wohl für uns alle eine der größten Verheißungen für die Zukunft geworden. Wenn es uns gelungen ist, die alten Gegensätze in

55 Ich habe diese Auseinandersetzung versucht in meiner Arbeit »Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution?«. Berlin 1994.

56 Otto Grotewohl: Im Kampf um Deutschland. In: Reden und Aufsätze. Bd. 1. Berlin 1948. S. 21f.

uns selbst, in den einzelnen Menschen zu überwinden, dann muß es auch im ganzen Volk möglich sein.«⁵⁷

In der zentralen Tageszeitung der SPD »Das Volk« schrieb Erich Walter Gniffke, einer der drei Vorsitzenden des Zentralausschusses der SPD, am 12. Juli 1945: »Gelungen ist im Jahre 1945 der Zusammenschluß aller Werktätigen zu einem einheitlichen politischen Willen und Handeln. Diese Einheit hat sich angebahnt in den Konzentrationslagern, in den Zuchthäusern und Gefängnissen; sie wird von uns Überlebenden als teuerstes Vermächtnis übernommen, sie wird zukunftsweisend gestaltet. Sie bedeutet nicht: sich mit dem nachbarlichen Freund nur »auf guten Fuß« zu stellen, sondern sie stellt die vorbehaltlose Einheit aufrichtigster herzlichster Freundschaft zum gemeinsamen politischen Handeln auf weite Sicht dar. Es ist ein eingeschlagener Weg in die Zukunft, der keinen Stimmungen der Gegenwart und der Zukunft geopfert wird. Dabei sind die Organisationsformen von ganz untergeordneter Bedeutung. In ihnen können sich ideologische Unterschiede ausleben und schließlich auch an- und ausgleichen, wobei jetzt oder in Zukunft niemandem ein Leitseil um den Hals geworfen wird. Entscheidend ist dabei das innere Vertrauen.«⁵⁸

Franz Dahlem, Mitglied und Sekretär des ZK der KPD, Spanienkämpfer, 1939 bis 1945 zuerst in Frankreich, dann im KZ Mauthausen inhaftiert, schrieb am 14. Juli 1945:

»Die Annäherung ergab sich durch die gleiche Schicksalsgemeinschaft und entwickelte sich nach und nach zu einer festen Kampfgemeinschaft. Im Lager waren kommunistische Funktionäre, die bei der illegalen Arbeit verhaftet worden waren, desgleichen Sozialdemokraten, Männer des Zentrums, Bibelforscher, Bürgerliche, die wegen ihrer Antinazi-Einstellung eingeliefert wurden: Männer aus dem Auswärtigen Amt, dem Luftfahrtministerium, später Offiziere aus der Bewegung vom 20. Juli 1944 und andere.

Alle diese Menschen mit verschiedenartigen Partei- und Weltanschauungen, die aus den verschiedenen Schichten des Volkes kamen, lernten sich hier menschlich näher kennen. Das war und bleibt die große Lehre: Wir lernten es, Achtung vor den verschiedenen Standpunkten zu haben, trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen, doch den gemeinsamen Weg des Zusammengehens und des gemeinsamen Kampfes zu finden, sowohl für die Hilfe gegenüber dem einzelnen wie gegenüber den alle bedrohenden Vernichtungsabsichten des Feindes. So entwickelte sich über die Schicksalsgemeinschaft hinaus eine kämpferische Einheitsfront, die uns stark werden ließ, uns das Eindringen in alle wichtigen Funktionen des Lagers ermöglichte, was uns wieder

57 Zitiert nach Kurt Finker: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis. Berlin 1993 (Neuaufgabe). S. 300 und 301.

58 »Das Volk« vom 12. Juli 1945. S. 1.

erlaubte, von der Schreibstube und vom Arbeitseinsatz aus die wertvollsten Menschen vor der Vernichtung zu retten.

Wir haben uns vor dem Auseinandergehen geschworen, daß diese Einheit auch weiterhin im Lande aufrechterhalten und weiterentwickelt werden soll zu einer Einheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte für die Durchführung des Wiederaufbaus unseres Landes.«⁵⁹

Damals war noch nicht absehbar, daß gerade diese Lehre aus dem gemeinsamen Kampf – konsequenter Antifaschismus, Breite des politischen Spektrums, gegenseitige Achtung und Toleranz – später den Herrschenden in der Alt-BRD und in der DDR zunehmend Schwierigkeiten bereiten sollte und immer mehr verdrängt wurde. Bezeichnend ist das Schicksal der hier zitierten Autoren, die zu antifaschistischer Einheit, zu Gleichberechtigung und Toleranz aufgerufen hatten: Theodor Steltzer gab seine leitende Tätigkeit beim Berliner Magistrat auf, ging in seine schleswig-holsteinische Heimat zurück, wurde dort Ministerpräsident, überwarf sich mit Konrad Adenauer und dessen Politik, betätigte sich nur noch in nichtstaatlichen Organisationen und trat wenige Wochen vor seinem Tode, im September 1967, im Fernsehen der DDR mit der vor allem an die Bonner Regierung gerichteten Forderung nach einer realistischen Entspannungspolitik zwischen beiden deutschen Staaten auf.⁶⁰ Erich W. Gniffke wurde 1946 Mitglied des Parteivorstandes und des Sekretariats der SED, verfaßte 1947 die Schulungsschrift »Der SED-Funktionär«⁶¹, verließ im Oktober 1947 die SBZ und die SED, wurde in Westdeutschland wieder Mitglied der SPD, blieb aber wegen seiner SED-Tätigkeit bis zu seinem Tode 1964 politisch eine Randfigur.⁶² Franz Dahlem, 1946 Mitglied des Parteivorstandes bzw. später des ZK der SED und dessen Zentralsekretariats, wurde 1953 unter der Anschuldigung politischer Blindheit gegenüber imperialistischen Agenten während seiner Westemigration aus dem ZK ausgeschlossen und aller Parteifunktionen enthoben, 1956 politisch rehabilitiert und 1957 wieder in das ZK aufgenommen, aber nicht mehr mit hochrangigen Funktionen betraut; er wurde 1964 Präsident der Deutsch-Französischen Gesellschaft der DDR und verstarb 1981.

Auch hier ergibt sich wieder die Frage, warum diese beschworene Einheit auf der Basis des antifaschistischen Konsens, der gegenseitigen Achtung und Toleranz, zerbrochen ist.⁶³ Waren dafür nur die besonderen deutschen Verhält-

59 Franz Dahlem: Die antifaschistische Einheit in den Konzentrationslagern. Die große Lehre, die wir schwuren, nie zu vergessen. In: »Deutsche Volkszeitung« vom 14. Juli 1945. S. 2.

60 Siehe Kurt Finker: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis. Berlin 1993 (Neuauflage). S. 304–306.

61 Siehe Erich W. Gniffke: Der SED-Funktionär. Berlin 1947.

62 Siehe Erich W. Gniffke: Jahre mit Ulbricht. Köln 1966 (mit einem Vorwort von Herbert Wehner).

63 Zur entsprechenden Entwicklung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien siehe: Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945–1950. Eingeleitet und bearbeitet von Fritz Reinert. Weimar 1994. – Reinert spricht für

nisse bestimmend, einschließlich der Machtpolitik der Siegermächte in Ost und West, oder bestanden dafür auch allgemeinere Ursachen?

Es gibt aus dieser Zeit noch ein bemerkenswertes Bekenntnis zur Einheit und Gleichberechtigung aller antifaschistischen Gruppen und Personen. In der SBZ erschien 1946 das im mexikanischen Exil geschriebene Buch »Irrweg einer Nation« des Kommunisten Alexander Abusch, eine Abrechnung mit den antidemokratischen und reaktionären Erscheinungen der deutschen Geschichte, in dem der Verfasser zugleich resümiert, daß 1932/1933 »eine moralische Kampfgemeinschaft von den Kommunisten und Sozialdemokraten bis zu katholischen Pfarrern und konservativen Demokraten gegen die Diktatur der Unmoral und Unmenschlichkeit«⁶⁴ notwendig gewesen wäre. Folgerichtig stehen im Schlußkapitel »Neuer Ausblick, neuer Beginn« folgende Sätze: »Die Dialektik der Geschichte brachte gerade in der Zeit der entfesselten Bestialität des deutschen Nazismus auch aus dem deutschen Volk große Charaktere und standhafte Menschen hervor, ebenbürtig den Renaissancegestalten der Hutten, Reuchlin, Sickingen und Münzer: der kriegsverstümmelte Graf Philipp Klaus Schenk von Stauffenberg, der ein Auge und einen Arm verloren, an der Seite seiner Kameraden in der patriotischen Offiziersverschwörung von 1944 zum Galgen geschleift; – Sophie Scholl, Eva Maria Buch und Lieselotte Hermann, junge Studentinnen, die unverzagt auf das Schafott stiegen; Edgar André, der lebenslustige Kämpfer, der den Kopf unter das Beil legte, und der Held des deutschen Geistes Carl von Ossietzky, im Konzentrationslager zu Tode geschunden, dem der Friedensnobelpreis zur Märtyrerkrone wurde – der kommunistische Transportarbeiter Ernst Thälmann und der sozialdemokratische Holzarbeiter Wilhelm Leuschner, jeder in seiner Art die Überzeugungstreue der deutschen Arbeiterbewegung noch in seinem Sterben verkörpernd [...] Nicht wenige Deutsche hatten es gut verstanden, für die Freiheit zu sterben, – doch sie hatten es noch nicht erlernt, im Kampfe für die Freiheit zu siegen wie andere Völker.«⁶⁵

Von wesentlicher Bedeutung für die Aufklärung über den wahren Charakter Hitlerdeutschlands war die Schrift von Walter Ulbricht »Die Legende vom ›deutschen Sozialismus‹«, die der KPD-Verlag Neuer Weg, Berlin, bereits 1945 herausbrachte.⁶⁶ Der Verfasser beleuchtete hier die großkapitalistischen Hintermänner der Nazibewegung und -herrschaft, die planmäßige Kriegsvorbereitung

— das Jahr 1950 von einer »relativen Stabilisierung des von der SED beherrschten Mehrparteiensystems.« (S. LI).

64 Alexander Abusch: *Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte.* 3. Auflage. Berlin 1947. S. 263.

65 Ebenda. S. 266f.

66 Siehe Walter Ulbricht: *Die Legende vom ›deutschen Sozialismus‹. Ein Lehrbuch für das schaffende Volk über das Wesen des deutschen Faschismus.* Berlin 1945–1946. – Im Jahre 1952 brachte der Dietz Verlag die Schrift unter dem Titel »Der faschistische deutsche Imperialismus« heraus. Die 3. Auflage von 1952 erreichte bereits die Gesamthöhe von 330 000 Exemplaren.

und die Tatsache, daß der »nationale Sozialismus« nur ein Propagandamittel war, um das deutsche Volk fügsam und kriegswillig zu machen. In ähnlicher Weise wirkten aufhellend die Schriften des 1946 aus amerikanischem Exil zurückgekehrten Kommunisten Albert Norden.⁶⁷

Bereits 1945 gab Max Fechner, Mitglied des Zentralaussschusses der SPD, 1946 Mitglied des Parteivorstandes bzw. des ZK der SED, das Aufklärungsbuch »Wie konnte es geschehen?« heraus.⁶⁸ Es handelte sich dabei um ein fingiertes Tagebuch des Nazipropagandaministers Joseph Goebbels, in dem in aller Deutlichkeit die verbrecherischen Ziele und hinterlistigen Methoden der Nazipolitik dargelegt wurden. Im Nachwort des Herausgebers hieß es:

»So hätte er schreiben müssen, wenn er ehrlich gewesen wäre. Er war aber ein Großlügner und blieb es bis zum Gift. Wir haben ihm deshalb die Feder aus der Hand genommen und für ihn den Ablauf der verhängnisvollen Zeit deutscher Geschichte beschrieben, wie sie hinter dem Vorhang von Lüge und Propaganda von einer Schar ehrgeiziger Gewaltpolitiker im Auftrage des Großkapitals und Militarismus gemacht wurde.

Aus ihr haben wir zu lernen, daß die im Großkapital, im Militarismus und Großbürgertum geeinten Gegenkräfte über eine Macht verfügen, die nicht freiwillig abtritt, daß das Kapital sich im Kampf gegen den Sozialismus der Werktätigen mit allen Mitteln der Tamung, Massenwerbung und Gewalt zur Wehr setzt, daß gegen Besitz, Wissen und gesellschaftliche Stellung die Werktätigen nur den geeinten politischen Willen setzen können, daß nur durch Schulung und Aufklärung die der Reaktion dienende politische Gleichgültigkeit breiter Kreise des Klein- und Mittelbürgertums und der Arbeiter in kämpferische Gesinnung gewandelt werden kann, und daß es nur einer geeinten Arbeiterbewegung gelingen wird, auf dem mit allen Mitteln zu schützenden Boden der sozialen Demokratie nicht nur die Gegenkräfte zu vernichten, sondern die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, durch die das unverrückbare Ziel der deutschen Arbeiterbewegung erreicht werden muß: Der Sozialismus.«⁶⁹

Wesentliche Teile dieses Buches, das mit seiner 5. Auflage 1946 bereits die Zahl von 550 000 Exemplaren erreichte, waren von Fechners persönlichem Mitarbeiter im SPD-Zentralaussschuß Dr. Günter Scheele entworfen worden. Scheele wurde 1946 ebenfalls Mitglied der SED und war von 1956 bis 1965 Rektor der Pädagogischen Hochschule Potsdam.

67 Siehe Albert Norden: *Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker.* Berlin 1947; *So werden Kriege gemacht! Über Hintergründe und Technik der Aggression.* Berlin 1950.

68 Siehe *Wie konnte es geschehen? Auszüge aus den Tagebüchern und Bekenntnissen eines Kriegsverbrechers.* Hrsg. von Max Fechner. Berlin 1945.

69 *Ebenda.* S. 131f.

In Weimar publizierte der Volksverlag 1946 die 48-Seiten-Broschüre »Kämpfer gestern und heute. Ehemalige politische Gefangene berichten.«⁷⁰ Der Aufbau-Verlag Berlin brachte 1947 Wolfgang Langhoffs Erlebnisbericht »Die Moorsoldaten« heraus.

In den Jahren 1945 bis 1947 erschienen erste literarische Schöpfungen, die Themen aus der Zeit des Naziterrors und aus dem Widerstandskampf zum Inhalt hatten.⁷¹ Theodor Pliviers 1945 auch als Buch vorliegender Roman »Stalingrad« erreichte 1946 bereits die Auflagenhöhe von 120 000 Exemplaren.

Ich weiß aus eigener Mitarbeit, daß Günther Weisenborns Drama »Die Illegalen«, das vor dem historischen Hintergrund des Kampfes der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation spielt, der Weisenborn selbst angehört hatte, in den 40er Jahren nicht nur Berufstheatern, sondern auch Laienspielgruppen der Freien Deutschen Jugend als Vorlage diente.⁷²

Die Dichterin Ricarda Huch, die in Thüringen zur Ehrenvorsitzenden des im Juli 1945 in Berlin konstituierten Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands berufen wurde, wandte sich 1946 mit einem Appell an die Öffentlichkeit in allen Besatzungszonen, Zeugnisse des deutschen Widerstandes zu sammeln: »Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, Lebensbilder dieser für uns Gestorbenen aufzuzeichnen und in einem Gedenkbuch zu sammeln, damit das deutsche Volk daran einen Schatz besitze, der es mitten im Elend noch reich macht. Dazu bedarf ich der Hilfe vieler, an die ich mich bittend hier wende.«⁷³ Sie konnte ihr Vorhaben nicht verwirklichen, da sie im November 1947 im Alter von 83 Jahren starb, nachdem sie noch Anfang Oktober als Ehrenpräsidentin des ersten (und einzigen) deutschen Schriftstellerkongresses in Berlin gewirkt hatte.

Es war bezeichnend, daß sich sehr viele, wenn nicht gar die meisten der aus Exil und illegalem Widerstand zurückkehrenden Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler in der SBZ/DDR niederließen – einige nach kurzem enttäu-

- 70 Siehe Kämpfer gestern und heute. Ehemalige politische Gefangene berichten. Weimar 1946.
- 71 Siehe Konstantin Simonow: Ich sah das Vernichtungslager. Berlin 1945–1946 (Bericht über Treblinka nach der Befreiung). – Theodor Plivier: Stalingrad. Berlin 1945–1946 (Roman). – Anna Seghers: Das siebte Kreuz. Berlin 1946 (Roman). – Willi Bredel: Die Prüfung. Berlin 1946 (Roman). – Günther Weisenborn: Die Illegalen. Berlin 1946 (Drama). – Walter Gorrish: Um Spaniens Freiheit. Berlin 1946 (Roman). – Horst Lommer: Das Tausendjährige Reich. Berlin 1946 (mit satirischen Gedichten aus den Jahren 1934 bis 1945). – Jan Petersen: Unsere Straße. Eine Chronik. Geschrieben im Herzen des faschistischen Deutschlands 1933/34. Berlin 1947 (3. Auflage 1952 mit insgesamt 55 000 Exemplaren). – Martha Dodd: Die den Wind säen. Berlin 1947 (amerikanischer Roman um den bekannten Flieger und Luftwaffengeneral Ernst Udet). – Bodo Uhse: Leutnant Bertram. Berlin 1947 (Roman vor dem Hintergrund des Krieges in Spanien).
- 72 Siehe Theater-Kurier mit dem Programm von heute. 1. Veranstaltung der Bühne der Jugend. Lübben o. J. (1948) (Hrg. von der FDJ-Kreisleitung Lübben). – Im Besitz d. Verf.
- 73 Günter Weisenborn: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945. 1. Auflage. Hamburg 1953. S. 11.

schenden Aufenthalt im Westen –, weil sie hier die antifaschistische Perspektive gewährleistet sahen: Alexander Abusch, Johannes R. Becher, Ernst Bloch, Bertolt Brecht, Willi Bredel, Max Burghardt, Eduard Claudius, Paul Dessau, Slatan Dudow, Gerhart Eisler, Hanns Eisler, Anna Seghers, Lea und Hans Grundig, Stefan Hermlin, Werner Krauss, Wolfgang Langhoff, Hans Mayer, Ernst Hermann Meyer, Theodor Plivier, Mitja Samuel Rapoport, Ludwig Renn, Bodo Uhse, Erich Weinert, Friedrich Wolf, Arnold Zweig und andere.

An der Universität Leipzig fand sich ein Kreis antifaschistischer Wissenschaftler zusammen, der sowohl in der Forschung als auch in der politischen Ausstrahlung eine über SBZ/DDR hinausreichende Wirksamkeit entfaltete: Der Romanist Werner Krauss, der nach dem 1943 ausgesprochenem, aber nicht vollstrecktem Todesurteil und Flucht aus dem Militärgefängnis in Torgau nach der Befreiung und anschließender Tätigkeit an der Universität Marburg 1947 als Professor für Romanistik nach Leipzig kam; der Philosoph Ernst Bloch, der 1948 in den USA eine Berufung als Professor für Philosophie nach Leipzig annahm; der Historiker Walter Markov, der nach der Selbstbefreiung der politischen Häftlinge aus dem Zuchthaus Siegburg 1946 Dozent und Professor für Geschichte in Leipzig wurde; der Historiker Ernst Engelberg, nach Schweizer und türkischem Exil 1949 Professor für deutsche Geschichte an der Leipziger Universität; der Literaturwissenschaftler Hans Mayer, der nach Exil in Frankreich und der Schweiz und Tätigkeit in Frankfurt am Main ab 1948 als Professor für Literaturwissenschaft in Leipzig forschte und lehrte; der religiöse Sozialist und Theologe Emil Fuchs, der nach Gastvorlesungen in den USA 1949 Professor für Systematische Theologie und Religionsphilosophie in Leipzig wurde; der Wirtschaftswissenschaftler Friedrich Behrens, der 1946 eine Professur für Statistik und Politische Ökonomie an der Universität Leipzig erhielt.

Als am 20. Oktober 1948 in Potsdam die Brandenburgische Landeshochschule, die spätere Pädagogische Hochschule »Karl Liebknecht«, gegründet wurde, erhielt die junge wissenschaftliche Einrichtung von antifaschistischen Wissenschaftlern ihr entscheidendes Gepräge: Rektor wurde der Rechtswissenschaftler und Philosoph Prof. Dr. Arthur Baumgarten, seit 1933 im Schweizer Exil, Mitbegründer der »Partei der Arbeit« der Schweiz; Prorektor und späterer Rektor wurde der Volkswirtschaftler Prof. Dr. Arno Müller, bis 1945 Vizepräsident des Komitees »Freies Deutschland« für den Westen; als einer der Dekane wirkte der Germanist Prof. Dr. Ernst Hadermann, Studienrat aus Kassel, Mitbegründer des Nationalkomitees »Freies Deutschland« in der Sowjetunion; ebenfalls Dekan war der Historiker Prof. Werner Meyer, aus Tallin (Estland) stammend, bis 1914 Oberlehrer in Petersburg, seit 1919 Gymnasiallehrer in Deutschland, Antifaschist, 1945 KPD-Mitglied⁷⁴; einer der Prodekane war der Mathematiker Prof. Wilhelm Hauser, Sozialdemokrat, Emigrant in Großbritannien, Mitglied der Bewegung »Freies Deutschland« für den Westen. Nach Tä-

tigkeit als Volksbildungsminister in Thüringen und als Pädagogik-Professor in Jena und Leipzig kam 1953 Prof. Dr. Walter Wolf an die Hochschule, vor 1933 kommunistischer Lehrer, 1939 bis 1945 Häftling im KZ Buchenwald.⁷⁵ Auch die aus dem Exil gekommenen Historiker Karl Obermann und Ernst Engelberg lehrten in den ersten Jahren an der jungen Hochschule. Diese Dozenten und Professoren, auch die Nichthistoriker, beeinflussten auf Grund ihrer erlebten antifaschistischen Vergangenheit wesentlich das Geschichtsbild und damit auch die politische Haltung der Mitarbeiter und Studenten, d. h. der hier studierenden künftigen Lehrer.

Am 14. Oktober 1949 sandten Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger aus Kalifornien an Pieck und Grotewohl ein Glückwunschsreiben: »Erlauben Sie uns, Ihnen und dem Kanzler Otto Grotewohl unsere herzlichsten Wünsche auszusprechen. Wir brauchen Ihnen nicht zu versichern, mit welcher tiefer Anteilnahme wir das Schicksal der jungen Republik unter Ihrer beider Führung verfolgen.«⁷⁶

Heinrich Mann starb im März 1950 in Los Angeles, kurz vor der geplanten Übersiedlung in die DDR, wo er die Berufung als Präsident der Akademie der Künste angenommen hatte.

Es muß aber auch vermerkt werden, daß einige dieser antifaschistischen und sozialistischen Wissenschaftler nach etlichen Jahren in Widerspruch zu dem bürokratisch mutierenden, geistige Selbstbeschränkung verlangenden Sozialismus-Modell in der DDR gerieten und auch Repressalien ausgesetzt waren: Ernst Bloch übersiedelte 1961 in die BRD, Hans Mayer folgte ihm 1963, Behrens erhielt 1956/1957 SED-Parteiverfahren wegen »Revisionismus« sowie berufliche Benachteiligungen (1990 von der PDS rehabilitiert), Markov wurde 1951 aus der SED ausgeschlossen und ihm der Status als Verfolgter des Naziregimes aberkannt (1990 durch die PDS als nichtig erklärt); in Potsdam trat Hadermann aus der SED aus, blieb aber in der DDR.

Andere deutsche Emigranten verharren in ihren Exilländern, weil sie dort inzwischen ihren Wirkungskreis besaßen und sie zu den Verhältnissen in Ost- und Westdeutschland keinen Zugang fanden, wie Lion Feuchtwanger, Albert Einstein, Oskar Maria Graf, Walter Gropius, Erich-Maria Remarque, Mies van der Rohe, Marlene Dietrich. Thomas Mann hielt 1955 in Stuttgart *und* in

74 Siehe Hans Henseke/Detlef Zimmermann: Werner Meyers »Wanderung nach links«. Werner Meyer zum 100. Geburtstag am 15. Juli 1986. Potsdam 1986 (hrsg. vom Rektor der Pädagogischen Hochschule »Karl Liebknecht« Potsdam).

75 Siehe Johannes Schenk: Professor Dr. h. c. Dr. h. c. Walter Wolf (1907–1977) – Kommunist, Antifaschist, Lehrer, Schulpolitiker, Hochschullehrer und pädagogischer Wissenschaftler. Potsdam 1982 (hrsg. vom Rektor der Pädagogischen Hochschule »Karl Liebknecht« Potsdam).

76 Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. I. Berlin 1969. S. 395.

Weimar seine »Ansprache im Schillerjahr 1955«⁷⁷, nahm seinen ständigen Aufenthalt aber in der Schweiz, obwohl er unter Präsident Franklin Roosevelt amerikanischer Staatsbürger geworden war. Aber »eine Gestalt wie McCarthy schien ihm anzuzeigen«, schrieb Hans Mayer, »daß seines Bleibens in einem Lande, das solchen »Repräsentanten« eine Wirkungschance gibt, auf die Dauer nicht sein könne.«⁷⁸

Am 15. Oktober 1946 erlebte der nach dem Buch und unter der Regie von Wolfgang Staudte entstandene antifaschistische DEFA-Spielfilm »Die Mörder sind unter uns« in Ostberlin seine Uraufführung; ihm folgte am 3. Oktober 1947 der gegen die Judenverfolgung gerichtete Spielfilm »Ehe im Schatten« um das Schauspielerehepaar Gottschalk, nach dem Buch von Hans Schweikart und unter der Regie von Kurt Maetzig. Erich Engel, 1945/1946 noch in München tätig, gestaltete 1948 bei der DEFA den ebenfalls gegen den Antisemitismus gerichteten Film »Affäre Blum«.

Am 8. und 9. September 1945 gab es in Berlin Gottesdienste in Erinnerung an die Opfer des Faschismus und an die Widerstandskämpfer. Am 9. September 1945 sah die Neuköllner Werner-Seelenbinder-Kampfbahn eine Großkundgebung, an der über 60 000 Berliner aus allen Sektoren teilnahmen.

Am 22. September 1946, fand im Berliner Lustgarten eine Gedenkkundgebung zu Ehren des Opfer des Faschismus statt, auf der Vertreter von sieben bedeutenden Widerstandsgruppen sprachen: Werner Habarth (christliche Widerstandsbewegung), Prof. Dr. Robert Havemann (Europäische Union, Dr. Georg Großcurth-Gruppe), Aenne Saefkow (KPD, Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation), Erich Wichmann (Beppo-Römer-Gruppe), Fritz Ziegler (Heinz-Kapelle-Gruppe), Ruthild Hahne (Schulze-Boysen/Harnack-Organisation), Dr. Marion Gräfin Yorck von Wartenburg (Kreisauer Kreis).

4. Antifaschistische Aufklärung

Angesichts der geistigen Verwirrung, die der Faschismus und sein Ende im deutschen Volk hinterlassen hatten, kam der politischen Aufklärung und Bildung, wie schon angedeutet, erstrangige Bedeutung zu. Dieser Aufgabe widmeten sich die neuen antifaschistischen Zeitungen, der Rundfunk, das Filmwesen und die größtenteils neuen Verlage, die trotz großer materieller Schwierigkeiten bereits 1945, verstärkt ab 1946, aufklärende Schriften herausbrachten, wie bereits an Beispielen gezeigt.

77 Veröffentlicht in »Neues Deutschland« vom 5. Mai 1955. S. 3.

78 Hans Mayer: Leiden und Größe Thomas Manns. Zu seinem 80. Geburtstag am 6. Juni. In: »Neues Deutschland« vom 5. Juni 1955. Beilage.

Die KPD beschäftigte sich in ihrer innerparteilichen Schulung intensiv mit dem Faschismus und den Lehren aus der jüngsten Vergangenheit, um ihre Mitglieder, die, ob alte oder neue, erhebliche Bildungsdefizite hatten, für die aktuelle Arbeit zu befähigen. Aus den Schulungsmaterialien geht hervor, daß in der Zeit von der Zulassung im Juni 1945 bis zur Vereinigung mit der SPD im April 1946 neben den Tagesfragen u. a. Themen behandelt wurden, die in besonderem Maße der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit dienten: Der Sieg des Faschismus in Deutschland und seine Lehren für unseren gegenwärtigen Kampf; Der Klassencharakter des Faschismus und die Probleme der Einheits- und Volksfront; Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes; Die Beschlüsse der Berliner [Potsdamer] Konferenz; Der Vaterländische Krieg der Sowjetunion; Die Bodenreform; Der Kampf gegen die Naziideologie; Reaktionäres Preußentum; Keine Wiederholung der Fehler von 1918; Demokratische Schulreform; Der nationale Kampf der KPD und die Einheit Deutschlands; Kriegsverbrecher, aktivistische Nazis und nominelle Pg's; Die Erneuerung der deutschen Kultur; Unser Kampf gegen die Konzerne.⁷⁹

Diese vom ZK der Partei verbreiteten »Vortragsdispositionen« vermittelten Argumente und historische Fakten. So hieß es – heute wieder sehr aktuell – in dem Material über das Thema Bodenreform:

»Im Jahre 1939 besaßen in Deutschland rund 3 Millionen Bauernwirtschaften (fast drei Viertel aller Bauernhöfe des Landes) weniger Boden als 38 000 Junker.

Im Lande Sachsen besitzen 48 953 Bauernwirtschaften bis zu 5 ha Betriebsfläche 91 000 ha Boden; dagegen haben 1042 Gutsbesitzer mit je über 100 ha insgesamt 434 000 ha, d. h. diese 1 000 Junker haben 4½mal mehr Land als 49 000 landarme Bauern!

In Thüringen verfügen 61 684 Bauernhöfe bis 5 ha über insgesamt 119 000 ha, während 790 Großgrundbesitzer 366 000 ha, d. h. mehr als dreimal soviel haben.

In der Provinz Sachsen haben 91 190 landarme Bauernfamilien nur 113 000 ha Boden, hingegen 2 176 Großagrarien 860 000 ha, also 8½mal so viel.

In der Provinz Brandenburg ist die Bodenverteilung zugunsten der Junker besonders kraß. 70 617 Bauernhöfe bis 5 ha haben hier ganze 145 000 ha Land, während 2 794 Junker 1 755 000 ha besitzen, d. h. diese knapp 2 800 Feudalherren haben zwölfmal soviel Land als 70 000 Bauern. Sie besitzen mehr Boden als alle anderen Bauern der Provinz Brandenburg zusammengenommen.

Noch schlimmer ist es in Mecklenburg. Hier haben 23 037 landarme Bauern ganze 45 000 ha Boden, hingegen 1 600 Junker 907 000 ha, d. h. mehr als

79 Siehe Vortragsdisposition. Material für politische Schulungstage. Berlin 1945–1946 (hrsg. vom ZK der KPD).

zwanzigmal soviel! Diese 1 600 mecklenburgischen Großagrarien haben mehr als zwei Drittel (64,3 %) der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche Mecklenburgs in der Hand.

(Diese Zahlen sind dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1939/40 entnommen.)«

»Woher haben die Junker dieses viele Land? Sie haben es kraft ihrer politischen Macht den deutschen Bauern gestohlen! Gerade die den Staatsapparat beherrschenden Junker, Grafen, Fürsten und Könige waren es, die Jahrhunderte hindurch das »Bauernlegen«, d. h. den Raub von Bauernland, betrieben. Daher kommt es denn auch, daß die größten Grundbesitzer in Deutschland eben diese adligen Raubritter sind! [...].

Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn dieses von den Junkern gestohlene Land den Bauern und Landarbeitern zurückgegeben wird!«

»Die Enteignung der Junker ist aber auch ein Gebot der politischen Erneuerung Deutschlands. Der Nazismus und Militarismus können nicht ausgerottet werden, wenn die Junker nicht enteignet werden. Denn die Junker waren in Deutschland stets der Hort der Reaktion und des Militarismus. Sie bildeten das reaktionäre Offizierkorps, das am lautesten nach dem Kriege schrie! Aus dem Junkertum ging die reaktionäre Staatsbürokratie hervor, die immer jede fortschrittliche Bewegung unterdrückte. Die Junker bewahrten bis in die jüngste Vergangenheit ihre feudalen Vorrechte auf dem Lande, sie behandelten ihre Landarbeiter schlechter als das Vieh. Viele Junker unterstützten von Anfang an die Nazipartei, sie waren eine der stärksten Stützen des Hitlerregimes. Die wirtschaftliche Grundlage dieser reaktionären Rolle des Junkertums waren ihre riesigen Latifundien, die stets Brutstätten reaktionärer Umtriebe waren.

Ein demokratischer Neuaufbau Deutschlands ist daher nicht möglich, ohne die reaktionären Feudalherren zu enteignen!«⁸⁰

Allerdings geschah diese Einschätzung ohne Differenzierung. Es gab auch unter den Großgrundbesitzern mutige Nazigegner, die man als solche hätte würdigen müssen. Doch davon später an anderer Stelle.

Diese Aufklärungsarbeit wurde von der SED fortgesetzt. In ihrem Schulungsprogramm standen in den Jahren 1946 und 1947 u. a. folgende Themen dieser Art: Die antifaschistisch-demokratische Republik; Unser Kampf gegen den Militarismus; Unsere Stellung zu den nominellen Pg's; Unser Kampf gegen die Hetze der Reaktion; Die Nazilüge vom »Lebensraum«; Der Imperialismus; Die Revolution von 1848 in Deutschland; Demokratisierung der Schule; Die Rassenlüge der Nazis; Die Nazilüge vom »deutschen Sozialismus«.⁸¹

80 Die Bodenreform. Berlin o. J. (1945). S. 1-3 (Vortragsdisposition 9).

81 Siehe Sozialistische Bildungshefte. Berlin 1946-1947 (hrsg. vom Zentralsekretariat der SED, Abteilung Werbung und Schulung).

In dem Bildungsheft »Unsere Stellung zu den nominellen PG's«, das im August 1946 Gegenstand eines politischen Bildungsabends war, charakterisierte die SED-Führung wesentliche Elemente ihre Geschichtsbildes:

»Wer hat Hitler an die Macht gebracht?

Nach dem Zusammenbruch von 1918 hatten die deutschen Monopolkapitalisten und Junker nur ein Ziel: Um jeden Preis den Kampf um die imperialistische Vorherrschaft von neuem zu beginnen und dazu mit allen Mitteln einen neuen Krieg vorzubereiten, den sie von vornherein als totalen Vernichtungskrieg planten. Um dieses Vorhaben durchzuführen, brauchten sie eine politische Kraft von genügendem Einfluß und genügender Stärke, um eine terroristische Diktatur in Deutschland aufzurichten. In der NSDAP sahen die Monopolkapitalisten und Junker das Hauptinstrument zur Vorbereitung ihres neuen imperialistischen Krieges. Daher gingen sie schon lange vor 1933 dazu über, die Nazi-partei mit großen Geldsummen zu finanzieren und den Machtantritt Hitlers vorzubereiten [...].

Der Beschluß über die Auslieferung der Macht an Hitler erfolgte am 27. Januar 1932 im Industrieklub in Düsseldorf. An dieser Tagung nahmen die größten Monopolkapitalisten und Kriegstreiber Deutschlands teil [...].

Die unmittelbare Übergabe des Reichskanzlerpostens an Hitler im Jahre 1933 wurde von Vertretern des Schwer- und Rüstungskapitals und bekannten Junkern in der Nähe Hindenburgs betrieben [...].

Worin bestand das Wesen des Hitlerfaschismus?

Mit der Machtübernahme Hitlers und der Aufrichtung der faschistischen Herrschaft begann die unverhüllte Diktatur der deutschen Monopolkapitalisten und Junker. Der Hitlerstaat war das Machtorgan des imperialistischen Teils der deutschen Monopolkapitalisten und der Junker, geschaffen zu den Zwecken, das schaffende deutsche Volk und die Arbeiterklasse zu knebeln, Deutschland in ein Militärzuchthaus zu verwandeln und den imperialistischen Raubkrieg durchzuführen. Es trat eine Verschmelzung der führenden Männer der Konzerne und Banken mit der faschistischen Staatsgewalt ein, wie das besonders klar im Rüstungsrat zutage trat, wo die deutschen Monopolkapitalisten die einflußreichsten staatlichen Funktionen erhielten.«⁸²

Der daraus abgeleitete Kampf für die Ausrottung des Faschismus umfaßte die »Säuberung des Verwaltungsapparates«, die »Ausrottung der ökonomischen Wurzeln des Faschismus«, die »Bestrafung der Kriegs- und Naziverbrecher«, die »Vernichtung der Naziideologie«⁸³.

Im Unterschied zu den Sühnemaßnahmen gegen die »aktivistischen Nazis« sollten die nominellen Mitglieder der NSDAP eine andere Behandlung

82 Unsere Stellung zu den nominellen PG's. In: Sozialistische Bildungshefte I(1946)5. S. 2f.

83 Ebenda. S. 4f.

erfahren: »Ein ganz anderes Bild stellen dagegen die nominellen Pg's dar. Das sind Menschen, die zwar der NSDAP angehörten, die sich aber nicht an Verbrechen und Schandtaten beteiligten. Sie sind aus verschiedenen Gründen der NSDAP beigetreten:

a) Einige wurde Mitglieder der NSDAP, weil sie der *nationalen Demagogie* der Naziführer zum Opfer fielen und ehrlich daran glaubten, daß die NSDAP die Interessen Deutschlands und des deutschen Volkes vertrete. Erst nun, nach der tiefsten Katastrophe unserer Heimat, erkennen sie, daß der Hitlerfaschismus der Todfeind der deutschen Nation ist und daß durch die verbrecherische Hitlerpolitik unser Vaterland an den Rand des Abgrunds gebracht wurde.

b) Eine nicht geringe Anzahl, insbesondere aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und des Mittelstandes, fielen der *sozialen Demagogie* des Faschismus zum Opfer. Sie glaubten, daß die Nazis mit ihren Losungen über die ›Brechung der Zinsknechtschaft‹ und über den ›Kampf gegen das raffende Kapital‹ ernst machen würden. Nun erkennen sie, wie schmächtig sie betrogen wurden und daß der Faschismus der Todfeind der Werktätigen ist.

c) Eine große Gruppe wurden Mitglieder der NSDAP, weil sie *Furcht hatten, Nachteile* persönlicher Art für sich und ihre Familie dadurch zu haben, wenn sie nicht Mitglieder wurden. Sie brachten nicht die innere Haltung auf, sich der Hitlerpartei fernzuhalten, und sind zu einem großen Teil nur unter Druck in die NSDAP eingetreten.

Heute haben sie in zahlreichen Fällen aus der Vergangenheit gelernt. Viele von ihnen haben sich im letzten Jahr redlich Mühe gegeben, am demokratischen Wiederaufbau unserer zerstörten Heimat mitzuwirken [...].

Ausgehend von diesen Tatsachen ist die SED dafür, daß den nominellen Pg's, die persönlich keine Verbrechen begangen und eine entschlossene Abkehr von ihren früheren nazistischen Anschauungen vollzogen haben, die Gelegenheit gegeben werden muß, durch aktive ehrliche Mitarbeit am Neuaufbau und durch Teilnahme am Kampf gegen Faschismus und Reaktion wieder *gleichberechtigte Staatsbürger zu werden*.⁸⁴

In dem Bildungsheft »Die SED und die anderen Parteien«, im September 1946 Grundlage des Bildungsabends, wurden Stellung und Anspruch der SED so formuliert: »Im Unterschied zu den anderen Parteien, die manchen Schwankungen unterliegen, ist die SED eine konsequent antifaschistische Partei; nicht nur in Worten, sondern in Taten:

a) Die SED als die Vereinigung aller deutschen Sozialisten hat in ihren Reihen alle diejenigen vereint, die bereits *vor 1933* den schärfsten Kampf gegen die drohende faschistische Gefahr geführt haben.

b) Die SED, hervorgegangen aus dem Zusammenschluß der beiden Arbei-

terparteien, vereint *die* Kräfte, die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus in den Jahren 1933 bis 1945 die schwersten Opfer gebracht haben. Tausende unserer Genossen wurden bestialisch ermordet. Zehntausende schmachteten in den Konzentrationslagern. Keine andere Partei in Deutschland kann eine ähnliche Zahl von Widerstandsgruppen und aktiven Kämpfern gegen den Faschismus aufweisen wie unsere Partei.

c) Die SED als konsequenteste antifaschistische Partei hat sich nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes nicht nur darauf beschränkt, in Worten und Erklärungen ihre antifaschistische Grundhaltung zu bezeugen, sondern ergriff auch die Initiative in der Säuberung der Verwaltung und Wirtschaft von Faschisten und Reaktionären. Unsere Partei führt einen Kampf, um die *Wurzeln des Faschismus* auszurotten und damit die Ursachen für das Aufkommen des Faschismus ein für allemal zu liquidieren.«⁸⁵

Das von den Antifaschisten der SED ausgearbeitete und verbreitete – in vielen Bereichen auch heute noch aktuelle – Geschichtsbild geht sehr eindeutig und anschaulich hervor aus dem »Lehrplan für Kreisschulen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« vom Dezember 1946. Hier handelte es sich nicht um akademische Definitionen, sondern um einfache, aber lebensverbundene beweiskräftige Geschichtsdarstellungen, nach denen seit Anfang 1947 zahlreiche Mitglieder der SED, vor allem Partei- und Staatsfunktionäre sowie Lehrer, in 14tägigen Internatslehrgängen unterrichtet wurden. Dieses Programm, das bis 1948/1949 gültig war, hatte somit eine beträchtliche Ausstrahlung und Bedeutung für die geistige Überwindung der Reste faschistischer Ideen, woran ich mich noch lebhaft erinnern kann, da ich als 19jähriger Neulehrer im Dezember 1947 an einem solchen 14-Tage-Lehrgang in der Kreispartei-schule für die Kreise Luckau und Lübben in Briesen, Kreis Luckau, teilgenommen habe.

Neben einer theoretischen Einführung in den Marxismus und der Darstellung des Wesens der SED und ihrer praktischen Politik auf den verschiedenen Gebieten hieß es im fünften Thema:

»DER KAMPF GEGEN DIE NAZIIDEOLOGIE

I. DIE VERGIFTUNG DES DEUTSCHEN VOLKES

Viele Jahre hat das Gift der faschistischen Propaganda auf das deutsche Volk eingewirkt und ist tief in alle seine Teile eingedrungen.

1. Was ist heute Nazi-Ideologie?

In erster Linie das Beibehalten der Nazilügen der Vergangenheit, der Lüge vom ›Dolchstoß‹, vom fehlenden ›Lebensraum‹, von der ›Höherwertigkeit der deutschen Rasse‹, vom ›deutschen Sozialismus‹ und besonders die Anti-Sowjet-hetze, ferner aber auch jeder Versuch einer mildereren Beurteilung der Hitlerjahre. Es gibt schon wieder viele, die die Hitlerzeit als schön und erstrebenswert

85 Die SED und die anderen Parteien. In: Sozialistische Bildungshefte 1(1946)7. S. 9f.

hinstellen wollen, die von den Verbrechen des Nazismus nichts hören wollen und Hitler nur übelnehmen, daß er den Krieg verloren, aber nicht, daß er ihn vorbereitet und begonnen hat.

2. *Worin bestand das Wesen des Hitlerfaschismus?*

Mit der Machtübernahme und der Aufrichtung der faschistischen Herrschaft begann die unverhüllte Diktatur der deutschen Monopolkapitalisten und Junker. Der Hitlerstaat war das Machtorgan der reaktionärsten deutschen Monopolkapitalisten, geschaffen zu den Zwecken, das schaffende deutsche Volk und die Arbeiterklasse zu knebeln, Deutschland in ein Militärzuchthaus zu verwandeln und den imperialistischen Raubkrieg durchzuführen. Es trat eine Verfilzung der führenden Männer der Konzerne und Banken mit der faschistischen Staatsgewalt ein, wie das besonders klar im Rüstungsrat zutage trat, wo die deutschen Monopolkapitalisten die einflußreichsten staatlichen Funktionen erhielten.

›Der Hitlerfaschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes.‹ (Aus den ›Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands‹).

Die Nazipartei hatte alle Mittel zur Verfügung, um das gesamte deutsche Volk mit seinem ideologischen Gift zu zersetzen, was sie bereits vor 1933, noch gründlicher aber später in der skrupellosesten Weise durchführte.

3. *Was ist der wahre Charakter der nazistischen Irrlehren?*

Er besteht darin, daß es sich um ausgesprochene Zwecklügen handelt, die mit Wissenschaft nicht das geringste zu tun haben. Sie sind eine Summe von Verdrehungen geschichtlicher Tatsachen, skrupellosen Fälschungen und Ausnutzungen nationalistischer und reaktionärer Vorurteile. Dieser Maßstab muß von vornherein an die gesamte Nazi-Ideologie angelegt werden, wobei ihre Verlogenheit im einzelnen nicht schwer zu beweisen ist.

Die faschistische Verlogenheit war so groß, daß sie ihre Demagogie den Besonderheiten jeder Volksschicht anpaßte. Sie versprach dem Arbeiter billigere Lebensmittel und dem Bauern höhere Lebensmittelpreise. Durch Not, Arbeitslosigkeit usw. immer mehr verzweifelt, fielen schließlich viele auf die verlogenen Versprechungen herein.

II. DIE LÜGE VOM ›DOLCHSTOSS‹

Wir wissen: für den deutschen Imperialismus bedeutete der verlorene Weltkrieg 1914 bis 1918 nur eine verlorene Runde. Das deutsche Monopolkapital und die mit ihm versippten Junker und Generale sahen den Krieg, der bei günstiger Gelegenheit wiederholt werden sollte, nur als ›abgebrochen‹ an. Diesem Kriegstreiben leistete die Legende Vorschub, das deutsche Heer sei ›im Felde ungeschlagen‹ dem ›Dolchstoß in den Rücken‹ erlegen.

1. Welche Tatsachen stehen dieser Lüge gegenüber?

»Die Kampfplage konnte sich nur noch entscheidend verschlechtern. Ob das langsam oder reißend schnell gehen würde, war nicht zu übersehen [...] ich fühlte in dieser Lage die schwere Verantwortung in mir, die Beendigung des Krieges zu beschleunigen...« (Ludendorff in seinen »Erinnerungen« über die Lage im September 1918).

Weil Ludendorff wußte, daß der Krieg militärisch verloren war, schrieb die Oberste Heeresleitung am 3. Oktober 1918 an die deutsche Reichsregierung: »Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer [...] Forderung der sofortigen Herausgabe eines Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht [...] Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volk und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen.«

Aus alledem geht klar hervor, daß Deutschland Ende 1918 nicht nur wirtschaftlich (Verbrauch aller Reserven, Hungersnot) und politisch (Abspringen der Bundesgenossen Österreich, Bulgarien, Türkei), sondern auch militärisch geschlagen und zerschlagen war. Das »im Felde unbesiegte deutsche Heer« ist eine Lüge. Eine offenkundige Lüge – aber sie diente der deutschen Reaktion und Hitler nicht wenig in ihrer Propaganda für die Entfesselung eines neuen Krieges.

2. Warum die Heuchelei von Versailles?

Der Versailler Friedensvertrag war der ständige Refrain aller Hitlerreden. Auch hier wie überall die hemmungslose Demagogie und Lüge. Gewiß war der Friede von Versailles ein imperialistischer Friede nach einem imperialistischen Krieg. Die Sowjetunion war die einzige Macht, die gegen diesen Friedensvertrag protestierte, während die Achsenpartner Hitlers, Italien und Japan, ihn als Siegermächte unterzeichnet hatten. Faktisch hat Deutschland die Reparationen nicht gezahlt, sondern zum größten Teil in Form von Anleihen von den Siegermächten wieder hereinbekommen.

Doch diese beiden Legenden vom Dolchstoß und von Versailles hatten durch eine beispiellose Lügenpropaganda das ihrige getan, um das deutsche Volk chauvinistisch zu verhetzen und für einen neuen Krieg und für den Nazismus ideologisch reif zu machen.

3. Gibt es eine Neuauflage der Dolchstoßlegende?

Schon wieder macht sich die Meinung breit, daß Deutschland nur besiegt worden sei, weil seine Gegner zahlenmäßig in der Übermacht gewesen seien.

Dazu ist zu sagen, daß die deutsche Wehrmacht bei Stalingrad vernichtend geschlagen wurde, trotzdem es

- a) noch keine zweite Front gab,
 - b) Deutschland noch seine Luftüberlegenheit hatte,
 - c) Finnen, Italiener, Ungarn und viele andere als Waffengefährten hatte,
- während die Rote Armee allein kämpfte.

Die Schlacht bei Stalingrad ging verloren, weil die Rote Armee der Hitlerwehrmacht militärisch eindeutig überlegen war. Und Stalingrad war die Entscheidungsschlacht, nach der es unaufhaltsam mit Nazideutschland bergab ging.

III. DIE LÜGE VOM ›LEBENSRAUM‹

Während vor 1933 der ›Versailler Vertrag‹ einen großen Raum in der Naziagitation einnahm, trat mit der stärkeren Kriegsvorbereitung die Heuchelei über Versailles hinter die Lüge vom ›Lebensraum‹ zurück. Was konnte denn auch Hitler in seiner Agitation gegen die Sowjetunion mit ›Versailles‹ anfangen?

1. Welches war der Zweck der ›Lebensraum‹-Lüge?

Die Vorbereitung des Raubkrieges. Hitler hatte erklärt: ›Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und nach dem Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.‹ (Hitler, ›Mein Kampf‹, S. 742.)

Das war die ideologische Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion.

2. Wie entstand die Lüge vom ›Lebensraum‹?

Der reaktionäre englische Volkswirtschaftler Malthus (1766–1834) glaubte entdeckt zu haben, daß die Bevölkerung sich schneller entwickle als die Erzeugung von Lebensmitteln, und daß es notwendig sei, die Fortpflanzung zu beschränken, um genügend ›Lebensraum‹ zu behalten. Hitler wollte zwar nicht die Geburten beschränken, weil er ja Kanonenfutter brauchte, aber er wollte den angeblich zu sehr eingegengten ›Lebensraum‹ gewaltsam ausdehnen. Aber schon Karl Marx hat nachgewiesen, daß die Erzeugung von Lebensmitteln von gesellschaftlichen und ökonomischen Faktoren abhängt, z. B. von der Bebauung und stärkeren Ausnutzung der Ländereien, der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung usw. Die periodisch eintretenden Krisen mit ihrer Überproduktion an Lebensmitteln (in Lokomotiven verheizter argentinischer Weizen, ins Meer geschütteter brasilianischer Kaffee usw.) haben dies eindeutig bewiesen.

3. ›Volk ohne Raum‹?

Das deutsche Volk, sagten die Nazis, sei ein ›Volk ohne Raum‹. Es habe zu wenig Boden, es lebe zu dicht gedrängt und sei daher ein ›Habenichts‹. Den

anderen Völkern geht es so gut, so wiederholte Hitler in allen Tonarten, weil dort auf jeden Menschen ein großes Stück Land entfällt, weil die Bevölkerungsdichte ungleich geringer sei als in Deutschland. Nach dieser seltsamen Argumentation müßte man also annehmen, daß es einem Volke desto besser geht, je mehr es sich im Raum verliert, und desto schlechter, je mehr Arbeitskraft auf einen Quadratkilometer entfällt. Aber so ist es natürlich nicht gemeint. Die Nazis wollen ja gar nicht irgendeinen Lebensraum, sondern einen, der reichlich mit Rohstoffen ausgestattet ist. Sie hatten ferner gar kein Verlangen nach einem unbesiedelten Lebensraum, sondern wünschten, daß dort schon Menschen wohnen, je mehr, desto besser, um sie als Arbeitsklaven auszunutzen. Am liebsten war es ihnen, wenn man in einem solchen Lebensraum nicht nur möglichst viele Rohstoffe und Arbeitsklaven, sondern auch schon Bergwerke und Betriebe vorfindet, die man übernehmen, und Maschinen, die man verwenden kann. Man muß wissen: die Bevölkerungsdichte in Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen war weit geringer als die Bevölkerungsdichte in Polen und der Ukraine, die das Ziel des Hitlerimperialismus waren.

4. Ist die neue Ostgrenze die Ursache unserer Not?

›Die Grenzziehung im Osten beschneidet unseren Lebensraum‹, hört man wieder häufig, besonders aber im Westen sagen. Grund für die Neuauflage dieser Lüge ist die Ablenkung von den wahren Ursachen der Not. Auch mit den Ostgebieten hätten wir in Deutschland Not und Elend, wenn wir, wie im Westen, heute noch überall einen ›Reichsnährstand‹, Nazis und Reaktionäre in führenden Stellen (Schlange-Schöningen), keine Bodenreform und keine Entmachtung der Monopolkapitalisten hätten.

5. Woher kommt der Wohlstand?

Hängt der Wohlstand einer Nation von der Größe des Lebensraumes ab? Die Tatsachen lehren, daß sich das keineswegs so verhält, sondern daß der Wohlstand einer Nation von anderen Faktoren abhängt und zwar: von der Entwicklung der Produktivkräfte, von ihrem politischen Regime, von ihrer gesellschaftlichen Verfassung und schließlich von ihren Beziehungen zu anderen Ländern.

Die Nomaden der Vorzeit verfügten über einen schier unendlichen Lebensraum mit unerschöpflichen Rohstoffen, aber das nutzte ihnen wenig, da sie weder über Werkzeuge, noch über die Kenntnisse, noch über die gesellschaftliche Organisation verfügten, um die Naturschätze in menschlichen Reichtum zu verwandeln. Und wer mochte einst, als das Salz der begehrteste mineralische Rohstoff war, auf den Einfall kommen, daß in der Kohle oder gar in den Wasserkraften unermeßliche Reichtümer schlummerten? Eine hohe Entfaltung der Technik, der Kenntnisse, der Arbeitsmethoden, der Produktivkräfte war notwendig, um diese Reichtümer für den Menschen zu erschließen.

Jede große Entdeckung und Erfindung, jede bedeutsame Vervollkommnung

des Arbeitsprozesses ist für den Wohlstand der Nation hundertmal wichtiger als der ganze sogenannte ›Lebensraum‹.

6. Was setzen wir der Lüge vom Lebensraum entgegen?

Es gibt Länder (Südamerika, Australien usw.) mit einer Fülle von wertvollen Rohstoffen, mit einem riesigen Lebensraum, und es gibt Länder, wie z. B. Deutschland, mit relativ weniger Rohstoffen und einer großen Bevölkerungsdichte. Aber wer wird bestreiten, daß die Massen des deutschen Volkes (wenigstens vor der Hitlerherrschaft) unvergleichlich besser lebten als die Massen des brasilianischen Volkes? Worauf ist das zurückzuführen? Offenkundig auf die ungleich höhere Entwicklung der Produktivkräfte, der Technik, der Kenntnisse der Arbeitsmethoden usw. Auf Grund dieser höher entwickelten Produktivkräfte konnte Deutschland zu neuen technischen Verfahren übergehen (synthetischer Stickstoff, synthetische Farben usw.), die wesentlich dazu beitrugen, die deutsche Nation zu einer der reichsten der Erde zu machen (vor der katastrophalen Wirtschaftskrise und vor der Hitlerherrschaft). In der Entwicklung der Produktivkräfte in Deutschland lagen und liegen ungeheure Möglichkeiten für einen neuen Wohlstand der deutschen Nation, Möglichkeiten, die kein sogenannter ›Lebensraum‹ zu bieten vermag.

7. Wer hat das deutsche Volk arm gemacht?

In Deutschland sahen wir unter dem faschistischen Regime eine umgekehrte Entwicklung. Die ganze Wirtschaft wurde seit Jahren einseitig auf den Krieg eingestellt. Industrien, die für die Wohlfahrt des Volkes unentbehrlich sind, wurden gedrosselt und lahmgelegt. Wie ein ungeheures Geschwür schmarotzte ein beispiellos aufgeblähter Militär- und Polizeiapparat, eine maßlos aufgedunsene Kriegsindustrie an der Volkskraft. Jede normale Entwicklung der Produktivkräfte wurde unterbunden, die Wirtschaft völlig deformiert. Erst unter dem Naziregime ist Deutschland wirklich zu einem armen Land geworden, wirklich zu einem ›Habenichts‹.

8. Eine glatte, aber furchtbare Rechnung!

Prüfen wir nüchtern die Tatsachen. Hitler selbst hat bekanntgegeben, daß er allein für die Vorbereitung des Krieges 90 Milliarden Mark verbrauchte. Die direkten Kriegskosten von 1939 bis 1945 betragen nach offiziellen Berechnungen mindestens 540 Milliarden Reichsmark (gegenüber 150 Milliarden, die der erste Weltkrieg kostete). Deutschland hat vor dem Krieg in den letzten Jahren jährlich für 2½ Milliarden Mark Lebensmittel eingeführt. Die Kriegskosten würden also diese Einfuhr, die nach der Behauptung Hitlers ›unerschwinglich‹ war, auf mehr als 200 Jahre sicherstellen.

9. Welche Bedeutung hat der Außenhandel für unsere Ernährung?

Seit mehr als 60 Jahren hat das deutsche Volk einen großen Teil der nötigen Lebensmittel durch den Außenhandel erhalten. Auch heute ist eine Wiederbelebung der Ein- und Ausfuhr dringend vonnöten. In seiner großen Rede ›Über das

Schicksal Deutschlands« erklärte der russische Außenminister Molotow: »Damit die Entwicklung der friedlichen Industrie Deutschlands auch anderen Völkern, die deutsche Kohle, Metall und deutsche Erzeugnisse brauchen, nutzen bringen kann, muß man Deutschland das Recht der Ein- und Ausfuhr sichern, wobei wir im Falle der Verwirklichung dieses Rechtes keine Schranken für eine Steigerung der Erzeugung von Stahl, Kohle und Industriewaren zivilen Charakters errichten sollen...«

10. Bodenreform statt Lebensraum!

Warum haben die Nazis den Bauern nicht das alte Land der Bauernfeinde, der Junker, der Großgrundbesitzer, gegeben? Die Hohenzollern besaßen 97 000 ha, der Fürst von Hohenlohe-Oehringen 48 000 ha, der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen 46 000 ha, der Fürst Solms-Baruth 38 000 ha, der Graf von Stolberg-Wernigerode 36 000 ha usw. Welch ein Lebensraum wäre das für deutsche Bauern, nicht ein Totenacker in der Fremde, sondern heimatlicher deutscher Lebensraum!

In Deutschland liegt die Zukunft der deutschen Nation. Der imperialistische »Lebensraum« aber, den Hitler der deutschen Nation vorgaukelte, brachte Krieg, Elend, Schande und Untergang.

IV. DIE RASSENLÜGE

Die Nazis begründeten ihren Anspruch auf fremde Länder mit der absurden Behauptung, das deutsche Volk sei »rassisch hochwertiger« als alle anderen Nationen und daher von der Natur oder, wie Hitler sagte, von der »Vorsehung« dazu auserkoren, sich die »niedereren, minderwertigen« Rassen unterzuordnen. Das sei das große Gesetz der Geschichte. Dieses berechtige Deutschland, nicht nur die Weltherrschaft anzustreben, sondern gebiete der deutschen Nation geradezu den ewigen Eroberungskrieg.

1. »Untermenschen« und »Herrenrasse«?

Die Nazis haben sogar in Deutschland selber zwei »Rassen« entdeckt, die proletarischen »Untermenschen« und die »rassisch hochwertigen« Wirtschaftsführer und sonstigen Angehörigen der »Herrenrasse«, die offenbar durch eine besondere Blutzusammensetzung zu ihren Banken, Bergwerken und Aktienpaketen gekommen sind. Diese Rassentheorie an der »inneren Front« stand solange im Vordergrund, solange die Nazis alles dransetzten, das eigene Volk zu unterjochen. Nachdem ihnen das gelungen war und sie den Eroberungskrieg vorbereiteten, wurde die Rassentheorie vor allem gegen andere Völker angewandt.

2. Was sagt die Wissenschaft?

Es gibt natürlich verschiedene Menschenrassen. Aber wenn man die Rassenforscher fragt, wodurch sich die Rassen voneinander unterscheiden, geraten sie in Verlegenheit. Hautfarbe, Schädelform, Knochenbau, alle möglichen Merkmale werden herangezogen und als ungenügend befunden, und jedem Sy-

stem der Rassenteilung steht ein Dutzend anderer Systeme gegenüber. Die Nazis haben sich die Sache leichter gemacht, sie sagen, die Rasse liege im Blut und in der ›Rassenseele‹. Sämtliche Blutuntersuchungen haben jedoch ergeben, daß es nur vier Blutgruppen gibt und daß diese vier Blutgruppen nicht nur bei sämtlichen Menschenrassen, sondern auch bei den Menschenaffen vertreten sind. Bleibt also die ›Rassenseele‹, die sich jeder wissenschaftlichen Untersuchung entzieht und nur durch die berüchtigte ›Intuition‹ (Erleuchtung) der Nazis zu erfassen ist. Auf dem Wege der Naturwissenschaft kann man also dem Problem der menschlichen Rassen nicht beikommen. Und das ist keineswegs verwunderlich: der Mensch ist eben keine Pflanze und auch nicht einfach ein Säugetier, sondern er ist ein arbeitendes, denkendes, gesellschaftliches Lebewesen.

3. Was sagt die Geschichte?

Die Nazis behaupten, die ganze geschichtliche Entwicklung beruhe auf dem Sieg höherstehender über tieferstehende Rassen, des ›reinen‹ Rassenblutes über das ›unreine‹. Aber gibt es unter den modernen Nationen überhaupt reine Rassen? Im allgemeinen sind die europäischen Nationen aus einer bunten Rassenmischung hervorgegangen. Zu den Ahnherren der italienischen Nation gehören die Illyrer, die Etrusker, die Italiker, die Kelten, die Griechen, die Goten, die Langobarden, die Normannen, die Sarazenen. Zur Herausbildung der deutschen Nation haben die Kelten, die Germanen und die Slawen beigetragen. Von Rassenreinheit ist weit und breit keine Rede.

Wenn wir uns aber die Geschichte der Menschheit ansehen, müssen wir feststellen, daß zu verschiedenen Zeiten ganz verschiedene Völker in der Entwicklung voranschritten. Die Assyrier waren Träger einer hohen Kultur, als die Ägypter, die Chinesen, die Inder und die angeblich ›rassisch‹ am höchsten stehenden Germanen noch als wilde Nomaden umherzogen. Später waren in Europa die Griechen und die Römer die hervorragendsten Kulturträger. Erst spät sind die Germanen in die Reihe der Kulturvölker getreten.

Wenn die Germanen immer ›hochwertiger‹ waren, wie die Nazis behaupteten, warum sind sie dann so lange auf einer tiefen Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung stehengeblieben, warum wurden sie erst kulturschöpferisch, als sie in die römische Kulturwelt eintraten, als sie auf den Trümmern des römischen Weltreiches weiterbauten? Das alles kann die nazistische Rassentheorie nicht beantworten. Schließlich bewies der Sieg der Alliierten, daß diese Völker nicht aus ›Dummköpfen‹, ›Idioten‹ und ›Untermenschen‹ bestehen.

4. Warum Antisemitismus?

Mit dem Geschrei ›Der Jude ist an allem schuld‹ wollten die Nazis von den wahren Verantwortlichen an Not und Elend ablenken.

a) ›Der Sozialismus der dummen Kerls‹,

so hat schon August Bebel den Antisemitismus genannt, der Ende des vori-

gen Jahrhunderts bereits den Versuch machte, durch Aufpeitschung niedrigster Instinkte der immer stärker werdenden Sozialdemokratie Konkurrenz zu machen. Der damalige Hofprediger (!) Stöcker hetzte gegen die Juden und fiel damit selbst Bismarck auf die Nerven. Stöcker konnte in der damaligen Berliner Arbeiterschaft wenig Boden finden. Die sechs Berliner Wahlkreise waren und blieben bis zum ersten Weltkrieg die uneingeschränkten Einflußgebiete der Sozialisten Singer, Ledebour usw.

b) Antisemitismus als Blitzableiter

Den Nazis blieb es vorbehalten, die rassische Verhetzung auf die Spitze zu treiben. Vom Judenboykott bis zu den Greueln von Auschwitz und Maidanek führt eine gerade Linie. Kamen die Nazis und ihre monopolistischen Hintermänner in Schwierigkeiten, wurde eine Judenhetze inszeniert. Daneben erwies sich der Antisemitismus für die Nazi-»Führer« noch als gutes Geschäft, da sie und ihre Auftraggeber aus den Reihen der Trustherren das jüdische Vermögen in die eigene Tasche steckten. (Göring übernahm z. B. die Berliner Handelsgesellschaft des Juden Fürstenberg, die Warburg-Bank ging zum größten Teil an Siemens usw.).

V. FÜHRERPRINZIP – FEIND JEDER DEMOKRATIE

Führerprinzip und Rassismus sind zwei eng miteinander verbundene Dinge. Die angeblich »rassische Höherwertigkeit« gibt dem »Führer« das Recht, völlige Unterordnung unter seinen Willen und seine Befehle zu verlangen. (Daß es nicht »sein« Wille ist, sondern der Wille seiner monopolkapitalistischen wirklichen Herren, versteht sich nach dem bisher Gesagten von selbst.) Das gleiche gilt für alle, die in der Zeit des Nazismus irgendeine Führerposition innehatten. Dabei wurde schon der kleine Blockwalter durch die ihm scheinbar verliehene Macht über seine Mitmenschen korrumpiert und zum willfähigen Knecht der höheren »Führer«-Garnitur gemacht.

1. Was sind die Quellen des Führerprinzips?

a) Untertanengeist

Der Untertanengeist, die knechtische Unterordnung unter den Menschen »höherer« Stellung, größeren Kapitals, »vornehmerer« Geburt usw. ist dem deutschen Volke seit langem eingepflegt und eine Quelle des Spottes anderer Völker. Schon beim Beamten hinter dem Schalter beginnt es, beim Guts-«Herrn«, Betriebs-«Führer« usw. zeigt es sich noch mehr.

b) Kadavergehorsam

Beim Militär wurde dies noch fester eingepflegt. Eigenes Denken war verpönt.

»Das Denken überlasse den Pferden, sie haben einen größeren Kopf«, war viel zitiertes Leitwort. Der Träger der Uniform fühlte sich schon als einfacher Soldat auf eine höhere Stufe gehoben. Mit Phrasen von »deutscher Treue« und »deutscher Ehre« wurde ihnen die völlige Unterordnung schmackhaft gemacht.

2. *Wie sah das »Führerprinzip« im Betrieb aus?*

In den Betrieben kam der Zweck des Führerprinzips beim Machtantritt des Nazismus besonders deutlich zum Ausdruck. Nach dem »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« war der Unternehmer der »Betriebsführer« und die Arbeiter waren die »Gefolgschaft«. Die Gewerkschaftshäuser wurden besetzt, die gewerkschaftlichen Rechte geraubt. An Stelle der Betriebsräte wurden »Vertrauensräte« eingesetzt, die auszuführen hatten, was der »Betriebsführer« bestimmte. Dieser setzte die Lohn- und Arbeitsbedingungen fest, und die »Gefolgschaft« hatte zu parieren. Jede Ausbeutung und Unterdrückung war dadurch von vornherein sanktioniert.

3. *Welche Rolle spielte das »Führerprinzip« im Kriege?*

Im Kriege feierte der Untertanengeist, jetzt »Führerprinzip« genannt, seine widerlichsten Triumphe. »Befehl ist Befehl« war oberstes Gesetz, unter dem die deutschen Soldaten gezwungen wurden, sich widerspruchslos zu Millionen abschlachten zu lassen, jede Grausamkeit, Vernichtung und Plünderung zu begehen. Nutznießer war nicht das deutsche Volk, wie man vorgab, sondern eine kleine Clique der Monopolkapitalisten und ihrer nazistischen und militaristischen Helfershelfer. Um diese Herrschaft zu einer unumschränkten zu machen, wurde die Ideologie des Führerprinzips dem deutschen Volke eingepflegt.

4. *Wahre Demokratie kennt kein »Führerprinzip«,*

da der Aufbau dort nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben geht und jeder Funktionär des Staates, der Gemeinde, des Betriebs usw. der Allgemeinheit gegenüber verantwortlich ist, von der er auch in seine Funktion gewählt wurde. Es ist unsere Aufgabe, selbständiges demokratisches Denken und Handeln zu entwickeln und zu erziehen, so daß jedes nazistisch-militaristische Führertum ausgemerzt wird.

VI. HITLERS »DEUTSCHER SOZIALISMUS«

Eines der gemeinsten und raffiniertesten Betrugsmanöver der Nazis war Hitlers »Deutscher Sozialismus«. In Wirklichkeit war der Nazismus das ausgesprochene Gegenteil des Sozialismus – die schrankenloseste und brutalste Diktatur der Trustherren, Großfinanz und Junker.

1. *Warum nannten sich die nazistischen Volksfeinde »Sozialisten«?*

Der verlorene erste Weltkrieg, die Inflation, die Abwälzung der Reparationslasten auf die breiten Volksmassen und schließlich die Weltwirtschaftskrise riefen in Deutschland eine tiefe revolutionäre Gärung hervor. Ein großer Teil des Volkes erkannte, daß der Kapitalismus schuld an seinem Elend war. Das Großkapital konnte seine Herrschaft nur dann retten, wenn es die antikapitalistisch gesinnten Massen für seine Zwecke einspannte, zur Rettung vor der Revolution und für einen neuen Krieg um die Weltherrschaft.

Gleichzeitig benutzten die Nazis die Lüge vom deutschen Sozialismus weiter zu einem umfassenden Verleumdungsfeldzug gegen den Sozialismus von

Marx, Engels und Lenin, wie er in der Sowjetunion seine Verwirklichung gefunden hat.

2. Was bezweckte der antikapitalistische Betrug?

Die Nazi-Partei nannte sich »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei«, obwohl in ihren führenden Stellen kein einziger Arbeiter saß, aber sich dafür um so mehr Großindustrielle wie Kirdorf, Thyssen und Krupp, Bankiers wie von Schröder, von Stauß und aristokratische Großgrundbesitzer wie Schwerin-Krosigk, Eltz-Rübenach oder gar Prinz August-Wilhelm in ihren Reihen befanden. Man gebärdete sich also antikapitalistisch, um von den kapitalistischen Hintermännern abzulenken.

3. Wie entstand das »deutsche Wirtschaftswunder«?

Wie bekannt, brachte Hitler in jeder seiner Reden ellenlange Tiraden über die »Großtat des deutschen Sozialismus«, die »Ankurbelung der Wirtschaft« und die »Beseitigung der Arbeitslosigkeit«. Nachdem das Finanzkapital durch das Hitlerregime seine Diktatur verwirklicht hatte, steuerte es in Meilenschritten auf den Krieg los. Darum betrieb es eine fieberhafte Aufrüstung, bei welcher die Arbeitslosen beschäftigt wurden.

Hitler handelte dabei wie ein Bankrotteur, der sich zu retten versucht, indem er mit ihm anvertrauten fremden Geldern spekuliert. Diese große Spekulation war der Krieg. Außer einer Reihe von inflatorischen Währungsmaßnahmen wurde die Aufrüstung einfach dadurch angekurbelt, daß Hitler jene Gelder verwendete, die bis dahin als mündelsicher galten und die kein früheres Regime anzugreifen wagte. Dies waren vor allem die Fonds der Sozial- und Pensionsversicherung sowie die Einlagen der kleinen Sparer. Schon diese Art der Finanzierung zeigt unwiderlegbar, daß Hitler auf den Krieg lossteuerte, denn wäre es nicht zum Kriege gekommen, wären die Nazis bankrott gewesen. Jetzt, wo der Krieg verloren ist, ist es natürlich erst recht zum finanziellen Krach gekommen, den das deutsche Volk bezahlen muß.

4. Wie wurde die Erwerbslosigkeit beseitigt?

Aber die so geraubten Gelder wurden ausschließlich für Rüstungszwecke verwendet. Die Beschäftigung der Erwerbslosen erfolgte auf weit billigerem Wege. Der Wirtschaftsforscher Eugen Varga hat ausgerechnet, daß die Gesamtlohnsumme, die Hitler den so beschäftigten Erwerbslosen und den schon früher beschäftigten Arbeitern ausbezahlt, nicht mehr betrug als die frühere Summe aller Löhne und aller Erwerbslosenunterstützungen. Mit anderen Worten, Hitler beschäftigte die Erwerbslosen, indem er ihnen und den bisher beschäftigten Arbeitern einfach den Durchschnitt des bisherigen Lohnes und der Erwerbslosenunterstützung zahlte. Dies wurde erreicht durch die sogenannte Lohnstoppverordnung, durch die verschiedenen Abzüge (DAF, KdF, Winterhilfe, Rotes Kreuz usw.), die oft bis 20 v. H. des Lohnes ausmachten, und vor allem durch die Senkung des Reallohnes, d. h. der Arbeiter und Angestellte konnte sich infolge

der Rationierung und der Devisenpolitik weniger für die gleiche Lohnsumme kaufen als früher und eine ganze Reihe von Waren überhaupt nicht.

Betrachtet man aber das Endergebnis der durch die Kriegsvorbereitung liquidierten Erwerbslosigkeit, so muß man zu dem furchtbaren Ergebnis kommen, daß es Hitler buchstäblich gelungen ist, die Erwerbslosen zu beseitigen: den 7 Millionen Erwerbslosen, die Hitler bei seiner Machtübernahme vorfand, entsprechen rund ebenso viele Tote an deutschen Männern und Frauen als Opfer des verbrecherischen totalen Hitlerkrieges.

5. *Wie sah der »Sozialismus der Tat« in Wirklichkeit aus?*

Das, was die Nazis »Sozialismus der Tat« nannten, waren betrügerische Schönheitspflästerchen, Dampferfahrten, Bäderaufenthalt für ein paar Auserwählte, wobei die Kosten die Massen der Arbeiter und Angestellten durch Lohn- bzw. Gehaltsabzüge selbst tragen mußten. Die Linie der gesamten KdF-Arbeit war das bewußte Bestreben, den Arbeiter zu entpolitisieren.

Das WHW [Winterhilfswerk] war ein einziger Betrug, der einerseits Gelder für die Kriegsfinanzierung heranschaffte, zweitens viele Naziführer bereicherte, drittens durch Verwendung minimalster Summen gleichzeitig Gelegenheit zu einem betrügerischen Propagandafeldzug vom »sozialistischen Staate der Welt« gab.

6. *Was setzen wir dem Nazibetrug von der »Volksgemeinschaft« entgegen?*

Die schwere Erbschaft, die die antifaschistischen und demokratischen Kräfte übernommen haben, kann nur durch gemeinsame Arbeit überwunden werden. Wir müssen endlich aus der Vergangenheit die notwendigen Lehren ziehen. Nicht »Volksgemeinschaft«, einschließlich Reaktionäre, Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzer und Militaristen, ist notwendig, sondern Kampf der arbeitenden Teile des deutschen Volkes, der Arbeiter, Angestellten, Bauern, Handwerker und fortschrittlichen Intelligenz gegen alle reaktionären, nazistischen Kräfte, Aufbau einer wahren Demokratie unter Anerkennung und Überwindung der Fehler, die das deutsche Volk seit Jahrhunderten, vor allem aber seit 1918 gemacht hat.

Wir müssen jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich die Fehler der Vergangenheit nicht noch einmal wiederholen. Die völlige Ausmerzung der nazistischen Überreste kann nicht erreicht werden, solange noch in vielen Köpfen aller Schichten des deutschen Volkes das Gift der Nazi-Ideologie haftet. Wir kämpfen gegen dieses Erbe einer furchtbaren Vergangenheit, indem wir die Tatsachen sprechen lassen.

»Die militärische Niederlage Deutschlands bedeutet zugleich die ideologische Niederlage des Hitlerismus. Der Lügenschleier der Nazi-Propaganda wurde zerfetzt. Jedoch selbst nach der harten Lektion der militärischen Niederlage gibt es noch Deutsche, die der Meinung sind, der Nazismus habe früher doch »manches Gute« gewollt. Solche Auffassungen sind eine Gefahr für die Nation.

Solange sie bestehen bleiben, wirken sie als ständige Keime einer imperialistischen Kriegsideologie [...].

Möge unser Volk, das bisher seine Kraft für die schlechteste Sache der Welt eingesetzt hat, seine Kräfte anspannen für den Wiederaufbau, für den demokratischen Fortschritt.« (Walter Ulbricht).«

Zum Selbststudium wurde den Kursanten zu diesem Thema folgende Literatur in die Hand gegeben:

Minimum

- Walter Ulbricht: Die Legende vom deutschen Sozialismus. Berlin: Verlag Neuer Weg 1945. S. 28–40 und S. 90.
- Peter Wieden: Die nationale Maske der Hitlerimperialisten. Berlin: SWA-Verlag [Verlag der Sowjetischen Militäradministration] 1946. S. 33–40.
- S. M. Lesnik: Was hat Preußen Deutschland gegeben? Berlin: SWA-Verlag 1946. S. 58 bis 67.
- Sozialistisches Bildungsheft Jg. 1, Nr. 3: Unser Kampf gegen den Militarismus.
- Sozialistisches Bildungsheft Jg. 2, Nr. 2: Die Nazilüge vom Lebensraum.
- Sozialistisches Bildungsheft Jg. 2, Nr. 9: Die Rassenlüge der Nazis.
- Wilhelm Liebknecht: Rede vom 29. Oktober 1893. S. 25–26 und 29–31.

Maximum

- G. W. Plechanow: Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte. Berlin: Verlag Neuer Weg 1945.
- Georg Rehberg: Hitler und die NSDAP in Wort und Tat. Berlin: SWA-Verlag 1946.
- Max Fechner: Wie konnte es geschehen? Berlin: Verlag »Das Volk« 1946.

5. Neuer Geschichtsunterricht

Im Rahmen der antifaschistischen Umgestaltung kam dem Geschichtsunterricht in den Schulen große Bedeutung zu. In dem gemeinsamen Aufruf des Zentralausschusses der SPD und des ZK der KPD zur demokratischen Schulreform vom 18. Oktober 1945 hieß es: »Die heranwachsende Generation des deutschen Volkes, berufen die demokratische Erneuerung Deutschlands zu festigen und zu Ende zu führen, muß frei von nazistischen und militaristischen Gedanken, in einem neuen Geiste, im Geiste einer kämpferischen Demokratie, der Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum selbständigen, aufrechten, freihheitlichen und fortschrittlichen Denken und Handeln erzogen werden.«⁸⁶

86 Allen Kindern das gleiche Recht auf Bildung. Dokumente und Materialien zur demokratischen Schulreform. Berlin 1981. S. 64.

Da die Benutzung faschistischer Lehrbücher verboten war, noch keine neuen Lehrbücher und auch kaum ausgebildete Geschichtslehrer vorhanden waren, wurde in den Schulen des SBZ, seit dem 1. Oktober 1945 wiedereröffnet, der Geschichtsunterricht erst allmählich eingeführt. Es gab aber das Fach »Gegenwartskunde«, das sich nicht nur mit aktuellen Ereignissen befaßte, sondern auch mit historischen Grundbegriffen und Ereignissen wie Demokratie, Sozialismus, Bodenreform und besonders mit dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß. »Im Mittelpunkt der Gegenwartskunde« hieß es in einer Informationsschrift der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, »steht naturgemäß der Nürnberger Prozeß. Bei seiner Behandlung werden im wesentlichen alle aktuellen politischen Fragen sozusagen als ›Nebenprodukte‹ mit aufgerollt. Die Abrechnung mit den Kriegsverbrechern im einzelnen und die zerstörenden Folgen ihres Vernichtungskrieges sowie die nationalsozialistischen Terrormethoden, ein Volk zu ›führen‹, dürften mit ihren unwiderlegbaren Tatsachen – von einem Lehrer nur halbwegs geschickt behandelt – ihre Wirkung auf kein Schulkind verfehlen und jedem die Augen öffnen.«⁸⁷

In einem Runderlaß der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abteilung Volksbildung, vom 14. November 1945 wurde angewiesen, in allen Klassen vom 12. Lebensjahr an in Anlehnung an Geschichtsstunden eine Stunde Gegenwartskunde wöchentlich zu erteilen, die auch als »Zeitungslesestunde« durchgeführt werden konnte.

»Die erforderlichen Zeitungen werden voraussichtlich von den antifaschistischen Parteien zur Verfügung gestellt werden. Die Schulräte müssen sich mit ihnen darüber in Verbindung setzen.

Als augenblicklich sehr wichtiger Behandlungsstoff ist die Anklageschrift des interalliierten Gerichtshofes und der weitere Verlauf des Prozesses gegen die Kriegsverbrecher anzusehen. Es soll zu diesem Thema weiteres Material geliefert werden. Es empfiehlt sich, schon jetzt das zu sammeln, was zu erreichen ist.

Ebenso sind die Fragen der Bodenreform und ihrer Auswirkungen und die Maßnahmen zur Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland zu beachten. Das in den Zeitungen dazu erscheinende Material kann im Unterricht nach der Verwendung zu einem Archiv gestaltet und laufend ergänzt werden.«⁸⁸

Die noch vorhandenen Akten der Abteilung Volksbildung der brandenburgischen Provinzialverwaltung, die in ihrer Aussage stellvertretend für alle Länder der SBZ stehen können, geben weiteren Aufschluß über die Gestaltung des

87 Neue demokratische Schule. Potsdam o. J. (1946). S. 34f. (hrsg. von der Abteilung Volksbildung der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg).

88 Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA). Land Brandenburg. Rep. 205 A. Rundschreiben 1945. Bl. 41.

antifaschistisch-demokratischen Schulwesens in jener Zeit, insbesondere über das Geschichtsbild.

Am 10. Oktober 1945 kritisierte die Provinzialverwaltung Schulräte und Schulen wegen bisher »unzureichender Säuberung aller Lehrer- und Schülerbüchereien von allen Büchern, Zeitschriften etc. über nationalsozialistische Propaganda, Rassentheorie etc.«⁸⁹ und forderte Bericht über durchgeführte Maßnahmen.

In einem Rundschreiben an die Oberschulräte und Schulräte vom 30. November 1945 informierte die Provinzialverwaltung, vertreten durch Minister Fritz Rücker, einem sozialdemokratischen Studienrat und ehemaligen Mitkämpfer des Nationalkomitees »Freies Deutschland«: »Einige Schulräte sind von den Kreiskommandanten nicht bestätigt worden, weil sie die Säuberung ihres Kreises von Mitgliedern der NSDAP zu langsam und ungenügend durchgeführt haben.«

»Die herannahende Weihnachtszeit verleitet nach den angestellten Beobachtungen noch eine Reihe von Eltern, unzweckmäßiges Spielzeug für die Kinder zu beschaffen, z. B. Bleisoldaten, Tanks, Uniformstücke etc. Die Schulräte müssen die Lehrer veranlassen, unbedingt hier mit ihrer Arbeit einzusetzen. Gerade hier sind sehr erhebliche Reste des Nazismus und Militarismus noch auszurotten.«⁹⁰

In einem Runderlaß vom 14. November 1945 hieß es: »Die Weihnachtsfeier 1945 in den Schulen muß, soweit eine solche abgehalten wird, im bewußten Gegensatz zu denen der letzten Jahre stehen. Im Vordergrund steht der Gedanke der sozialen Hilfe für die durch die Kriegsfolgen Geschädigten (Opfer des Faschismus, Flüchtlingskinder u. ä.). Aufführungen und Bescherungen sind in demselben Rahmen und Geiste zu halten (Weihnachtsmann, Knecht Ruprecht, Nikolaus). Bewußt religiöser Charakter der Feiern ist zu vermeiden, dagegen ist gegen die zu Volksliedern gewordenen Weihnachtslieder ›Stille Nacht‹ und ›O du fröhliche‹ u. a. nichts einzuwenden.«⁹¹

In weiteren Runderlassen vom November wurde die Durchführung von Gedenktagen für Schüler ab 12. Lebensjahr angewiesen: Russische Oktoberrevolution, 125. Geburtstag von Friedrich Engels (»Er war mit Marx der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und der unversöhnliche Kämpfer gegen das reaktionäre Preußentum«), 200. Geburtstag von Johann Heinrich Pestalozzi. Die Pestalozzifeiern sollten in allen Schulen »in geeigneter Form den Schülern und Schülerinnen ein anschauliches Bild dieses großen Umgestalters des Erziehungswesens und des sich aus sozialem Empfinden aufopfernden Menschen-

89 Ebenda. Bl. 7f.

90 Ebenda. Bl. 1f.

91 Ebenda. Bl. 43.

freundes geben.«⁹² Dazu wurden im Januar 1946 den Schulen spezielle Materialien übermittelt.

Großer Wert wurde auf die Trennung von Kirche und Staat sowie auf die Respektierung der Kirche gelegt. Ein Rundschreiben vom 10. Oktober 1945 betonte die »Unantastbarkeit«⁹³ des kirchlichen Vermögens. In einem Runderlaß vom 13. November 1945 hieß es: »An kirchlichen Feiertagen ist auf Antrag der Erziehungsberechtigten den Schülern und Schülerinnen die Teilnahme am Gottesdienst zu gestatten«⁹⁴.

Im September 1945 hielt Wilhelm Girmus – vor 1933 Mitglied der Reichsleitung der KPD nahestehenden Roten Studenten, 1933–1945 Zuchthaus- und KZ-Haft, August–November 1945 Leiter der Abteilung Volksbildung in der Landesverwaltung Thüringen – vor der antifaschistischen Jugend in Weimar einen Vortrag »Wer macht Geschichte?«, in dem er sich mit der Rassenlehre und dem Führerkult der Nazis auseinandersetzte. Der Vortrag wurde vom Schulbuchverlag Volk und Wissen als Massenbroschüre verbreitet und diente auch der Weiterbildung der Lehrer.⁹⁵

Bereits im Winter 1944/1945 waren vom Nationalkomitee »Freies Deutschland« in Moskau Arbeitsgruppen gebildet worden, die Richtlinien für den Unterricht an den deutschen Schulen, insbesondere für Geschichte und Deutsch, ausarbeiteten. Im Juli 1945 lag ein Konzept »Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte« vor, das von Oberstudienrat Fritz Rücker (später Volksbildungsminister in Brandenburg), Studienrat Dr. Ernst Hadermann (später Germanistik-Professor an der Brandenburgischen Landeshochschule Potsdam und der Universität Halle), Studienrat Heinrich Gerlach, Studienassessor Dr. Günter Kertzsch (später stellvertr. Chefredakteur des »Neuen Deutschland«), Berufsschullehrer Dr. Heinrich Abel, Mittelschullehrer Wilhelm Adam (später Finanzminister in Sachsen, Generalmajor der Kasernierten Volkspolizei und der NVA) ausgearbeitet worden war.⁹⁶ Dieses Konzept bildete die Grundlage für die »Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte«, die im Sommer 1946 von der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ in Kraft gesetzt wurden.

92 Ebenda. Bl. 64.

93 Ebenda. Bl. 7.

94 Ebenda. Bl. 43.

95 Siehe *Wer macht Geschichte? Zur Kritik der faschistischen Geschichtsfälschung*. Vortrag gehalten vor der antifaschistischen Jugend in Weimar, September 1945, von Studienassessor Wilhelm Girmus. Leipzig 1946.

96 Zur Ausarbeitung der Richtlinien und Lehrpläne siehe ausführlich Werner Berthold: *Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution. Zur Vorgeschichte der Geschichtswissenschaft der DDR und zur Konzeption der Geschichte des deutschen Volkes*. Berlin 1970.

Unter der Überschrift »Die Gewaltherrschaft Hitlers und der zweite Weltkrieg (1933–1945)« wurden folgende »Gesichtspunkte« für den Unterricht benannt:

»Die Behandlung dieses Abschnittes der deutschen Geschichte ist unter folgende Leitgedanken zu stellen:

a) Der Nationalsozialismus ist die krasseste Form des Faschismus.

b) Die »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei« ist eine imperialistische und kapitalistische Partei zur Vorbereitung und Durchführung des Eroberungskrieges im Interesse des Monopolkapitals. Um sich eine Massenbasis zu schaffen, stützt sie sich vor allem auf die breite Schicht des durch die Inflation und die Weltwirtschaftskrise mitgenommenen Kleinbürgertums, unter demagogischer Aufpeitschung seiner nationalen und sozialen Ressentiments.

Ihr Ziel: »Landerwerb«, vor allem im Osten; Aufrichtung der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft über Europa.

c) Ihre Methoden sind in der Periode des Kampfes um die Macht in Deutschland eine skrupellose nationale und soziale Demagogie, in der Periode der Vorbereitung und Durchführung des Krieges die Aufrichtung der Diktatur, die Entrechtung des deutschen Volkes, die wirtschaftliche und geistige Aufrüstung in Deutschland, die Politik der Vertragsbrüche und der Gewaltanwendung gegenüber anderen Völkern; Gewalt und Verbrechen gegenüber den unterworfenen Völkern.

d) Ihr Ergebnis: Die größte Katastrophe der deutschen Geschichte. Der Unterricht muß alle Legenden über den Nationalsozialismus zerstören und zeigen, daß der zweite Weltkrieg planmäßig vorbereitet und entfesselt wurde und eine Wiederholung und Übersteigerung des imperialistischen alldeutschen Eroberungsprogramms aus dem ersten Weltkrieg war. Er muß die Schüler zu der Erkenntnis führen, daß dieser zweite Weltkrieg ein Verbrechen am deutschen Volk und an der Welt war, und daß nur die Abwendung von den Gewaltmethoden des Nationalsozialismus, des aggressiven Imperialismus, des Militarismus, die Schaffung einer starken und konsequenten Demokratie die Zukunft Deutschlands sichern kann. Zu diesem Unterricht sind reichlich Quellen, vor allem die Enthüllungen des Nürnberger Prozesses, heranzuziehen.«⁹⁷

Zu diesem Zweck wurden bereits 1946 in Broschürenform die Anklageschrift und das Urteil des Prozesses veröffentlicht, bevor 1957 eine ausführliche Dokumentation erschien.⁹⁸

97 Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte. Ausgearbeitet von einer Gruppe demokratischer Lehrer im Auftrage der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Dritter Teil: Deutsche Geschichte in der neuesten Zeit. Berlin/Leipzig 1946. S. 60f.

98 Siehe Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger. 4. Auflage. Bd. I–II. Berlin 1960.

Die Richtlinien verlangten eine gründliche Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit, der Widerstandskampf dagegen fand in den dreiseitigen Ausführungen zu diesem Geschichtsabschnitt nur wie folgt Erwähnung: »Der demokratisch-antifaschistische Kampf gegen die Diktatur Hitlers in Deutschland.«⁹⁹ Dies ist wohl aus der damaligen Situation heraus verständlich, in der es vorrangig erst einmal um den Bruch mit der Vergangenheit, um die Umerziehung einer ganzen Generation ging.

III. IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN INTEGRATION UND LEGITIMATION (40ER UND 50ER JAHRE)

1. Von der Sowjetunion lernen...

Die Besinnung auf die Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes stellte ein wirksames und notwendiges Integrationskonzept dar, das alle Menschen auf der Basis des antifaschistischen Grundkonsens zusammenführen sollte. Das war notwendig und richtig, denn der Wunsch und Wille, eine Wiederholung von Faschismus und Krieg auszuschließen, war und blieb allgemeiner Konsens.

Doch zugleich traten Veränderungen und Verlagerungen ein. Die Berufung auf den Antifaschismus diente in fortschreitendem Maße auch dazu, Intoleranz, Gängelerei, Demokratiedefizite zu verschleiern, zu übertünchen. Wobei zu beachten ist, daß dieser Prozeß widersprüchlich verlief; oft können wir durchaus unterschiedliche Erscheinungen nebeneinander verfolgen, wie noch zu zeigen ist.

Das offizielle Geschichtsbild wurde immer stärker durch die 1946 entstandene SED bestimmt und war damit von der Entwicklung der Partei zur stalinistischen »Partei neuen Typs« abhängig. Bereits der vom 20. bis 24. September 1947 in Berlin stattfindende II. Parteitag der SED stand im Zeichen der Ausrichtung der SED nach sowjetischem Parteivorbild.¹⁰⁰ Am 16. Oktober 1947 faßte der Parteivorstand der SED – nach dem Referat von Otto Grotewohl »Die Lehren der Oktoberrevolution«¹⁰¹ – einen Beschluß zur Würdigung des 30. Jahrestages der »Sozialistischen Oktoberrevolution«, in dem es hieß:

99 Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte. Ausgearbeitet von einer Gruppe demokratischer Lehrer im Auftrage der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Dritter Teil: Deutsche Geschichte in der neuesten Zeit. Berlin/Leipzig 1946. S. 66.

100 Siehe »Neues Deutschland« vom 6. März 1996. S. 10. – Siehe auch Andreas Malycha: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996.

101 Siehe Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Bd. 1: 1945–1949. Berlin 1954. S. 110ff.

»In einer grandiosen Aufbauarbeit und unter Überwindung unerhörter Schwierigkeiten hat das Sowjetvolk den Sieg des Sozialismus errungen. Es hat die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und damit zugleich die Ursachen der Krisen und Kriege beseitigt [...].

Entgegen dieser fortschrittlichen Entwicklung in der Sowjetunion hat das deutsche Volk am 9. November 1918 einen anderen Weg eingeschlagen. Es hat infolge des Einflusses reaktionärer Ideologien und der Spaltung der Arbeiterbewegung nicht vermocht, eine sozialistische Staatsmacht zu errichten, sondern ließ die alten gesellschaftlichen Kräfte in ihren Machtpositionen [...].

Die Wiederholung der Fehler von 1918 muß vermieden werden. Wir müssen lernen, die für uns bedeutsamen Lehren der Sozialistischen Oktoberrevolution entsprechend den besonderen Bedingungen in Deutschland auszunutzen«¹⁰².

Mir als jungem Lehrer und jungem Genossen erschien das damals logisch und zukunftsfruchtig und ich war mit dieser Haltung keineswegs allein. Doch die hier geforderte und dann auch umgesetzte Ausnutzung der »Lehren« der Oktoberrevolution bedeutete unter den damaligen Bedingungen die Übertragung der in der Sowjetunion bereits fest eingewurzelten stalinistischen Denk- und Strukturmuster auf Ostdeutschland. Das geschah gewiß unter stringenter Führung durch das ZK der SED, wurde aber von der großen Mehrheit der Mitglieder voll gebilligt und realisiert und – das vergißt man heute oft – war mit großen Hoffnungen verknüpft, sahen wir doch in der sozialistischen Sowjetunion das Land der Zukunft.

Diese Entwicklung in der SBZ vollzog sich in hochgradiger Abhängigkeit von der Sowjetunion, worin nicht die alleinige, aber doch die wesentlichste Ursache für die Ausprägung stalinistischer Wesenszüge in der DDR liegt. Die UdSSR besaß 1945 unumstrittene Autorität, sie hatte die Hauptlast des Krieges gegen Deutschland getragen. Ihr gewachsenes Prestige förderte zugleich das Ansehen Stalins, bedeutete Vitalisierung des Stalinismus, zumal das Ausmaß seiner Verbrechen in Ostdeutschland noch kaum bekannt war oder als imperialistische Propaganda zurückgewiesen wurde. Hatte doch selbst der alte Antikommunist Winston Churchill ihm am 17. Februar 1945 geschrieben: »Ich bete darum, daß es Ihnen noch lange vergönnt sein möge, die Geschicke Ihres Landes zu leiten, das seine ganze Größe unter Ihrer Führung offenbart hat.«¹⁰³ Die Autorität der Sowjetunion beruhte nicht nur auf ihrer Rolle als Besatzungs-

102 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes. Bd. 1. Berlin 1951. S. 251f.

103 Briefwechsel Stalins mit Churchill, Atlee, Roosevelt und Truman 1941–1945. Berlin 1961. S. 374 (Hrsg. von der Kommission für die Herausgabe diplomatischer Dokumente beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR). S. 374.

macht, sondern war auch durch ihre historische Leistung und ihre Opfer untermauert – und dies nicht nur bei Kommunisten!

»Die Konstituierung des politischen Systems der DDR vernachlässigte«, wie der Berliner Historiker Siegfried Prokop treffend schrieb, »wie spätestens seit den Listenwahlen im Oktober 1950 offenbar wurde, die Demokratie als Zivilisationserrungenschaft der Menschheitsgeschichte. Am Beginn der 50er Jahre baute die SED ihr Machtmonopol im politischen System der DDR nach sowjetischem Vorbild weiter aus [...] Es ging ihr darum, ein *vorgegebenes Gesellschaftsmodell* zu realisieren.

Das Hauptziel bestand darin, neue soziale Verhältnisse durch massive Erziehung zu schaffen (DDR »neuer Mensch«, UdSSR »Sowjetmensch«) und verstaatlichtem Eigentum sowie dirigistischer Planwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Einen besonderen Stellenwert besaß die Ideologie, die als Allheilmittel für alles und jede Situation herzuhalten hatte und die ein Wahrheitsmonopol beanspruchte.«¹⁰⁴

2. Kampf gegen den »Sozialdemokratismus«

Mit der Formierung der »Partei neuen Typs« und der Ausrichtung auf die KPdSU ging einher der Kampf gegen den »Sozialdemokratismus«, das hieß faktisch, die Liquidierung der sozialdemokratischen Tradition und Komponente in der Einheitspartei. Auf dem III. Parteitag der SED, im Juli 1950, sagte Parteivorsitzender Wilhelm Pieck in seinem Referat:

»Die Führung der Sozialdemokratie ist zu einem Häuflein von imperialistischen Agenten geworden, die sich allenfalls darum streiten, ob es zweckmäßiger ist, dem amerikanischen oder dem englischen Imperialismus zu dienen. Diese Führer sind die wütendsten Kriegshetzer. Sie besorgen mit Eifer die schmutzigste Arbeit, die der Verleumdung unserer Republik und ihrer demokratischen Ordnung, sie betreiben eine Goebbelssche Hetzpropaganda gegen die Länder der Volksdemokratie und eine wahrhaft schamlose Verleumdung der Großen Sozialistischen Sowjetunion [...].

Es ist die Linie der Partei, die erzielte Einheit der Arbeiterbewegung mit aller Kraft zu festigen und dabei den entschiedenen Kampf gegen die illegale Schumacher-Agentur und alle Erscheinungen des Sozialdemokratismus als einer parteifeindlichen Ideologie fortzusetzen.«¹⁰⁵

104 Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. In: Streiflichter auf die Geschichte der DDR. Leipzig 1993. S. 21.

105 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED. 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. 1.–3. Verhandlungstag. Berlin 1951. S. 79 und 81.

Dieses vom Parteitag gebilligte Verdikt Piecks war durch Haß und Feindschaft geprägt, doch darf man auch nicht vergessen, daß es auf Gegenseitigkeit beruhte, daß durchaus mit allen Mitteln gegen die DDR gehetzt und ihr auch nach Kräften materieller Schaden zugefügt wurde (Handelsboykotte, Sabotage, Spionage, Isolierung u. a.), daß es damals ein »Ostbüro« der SPD gab, eine in Westberlin etablierte Abteilung des SPD-Parteivorstandes, die sich nicht nur mit »Flüchtlingsbetreuung«, sondern vor allem mit Spionage- und Diversionstätigkeit gegen die SED und die DDR beschäftigte, wie heute allgemein zugegeben und gerühmt wird¹⁰⁶.

In diesem Zusammenhang begann in der Geschichtsschreibung eine Abwertung des sozialdemokratischen Widerstandes. Im Widerspruch dazu stand scheinbar, daß 1949 das Erinnerungsbuch des Sozialdemokraten Otto Buchwitz erschien »50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung«, in dem er auch über seinen Anteil am Widerstandskampf berichtete.¹⁰⁷ Doch Buchwitz war inzwischen ein bekannter und allgemein geachteter SED-Funktionär, seine Memoiren gipfelten in der durchaus logischen Erkenntnis, daß die Einheit der Arbeiterbewegung notwendig sei und er vollauf dazu stehe.

Seit 1947 aber wurden die sozialdemokratischen Kräfte im Widerstand und besonders in der Bewegung des 20. Juli 1944 zunehmend geringschätzig behandelt.

Der damalige Redakteur Albert Norden, später Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED (1904–1982), der übrigens nicht aus sowjetischer, sondern aus westlicher Emigration kam, behauptete im Juli 1947 in der »Weltbühne« – in auffallender Übereinstimmung mit der sowjetischen Doktrin –, daß »die rebellierenden Generale Fleisch vom Fleische des deutschen Imperialismus waren, seine alte Taktik des Ausspielens des Westens gegen den Osten fortsetzen wollten [...] Einstellung des Widerstandes im Westen und Fortsetzung des Krieges im Osten – das war aber nicht nur die Lieblingsidee der Generale. Auch Goerdeler, ein konservativer Freund der monarchistischen Staatsform und leitender Kopf bürgerlicher antifaschistischer Oppositionskreise, bekannte sich zu dieser Plattform und – es muß gesagt werden – eine sozialdemokratische Gruppe, die zu dem oppositionellen Kreisau-Zirkel des Grafen Moltke gehörte.«¹⁰⁸

106 Siehe Wolfgang Buschfort: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise. München 1991. – In mehreren Fernsehsendungen traten ehemalige Mitarbeiter des Ostbüros auf und rühmten sich ihrer Spionage- und Diversionstätigkeit. Zugleich wurden und werden Kundschafter der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR als kriminelle Verbrecher behandelt.

107 Siehe Otto Buchwitz: 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1949 (2. Auflage 1950, bis dahin insgesamt 50 000 Exemplare).

108 »Die Weltbühne« (1947) 13. S. 556.

Auch Anton Ackermann änderte seine Einschätzungen aus den Jahren 1944/1945, bemühte sich aber, den beteiligten Sozialdemokraten eine progressive Sonderstellung zuzuweisen: »Es wäre ein Fehler, die Opfer des 20. Juli aus den Reihen der Gewerkschafter und Sozialdemokraten mit der Militärgruppe oder mit Popitz und Goerdeler auf eine Stufe zu stellen. Vor allen Dingen muß über Genossen wie Leuschner festgestellt werden, daß sie zum bewußten und unversöhnlichen antifaschistischen Lager gehörten und sich im Unterschied zu vielen anderen ehemaligen sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführern nicht auf eine Abwartehaltung beschränkten, sondern jahrelang eine geschickte aktive illegale Arbeit leisteten.«¹⁰⁹

Otto Winzer, Mitglied des Parteivorstandes der SED, verurteilte 1954 in einem Artikel in der »Einheit«, dem theoretischen Organ der SED, den SPD-Reichstagsabgeordneten und KZ-Häftling Dr. Julius Leber, der im Juni 1944 in Berlin mit den Vertretern der illegalen KPD verhandelt hatte, als einen Agenten des USA-Imperialismus: »Es steht also außer Zweifel, daß Julius Leber zu den Sozialistenführern gehörte, mit denen der amerikanische Spionagechef Dulles durch Trott zu Solz in Verbindung stand. Diese ›Sozialistenführer‹ fürchteten den wachsenden Einfluß der Kommunisten und der Befreiungspolitik der Sowjetunion und suchten eben deshalb Zuflucht bei den amerikanischen Imperialisten, von denen nun mal keine andere Politik als die einer nationalen Unterwerfung des deutschen Volkes bei Aufrechterhaltung der Herrschaft des Monopolkapitals in Deutschland zu erwarten war.«¹¹⁰ In seinem 1955 erschienenen Buch »Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg«, in dem viel Richtiges über den Widerstandskampf der deutschen Kommunisten steht, wiederholte Winzer die unbewiesene Behauptung: »Es steht also außer Zweifel, daß Julius Leber zu den Sozialistenführern gehörte, mit denen der amerikanische Spionagechef Dulles durch Trott zu Solz in Verbindung stand.«¹¹¹

Später unterschied man zwischen »tapferen und aufrechten Sozialdemokraten« und »rechten sozialdemokratischen Führern«. So hieß es in der 1978 erschienenen »Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands«: »Die deutschen Kommunisten erwiesen sich als standhafte, unbeugsame Kämpfer, erzogen und gestählt im Geiste des Leninismus.

Mit ihnen gaben im Widerstand gegen den Faschismus tapfere und aufrechte Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid, Franz Künstler, Erich Kuttner, Julius Leber, Wilhelm Leuschner und Adolf Reichwein, Antifaschisten aus allen Schichten ihr Leben für die Befreiung des deutschen Volkes.

109 Anton Ackermann: *Legende und Wahrheit über den 20. Juli 1944*. In: *Einheit* (1947)12. S. 1178.

110 Otto Winzer: *Der Friedenskampf der Kommunisten in Deutschland und die Verschwörung vom 20. Juli 1944*. In: *Einheit* (1954)7. S. 684.

111 Otto Winzer: *Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands 1933 bis 1945*. Berlin 1955. S. 234.

Rechte sozialdemokratische Führer entwickelten indessen im Exil eine bürgerliche Alternative zum Faschismus. Sie nahmen Kurs darauf, dem deutschen Imperialismus wiederum – wie nach dem ersten Weltkrieg – aus der Krise zu helfen, in die er mit Fortdauer des Krieges unvermeidlich immer tiefer geriet. Ihr Antikommunismus und Antisowjetismus verhärtete sich immer mehr. In Großbritannien und den USA arbeiteten sie mit antisowjetischen Kräften jener Länder zusammen. Ihre Politik behinderte den Zusammenschluß der antifaschistischen Kräfte des deutschen Volkes und war wesentlich verantwortlich dafür, daß es der deutschen Arbeiterklasse und anderen demokratischen Kräften nicht gelang, das faschistische Regime aus eigener Kraft zu stürzen.«¹¹²

3. Geschichtsbild mit Widersprüchen

Die Entwicklung des Geschichtsbildes verlief, wie gesagt, nicht linear, war durchaus nicht völlig einförmig, verschiedene Erscheinungen existierten nebeneinander. So wurde Stephan Hermlins 1945/1946 in Frankfurt am Main geschriebene Erzählung »Der Leutnant Yorck von Wartenburg« auch in der SBZ verbreitet und später verfilmt. Trotz der zunehmenden Zurückdrängung des nichtkommunistischen Widerstandes aus dem Geschichtsbild konnten 1949 im Verlag Volk und Welt die Erinnerungen des Tegeler Gefängnis Pfarrers und Mitglieds des Kreisauer Kreises Dr. Harald Poelchau erscheinen, die seine Begegnungen sowohl mit kommunistischen als auch mit sozialdemokratischen, christlichen und bürgerlich-konservativen Widerstandskämpfern schildern.¹¹³ Das Schicksal dieses Buches spiegelt die Widersprüchlichkeit der bereits gespaltenen deutschen Widerstandsgeschichtsschreibung: Das Buch – Zeugnis eines Beteiligten, Quelle ersten Ranges – blieb im Westen lange Zeit wenig beachtet, offenbar, weil darin zu viele Kommunisten gewürdigt wurden; im Osten trotz oder vielleicht wegen heftiger Kritik nach kurzer Zeit vergriffen, ließ eine Neuauflage Jahrzehnte auf sich warten, weil der Verfasser seine berufliche Tätigkeit in einer Zentralverwaltung der SBZ aufgab und als Pfarrer nach Westberlin zurückging und weil die bürgerlichen und konservativen Nazigegner darin in einem positiven Licht erschienen, das nicht in das Geschichtsbild paßte.

Von großer erzieherischer Bedeutung war zu dieser Zeit das Buch von Stephan Hermlin »Die erste Reihe«¹¹⁴ – mit der Widmung »Der millionenfachen

112 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß. Autorenkollektiv. Berlin 1978. S. 69.

113 Siehe Harald Poelchau: Die letzten Stunden. Erinnerungen eines Gefängnis Pfarrers, aufgezeichnet von Graf Alexander Stenbock-Fermor. 3. Auflage. Berlin 1987 (Erstauflage 1949).

114 Siehe Stephan Hermlin: Die erste Reihe. Berlin 1951.

zweiten Reihe, der Freien Deutschen Jugend« –, das auch als »Organisationsausgabe« von der FDJ verbreitet wurde und in der politischen Schulung eine große Rolle spielte. Es enthielt die Biographien junger Widerstandskämpfer – 27 junger Kommunisten, aber auch des 18jährigen Christen Helmuth Hübener, der Mitglieder der Weißen Rose und der jüdischen Gruppe um Herbert Baum, die in der Mehrzahl, wie der Verfasser betont, »aus dem jüdischen Mittelstand« stammten.

Unter dem Titel »Das andere Deutschland« eröffnete die Leitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) bereits am 1. September 1948 im ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais in Berlin, gegenüber dem Reichstag, eine Ausstellung, in deren Konzeption es hieß: Die »Männer und Frauen, die dem blutigsten aller Regime ihren Widerstand entgegengesetzten [...] gruppierten sich aus allen Schichten unseres Volkes, aus Arbeitern, Angestellten und Beamten, aus Wissenschaftlern, Geistlichen und späterhin aus Militärs. Die größte Zahl dieser Widerstandskämpfer kam zweifellos aus dem einfachen Volke – der deutschen Arbeiterbewegung. Sie sahen von Anfang an in der faschistischen Bewegung ihren Todfeind, den Kriegsbrandstifter und den Verderber Deutschlands, mit dem es keine Kompromisse geben konnte, sondern nur einen harten und unversöhnlichen Kampf.«¹¹⁵ Die Ausstellung wurde von 45 000 Menschen besucht und danach 1949/1950 auch in Halle (45 000 Besucher), in der Zeit vom 5. März bis zum 10. April 1949 im Neuen Rathaus in Leipzig (44 800 Besucher)¹¹⁶, in Dresden (49 4464 Besucher), in Erfurt (22 300 Besucher), in Schwerin (21 400 Besucher), in Rostock (30 100 Besucher), in Weimar (10 000 Besucher) gezeigt. Dabei wurde die Berliner Ausstellung jeweils durch regionalgeschichtliches Material ergänzt.

Die Problematik der Widerstandstradition und der Art und Weise ihrer Pflege zeigte sich auch an der Geschichte der VVN.¹¹⁷ In der 1966 erschienenen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, dem damaligen Standardwerk, stand nur ein Satz über die Gründung dieser Organisation der Verfolgten und Widerstandskämpfer: »In der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) schlossen sich die Kämpfer gegen den Faschismus zusammen«¹¹⁸. Es fand sich kein Wort über Tätigkeit und Ende.

115 Zitiert in Elke Reuter/Detlef Hansel: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Berlin 1997. S. 343.

116 Siehe Das andere Deutschland. Eine Schau der deutschen Widerstandsbewegung gegen das Naziregime. 5. 3. – 10. 4. 1949 im neuen Rathaus der Stadt Leipzig. Ausstellungskatalog. Berlin-Potsdam 1949.

117 Siehe dazu Elke Reuter/Detlef Hansel: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Berlin 1997. – Ulrich Herbert/Olaf Groehler: Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten. Hamburg 1992.

118 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 6: Von Mai 1945 bis 1949. Berlin 1966. S. 196f.

Der Gründungskongreß der VVN für die SBZ fand am 22. und 23. Februar 1947 in Berlin statt und wählte Ottomar Geschke (SED) zum 1. Vorsitzenden, Propst Heinrich Grüber zum 2. Vorsitzenden, den ehemaligen Sachsenhausen-Häftling Karl Raddatz (SED)¹¹⁹ zum Generalsekretär. Grüber trat 1948 zurück. Die VVN war eine offene Organisation des Bündnisses von aktiven Antifaschisten verschiedener politischer Richtungen und Bereiche, die es auch in den Westzonen gab. Im März 1947 faßte eine interzonale Länderkonferenz der VVN u. a. den Beschluß, an jedem zweiten Sonntag im September einen Gedenktag für die Opfer des Faschismus zu veranstalten, der in der DDR auch stets in Form von Kundgebungen und Kranzniederlegungen begangen wurde. In Berlin konnte die Gründung erst im Januar 1948 erfolgen. Der ehemalige Buchenwald-Häftling Walter Bartel, Heinz Galinski vom Zentralrat der Juden und die Sozialdemokratin Jeanette Wolff (SPD) übernahmen hier gleichberechtigt den Vorsitz. Zu den Mitgliedern des Berliner Hauptausschusses »Opfer des Faschismus« und seit März 1947 des engeren Vorstandes der VVN in der SBZ gehörte auch Pfarrer Poelchau. Ende September 1947 gab es in der SBZ 136 Kreisverbände mit 507 Ortsgruppen der VVN, die etwa 21 500 Mitglieder zählten. Das waren knapp zwei Drittel der erfaßten Opfer des Faschismus in der SBZ (etwa 32 000 von ca. 18 Millionen Einwohnern der SBZ). Diese Zahlen verdeutlichen einmal mehr, daß die Widerstandskämpfer, die die Naziherrschaft überlebt hatten, zahlenmäßig eine sehr kleine Minderheit im Volke bildeten.

Die VVN war recht vielseitig zusammengesetzt und geriet unter starken Druck der SED-Führung, die den sowjetisch-stalinistischen Regieanweisungen folgte. Besonders verschärfte sich dies 1948 nach der Verurteilung der KP Jugoslawiens, die sich der Vormundschaft Stalins und der KPdSU entzogen hatte¹²⁰, nach dem Beginn der Umwandlung der SED in eine »Partei neuen Typus«, nach den Prozessen gegen Laszlo Rajk und Genossen in Ungarn 1949, Traitschko Kostoff in Bulgarien 1949¹²¹ sowie gegen Rudolf Slansky und Genossen in der Tschechoslowakei 1952¹²², die wegen angeblicher imperialistischer Schädlingstätigkeit zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Zahlreichen VVN-Mitgliedern wurden Sozialdemokratismus, Sektierertum, Titoismus, Zionismus,

119 Raddatz war von 1947 bis 1949 Generalsekretär der VVN, später Abteilungsleiter im Ausschub für Deutsche Einheit. 1960 verhaftet. 1962 wegen »schwerer Spionage« u. a. zu 7½ Jahren Zuchthaus verurteilt; im Dezember 1964 amnestiert. 1970 verstorben.

120 Siehe Die Lehren aus der Entartung der jugoslawischen Parteiführung. Berlin 1948.

121 Siehe Erklärung des ZK und der Zentralen Parteikontrollkommission zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee Noel H. Field. In: Dokumente der SED. Beschlüsse. Bd. 3. Berlin 1952. S. 197ff.

122 Siehe Prozeß gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slánsky an der Spitze. Justizministerium der CSR. Prag 1953. – Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky. Beschluß des ZK vom 20. Dezember 1953. In: Dokumente der SED. Beschlüsse. Bd. 4. Berlin 1954. S. 199ff.

Westbeziehungen (die aus Illegalität und Exil herrührten), sogar Agententätigkeit vorgeworfen. Die Vorwürfe »zionistischer« Agententätigkeit veranlaßten viele jüdische Mitglieder zur Flucht in den Westen, Heinz Galinski und Jeanette Wolff schieden aus dem Vorstand aus.

In dem Beschluß über die »Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky« vom 20. Dezember 1952 erklärte das ZK: »Die SED darf keine ungeklärten Verhältnisse mehr dulden. Sie muß in allen restlos Klarheit schaffen und über jedes Parteimitglied im Bilde sein. Von besonderer Wichtigkeit ist für die Sicherheit und Festigung der Partei – und das beweisen die Ergebnisse des Prager Prozesses eindeutig –, über die Emigrationszeit und das Verhalten der Parteimitglieder in dieser Zeit nicht den »Mantel der Liebe« zu decken, sondern diese Dinge bis zu Ende zu klären [...] Die Entlarvung der Zionisten als einer Agentur des amerikanischen Imperialismus entlarvt zugleich die feindliche Rolle des Agenten Paul Merker in der deutschen Emigrationsgruppe in Mexiko von 1942 bis 1946. Während dieser Zeit arbeitete Merker eng mit dem im Prager Prozeß verurteilten Verbrecher André Simone zusammen. Die von dem Genossen Alexander Abusch mit vielen Beiträgen von Paul Merker, André Simone und dem Genossen Erich Jungmann in Mexiko herausgegebene Zeitschrift »Freies Deutschland« entwickelte sich immer mehr zu einem Publikationsorgan zionistischer Auffassungen [...] Eins der führenden Mitglieder der Züricher Emigrationsleitung, die unter trotzkistischer Führung stand, Sperling, arbeitete eng zusammen mit den amerikanischen und englischen Agenten in der Schweiz.«¹²³

Paul Merker, der schon im August 1950 aus der SED ausgeschlossen worden war, wurde im Dezember 1952 verhaftet und im März 1953 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Alle SED-Mitglieder, die aus westlicher Emigration kamen oder in jugoslawischen Partisanenverbänden gekämpft hatten, unterzog man einer besonderen Prüfung, was sich natürlich zeitweilig sehr negativ auch auf die Geschichtsschreibung zu diesem Teil des Widerstandskampfes auswirkte. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU und nachdem sich alle Beschuldigungen als haltlos erwiesen hatten, wurde Merker 1956 aus der Haft entlassen und rehabilitiert.¹²⁴

Am 15. Januar 1953 beschloß das Sekretariat des ZK der SED die Liquidierung der VVN. Der (mehrheitlich aus SED-Mitgliedern bestehende) Zentralvorstand der VVN beschloß dementsprechend am 21. Februar 1953 die Selbstaflösung, nach dem Referat von Franz Dahlem »Die VVN hat ihre Aufgaben gelöst«.

123 Dokumente der SED. Beschlüsse. Bd. 4. S. 204f. und 209.

124 Siehe Wolfgang Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker. Berlin 1994. – Karl Heinz Jahnke: »... ich bin nie ein Parteifeind gewesen«. Der tragische Weg der Kommunisten Fritz und Lydia Sperling. Bonn 1993.

Dahlem selbst wurde im Mai 1953 aus Politbüro und ZK der SED ausgeschlossen, weil er – im Zusammenhang mit dem Fall Field-Merker – »gegenüber den Versuchen imperialistischer Agenten, in die Partei einzudringen, völlige Blindheit bewiesen hat«¹²⁵. Auch diese Beschuldigung erwies sich – wie schon gesagt – als haltlos, er wurde 1956 politisch rehabilitiert, 1957 wieder in das ZK gewählt, erhielt jedoch keine größeren Parteaufgaben mehr.

Die DDR-Geschichtsschreibung verschleierte die Gründe der Auflösung. So heißt es z. B. in der Chronik der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: »21. Febr. [1953] Der Zentralvorstand der VVN beschließt, die Tätigkeit der Organisation der VVN einzustellen, da ihr Programm durch die Entwicklung in der DDR erfüllt worden ist. Das neugebildete Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR wird insbesondere die internationale Zusammenarbeit mit den Exekutivkomitees der Internationalen Vereinigung der Widerstandskämpfer und mit den nationalen Widerstandsorganisationen der Nachbarländer Deutschlands fortführen.«¹²⁶ Die wirklichen Ursachen für die Auflösung hingen mit der autoritären Machtausübung durch die SED-Führung und mit dem von der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 verkündeten planmäßigen Aufbau des Sozialismus zusammen. Bei der Durchsetzung der »führenden Rolle« der SED auf allen Gebieten, zusammen mit Durchsetzung des Zentralismus in allen Bereichen – 1952 erfolgte auch die Abschaffung der Länder und ihre Ersetzung durch Bezirke –, war kein Platz für eine pluralistische Organisation, deren Zusammensetzung ursprünglich einmal vom christlichen Geistlichen über den gläubigen Juden, den ehemaligen Wehrmachtsoffizier, den Sozialdemokraten bis zum Kommunisten reichte. Dazu kam, daß die VVN als Organisation der Widerstandskämpfer große moralische Autorität besaß. Die VVN hatte auch eigene Forschungen betrieben und im eigenen Verlag Publikationen herausgebracht.¹²⁷ Nach der Auflösung ging der größte Teil des gesammelten Materials an das Institut für Marxismus-Leninismus.

Die 1954 geschaffenen Bezirkskomitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer waren faktisch bei den Bezirksleitungen der SED angebunden,

125 Dokumente der SED. Beschlüsse. Bd. 4. S. 406.

126 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil 3. Berlin 1967. S. 358.

127 So erschienen bereits 1948 im VVN-Verlag Berlin-Potsdam die Schriften von Klaus Lehmann: Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack. Männer und Frauen des illegalen antifaschistischen Kampfes. – Max Zimmering: Widerstandsgruppe Vereinigte Kletter-Abteilung. Weitere Schriften des VVN-Verlages: »... besonders jetzt tu deine Pflicht«. – Das heimliche Deutschland. – Kämpfende Jugend. Aufzeichnungen junger Menschen, die im Kampf gegen die faschistische Barbarei ihr Leben ließen (1950). – Die Toten den Lebenden. Helden des Widerstandskampfes gegen Faschismus und Krieg, mit 55 Biographien (Neuaufgabe 1952). – Bruno Baum, kommunistisch-jüdischer Auschwitz-Häftling, verfaßte die 1949 von der VVN herausgegebenen Schrift »Widerstand in Auschwitz. Bericht der internationalen antifaschistischen Lagerleitung« (Neuaufgabe Berlin 1957 und 1959). – Siehe ferner Franz Dahlem: Weg und Ziel des antifaschistischen Kampfes. Ausgewählte Reden und Aufsätze. Berlin 1952.

wurden von hier unterstützt und geführt. In ihnen gab es überwiegend SED-Mitglieder, die sich vor allem mit den Traditionen des Widerstandskampfes der Arbeiterbewegung, und hier wieder vorrangig der KPD, befaßten. Vielfach entstanden in den Komitees wertvolle Darstellungen und Materialsammlungen. Ich weiß auch aus eigener Erfahrung, daß im Bezirkskomitee Potsdam, dem ich von Mitte der 70er Jahre bis 1990 angehörte – was ich als Ehre und Auszeichnung auffaßte –, auch Diskussionen zum bürgerlichen Widerstand geführt wurden, der im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 in Potsdam eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hatte.

Es wäre ungerecht, den Komitees engagiertes Bemühen um die Pflege der antifaschistischen Tradition abzuspochen. In dem Bericht der Zentraleitung über die Tätigkeit der Komitees im Jahre 1979 sagte Vorsitzender Otto Funke: »Wir können generell einschätzen, daß ein weiterer Fortschritt besonders in der Arbeit mit der Arbeiterjugend gelungen ist. Er zeigt sich im Anwachsen der Anzahl der Jugendnamensträgerbrigaden, in den Produktionsergebnissen solcher Brigaden und ihrem politischen Engagement, in einer weitaus größeren Anzahl von Erfahrungsaustauschen und in der erhöhten Bereitschaft von Jungarbeiter-Kollektiven, den Kampf um die Verleihung des Namens eines revolutionären Vorbildes aufzunehmen und dann erfolgreich abzuschließen¹²⁸ [...] Von den rund 2000 Jugendbrigaden in Berlin tragen bzw. kämpfen 1200 um den Namen eines antifaschistischen Widerstandskämpfers. Die Analyse der gesamten Arbeit unter der Arbeiterjugend und in den Betrieben der Hauptstadt zeigt, daß sich die Bildung der Kommission Arbeiterjugend/Betriebe beim Bezirkskomitee und in den Kreiskomitees bewährt hat und zielgerichtete, intensivere Arbeit geleistet wird.« Im Bezirk Cottbus »tragen 1400 Arbeitskollektive und Jugendbrigaden den Namen eines Widerstandskämpfers. Im Bezirk Suhl sind es 668, davon 297 Jugendbrigaden, die meist hervorragende Leistungen vollbringen [...] Immer öfter treten auch Lehrerkollektive an unsere Komitees heran mit der Bitte, Kameraden als Gesprächspartner in ihren Veranstaltungen auftreten zu lassen. In Frankfurt (Oder) gibt es gute Erfahrungen bei der Einbeziehung antifaschistischer Widerstandskämpfer in den Geschichtsunterricht.«¹²⁹ Ausmaß und Intensität bei der tatsächlichen Wirksamkeit dieser Komitees wären genauer zu erforschen. Es gab sicher viel Formalismus, Leerlauf und Indoktrination, doch kann man ihnen das Bemühen nicht absprechen, sich für die antifaschistische Erziehung nach Kräften eingesetzt zu haben.

128 Zur Brigadebewegung siehe Jörg Roesler: Die Brigaden – Produktionseinheiten und sozialistische Gemeinschaft. In: Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 7. Bonn/Berlin 1997. S. 185–224.

129 Ergebnisse der Arbeit im Jahre 1979 und die Aufgaben der Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer im Jahre 1980. Tagung der Zentraleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR am 21. Januar 1980 in Berlin. Berlin 1980. S. 10.

Anstelle der heute üblichen pauschalen Verurteilung wäre es hützlich und für alle Seiten lehrreich, einen unvoreingenommenen, fundierten Vergleich des Inhalts, der Formen und der Wirksamkeit der antifaschistischen Traditionspflege in der DDR und der BRD vorzunehmen, um daraus Erfahrungen und Lehren für diese gerade heute so notwendige Arbeit zu gewinnen.

4. Die »führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei«

Im Oktober 1951 faßte das ZK der SED den Beschluß »Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei«, in dem u. a. die Historiker wegen unzureichender ideologischer Militanz kritisiert wurden: »Unsere Historiker sind sich noch nicht genügend der großen Verpflichtung bewußt, durch die wissenschaftliche Ausarbeitung der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung zur Zerschlagung unwissenschaftlicher Geschichtsauffassungen, zur richtigen Erziehung der heranwachsenden Generation und zur Entfaltung des Kampfes für die nationale Einheit Deutschlands beizutragen.« Der Beschluß forderte die »wissenschaftliche Ausarbeitung der deutschen Geschichte vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus«¹³⁰.

Immer mehr traten Erforschung und Darstellung des Widerstandes der KPD in den Vordergrund. In den Thesen der Abteilung Propaganda des ZK, des Marx-Engels-Lenin-Stalin-Instituts beim ZK¹³¹ und der Parteihochschule »Karl Marx« beim ZK der SED »35 Jahre KPD (1918 bis 1953)« von 1954 hieß es: »Die von Ernst Thälmann geschmiedete Kommunistische Partei Deutschlands, die an der Spitze des Kampfes um die Rettung der Nation stand, hatte sich in einer der schwersten Perioden der deutschen Geschichte als die wirkliche revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes bewährt«¹³².

Im Juli 1955 faßte das Politbüro der SED den Beschluß »Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik«, in dem es über die »ideologischen Hauptaufgaben der Geschichtswissenschaft« der DDR u. a. hieß: »Angesichts der führenden Rolle der Arbeiterklasse im nationalen Befreiungskampf ist die Erforschung und Darstellung der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, besonders der Partei der deutschen Arbeiterklasse, und die Zerschlagung der imperialistischen und sozialdemokratischen Entstellungen der Geschichte des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse von erstrangiger Bedeutung.«¹³³

130 Dokumente der SED. Beschlüsse. Bd. 3. Berlin 1952. S. 581.

131 Das Institut wurde nach dem XX. Parteitag der KPdSU umbenannt in Institut für Marxismus-Leninismus.

132 35 Jahre Kommunistische Partei Deutschlands. Berlin 1954. S. 24.

133 Dokumente der SED. Beschlüsse. Bd. V. Berlin 1956. S. 348.

Konkret verstand man darunter die Entstehung der deutschen Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert, die Rolle von Marx und Engels, »die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie im heroischen Kampf gegen das Sozialistengesetz zu einem Vorbild der sozialistischen Organisation für die ganze internationale Arbeiterbewegung«, der Kampf, vor allem der deutschen Linken, gegen den Imperialismus und die Vorbereitung des Ersten Weltkrieges.

»Die Hauptaufmerksamkeit ist der Darstellung des Kampfes der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus, für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse, für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes und für die Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zuzuwenden.

Von ihrer Gründung an wies die Kommunistische Partei Deutschlands dem Kampf der Arbeiterklasse Ziel und Richtung [...] Durch ihren heroischen, opferreichen, illegalen Kampf gegen die faschistische Diktatur und die räuberische Kriegspolitik der Faschisten rettete die Kommunistische Partei Deutschlands die Ehre der deutschen Nation.«¹³⁴

Abgesehen von einigen schwülstigen und übertreibenden Formulierungen hatte dies natürlich sachlich zunächst einmal seine Berechtigung. Aus den Reihen der KPD kam die größte Zahl von Widerstandskämpfern, sie erlitt die größten Verluste. Von den 300 000 Mitgliedern der Partei wurden etwa 145 000 wegen ihres aktiven Kampfes in Zuchthäuser oder KZ geworfen oder in die Emigration gezwungen. Etwa 30 000 Mitglieder, darunter 27 Reichstagsabgeordnete, fielen dem Blutterror zum Opfer.

Unwissenschaftlich wurde aber die Verabsolutierung, die Hypertrophierung der Rolle der KPD, die Einseitigkeit der Darstellung, das Verschweigen von Fehlern und Irrtümern. Hier begannen politische Vorgaben wirksam zu werden: Die »gesetzmäßig führende Rolle« der SED, die sich als Fortsetzerin der KPD verstand, sollte auch historisch legitimiert werden.

Eine noch recht ausgewogene Darstellung des deutschen Widerstandes, seiner Hauptkräfte und seiner inneren Probleme trug Prof. Walter Bartel, 1943 bis 1945 Leiter des illegalen Lagerkomitees in Buchenwald, auf der 2. Internationalen Konferenz zur Geschichte der Widerstandsbewegung in Europa in Mailand 1961 im Namen der DDR-Delegation vor:

»Das außenpolitische Ziel des deutschen faschistischen Imperialismus war die Vorbereitung und Durchführung eines Krieges. Unter dem Begriff ›Lebensraum für Großdeutschland‹ verbarg sich die Absicht, die Welt neu aufzuteilen und die Herrschaft über andere Völker zu erringen, ohne dabei vor der Ausrottung ganzer Nationalitäten oder Völker zurückzuschrecken.

Die Organisatoren des Krieges tarnten ihr Vorhaben mit demagogischen Friedensbeteuerungen [...] Der Antikommunismus bildete den wichtigsten Be-

134 Ebenda. S. 348f.

standteil der faschistischen Ideologie und entsprach zugleich sehr nüchternen materiellen Überlegungen. Es ist bekannt, daß sich die Nazipartei seit ihrer Gründung der moralischen und finanziellen Unterstützung durch Reichswehrgenerale und vor allem deutscher Konzernherren erfreute.«¹³⁵

Der Historiker, Widerstandskämpfer und Buchenwaldhäftling Bartel kam zu folgendem Urteil: »Die historische Wahrheit gebietet festzustellen: Die führende Rolle der Arbeiterklasse im Kampf gegen den deutschen Faschismus muß der Ausgangspunkt jeder Betrachtung sein. Damit werden in keiner Weise der Mut und die Opferbereitschaft Angehöriger anderer Schichten des deutschen Volkes im Kampf gegen den Krieg abgewertet. Die Front der Deutschen gegen Faschismus und Krieg reichte von Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid, Carl von Ossietzky, Hans und Sophie Scholl, Pfarrer Paul Schneider, Dr. Max Joseph Metzger (Bruder Paulus) bis zu Claus Schenk Graf von Stauffenberg. In diesem Sinne war die deutsche Widerstandsbewegung die Fortsetzung der besten revolutionären und humanistischen Traditionen des deutschen Volkes im Ringen um Frieden, Freiheit und Demokratie.«¹³⁶

Dieses Urteil hatte seine Berechtigung, wenn man allerdings einschränkend vermerkt, daß natürlich auch die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, die bei Bartel als komplexe Anti-Nazi-Größe erscheint, der faschistischen Demagogie und dem Terror erlegen war, daß sie sich fügte oder sich abwartend verhielt. Aber die größte Zahl der Widerstandskämpfer kam aus der Arbeiterklasse. Weiter hieß es bei Walter Bartel:

»Der deutsche Widerstandskampf gegen die Hitlerregierung kann mit Fug und Recht als ein Teil des Widerstandskampfes aller Völker gegen den faschistischen Aggressor angesehen werden. Außer den allen nationalen Widerstandsbewegungen typischen Gemeinsamkeiten hat der deutsche Widerstand seine Besonderheiten.

Zu diesen Besonderheiten gehört *erstens* die Tatsache, daß die deutschen Hitlergegner, Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose, aufrechte Geistliche aller Konfessionen, Schriftsteller und Künstler bereits 80 Monate im erbitterten Kampf des Volkes gegen die Verderber der Nation standen, ehe der zweite Weltkrieg ausbrach. Dieser Kampf forderte Opfer, deren Umfang kaum meßbar ist [...].

Eine *zweite* Besonderheit darf nicht verschwiegen werden. In der Zeit vom Beginn der Nazi-herrschaft bis zu Ausbruch des Krieges fanden die deutschen Hitlergegner stärkste Unterstützung bei fast allen Völkern der Welt. Sie nahmen herzlichen Anteil an dem Kampf gegen Hitler, unterstützten die Emigranten, führten Sympathiekundgebungen aller Art für die Eingekerkerten durch. Her-

135 Walter Bartel: Die deutsche Widerstandsbewegung und die Alliierten zur Zeit des zweiten Weltkrieges. In: ZfG (1961) 5. S. 993.

136 Ebenda. S. 996.

vorragende Beispiele gab es in den weltweiten Befreiungsaktionen für Georgi Dimitroff, Ernst Thälmann, Carl von Ossietzky und Liselotte Herrmann. So breit diese Welle der Sympathie bei den Völkern für den Kampf der deutschen Antifaschisten gegen das Hitlerregime war, so wenig Unterstützung fand der deutsche Widerstandskampf bei den Regierungen der kapitalistischen Länder. Sie behinderten die politische Tätigkeit der Emigranten und verweigerten ihnen oft genug das Recht auf Arbeit. Sehr bekannte Diplomaten und Politiker besuchten nicht nur das faschistische Deutschland, sie hielten es auch für angebracht, den Nazis und deren Regime ihre Referenz zu erweisen, Schmeichelhaftes über Hitler zu sagen, und sie unterstützten faschistische Bestrebungen in den eigenen Ländern. Das Verhalten dieser Regierungen gegenüber dem faschistischen Deutschland, die öffentliche Lobpreisung seiner Einrichtungen und seiner antisozialen Politik, die Politik der sog. Nichteinmischung in die unverhohlene Intervention des deutschen und italienischen Faschismus gegen das demokratische Spanien, die Duldung der faschistischen Okkupation Österreichs und der Tschechoslowakei erleichterten dem faschistischen Machtapparat den Kampf gegen jede Art von Widerstand.« Auch das muß gerade heute nach wie vor betont werden, wenn man vom deutschen Widerstand spricht.

»Eine dritte Besonderheit des deutschen Widerstandskampfes«, so Bartel weiter, »lag in der Tatsache begründet, daß die faschistische Ideologie, die bewußt an reaktionäre, chauvinistische und militaristische Traditionen anknüpfte, bei den zeitweiligen politischen und militärischen Erfolgen der Nazi-Regierung in breite Volkskreise eingedrungen war. Unter diesen Bedingungen war es für die antifaschistischen Kräfte außerordentlich kompliziert, ihren Kampf gegen das Hitlerregime als eine nationale Notwendigkeit überzeugend darzustellen. Besonders unter dem deutschen Bürgertum, das zwar humanistische, aber nur wenige revolutionäre Traditionen besaß, gab es viele Menschen, die aus diesen oder jenen Gründen das faschistische Regime ablehnten, im Grunde genommen jedoch eine gewisse Stillhaltepolitik praktizierten, um sich nicht dem Verdacht auszusetzen, antinational, hoch- und landesverräterisch zu handeln.«¹³⁷

Entstehung und Charakter des Nationalkomitees »Freies Deutschland« und den Unterschied zu den illegalen Widerstandsorganisationen in Deutschland erklärte Bartel so:

»Die bedeutendsten Widerstandsgruppen der Arbeiterklasse, die in Deutschland gegen den verbrecherischen Hitlerkrieg und für den Sturz der Nazidiktatur kämpften, waren Organisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands, die entsprechend deren Beschlüssen und Weisungen des Zentralkomitees der Partei heldenmütig Freiheit und Leben einsetzten, um das deutsche Volk vor dem Verderben zu retten [...]

137 Ebenda, S. 996f.

Aus der Verantwortung gegenüber Volk und Nation entstanden in den Kriegsgefangenenlagern in der UdSSR auf Initiative des Zentralkomitees der KPD, unterstützt von Antifaschisten unter den Kriegsgefangenen, antifaschistische Aktivgruppen, die sich in Aufrufen und Kundgebungen an ihre Kameraden wandten. Unter unmittelbarer Anteilnahme der deutschen Arbeiterführer Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht nahm im Frühjahr 1943 diese Bewegung einen entscheidenden Aufschwung. In vielen Lagern erhob sich die Forderung nach einem Zusammenschluß aller deutschen Antifaschisten in der Sowjetunion. Aus dieser patriotischen Bewegung erwuchs das am 13. Juli 1943 in Krasnogorsk gebildete Nationalkomitee ›Freies Deutschland‹ (NKFD) [...] Seiner ideologischen Grundlage und seiner sozialen Spannweite nach wurde das Nationalkomitee ›Freies Deutschland‹ die Anti-Hitler-Koalition für Deutschland.«¹³⁸

Doch die bisher vorgelegten Arbeiten fanden nicht in jedem Falle das Wohlwollen der SED-Führung. Es erregte Mißfallen, daß manche Historiker ungenügend bemüht waren, die aktuelle Politik der Partei mit Hilfe der Geschichtsschreibung zu begründen, daß sie die »führende Rolle« der KPD und ihres ZK im Widerstand ungenügend hervorhoben.

Zur Vorbereitung der 16. Tagung des ZK der SED 1962, die sich mit dem Entwurf eines »Grundrisses der deutschen Arbeiterbewegung« beschäftigen sollte, wurde in der Abteilung Wissenschaft des ZK eine Analyse der Entwicklung der Geschichtswissenschaft der DDR seit 1955 vorgenommen, in der es hieß: »Ausgehend von dem 1955 erschienenen Buch von Otto Winzer ›12 Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg‹ wurden zahlreiche Einzelforschungen über die Entwicklung des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland angefertigt, deren Ergebnisse teils in Broschüren, teils in Dissertationen vorgelegt wurden. Dabei zeigten sich in den vom Institut für Marxismus-Leninismus herausgegebenen Arbeiten eine Reihe grundsätzlicher Schwächen, denen eine falsche Konzeption von der Rolle der KPD und ihres ZK zugrunde lag. Schon die Anlage der Broschürenreihe ging von den subjektivistischen Vorstellungen (u. a. des Genossen H. Schumann) aus, daß die KPD in Deutschland nicht mehr als Partei, sondern nur noch in Gestalt von Gruppen existierte. Darüber hinaus bildeten die Beschlüsse der Brüsseler und Berner Parteikonferenzen sowie andere Dokumente des ZK der KPD nicht immer die Grundlage für die Darstellung des Widerstandskampfes. Gleichzeitig wurde die führende Rolle des ZK bei der Organisation und Leitung des Widerstandskampfes in Deutschland weitgehend negiert. Es wurde verwischt, daß die aus Hitlergegnern verschiedener Schichten und Anschauungen bestehenden Widerstandsgruppen von Parteiorganisationen der KPD geführt wurden. Ähnliche Schwächen tauchten auch in den Materialien der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte

138 Ebenda. S. 1004.

der örtlichen Arbeiterbewegung auf. Das gleiche trifft auch auf die Arbeiten W. Bartels über den Widerstandskampf zu.«¹³⁹

Die Ergebnisse der Analyse fanden Eingang in das Referat von Prof. Kurt Hager (1998 verstorben), verantwortlicher Sekretär des ZK für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur, auf der 16. Tagung des ZK der SED im Juni 1962, in dem er kritisch ausführte:

»Eine entscheidende Schwäche besteht nach wie vor darin, daß die Arbeit vieler Historiker ungenügend mit der Praxis des politischen Kampfes der Partei verbunden ist. Es ist noch nicht zum Axiom geworden, daß sich die Geschichtswissenschaft in der gesamten Arbeit jederzeit von den politischen Erfordernissen des gegenwärtigen Kampfes leiten läßt und daher von den Beschlüssen der Partei ausgehen muß. Die ungenügende Verbindung mit den politischen Aufgaben des gegenwärtigen Kampfes zeigt sich auch darin, daß der Beitrag der Historiker zur schöpferischen Begründung der Politik der Partei noch gering ist [...].

Ein ernstes Zeichen für die vorhandenen wissenschaftlichen und ideologischen Schwächen war auch die Unterschätzung der Rolle der KPD und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf, wie sie in einigen Schriften des Instituts für Marxismus-Leninismus und in Arbeiten des Genossen Walter Bartel zum Ausdruck kam. Genosse Bartel hat hier geschildert, wie sich die Genossen im Lager Buchenwald über die Linie der Partei informierten. Es geht jedoch darum, daß die Führung der Partei das Zentralkomitee war, das den illegalen Kampf organisierte, an dessen Spitze Genosse Walter Ulbricht und Genosse Pieck standen, das die Politik der Schaffung einer antifaschistischen Volksfront im Nationalkomitee ›Freies Deutschland‹ und ›Bund Deutscher Offiziere‹ verwirklichte, das den Kampf für die Rettung der Nation leitete und das Programm ausarbeitete und vorlegte, auf dessen Grundlage im Jahre 1945 der Neuaufbau und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung eingeleitet wurde.

Es geht schließlich darum, daß in einer Reihe von Arbeiten diese führende Rolle der Partei und ihres Zentralkomitees im illegalen Kampf verwischt wurde, daß man nicht mehr von Parteiorganisationen sprach, sondern von losen Gruppen, die in der allgemeinen Widerstandsbewegung gewissermaßen aufgegangen waren.

Es ist unbestreitbar, daß es bei einigen Geschichtswissenschaftlern theoretische Unzulänglichkeiten gibt, die vor allem auf den Tendenzen zum Subjektivismus und auf einer gewissen Überheblichkeit gegenüber den Beschlüssen und Auffassungen der Partei beruhen.«¹⁴⁰

139 SAPMOBArch. ZPA. IV A2/9. 04/134. Abt. Wissenschaftl.

140 Einheit (1962) Sonderheft. S. 100–102.

Das bedeutete, in jedem Falle »prinzipiell«, »klassenmäßig« – so lauteten die damals bevorzugten Formulierungen – von der führenden Rolle des ZK in Moskau auszugehen, auch dort und dann, wo keine Verbindung zwischen ZK und illegalen Widerstandsgruppen existierte!

Es entstand eine Vielzahl von Arbeiten über die »führende Rolle« der KPD im Widerstandskampf; zugleich wurde auch gefordert, diese These als Grundprinzip in allen Darstellungen anzusehen und anzuwenden.¹⁴¹ Der Inhalt der Arbeiten zum Kampf der KPD war vielfach durch einen Widerspruch gekennzeichnet. Einerseits enthüllten viele gründliche Forschungen den Alltag des Widerstandes, den Mut, die Opferbereitschaft einfacher Menschen, die in der KPD ihre Zukunftshoffnung sahen – andererseits bemühten sich manche Verfasser mehr oder weniger krampfhaft, die »führende Rolle« der Partei und ihres ZK sowie die »Kontinuität« der antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik, möglichst bis zur Gründung der DDR und zum verkündeten Aufbau des Sozialismus nachzuweisen.

Beides hat es indes in widerspruchsfreier Glätte nicht gegeben. Ganze Abschnitte, die die Diskontinuität widerspiegeln, wurden verzerrt dargestellt oder ganz ausgespart, so die stalinistisch-ultralinke Politik unter der Führung Ernst Thälmanns seit 1928, die falsche Einschätzung der Lage 1932–1934 und die Unterschätzung der faschistischen Gefahr, die auch von der SPD und den bürgerlichen Parteien geteilt wurden, die falsche Orientierung nach dem

141 Siehe als Auswahl Fritz Knittel: Die KPD – die einzige führende und organisierte Kraft des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland 1933 bis 1945. In: ZfG (1958) Sonderheft zum 40. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution. S. 190–201. – M. Polzin: Zur Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands als Führer und Organisator des antifaschistischen Widerstandskampfes in den Jahren von 1933 bis 1945. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe (1959/1960)1. S. 25–41. – Zur führenden Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf. In: BzG (1961)3. S. 547–572. – Helene Roggenbuck: Der Aufschwung der antifaschistischen Bewegung unter Führung der KPD seit dem Überfall des faschistischen deutschen Imperialismus auf die friedliebende Sowjetunion. In: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Bd. 4. Berlin 1961. S. 447–464. – Wolfgang Schumann: Zur führenden Rolle unserer marxistisch-leninistischen Partei und ihres Zentralkomitees im Kampf gegen Faschismus und Krieg (1933–1945). In: ZfG (1962)5. S. 1017–1045. – Hermann Matern: Die führende Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands in der antifaschistischen Bewegung »Freies Deutschland«. In: Zeitschrift für Militärgeschichte 2(1963)2. S. 135–153. – Horst Kühne: Zur Kontinuität der Militärpolitik der KPD im antifaschistischen Widerstandskampf. In: Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« und seine militärpolitische Bedeutung. Protokoll der Konferenz des Instituts für Deutsche Militärgeschichte am 27. und 28. März 1963. Potsdam 1963. S. 65–72. – Bruno Löwel: Zur führenden Rolle der KPD und ihres Zentralkomitees in der antifaschistischen demokratischen Bewegung »Freies Deutschland«. In: Protokoll der Konferenz des Instituts für Militärgeschichte am 27. und 28. März 1963. Potsdam 1963. S. 57–65. – Walter Ulbricht: Die Kraft, die Deutschland veränderte und seine Zukunft gestaltet. Rede auf der Festveranstaltung zum 45. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin 1964.

deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag und nach dem Freundschaftsvertrag 1939–1941. Solche politischen Verbrechen wie die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 durch die bürgerlichen Parteien und die Zustimmung zur Hitlerschen Außenpolitik am 17. Mai 1933 durch die SPD und die bürgerlichen Parteien beging die KPD nicht, aber die Einstellung auf neue Gegebenheiten fiel ihr oft schwer.

In unserer Geschichtsschreibung wurde jahrzehntelang ignoriert, daß die KPD noch 1934 nicht nur taktische Fehler machte, sondern eine falsche strategische Orientierung besaß. Schrieb doch z. B. Fritz Heckert im Juni 1933 in der Zeitschrift »Internationale«: »Die Sozialdemokratie ist als Partei vernichtet, weil sie sich selbst politisch und moralisch getötet hat, [...] als sie sich dazu hergab«, dem Faschismus zu dienen. Die KPD habe dagegen eine moralische Autorität gewonnen »wie noch nie«. »Der Zusammenbruch des faschistischen Regimes in Deutschland hängt vor allem vom Zusammenschluß des Proletariats als Klasse ab, auf dem Wege der Eroberung der Mehrheit des Proletariats durch die KPD und der Liquidierung des Einflusses der reaktionären Sozialdemokratie, die bisher die Mehrheit des Proletariats hinter sich hatte [...] All das, was sich in Deutschland ereignet hat, bestätigt voll und ganz die Richtigkeit der Prognose des Genossen Stalin. Hitler lehnt die Unterstützung durch die Sozialdemokratie nicht ab. Die Sozialdemokratie zeigt bereits ihre Bereitschaft, an allen blutigen Verbrechen des Faschismus gegen die Arbeiterklasse teilzunehmen.«¹⁴² Die Politik der KPD aber sei richtig, sie habe keine Selbstkritik nötig. Noch am 7. Juni 1934 hieß es in einem Aufruf an die Werktätigen in Stadt und Land: »Die Sozialdemokratie wird immer, auch in der Periode der proletarischen Revolution, ein Werkzeug der Konterrevolution, der Bourgeoisie, des Kapitalismus sein und bleiben. Darum: Niemals wieder bürgerliche Demokratie, niemals wieder Sozialdemokratie! [...] Wenn ihr zur Macht, zum Sozialismus kommen wollt, dann müßt ihr gemeinsam mit uns den Weg der wirklichen Volksrevolution gegen Hitler, den Weg des bewaffneten Aufstandes gegen die faschistische Diktatur, gegen die Herrschaft der Bourgeoisie beschreiten [...] Schon geht ein breiter revolutionärer Aufschwung durch das Land [...] Ihr steht an der Schwelle der deutschen proletarischen Revolution!«¹⁴³ Eine solche Fehleinschätzung kann man schon nicht mehr nur Illusion nennen!

Was die SPD betrifft, so stimmt es natürlich, daß ihre Führung kapituliert hat, beim Papenstaatsstreich am 20. Juli 1932, als sie auf den außerparlamentarischen Kampf verzichtete und dazu aufrief, bei den nächsten Wahlen die Reaktion mit dem Stimmzettel zu schlagen, auch am 30. Januar 1933, als sie sich einem gemeinsamen Handeln verweigerte. Es stimmt, daß die Führung des

142 »Die Internationale« (1933)6. S. 19–28.

143 Kurt Finker: KPD und Antifaschismus 1929–1934. In: ZfG (1993)5. S. 397.

ADGB sich 1933 angebedert hat und glaubte, auch in einem faschistischen Deutschland weiter eine legale Existenz fristen zu können.

Doch was in der DDR-Literatur lange nicht zu finden war, das war die Kritik an der falschen strategischen Orientierung der KPD auf die proletarische Revolution als unmittelbar bevorstehende Tagesaufgabe, die dann auch den Faschismus zerschlagen sollte. »Nur die proletarische Revolution besiegt den Faschismus«, hieß es bis 1935 in ungezählten Reden, Zeitungsartikeln und Flugschriften. Da aber das Haupthindernis auf dem Wege zur Revolution der nach wie vor vorhandene Masseneinfluß der SPD darstellte, galt noch bis Anfang 1935 der Hauptstoß der Sozialdemokratie.

Hinzu kommt folgendes: Wenn die KPD von proletarischer Revolution sprach, meinte sie die Revolution nach sowjetischem Muster, was auch offen erklärt wurde. Das sowjetische Revolutions- und Sozialismusmodell aber war zu dieser Zeit schon ein stalinistisches: Einschränkung der Demokratie und Verfolgung der politischen Opposition hatten begonnen, die Zwangskollektivierung stürzte Millionen Menschen in Hunger, Elend und Tod, die internationale Sozialdemokratie wurde allgemein als Knecht des Imperialismus und als Hauptfeind der Sowjetmacht gebrandmarkt. In dieser Situation bedurfte es nicht der Hetzereien notorisch antikommunistischer SPD-Führer, die es in Fülle gab, in dieser Situation waren auch Millionen einfacher Anhänger der Sozialdemokratie nicht bereit, auf die Angebote der Kommunisten einzugehen. Einheitsfront mit der KPD bedeutete Bekenntnis zur proletarischen Revolution nach Stalinschem Muster. Auch diese Dinge muß man sich in Erinnerung rufen, wenn man die Frage untersucht, warum es damals nicht zu einem gemeinsamen Handeln der Arbeiterbewegung kam. Es reicht nicht, ausschließlich auf die zweifellos vorhandene antikommunistische Haltung der SPD-Führung zu verweisen. Man muß zugleich auch fragen, warum die große Mehrheit der Sozialdemokraten ihrer Führung darin folgte.

Ebenfalls verzerrt, bagatellisiert bzw. ganz ausgespart wurde in den Geschichtsdarstellungen nicht nur die Haltung zu den geheimen deutsch-sowjetischen Zusatzverträgen vom August 1939, sondern auch zum Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939, der damals durchaus bekannt und von der KPD-Führung wohlwollend zur Kenntnis genommen worden war.

Verschwiegen wurden lange Zeit die KPD-Opfer des Stalinschen Terrors. Wenn jemand die Frage danach wagte, erhielt er den Vorwurf, der imperialistischen Propaganda auf den Leim gegangen zu sein, wenn nicht gleich die Anklage kam, gegen die deutsch-sowjetische Freundschaft zu intrigieren.

Es erfolgte auch keine Auseinandersetzung mit dem Treiben des sowjetischen Geheimdienstes in Spanien, in den Interbrigaden, in der republikanischen spanischen Armee, im Hinterland. Hier blieb lange ein weißer Fleck, so daß heute antikommunistische Historiker sich darauf stürzen und die Sache so auf-

blähen, als sei sie wichtiger als der Kampf gegen die Franco-Faschisten gewesen. Ein Musterbeispiel lieferte Prof. Bernd Faulenbach, Vorsitzender der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, der während einer Konferenz 1994 in Potsdam ausführte: »Die antifaschistischen Kämpfer befanden sich gleichsam in einem ›permanenten Ausnahmezustand, in einer inneren und äußeren Mobilisierung, und zwar gegen äußere und innere Feinde« – man denke etwa an die Rolle der stalinistischen Kader im spanischen Bürgerkrieg.«¹⁴⁴ Als ob hinter jedem antifaschistischen Kämpfer ein Sowjetkommissar gestanden hätte! Aber wir dürfen nicht vergessen, daß eine Begünstigung solcher und anderer Verfälschungen darin liegt, daß wir lange Zeit uns unangenehme Tatsachen umgangen haben.

Das trifft auch zu auf die Darstellung des Widerstandes in den Konzentrationslagern, bei dem es immer um Tod oder Leben ging. Der KZ-Alltag war doch wohl nicht vorrangig durch Meditationen über die führende Rolle der KPD und ihres ZK unter Führung der Genossen Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, unter besonderer Berücksichtigung des Standorts Moskau, gekennzeichnet, sondern oft genug durch den einfachen, brutalen Kampf ums Überleben, bei dem das Gesicht des sozialistischen Humanismus zuweilen äußerlich nur schwer erkennbar war. Davon zeugt eindringlich der erwähnte »Bericht des internationalen Lagerkomitees Buchenwald« aus dem Jahre 1945, in dem u. a. folgende Schilderungen stehen: »Die Kommunisten waren seit Bestehen des Lagers eine fest zusammengefaßte Gruppe, an die sich auch Richter [erster Lagerältester, BVer = Berufsverbrecher – K.F.] nicht offen heranwagte. Aber hier galt es, alle die zu organisieren, die auf Grund politischer Betätigung mit dem Faschismus in Kollision geraten waren. Die antifaschistische Front in Buchenwald ist nie eine Parteiangelegenheit gewesen und jeder, der gegen die Lagerführung und für die Häftlinge einzutreten bereit war, wurde als ›Kumpel« betrachtet. Alles Trennende wurde zurückgestellt: an der ›Trage«, an der ›Lore«, im Steinbruch und beim Strafstehen gab es nur den Kameraden.

In Zeiten bitterster Not, wenn mancher glaubte, sich allein durchsetzen zu müssen, wenn wegen mangelnder Ernährung jeder nur an sich selber dachte, gab es doch eine gemeinsame Front, sobald es galt, gegen die SS aufzutreten. Der moralische Druck war so stark, daß es nur wenige wagten, durch Denunziationen bei der Lagerführung Anschluß zu suchen. Und hier, wo die Moral nicht mehr nützte, setzte die organisierte Gewalt gegen Verrat und Zuträgerei ein. Schon nach Tagen oder, wenn es besonders schwer war, nach Wochen, folgte die Abrechnung, die immer mit dem Tod des Verräters endete. Das hielt auch den

144 Bernd Faulenbach: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Erinnerung? Das Bild vom deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus nach den Erfahrungen von Teilung und Umbruch. In: Das andere Deutschland. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Mythos und Vermächtnis (Konferenzbeiträge). Potsdam 1964. S. 40.

Rest der Schwachen. Dabei konnte auch die Strafe nur im geheimen vollzogen werden. Die SS-Ärzte, die sich nicht scheuten, Unschuldige ›abzuspritzen‹, mußten auch diese Arbeit mit erledigen. Auch die Kapos bestimmter Kommandos mußten eben ihre Macht ausnützen und solche Elemente beseitigen. Hinzu kommt weiter, daß fast alle Lager- und Rapportführer systematisch korrumpiert und dafür gebraucht wurden, ihre Zuhälter selbst umzubringen. Es war eine unbeschreiblich schwere Arbeit, die SS-Leute zu beeinflussen und in einer solchen Weise wirken zu lassen. Manch guter Kerl mußte verteidigt werden, damit er nicht selbst für einen Freund der Faschisten gehalten wurde. Immer wieder wurde versucht, die eigene Front zu stärken und die des Feindes zu schwächen.«¹⁴⁵ Der Bericht brachte dazu auch Beispiele: »Krause war ein alter politischer Häftling mit jahrelanger Zuchthaus- und Konzentrationslagerstrafe. In Buchenwald verkam er moralisch und fand schließlich ein unrühmliches Ende. Er verübte Einbrüche in die Desinfektion und die Effektenkammer, wo er Häftlingeigentum – Kleidungsstücke und Wertgegenstände – stahl [...] Vorhaltungen begegnete er, indem er sagte: ›Wenn ihr diese Dinge meldet, dann verrate ich eure Waffenverstecke und lasse einige von euch über den Rost gehen.‹ Das gestohlene Gut verschob er an die SS. Da er zu einer Gefahr für die Antifaschisten des Lagers geworden war, mußte er sterben. Als er wieder einmal eines Diebstahls überführt wurde, bezog er derartige Schläge, daß er an den Folgen starb.«¹⁴⁶

Eine solche bittere, aber realistische Darstellung aller Bereiche des Kampfes wurde zurückgedrängt zugunsten einer widerspruchsfreien, glatten, ausschließlich heroisierenden Beschreibung, womit für verleumderische, anti-kommunistische Propaganda günstigere Einflußmöglichkeiten entstanden.

Im Zusammenhang mit der neuen Welle des Nationalismus und Konservatismus erfährt auch der Antikommunismus eine neue Verschärfung. Die Kennzeichnung der DDR als »Unrechtsstaat« und ihre Gleichsetzung mit NS-Deutschland ist nicht nur verbunden mit der Ausgrenzung der Kommunisten aus der Geschichte des Widerstandes, sondern auch mit der Diffamierung der Kommunisten als angebliche Kollaborateure und Helfer der SS in den KZ, wie es in dem Buch von Lutz Niethammer »Der ›gesäuberte‹ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald« zum Ausdruck kommt.¹⁴⁷ Diese

145 Bericht des internationalen Lagerkomitees Buchenwald. Weimar o. J. (1946). S. 128.

146 Ebenda. S. 131.

147 Siehe Lutz Niethammer (Hrsg.): Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Berlin 1994. – Dazu ferner Kurt Pätzold: Was sonst sollten sie tun? In: »Neues Deutschland« vom 21. März 1995. S. 12. – Keine Stunde Null der Forschung. Historiker im Streitgespräch: Kurt Pätzold und Lutz Niethammer über das Buch »Der gesäuberte Antifaschismus«. In: »Neues Deutschland« vom 13. April 1995. S. 9. – Siehe dazu auch die 1945 niedergeschriebene Darstellung des christlichen Politikers und Buchenwald-Häftlings Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München 1946. S. 255f. – Kogon hat

Kampagne zeigt die beabsichtigte Wirkung, wenn z. B. der als Bismarck-Biograph bekannte Prof. Lothar Gall, ehemals Vorsitzender des westdeutschen Historikerverbandes, in einem Interview erklärt: »Der Antifaschismus war die Staatsideologie der DDR, und diese hat auf manche auch jenseits der Grenze anziehend gewirkt. Der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus erhielt eine privilegierte Stellung im Bereich der Widerstandsforschung zugewiesen. Daran rüttelt heute mancher. Nachforschungen und Veröffentlichungen über das Verhalten kommunistischer Häftlinge im KZ Buchenwald beispielsweise haben jetzt Erschreckendes zutage gefördert, und eine Neubewertung ist in Gang gekommen.«¹⁴⁸

Man spricht von »Neubewertung«, meint aber die antikommunistische »Delegitimierung« des Antifaschismus. Wir haben aber durch unser Schweigen und Herumreden den antikommunistischen Verleumdern viel Zeit und Feld überlassen!

Damit im Zusammenhang stand die Art und Weise, wie die antifaschistischen Widerstandskämpfer, vor allem die Kommunisten mit Ernst Thälmann an der Spitze, dargestellt wurden. Es war, ist und bleibt selbstverständlich historische und moralische Pflicht, sie als Volkshelden bekanntzumachen und zu würdigen. Aber in unseren Darstellungen erschienen sie häufig als widerspruchsfreie Idealgestalten, wurden sie glorifiziert zu Übermensch, zu Bilderbuch-Helden. Während wir einerseits die Dialektik beschworen, die Lehre von den Widersprüchen, galt dies für unsere Helden nicht. Sie standen in unseren Verbalgemälden immer im Dienst »der Sache«, waren frei von menschlichen Konflikten, von Schwächen und Fehlern, handelten immer richtig, immer selbstlos. Auch das mußte falsch sein und unsere Glaubwürdigkeit mindern.

Was hier für den Einzelnen gesagt wurde, gilt auch für die ganze KPD. Auch sie erschien jahrzehntelang absolut rein, absolut allwissend und unfehlbar.

So wurde z. B. lange verschwiegen, daß es in der Partei auch Verräter gab, daß es der Gestapo gelungen war, Spitzel in die illegalen Parteiorganisationen einzuschleusen, daß solche Spitzel auch ehemalige Kommunisten waren, die der Folter oder der Korruption nicht standgehalten hatten. Noch 1955 schrieb Otto Winzer in seinem Buch »Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg« über die Begegnung der Kommunisten Anton Saefkow und Franz Jacob mit den Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein vom Kreisauer Kreis am 22. Juni 1944 und deren tragische Folgen: »Die am 4. Juli erfolgte Verhaftung der an dieser Besprechung Beteiligten ist von dem amerikanischen Spionagechef Allen Welsh Dulles benutzt worden, um Anton Saefkow und seine Kampf-

— auch später betont, daß er sein Leben in Buchenwald »der Politik und dem Mute der Kommunisten verdanke« (SAPMOB Arch. ZAP. IV A 2/9. 04/160).

148 Daniel Küchenmeister und Gerd-Rüdiger Stephan im Gespräch mit Prof. Dr. Lothar Gall am 7. Oktober 1994. In: ZfG (1994) 12. S. 1064.

gefährten zu verleumden. Eine unbestreitbare Tatsache bleibt aber, daß seit Januar 1944 zahlreiche Verhaftungen aus dem Kreisauer Kreis erfolgten. Der Gestapo war es gelungen, einen Dr. Reckzeh als Spitzel in den Kreisauer Kreis einzuschmuggeln und so dessen Verbindungen – darunter auch nach der Schweiz, wo Allen Welsh Dulles saß – kennenzulernen. Nichts ist naheliegender, als daß die Gestapo in dem Moment auch gegen die zum Kreisauer Kreis gehörenden Sozialdemokraten zuschlug, als aus deren Zusammenwirken mit den Kommunisten angesichts der Krise an den Fronten und im Hinterland eine ernste Gefährdung der nazistischen Blutherrschaft werden konnte. Im übrigen ist es nicht ganz unwichtig zu wissen, daß es der Gestapospitzel Dr. Reckzeh, der Dutzende Hitlergegner auf dem Gewissen hat, in der ›amerikanischen Frontstadt‹ Westberlin bis zum Lagerarzt des ›Roten Kreuzes‹ bringen und es 1954 sogar wagen konnte, seine Anstellung als Amtsarzt zu betreiben.«¹⁴⁹

Auch Walter Bartel hielt in seinem schon zitierten Referat von 1961 noch diese Version aufrecht und berief sich dabei auf Winzer.

Doch hier stimmt fast nichts. Solche unwissenschaftliche, unseriöse Geschichtsschreibung, noch dazu aggressiv vorgetragen, diene weder dem Andenken der kommunistischen Widerstandskämpfer noch dem Ansehen der DDR-Historiographie. Denn folgendes ist dagegen die Wahrheit:

1. Dr. Paul Reckzeh war in der Tat ein Gestapo-Spitzel, aber er hatte sich nicht in den Kreisauer Kreis, sondern in den Solf-Kreis eingeschlichen (ein Kreis bürgerlicher Nazigegner um Hanna Solf, die Witwe des deutschen Diplomaten Wilhelm Solf). Nach Reckzehs Denunziation wurden im Januar Hanna Solf und andere, am 19. Januar 1944 auch Helmut Graf von Moltke, der nicht zum Kreis gehörte, aber mit Mitgliedern bekannt war, verhaftet. Vom Kreisauer Kreis wußten weder Reckzeh noch die Gestapo zu dieser Zeit; über ihn erfuhr die Gestapo erst im Laufe der Verhöre im August 1944, u. a. auch durch die Aussagen Eugen Gerstenmaiers. Reckzeh konnte den Kreisauer Kreis also nicht verraten, weil er ihn überhaupt nicht kannte, er kannte auch weder Saefkow und Jacob noch Leber und Reichwein.

2. Der Verräter letzterer Genossen war ein anderer, der ehemalige Kommunist Ernst Rambow (Deckname Herrmann) aus dem Sicherheitsapparat der Partei, der nach grausamen Folterungen jetzt im Dienste der Gestapo stand. Er verriet sowohl die Kommunisten Saefkow und Jacob als auch die Sozialdemokraten Leber und Reichwein, die Anfang Juli 1944 verhaftet wurden, aber Reckzehs Spitzeltätigkeit hatte damit nichts zu tun. Von dem Kreisauer Kreis wußte die Gestapo auch jetzt noch nichts. Rambow wurde nach der Befreiung 1945 von einem sowjetischen Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

149 Otto Winzer: *Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands 1933 bis 1945*. Berlin 1955. S. 227.

3. Reckzeh wurde 1945 von einem sowjetischen Militärgericht zu 15 Jahren Haft verurteilt; 1952 aus Bautzen entlassen, ging er nach Westberlin. Da man im Westen die Urteile sowjetischer Gerichte nicht anerkannte, bestand dort gegen ihn nach wie vor Haftbefehl, da die Angehörigen seiner Opfer im Westen lebten. So wurde er nicht Amtsarzt in Westberlin, sondern ging in die DDR zurück, wo er ja seine Strafe verbüßt hatte. Hier war er als Arzt in der Betriebspoliklinik des VEB Schwermaschinenbau Wildau tätig.

Wenn der Fall Reckzeh etwas beweist, dann dies, daß es auch in bürgerlichen Widerstandsgruppen Spitzel gab, und nicht nur in kommunistischen, wie in bürgerlich-sozialdemokratischen Darstellungen oft behauptet.

Diese oben gekennzeichnete Art von Geschichtsschreibung diente nicht der Sache des Antifaschismus, zumal bereits seit 1944 in Kreisen sozialdemokratischer Antifaschisten bekannt war – und damit mit Sicherheit 1945 auch bei den führenden KPD-Funktionären –, daß sich bei dem Treffen vom 22. Juni 1944 eine nicht vorgesehene und den sozialdemokratischen Teilnehmern unbekannt Person befand.¹⁵⁰ Aber der einzige überlebende indirekte Zeitzeuge dafür war Gustav Dahrendorf, dem Julius Leber in der Nacht vom 22. zum 23. Juni die Vorgänge geschildert hatte. Dahrendorf aber floh im Februar 1946 in die Westzonen, war damit aus unserer Sicht »Verräter«, »Unperson« und kam als Zeitzeuge nicht mehr in Frage.

Die Hypertrophierung der KPD führte auch dazu, daß im Widerstandsbild die zum Teil sehr aktiven Splittergruppen Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), Kommunistische Partei (Opposition), Neu Beginnen, Roter Stoßtrupp, Trotzkiisten u.a. ausgespart wurden, weil sie das Bild von der »einzigsten Partei«, die den Faschismus konsequent bekämpft habe, getrübt hätten.

»Es erwies sich«, so Olaf Groehler mit Recht,« für den in der Forschung Tätigen als viel leichter, der Widerstandstätigkeit eines Großindustriellen Öffentlichkeit zu verschaffen, als etwa einen deutschen Kommunisten oder linken Sozialdemokraten zu würdigen, dem eine trotzkistische Vergangenheit nachgesagt wurde.«¹⁵¹

Dieses Verdikt traf auch Einzelgänger, die nicht im Rahmen einer illegalen KPD-Organisation operierten, wie den Tischler Georg Elser, der am 8. November 1939 im Bürgerbräukeller in München ein Sprengstoffattentat ausführte, dem Hitler nur knapp entkam. Obwohl er doch eine mutige Tat vollbracht hatte, findet sich sein Name nicht in dem sonst so verdienstvollen Werk »Deutsche Widerstandskämpfer«¹⁵². Dafür erhielt er Ehre von anderer Seite: Als Bundes-

150 Gustav Dahrendorf: Neue Tatsachen. In: »Das Volk« vom 20. Juli 1945. S. 2.

151 Olaf Groehler: Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite (Vortrag in der TU Berlin am 3. Mai 1990). In: Rainer Eckart/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hrsg.): Krise-Umbruch-Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft. Stuttgart 1992. S. 417.

152 Deutsche Widerstandskämpfer. Biographien und Briefe. Bd. 1–2. Berlin 1970.

kanzler Kohl zum 50. Jahrestag des 20. Juli 1994 eine Gedenkrede hielt, sagte er, daß am Widerstand »Menschen aus allen Schichten« beteiligt waren, schränkte seine Beispiele aber so ein: »Wir ehren die Opfer der ›Weißen Rose‹ um die Geschwister Scholl, wir gedenken der Tat eines einzelnen wie des Johann Georg Elser. Wir erinnern uns an das Martyrium des Domprobstes Bernhard Lichtenberg, wir werden das Leben und Sterben eines Rudolf Breitscheid nicht vergessen.«¹⁵³ Elser war vor 1933 Mitglied des Roten Frontkämpferbundes. Ich habe in meinem 1981 erschienenen Buch über die Geschichte des RFB abschließend einen Ausblick auf die Teilnahme von Roten Frontkämpfern am Widerstandskampf gegeben und dabei viele Namen genannt.¹⁵⁴ Aber der Name Elser fehlte auch bei mir, weil ich nicht viel von ihm wußte, weil ich seine Tat als einen Akt des individuellen Terrors beurteilte und mich darum mit ihr nicht besonders beschäftigte. Außerdem wurde damals unterschwellig die Frage diskutiert, ob die Tat Elzers, der ja bis 1945 in Sonderhaft war und erst kurz vor der Befreiung erschossen wurde, nicht eine Provokation der Gestapo oder des Sicherheitsdienstes der SS gewesen sei. Inzwischen gab es in der Gedenkstätte »Deutscher Widerstand« in Berlin eine Ausstellung über Georg Elser.

5. Kunst, Literatur, Geschichtsschreibung – Fortschritte und Hemmnisse

Selbstverständlich waren auch die antifaschistischen Künstler und Schriftsteller, wie schon für die früheren Jahre erwähnt, nach wie vor mit Erfolg bemüht, mit ihren Werken die antifaschistische Tradition im Bewußtsein der Menschen zu bewahren und zu festigen, wofür hier nur einige Beispiele stehen können. In Berlin hatten Bertolt Brecht und Helene Weigel 1949 das »Berliner Ensemble« gegründet, seit 1954 Theater am Schiffbauerdamm. Weite Verbreitung fanden Brechts im Exil verfaßten antifaschistische Stücke wie »Die Gewehre der Frau Carrar« (1937) und »Furcht und Elend des Dritten Reiches« (1938), seine großen Geschichtsdramen »Mutter Courage und ihre Kinder« und »Leben des Galilei« (1938/1939) sowie der Band »Hundert Gedichte«¹⁵⁵.

Im Jahre 1951 erlebte die Oper »Die Verurteilung des Lukullus« von Paul Dessau und Bertolt Brecht, die sich mit »Kriegsverbrechern« und Kriegsverbrechen auseinandersetzte, in Berlin ihre Uraufführung. Obwohl zeitweilig von der

153 Helmut Kohl: Verpflichtung und Vermächtnis. In: »Das Parlament« vom 5. August 1994. S. 22. Zitiert in Kurt Finker: 20. Juli 1944 – 20. Juli 1994. Eine notwendige Nachbetrachtung. Leipzig 1995. S. 32.

154 Siehe Kurt Finker: Geschichte des Roten Frontkämpferbundes. 2. Auflage. Berlin 1982. S. 239 bis 252.

155 Siehe Bertolt Brecht: Hundert Gedichte 1919–1950. Berlin 1959.

SED-Führung wegen »Formalismus« kritisiert, wurde sie zur am häufigsten gepielten zeitgenössischen Oper in der DDR.

Bildende Künstler wie Fritz Cremer, Willi Lammert und Walter Grzimek schufen Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre eindrucksvolle Werke zur Ausgestaltung der antifaschistischen Gedenkstätten Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen.

Slatan Dudows Film von 1954 aus dem Widerstandskampf »Stärker als die Nacht« fand große Beachtung. Im Jahre 1958 erschien der auf Tatsachen beruhende Roman »Nackt unter Wölfen« von Bruno Apitz, in dem es um die Rettung eines jüdischen Kindes im KZ Buchenwald ging. Bis 1992 erreichte die Gesamtauflage des Buches über zwei Millionen Exemplare, es wurde in mehr als 30 Sprachen übersetzt. Der Regisseur Frank Beyer brachte 1963 den nach dieser Vorlage gedrehten Film »Nackt unter Wölfen« zur Aufführung, nachdem er bereits 1960 mit »Fünf Patronenhülsen« und 1962 mit »Königskinder« Filme mit Menschen und ihren Handlungen aus der Zeit des Widerstandskampfes vorgelegt hatte. Ihnen folgten seine antifaschistischen Filme »Rottenknechte« 1971 und »Jacob der Lügner« 1975. Dieter Nolls Roman »Die Abenteuer des Werner Holt« 1960 (1. Teil, auch verfilmt) und 1963 (2. Teil) traf die Mentalität einer ganzen Generation und fand weite Verbreitung, ebenso Hermann Kants Roman »Der Aufenthalt« 1976, der Fragen von kollektiver und persönlicher Schuld und Unschuld in der Nazizeit aufwarf.

Der Schriftsteller Wolfgang Schreyer unternahm 1957 den ersten Versuch in der DDR, das Thema »Stauffenberg und der 20. Juli 1944« literarisch zu gestalten. Die Erzählung »Das Attentat« schilderte, gestützt auf das bis dahin bekannte Quellenmaterial, Stauffenbergs patriotische Tat vom 20. Juli 1944.¹⁵⁶ Die Redaktion der »Erzählerreihe« des Verlages hielt es aber für erforderlich, einen »Nachtrag« anzuhängen, in dem es u. a. hieß: »Hier wurde Stauffenbergs heldenhaftes Attentat geschildert. Nicht jedoch sollten eingehend Wesen, Ziel und Gesamtzusammenhänge des 20. Juli dargestellt werden. Wenn Stauffenberg und seine Freunde die Rettung des deutschen Volkes vor weiteren sinnlosen Opfern, die Rettung Deutschlands vor einer militärischen Katastrophe erstrebten, so wollte die leitende Gruppe um Goerdeler nichts anderes als die Rettung des deutschen Imperialismus zum günstigsten Preis, wollten nun bestimmte Kreise der deutschen Bourgeoisie vor der herannahenden totalen Niederlage ausweichen, sich Hitlers entledigen und sich den westlichen Alliierten als Bollwerk gegen die Sowjetunion anbieten.«¹⁵⁷

Im November 1957 fand in Leipzig eine wissenschaftliche Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR statt, die sich auch mit dem Thema »Die wichtigsten Richtungen der reaktionären Geschichts-

156 Wolfgang Schreyer: *Das Attentat*. Berlin 1957. 45 S.

157 Ebenda. S. 45.

schreibung über den zweiten Weltkrieg« beschäftigte. Die Diskussion war durch eine allgemeine Würdigung des deutschen Widerstandes, aber zugleich durch die Abgrenzung der »reaktionären Goerdeler-Verschörung« von den »patriotischen Kräften« um Stauffenberg und im Kreisauer Kreis gekennzeichnet. Wilhelm Ersil untersuchte die Beziehungen zwischen den Verschwörern um Carl Goerdeler und Kreisen der Großindustrie und des Großgrundbesitzes und formulierte die notwendige Schlußfolgerung: »Es ist eine grobe Fälschung, die Verschörung vom 20. Juli als ›Deutschen Widerstand‹ zu deklarieren und noch dazu den von Kommunisten geführten heroischen antifaschistischen Widerstand auszuklammern, zu entstellen oder zu verschweigen. Dieser Widerstand aber war es, der, unter großen Opfern vor 1933 und nach 1933 geführt, die Ehre der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Nation in der Nacht der faschistischen Barbarei rettete. Mit Recht muß daher seine Erforschung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit aller fortschrittlichen Historiker stehen, die sich mit dieser Periode der deutschen Geschichte beschäftigen.«¹⁵⁸

Die bipolare Betrachtungsweise des 20. Juli 1944 setzte sich fort auf der internationalen Historikerkonferenz im Dezember 1959 in Berlin (Ost) zum Thema »Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg«. Oberst Wolf Stern, Leiter des Instituts für Deutsche Militärgeschichte in Potsdam, gestand Goerdeler und seinen Mitverschwörern keine moralische Qualität mehr zu: »Handlanger des deutschen Imperialismus, Spione des USA-Finanzkapitals, Denunzianten ihrer Kameraden – das ist das wahre politisch-moralische Antlitz jener führenden Teilnehmer an der Verschörung des 20. Juli 1944, die sich um Goerdeler, Beck, Schacht und Canaris gruppierten.«¹⁵⁹

Dagegen sprachen andere von den »patriotischen Bestrebungen« der Gruppe um Graf Schenk von Stauffenberg, der auch einige Angehörige des Kreisauer Kreises zugeordnet wurden. Alfred Voerster und Otto Hennicke führten in ihrem Beitrag u. a. aus: »Zu diesen Offizieren um Stauffenberg stieß von ziviler Seite eine Anzahl Angehöriger des ›Kreisauer Kreises‹ der Verschörung, die die Aussichtslosigkeit und den antinationalen Charakter der Pläne Goerdelers nach und nach durchschauten. Die klarste politische Haltung und die entschiedenste Abneigung gegen die Pläne Goerdelers wies von dieser Gruppe der Pädagoge und Sozialdemokrat Prof. Adolf Reichwein auf [...] Sein Drängen nach aktivem Kampf gegen das Hitlerregime führte ihn in den ›Kreisauer Kreis‹ der

- 158 Wilhelm Ersil: Zur Verfälschung des Charakters der Verschörung vom 20. Juli 1944 durch die westdeutsche Geschichtsschreibung. In: Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30. November 1957 in zwei Bänden. Bd. 2: Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges. Berlin 1958. S. 386.
- 159 Wolf Stern: Die Auslandsverbindungen der Verschwörer des 20. Juli 1944 im Lichte der Konferenz von Casablanca im Januar 1943. In: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Bd. 4. Berlin 1961. S. 635.

Verschwörer. Dort geriet er durch sein Eintreten für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten in Gegensatz zu einigen rechtssozialdemokratischen Funktionären. Mit ihm stimmten in den wesentlichen Fragen der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Julius Leber und der Legationsrat Adam Trott zu Solz überein. Ursprünglich hatten letztere die Pläne der Goerdelergruppe befürwortet und unterstützt. Nach Stalingrad erkannten sie aber allmählich, daß deren Zielstellung nicht im nationalen deutschen Interesse lag.«¹⁶⁰

Auf dieser Historikerkonferenz sprach Hans Dress zu dem Thema »Fortschrittliche und reaktionäre Tendenzen in den Reformplänen des Kreisauer Kreises« und sagte dazu:« Die Ansatzpunkte, die im innen- und außenpolitischen Programm des Kreisauer Kreises für die fortschrittliche Entwicklung eines nachnazistischen Deutschlands enthalten sind, gestatten die Schlußfolgerung, daß die Kreisauer Reformpläne selbst unter Berücksichtigung all ihrer Schwächen und Mängel im Vergleich zu den reaktionären Plänen Goerdelers und seiner Anhänger positiver einzuschätzen sind.«¹⁶¹

Es war ein Versuch, die Varianten innerhalb des bürgerlichen Widerstandes deutlicher zu machen, doch er muß offensichtlich starken Widerstand gefunden haben. Denn ihm folgten Vorstöße von Historikern der DDR, auch diesem Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf York von Wartenberg den Charakter einer Widerstandsgruppe abzuspochen. Es erschien ein Zeitschriftenaufsatz – mit Dress als zweitem Verfasser – »Die volksfeindliche Konzeption des Kreisauer Kreises und das nationale Befreiungsprogramm der KPD«, in dem nun überhaupt nichts Fortschrittliches mehr im Kreis entdeckt wurde: »Somit bedeutet diese Konzeption des Kreisauer Kreises: Errichtung einer reaktionären klerikalen Militärdiktatur nach der Beseitigung des Hitlerregimes, Erhaltung der imperialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, Sicherung der Grundlagen des alten aggressiven Machtssystems.«¹⁶²

In einer 1959 kollektiv verfaßten Studie in der Zeitschrift »Militärwesen« hieß es: »Jede nähere Untersuchung zeigt, daß im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 20. Juli 1944 von antifaschistischem Kampf nicht die Rede sein kann. Die Verschwörung war das Werk einer Gruppe reaktionärer Politiker und

160 Ebenda. S. 644.

161 Hans Dress: Fortschrittliche und reaktionäre Tendenzen in den Reformplänen des Kreisauer Kreises. In: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Bd. 4. S. 606.

162 H. Dress/W. Ersil: Die volksfeindliche Konzeption des Kreisauer Kreises und das nationale Rettungsprogramm der KPD. In: Staat und Recht (1960)7. S. 1120. – Über die Intention des Artikels hieß es: »Die folgenden Ausführungen stellen sich daher das Ziel, den volksfeindlichen Charakter der Konzeption des Kreisauer Kreises im Vergleich zum wahrhaft nationalen Programm der demokratischen Erneuerung Deutschlands nachzuweisen, das von der KPD in der Zeit des Hitlerfaschismus ausgearbeitete wurde und nach 1945 seine historische Bewährungsprobe bestanden hat.« (Ebenda. S. 1107f.) Ähnlich argumentierte W. Ersil: Die Wahrheit über den 20. Juli 1944 und die Lügen der Bonner Militaristen. In: Einheit (1960)7. S. 1090.

Militärs, die von gewissen Kreisen des Finanzkapitals um Schacht, Krupp, Bosch, Flick, Siemens u. a. inspiriert und gelenkt wurde, und die deren Interessen vertrat.«¹⁶³

In Westdeutschland zogen rechte Historiker und Publizisten die juristischen Begriffe »Hochverrat« und »Landesverrat« heran, um die bürgerlich-elitäre Opposition zu lobpreisen und den Kampf der Arbeiterbewegung sowie jede Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu verunglimpfen und aus der Geschichte auszugrenzen. Hochverrat bedeute politischen Umsturz, Tyrannensturz, sei deshalb ehrenhaft; Landesverrat hingegen sei Feindbegünstigung, darum eine kriminelle Angelegenheit und unehrenhaft. Der konservative Historiker Prof. Gerhard Ritter schrieb 1954: »Die Verschworenen der ›Roten Kapelle‹ sind nach 1945 in der russisch besetzten Zone Deutschlands als Helden des Widerstands gefeiert worden – mit gutem Grund. Aber mit ›deutschem Widerstand‹ hatte diese Gruppe offenbar nichts zu tun; man sollte darüber keinen Zweifel lassen. Sie stand ganz eindeutig im Dienst des feindlichen Auslandes. Sie bemühte sich nicht nur, deutsche Soldaten zum Überlaufen zu bewegen, sondern verriet wichtige militärische Geheimnisse zum Verderben deutscher Truppen. Wer dazu als Deutscher imstande ist, mitten im Kampf auf Leben und Tod, hat sich von der Sache seines Vaterlandes losgelöst, er ist Landesverräter – nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes.«¹⁶⁴ Ritter pries hier Hitlerdeutschland als »Vaterland« und identifizierte die Nazis mit dem deutschen Volk, wenn er vom »Kampf auf Leben und Tod« sprach. Aber noch mehr: Es hatte auch der bürgerliche Widerstandskämpfer Carl Goerdeler informative Verbindungen ins Ausland, die Ritter jedoch so beurteilte: »Die nationale Opposition um Carl Goerdeler hat [...] auch ihrerseits viel mit dem Ausland verhandelt – aber immer nur in dem Sinn, entweder den Beginn eines ungerechten und schließlich aussichtslosen Kriegs zu verhindern oder ihn auf eine Weise beenden zu helfen, die Deutschland vor dem Allerschlimmsten bewahrte.«¹⁶⁵ Als ob Kommunisten und »Rote Kapelle« Deutschland nicht vor dem Allerschlimmsten bewahren wollten!

Diese Unterscheidung zwischen »Landesverräter« und »nationale Opposition«, also zwischen guten und schlechten Nazigeignern, traf Ritter vor über 40 Jahren, aber in der Neuauflage seines Buches von 1984 ist keine Anmerkung zu dieser unverändert nachgedruckten Passage enthalten.

Das war jedoch nicht der einzige Umstand, der im Osten auf scharfe Ablehnung stieß und das offiziell propagierte Feindbild glaubhaft machte. Im März 1963 führte das Potsdamer Institut für Deutsche Militärgeschichte eine

163 Zum Charakter der Verschwörung vom 20. Juli 1944. In: *Militärwesen* (1959)6. S. 33.

164 Gerhard Ritter: *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*. 4. Auflage. Stuttgart 1984. S. 107.

165 Ebenda. S. 107f.

wissenschaftliche Konferenz durch, auf der Oberst Dr. (heute Generalmajor a.D. Prof. Dr.) Reinhard Brühl das Hauptreferat zum Thema »Das Nationalkomitee ›Freies Deutschland‹ und seine militärpolitische Bedeutung« hielt. Im Hauptreferat und in mehreren Diskussionsbeiträgen wurde das NKFD zu Recht gewürdigt und zugleich – dem Duktus der Zeit entsprechend – als Ergebnis der erfolgreichen Volksfrontpolitik des ZK der KPD, als »politisches und organisatorisches Zentrum des deutschen Widerstandskampfes«, als »deutsche Antihitlerkoalition« beurteilt, also sozusagen als unmittelbare Vorgeschichte der DDR. Bruno Löwel vom Institut für Marxismus-Leninismus sprach »Zur führenden Rolle der KPD und ihres Zentralkomitees in der antifaschistischen demokratischen Bewegung ›Freies Deutschland‹«, aber es fiel kein Wort über die führende Rolle Stalins und Berijas, ohne deren Zustimmung im NKFD nichts laufen konnte. Diese Bemerkung bedeutet keine Herabminderung des Mutes, der Einsatzbereitschaft und der historischen Berechtigung des Handelns der Kämpfer im NKFD, aber sie soll auf die gegebenen Rahmenbedingungen verweisen, die früher in unserer Geschichtsschreibung oft ignoriert wurden, sobald sie die Prärogative der Sowjetunion berührten.

Dafür herrschte häufig Subjektivismus. Die Formulierungen »politisches und organisatorisches Zentrum des deutschen Widerstandskampfes« und »deutsche Antihitlerkoalition« waren offenbar direkte Intentionen Ulbrichts, der selbst im NKFD eine bedeutende Rolle spielte; sie fanden Eingang in die »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«.¹⁶⁶

Nach der Ablösung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker als Erster Sekretär des ZK der SED 1971 verschwand diese Formulierung aus der Widerstandsgeschichtsschreibung. In den Vordergrund trat jetzt wieder die illegale KPD in Deutschland. In dem Werk »Deutschland im zweiten Weltkrieg« von 1979 (Band 3) finden sich diese Formulierungen nicht mehr. Elf Jahre nach seiner Funktionsübernahme widersetzte sich Honecker sogar einer öffentlichen Ehrung des NKFD in der Nationalen Volksarmee. Als am 12. April 1982 der Minister Armeegeneral Heinz Hoffmann schriftlich den Vorschlag unterbreitete, anlässlich des 40. Jahrestages der NKFD-Gründung im Juli 1943 eine würdigende Veranstaltung durchzuführen – eine Anregung, die auch aus der Sowjetunion kam –, versah Erich Honecker den Brief mit der Randbemerkung »Wir begehen die Jahrestage der KPD E. H. 13. 4. 83« und schickte ihn an den Minister zurück.¹⁶⁷ Dagegen gab es in den 80er Jahren große Pläne für den prachtvollen Ausbau der Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg¹⁶⁸, die aber nicht

166 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden. Bd. 5. Berlin 1966. S. 358.

167 Militärisches Zwischenarchiv Potsdam. Bestand Minister für nationale Verteidigung, Sekretariat des Ministers. Akte 32 644. Bl. 122. – Die Information verdanke ich Generalmajor a. D. Prof. Dr. Reinhard Brühl, Potsdam.

168 Erich Honecker war nach seiner Verurteilung wegen Teilnahme am Widerstandskampf von 1937 bis 1945 im Zuchthaus Brandenburg-Görden inhaftiert.

realisiert werden konnten. Ich erinnere mich an eine Tagung des Bezirkskomitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer Potsdam 1988 oder 1989, auf der ein Vertreter der SED-Bezirksleitung offen über die schwierige wirtschaftliche Lage der DDR informierte, aber zugleich betonte, daß die Gedenkstätte Brandenburg trotzdem mit beträchtlichem Aufwand ausgebaut würde.

Noch ein Beispiel aus der Konferenz von 1963, das die widerspruchsvolle Situation deutlich macht. Auf dieser Konferenz sprach ich zum Thema: »Was erfährt die Jugend in den Schulen Westdeutschlands über die Geschichte des NKFD?« Wir hatten an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, auch mit Hilfe von Direkt- und Fernstudenten, 80 westdeutsche Geschichtslehrmaterialien – Lehrbücher, Quellen- und Arbeitshefte aus Volks-, Mittel- und Oberschulen – der Jahre 1949 bis 1961 über ihre Aussagen zum Zweiten Weltkrieg und zum Widerstandskampf untersucht. Das Ergebnis sah wie folgt aus:

- 21 Schriften erwähnten den antifaschistischen Widerstandskampf überhaupt nicht,
- 59 behandelten das Attentat vom 20. Juli 1944 als Höhepunkt und die Verschwörergruppe als Haupt des deutschen Widerstandes, wobei zumeist Goerdeler und die Generäle im Vordergrund standen,
- 9 Schriften erwähnten den Namen Stauffenberg, die anderen nicht,
- 29 berichteten auch über die kirchliche Opposition,
- 7 erwähnten auch Arbeiter als Kämpfer gegen den Faschismus,
- 4 nannten auch die Kommunisten als Widerstandskämpfer, 86 Schriften nicht,
- keine einzige Schrift erwähnte das NKFD.

Daran muß erinnert werden, denn solche Tatsachen prägten auch das »Feindbild«, beeinflussten sehr stark unsere Haltung zu den politischen Verhältnissen in Westdeutschland. Ich sagte dazu auf der Konferenz: »Auch dieses Beispiel zeigt recht deutlich, daß Geschichtsfälschung nicht nur in der Verdrehung, sondern auch im Verschweigen von Tatsachen besteht. Die imperialistische Bourgeoisie fürchtet die historische Wahrheit, weil sie die antinationale Rolle des Monopolkapitals nachweist. All das, was die Ideologen des Imperialismus zur Rechtfertigung seiner Existenz und Politik hervorbringen, steht im Widerspruch zum gesetzmäßigen Verlauf der Geschichte.«¹⁶⁹ Dazu ist aus heutiger Erkenntnis eine Anmerkung notwendig: Die Benennung der Fälschungen und Verzerrungen in Westdeutschland war richtig, jedoch der ausschließliche Hinweis auf die Mängel im Westen, ohne Nennung der Defizite im eigenen Lager, schränkte unsere Glaubwürdigkeit ein. Wenn ich das Verschweigen als Form

169 Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« und seine militärpolitische Bedeutung. Protokoll einer Konferenz des Instituts für Deutsche Militärgeschichte am 27. und 28. März 1963. Potsdam 1963. S. 189f.

der Geschichtsfälschung kritisierte, dann gab es in der DDR ebenfalls das Verschweigen unbequemer Fakten und Zusammenhänge. Die Propagierung des »Feindbildes«, auch wenn sie im Prinzip richtig war, diente oft auch dazu, eigene Mängel zu überspielen. Was die Geschichtsdarstellung anbetrifft, so können die meisten Historiker, zumal aus der »Provinz«, zur eigenen Entschuldigung vorbringen, daß vieles, was wir heute wissen, uns damals nicht bekannt war. Aber im ZK der SED war es bekannt. Pieck, Ulbricht, Winzer, Ackermann, Matern und andere wußten das. im IML wußte man es auch, aber vieles Unangenehme wurde bewußt der Öffentlichkeit vorenthalten.

Die Parteibeschlüsse der 50er Jahre fielen zusammen mit dem Erscheinen einiger größerer Arbeiten, die offensichtlich orientierenden Charakter haben sollten, denn als Autoren erschienen: Wilhelm Pieck¹⁷⁰, Walter Ulbricht¹⁷¹, Walter Bartel¹⁷², Otto Winzer¹⁷³.

Winzers Buch war die erste größere Arbeit über den Widerstandskampf der deutschen Kommunisten und enthielt auch die Kapitel »Der Bankrott des Blitzkrieges und die Bewegung ›Freies Deutschland‹« und »Über den politischen Sinn des 20. Juli 1944«. Realistische Einschätzungen von Teilerscheinungen mischten sich hier mit vordergründiger, auf subjektivistische Quellenauswahl und -interpretation gegründete politische Polemik. Es hatte natürlich seine Richtigkeit, wenn der Verfasser darauf verwies, daß es in Westdeutschland »kaum einen General« gibt, »der nicht von sich behauptet, Gegner Hitlers oder zumindest seiner Kriegführung gewesen zu sein.«¹⁷⁴

Hauptziel des Buches war, die historische und führende Rolle der KPD im Kampf gegen den Faschismus darzulegen, wozu auch Materialien geboten wurden. Es hieß abschließend: »Das neue Kapitel in der Geschichte unseres

170 Siehe Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908–1950. Bd. 1. Berlin 1950; Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur (Referat auf der Brüsseler Konferenz der KPD 1935). Berlin 1954.

171 Siehe Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Bd. 2: 1933–1946. Berlin 1933; Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Bd. 1, 1. Halbband. Berlin 1955. – Weitere Bände zu diesem Titel sind nicht erschienen.

172 Siehe Walter Bartel: Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur. Berlin 1956. – Bartel, 1904–1992. Kommunist. Besuch der Leninschule in Moskau, Emigration 1935 in die CSR, 1939 Verhaftung, im KZ Buchenwald Leiter des illegalen Lagerkomitees. 1946 persönlicher Referent von Wilhelm Pieck. 1953 Professor für neueste Geschichte, Forschungs-, Lehr- und Publikations-tätigkeit zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und zum Widerstandskampf.

173 Siehe Otto Winzer: Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin 1955. – Winzer, 1902–1975, Kommunist, Arbeit in der Kommunistischen Jugendinternationale und seit 1943 in der Bewegung »Freies Deutschland« in Moskau. 1945 Berlin, 1949–1956 Staatssekretär und Chef der Privatkanzlei des Präsidenten der DDR, ab 1956 stellvertretender und ab 1965 Außenminister der DDR, seit 1947 Mitglied des Parteivorstandes und des ZK der SED.

174 Ebenda. S. 240.

Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung konnte eröffnet werden, weil die Große Sozialistische Sowjetunion der eigentliche Sieger über den Hitlerfaschismus war. Es konnte nicht zuletzt aber auch eröffnet werden, weil die Kommunistische Partei Deutschlands dafür durch ihre konsequente Politik und unermüdete Arbeit, durch ihre aktive Feindschaft gegen Imperialismus und Militarismus, durch ihre unermeßlich großen Opfer im Kampf gegen den Hitlerfaschismus die Voraussetzungen geschaffen hat. Das ist und bleibt das große, nie verblässende geschichtliche Verdienst der Kommunistischen Partei Deutschlands.«¹⁷⁵

Der 20. Juli 1944 wurde als eine ausschließlich imperialistische, antisowjetische Verschwörung eingeschätzt. Ausgehend von der außenpolitischen Orientierung der meisten Verschwörer auf die Westmächte bekräftigte Winzer zugleich die schon vorhandene These von der »Beendigung des Mehrfrontenkrieges und der Weiterführung des Krieges an einer Front, nämlich gegen die Sowjetunion« als das »politische Ziel der Verschwörung vom 20. Juli«. Der politische Sinn des 20. Juli habe darin bestanden, »Hitler so aus der Welt zu schaffen, daß es in Deutschland keine ernsthafte Volksbewegung gibt, daß das reaktionäre deutsche Monopolkapital im Bündnis mit der reaktionären Generalität vielmehr die Möglichkeit erhält, gemeinsam mit den reaktionärsten Kräften des englischen und amerikanischen Imperialismus den Krieg gegen die Sowjetunion, als die erste Arbeiter- und Bauernmacht, weiterzuführen.« Als Hauptvertreter dieser politischen Linie erschienen ihm Carl Goerdeler und Ludwig Beck, von denen er pauschal behauptete, daß sie »keine demokratische Umwälzung und keine sofortige Beendigung des mörderischen Krieges«¹⁷⁶ wollten. Daß auch Beck und Goerdeler in der Zeit von 1938 bis 1944 Lernprozesse durchlebten, wurde ihnen nicht konzediert. Wie schon erwähnt, wurden die sozialdemokratischen Mitglieder der Bewegung einmal mehr als Helfer des Imperialismus gebrandmarkt.

Mehrere Arbeiten dieser Jahre befaßten sich mit dem Widerstandskampf von Jugendlichen¹⁷⁷, Studenten¹⁷⁸ Intellektuellen¹⁷⁹ und von Christen¹⁸⁰.

175 Ebenda. S. 270f.

176 Ebenda. S. 234.

177 Siehe Zur Geschichte der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1904 bis 1946. Berlin 1954. – Emil Kortmann: Artur Becker – Das Lebensbild eines Helden der Arbeiterjugendbewegung. Berlin 1956. – Deutschlands junge Garde – 50 Jahre Arbeiterjugendbewegung. Berlin 1954.

178 Siehe Karl-Heinz Jahnke (Hrsg.): Niemals vergessen – Aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der Studenten Europas. Berlin 1959.

179 Siehe Die Zeit trägt einen roten Stern. Deutsche Schriftsteller berichten über Revolution und Klassenkampf. Berlin 1958. – Hammer und Feder. Deutsche Schriftsteller aus ihrem Leben und Schaffen. Berlin 1955.

180 Siehe Wilhelm Bondzio (Hrsg.): Christlicher Widerstand gegen den Faschismus. Nachwort von Otto Nuschke. Berlin 1955 (Bibliothek der CDU 4).

Entsprechend der allgemeinen Orientierung durch die Führung der SED begann das Institut für Marxismus-Leninismus mit der systematischen Erforschung und Darstellung des illegalen Widerstandskampfes kommunistischer oder von Kommunisten geführter Gruppen, die zunächst aber, wie schon dargestellt, die »führende Rolle der KPD« nicht genügend betonten und darum von Hager kritisiert wurden.¹⁸¹ Ferner erschienen mehrere Bände mit Dokumenten und Briefen aus dieser Zeit.¹⁸²

Die 1957 herausgekommene Dokumentation über die Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung 1933–1945 bot – für die meisten Leser erstmalig – auch die Erklärung des ZK der KPD vom November 1938 »Gegen die Schande der Judenpogrome«, in der es hieß:

»Es ist eine elende Lüge, daß die Pogrome ein Ausbruch des Volkszorns gewesen seien. Sie wurden von langer Hand vorbereitet, befohlen und organisiert allein von den nationalsozialistischen Führern. Sie sollten in Wirklichkeit dazu dienen, den wachsenden Volkszorn gegen die nationalsozialistische Diktatur, gegen die wahnwitzige Ausplünderung des ganzen deutschen Volkes zugunsten der Rüstungsmillionäre und der korrupten Nazibonzen abzulenken auf Unschuldige mit dem Ruf: ›Der Jud' ist schuld!«

Es sind aber nicht die Juden, die den Arbeitern die Löhne niedrighalten, den Achtstundentag vernichtet haben, die unerhörteste Ausbeutung betreiben, die Männer aus ihren Familien reißen und zur Zwangsarbeit für den Krieg verschicken. Es sind die nationalsozialistischen Führer im Auftrage des Großkapitals, die diese brutalste Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse betreiben [...].

Die Kommunistische Partei wendet sich an alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken und Protestanten, an alle anständigen und ehrbewuß-

181 Siehe Gerhard Nitzsche: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (1942–1945). Berlin 1957. – Gertrud Glondajewski/Heinz Schumann: Die Neubauer-Poser-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Thüringen – 1939 bis 1945). Berlin 1957. – Ursula Puls: Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Berlin 1959. – Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Leipzig – 1943 bis 1945). Berlin 1960.

182 Siehe Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914 bis 1946. Berlin 1954. – Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945. Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten. Berlin 1957. – Walter A. Schmidt: Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945. 2. erw. Auflage. Berlin 1959. – Er kämpft das Menschenrecht. Lebensbilder und letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer. Berlin 1958 (mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck, bearbeitet von Heinz Schumann und Gerda Werner). – Dazu als Lizenzausgabe: An die Lebenden. Letzte Briefe deutscher Widerstandskämpfer. Leipzig 1960. – Und die Flamme soll Euch nicht verbrennen. Letzte Briefe europäischer Widerstandskämpfer. Hrsg. von Piero Malvezzi und Giovanni Pirelli. Berlin 1956 (mit einem Vorwort von Thomas Mann).

ten Deutschen mit dem Appell: Helft unsern gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln! Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromgesindel von unserem Volke! Klärt die Rückständigen und Irreführten, besonders die mißbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf!

Die deutsche Arbeiterklasse steht an erster Stelle im Kampf gegen die Judenverfolgung. Gegen die mittelalterliche barbarische Rassenhetze bekennt sie sich mit allen aufrechten Deutschen zum Worte Johann Gottlieb Fichtes von der ›Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.«¹⁸³

6. Geschichte des Widerstandskampfes – »Vorgeschichte« der DDR

Ulbrichts »Geschichte der neuesten Zeit« erschien 1955 nach Winzers Buch über den Widerstandskampf der Kommunisten und begann mit einem kurzen Überblick über den Verlauf des Krieges und den antifaschistischen Widerstand, um sich dann im umfangreichsten Teil dem antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau 1945/1946 mit anschließender Dokumentation zu widmen. Im Vorwort sagte der Verfasser, damit zugleich auf den Zusammenhang beider Teile verweisend:

»Dieses Buch ist den heroischen Kämpfern der Sowjetarmee gewidmet, denen das deutsche Volk die Befreiung vom Faschismus zu verdanken hat, und auch den namenlosen Helden des illegalen antifaschistischen Kampfes. Es ist den unzähligen Arbeitern, Bauern, Angehörigen der Intelligenz und anderen Werktätigen gewidmet, die in aufopferungsvoller Arbeit den Grundstein zu einem neuen Deutschland gelegt haben.

Dieses Buch gibt Zeugnis von der Kraft und den Fähigkeiten des deutschen Volkes, das imstande war, in einem Drittel Deutschlands unter der Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse die Wurzeln des deutschen Faschismus und Imperialismus auszurotten und eine neue, wirklich demokratische Gesellschaftsordnung aufzubauen [...].

Dieses Buch möge der deutschen Jugend zur Lehre dienen, damit sie mutig das Errungene verteidigt, für die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat kämpft und durch ihre eigene Leistung zur Entwicklung der neuen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik, zur Mehrung des Wohlstandes des Volkes und zur Entwicklung seiner Kultur beiträgt.«¹⁸⁴

183 Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945. Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten. Berlin 1957. S. 126f.

184 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die

Ulbricht zeichnete ein durchaus realistisches Bild von der Lage in Deutschland in den ersten Jahren des Krieges:

»Viele Deutsche fühlten sich infolge des scheinbar unaufhaltsamen Vormarsches bereits als ›Herren Europas‹, die dazu berufen waren, andere Völker auszuplündern und sie wie Sklaven zu behandeln. Für eine ›Neuordnung Europas‹, für mehr ›Lebensraum‹ für Deutschland hielten sie die Raubkriege Hitlers in ganz Europa für gerechtfertigt. Die Brosamen, die vom Tische der deutschen Monopolherren und Junker, der wahren Herren Deutschlands, abfielen, betrachteten selbst manche Arbeitersöhne als ›deutschen Sozialismus‹; sie wiederholten die Goebbels-Lüge, daß in Deutschland das Finanzkapital nicht mehr zu bestimmen habe.

Nur ein Teil des deutschen Volkes, mit den Kommunisten an der Spitze, hatte sich bei allem Kriegsgeschrei, bei allen Scheinerfolgen Hitlers seine antifaschistisch-demokratische Auffassung und den Blick für die politischen Realitäten bewahrt.«¹⁸⁵

Der Überblick über die bedeutendsten Widerstandsgruppen umfaßte folgende: Die Gruppe Schulze-Boysen (Rote Kapelle) in Berlin und Umgebung; die Uhrig-Gruppe in Berlin mit Verbindungen in andere Reichsgebiete und ins Ausland; die Saefkow-Gruppe in Berlin mit Verbindungen in andere Reichsgebiete; die Gruppe um Georg Schumann, Otto Engert und Kurt Kresse in Sachsen mit Zentrum Leipzig; die Gruppe um Dr. Theodor Neubauer in Thüringen; die Antinazistische Deutsche Volksfront, »eine der größten deutschen Widerstandsgruppen« in München und Süddeutschland; die Gruppe Lechleiter mit Zentrum Mannheim; die jüdische Widerstandsgruppe um Herbert Baum in Berlin; das Nationalkomitee »Freies Deutschland«, das als »ein führendes Zentrum für den Kampf zum Sturz des Hitlerfaschismus« bezeichnet wurde. Der Bund Deutscher Offiziere und die Bewegung »Freies Deutschland« im Westen fanden keine Erwähnung. Über die Gruppe Baum hieß es: »Eine kleine, aber wegen ihres besonderen Heldenmuts erwähnenswerte Widerstandsgruppe von etwa 35 jungen jüdischen Kommunisten leitete in Berlin der Student Herbert Baum [...] Genosse Baum erzog die Mitglieder dazu, das Wesen des Faschismus nicht nur im Terror gegen die Juden, sondern in der Unterdrückung des ganzen deutschen Volkes zu sehen und deshalb aktiv für den Sturz des Faschismus zu kämpfen.«¹⁸⁶ Wenngleich die Gruppe Baum nicht ausschließlich aus jungen Kommunisten bestand und hier offensichtlich die besondere Gefahr ignoriert wurde, die für Juden in Deutschland bestand, wenngleich auch die Bedeutung des NKFD, dem Ulbricht persönlich angehört hatte, überschätzt wurde, so fällt bei einem Vergleich auf, daß er die »führende Rolle« der KPD nicht so apodiktisch dedizierte,

— Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Bd. 1, 1. Halbband. Berlin 1955. S. 5f. 185 Ebenda. S. 8.

186 Ebenda. S. 28.

wie dies bei Otto Winzer und anderen Autoren dieser und der folgenden Zeit zu finden ist.

Einmütig war die Verurteilung des 20. Juli 1944: »Das Attentat auf Hitler wurde in einer Situation vorbereitet, als die Katastrophe Hitlerdeutschlands bereits sichtbar war [...] Die gleichen Kräfte der Bourgeoisie, die Hitler mit zur Macht gebracht und die Politik des faschistischen deutschen Imperialismus unterstützt hatten, solange er militärische Erfolge hatte, versuchten beim Herannahen der Niederlage einen Absprung aus dem Zuge, der dem Abgrund zueilte, um die Grundlagen der monopolkapitalistischen Herrschaft zu retten.«¹⁸⁷

Während Winzer nur Stauffenberg, dem er persönliche Tapferkeit und Entschlossenheit attestierte, als einzige positive Gestalt gelten ließ, hieß es bei Ulbricht: »Wenn die leitenden Personen, die sich um das Attentat vom 20. Juli gruppierten, damit den deutschen Imperialismus retten wollten, so besagt das nichts gegen die deutschen Patrioten aus Offizierskreisen und aus dem Bürgertum, die sich ehrlich für die Interessen des deutschen Volkes einsetzten und dabei persönliche Tapferkeit bis zu ihrem Tode bewiesen. Darunter gab es auch einige, die durchaus nicht mit der Ausschaltung der Volkskräfte einverstanden waren, sondern Verbindungen mit den aktiven Widerstandskräften aus der Arbeiterklasse aufnahmen und für ein Bündnis mit ihnen eintraten (z. B. Stauffenberg und Adam Trott).«¹⁸⁸

In der erwähnten Dokumentation aus dem Jahre 1957 finden wir ebenfalls eine repräsentative Aussage über die aktuelle politisch-ideologische Bedeutung der Beschäftigung mit dem Widerstandskampf. Im Vorwort des Verlages des Ministeriums für Nationale Verteidigung, also faktisch der Politischen Hauptverwaltung des Ministeriums, zu diesem Band heißt es:

»In den dunkelsten Tagen deutscher Geschichte retteten die Antifaschisten die Ehre unserer Nation. Ihr Kampf für ein freies Vaterland ist ein Hohelied wahren Heldentums.

Sie kamen aus fast allen Klassen und Schichten unseres Volkes; ihre politischen Ansichten unterschieden sich und auch ihre weltanschaulichen Bekenntnisse. Eines aber einte sie über alle Schranken hinweg: der edle Haß gegen die faschistische Barbarei; die Überzeugung, daß Deutschland eine große Zukunft hat, wenn es in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Erde zusammenlebt; das Wissen um den Sieg ihres gerechten Kampfes.

Die größten Blutopfer für ein freies Deutschland brachten die Arbeiterklasse und ihr Vortrupp, die Kommunisten. In Deutschlands schwersten Jahren erwiesen sich die Mitglieder der Kommunistischen Partei als die würdigsten Söhne und Töchter unseres Volkes. Ihre Siegesgewißheit, ihr glühender Kampfesmut war allen Antifaschisten Vorbild und begeisterte sie zu unsterb-

187 Ebenda. S. 45.

188 Ebenda.

lichen Taten. Die Kommunisten erfüllten in Ehren ihre revolutionäre Pflicht gegenüber der deutschen und internationalen Arbeiterklasse und unserem ganzen Volke.

Durch die Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik wurde das Vermächtnis der antifaschistischen Helden in einem Teile unserer Heimat verwirklicht. Unter der Führung der geeinten Partei der Arbeiterklasse entstand der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat.

Die deutschen Imperialisten, Faschisten und Militaristen sind aber noch nicht vernichtet. Unter den schützenden Fittichen des internationalen Kapitals, begünstigt durch die organisatorische und politische Zerrissenheit der westdeutschen Arbeiterklasse, schufen sich die alten Verderber Deutschlands und Europas ein neues Machtinstrument in Gestalt des Bonner Staates. Das deutsche Finanzkapital drängt zur Aggression nach außen und zur Errichtung seiner offenen Diktatur nach innen. Erneut wurde die Kommunistische Partei Deutschlands in die Illegalität getrieben, werden die Organisationen des Proletariats, wird jegliche Opposition gegen den faschistischen Kurs der Bonner Machthaber systematisch verfolgt.

In dieser Situation, die so viele Parallelen mit der Vergangenheit aufweist, ist es erforderlich, mit Nachdruck die Lehren aus dieser Vergangenheit zu ziehen.«¹⁸⁹

Dieses Zitat zeigt sowohl Bedeutung als auch Problematik und Widersprüchlichkeit der antifaschistischen Traditionspflege in der DDR. Es war legitim, die antifaschistischen Traditionen zu beschwören, die hier übrigens nicht auf Arbeiterklasse und KPD beschränkt blieben und die auch die nationale Komponente betonten. Aber es war »parteiliche« Indoktrination und Mißbrauch des Antifaschismus, die eigenen Verhältnisse, einschließlich der Demokratie- und Menschenrechtsdefizite, kritiklos zu preisen und den Antifaschismus zur Verschleierung dieser Defizite zu benutzen. Es entsprach auch nicht der Realität, die Politik der BRD-Regierung als »faschistischen Kurs« zu bezeichnen. Im Jahre 1957, als das Buch erschien, verließen 261 622 Menschen die DDR und gingen in die BRD mit ihrem »faschistischen Kurs«, 1958 und 1959 waren es 204 092 und 143 917!¹⁹⁰

Auch Walter Bartel betrachtete in seinem 1961 in Mailand vorgetragenen Bericht über den deutschen Widerstandskampf die DDR als Erfüllung des antifaschistischen Vermächtnisses: » In der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Ziele der Anti-Hitler-Koalition, für die Millionen Menschen in der ganzen Welt gekämpft hatten, mit größter Entschlossenheit und Konsequenz

189 Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945. Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten. Berlin 1957. S. 5f.

190 Siehe Wolfgang Benz: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR. Chronik. Dokumente. Bilder. Bonn 1990. S. 47 und 49f.

verwirklicht. Die Kreise, die das deutsche Volk in das Unglück zweier Weltkriege gestürzt und über Europa namenloses Leid verbreitet haben, sind entmachtet. Die Überführung der Konzerne und Monopole in die Hände des Volkes und die Bodenreform nahmen ihnen für immer die Möglichkeit, den Namen Deutschland aufs neue zu schänden. In der Deutschen Demokratischen Republik wurden die humanistischen Traditionen des deutschen Volkes zu neuem Leben erweckt. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik bekennt sich zu den Idealen des antifaschistischen Freiheitskampfes der Völker, an dem die besten Söhne und Töchter des deutschen Volkes teilgenommen haben.«¹⁹¹ Es ist bitter, daß dieses große Vermächtnis durch eine falsche, eigenmächtige, undemokratische Politik machtbesessener Autokraten beschädigt wurde.

Erstmalig gab es in den 50er Jahren in größerem Maße Veröffentlichungen zur Teilnahme deutscher Antifaschisten am Kampf gegen die Franco-Faschisten¹⁹² und zur Geschichte des Nationalkomitees »Freies Deutschland«.¹⁹³ Etwas merkwürdig war, daß der von NKFD-Präsident Erich Weinert erstattete Abschlußbericht erst 1957 veröffentlicht wurde, obwohl das Komitee sich bereits am 2. November 1945 aufgelöst hatte – ein äußeres Zeichen dafür, daß die Geschichte des NKFD doch komplizierter und widersprüchlicher war, als das in der damaligen Literatur zum Ausdruck kam. Doch davon konnte erst viel später offen die Rede sein.¹⁹⁴

191 Walter Bartel: Die deutsche Widerstandsbewegung. In: ZfG (1961)5. S. 1013.

192 Siehe Albert Norden: Die spanische Tragödie. Berlin 1956. – Der Freiheitskampf des spanischen Volkes und die internationale Solidarität. Dokumente und Bilder zum nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936–1939. Berlin 1959. – Luigi Longo: Die internationalen Brigaden in Spanien. Berlin 1958. – Ludwig Renn: Der Spanische Krieg. Berlin 1955. – Gustav Szinda: Die XI. Brigade. Berlin 1956.

193 Erich Weinert: Memento Stalingrad. Ein Frontnotizbuch. Berlin 1953; Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« 1943–1945. Bericht über seine Tätigkeit und seine Auswirkung. Mit einem Geleitwort von Hermann Matern. Berlin 1957. – Otto Korfes: Zur Geschichte des Nationalkomitees »Freies Deutschland«. In: ZfG (1958)6. S. 1284ff. – Sie kämpften für Deutschland. Zur Geschichte des Kampfes der Bewegung »Freies Deutschland« bei der 1. Ukrainischen Front der Sowjetarmee. Berlin 1959. – Eberhard Charisius: Zur Tätigkeit des Frontbeauftragten des NKFD bei der Südwestfront und der 3. Ukrainischen Front der Sowjetarmee. In: Militärwesen (1959)6. S. 541–548. – Die Front war überall. Erlebnisse und Berichte von Kämpfern des Nationalkomitees »Freies Deutschland. Hrsg. von Else und Bernt von Kugelgen. Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht. Berlin 1958 (2. Auflage. Berlin 1963). – Dieter Dreetz: Weg und Bekenntnis des Generalfeldmarschalls Friedrich Paulus zum Nationalkomitee »Freies Deutschland«. In: Zeitschrift für Militärgeschichte (1962)1. S. 89–102.

194 Siehe dazu die späteren Untersuchungen von Paul Heider: Gründung des Nationalkomitees »Freies Deutschland« und Bundes Deutscher Offiziere – alleiniges Verdienst der Führung der KPD oder sowjetischer Entschluß? In: BzG (1992)3. S. 4–24.; Nationalkomitee »Freies Deutschland« – Antihitlerbündnis oder Koalition für ein demokratisches Deutschland. In: BzG (1993)4. S. 13–30. – Leonid Reschin: General zwischen den Fronten. Walter von Seydlitz in sowjetischer Kriegsgefangenschaft und Haft 1943–1955. Berlin 1995 (mit Vorworten von Lew Besymenski und Heinrich Graf von Einsiedel).

Im Zusammenhang mit der »führenden Rolle« der KPD erfuhr auch der Widerstandsbegriff eine Einengung. Der antifaschistische Widerstandskampf wurde vor allem als »Klassenkampf« definiert, der sich nicht nur gegen Hitler und den Naziterror, sondern gegen die Grundlagen des Imperialismus gerichtet habe. Als Widerstand wurde demzufolge nur noch der aktive »Widerstandskampf« gegen das Nazisystem als Herrschaftsform des Imperialismus akzeptiert. In einem Lehrbrief für das Fernstudium Geschichte von 1958/1959 hieß es:

»Der antifaschistische Kampf konnte aber – auch wenn er mit dem unmittelbaren Ziel der Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront geführt wurde – von seiten der Arbeiterklasse nur als proletarischer Klassenkampf geführt werden. Die rechtssozialdemokratischen Parteiführer hielten jedoch an ihrer Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie fest und verrieten die proletarischen Klasseninteressen. Deshalb tragen sie die Schuld an der Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterbewegung und der Niederlage, die sie 1933 erlitt. Die KPD dagegen vertrat als einzige Partei konsequent die Klasseninteressen des Proletariats. Die taktischen Fehler der KPD, die später von der Partei selbst kritisiert und überwunden wurden, ändern nichts an der Tatsache, daß nur auf der grundsätzlich richtigen Linie des revolutionären proletarischen Klassenkampfes – wie sie die KPD schon damals verfolgte – der Faschismus gestürzt werden konnte.«

»Symptomatisch«, so hieß es weiter, »für den Entwicklungsprozeß der rechten SPD-Führerschaft ist die seit dieser Zeit und besonders unter dem Einfluß der Emigration einsetzende Spezifizierung der opportunistischen Ideologie. Sie definierten, die Nazibewegung sei weder eine Partei des Finanzkapitals, noch des Kleinbürgertums. Sie sei aus dem Bündnis der parasitären und reaktionärsten, der aus der Produktion herausgeschleuderten oder in ihrer Produktion gefährdeten Teile aller Klassen entstanden. Als solche sei der Faschismus ein »Angriff auf die Grundlagen der europäischen Zivilisation«, auf die »politische Freiheit«, die »soziale Gerechtigkeit« und die »alten europäischen Kulturtraditionen«, auf die »Ideale des Menschentums«, auf »den Geist der Humanität« usw.

Auch die Kommunisten kämpften für Freiheit und Humanismus. Aber während sie zwischen einem bürgerlichen und einem proletarischen Humanismus unterschieden und unterscheiden, existierte für die rechtssozialdemokratischen Parteiführer diese klassenmäßige Definiertheit der Freiheit und des Humanismus weder in der Theorie noch in der Praxis [...].

Es ist unschwer zu erkennen, daß die gleichen »Theorien« auch den arbeiterfeindlichen Taten sogenannter »Sozialisten«, »Aufweichtaktiker«, »Freiheitskämpfer« usw. am 17. 6. 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn und Polen zugrunde lagen. Auf diese Weise ist der klassenverräterische Charakter der Auffassungen, die sozialdemokratische Emigrantenführer damals entwickelten,

unter sehr schweren und blutigen Opfern für die internationale Arbeiterbewegung praktisch in Erscheinung getreten. Unter dem Banner des ›westlichen Sozialismus‹, im Zeichen der Montan-Union, des Europa-Rates, der NATO und des Euratom vollzog sich nicht der Vormarsch des Sozialismus, sondern des Imperialismus und in Westdeutschland das Wiedererstehen des aggressiven deutschen Imperialismus und Militarismus.«¹⁹⁵

Hier wird zugleich deutlich, wie die Widerstandsgeschichte benutzt wurde, um eigene Fehlentscheidungen und Niederlagen zu verklären, wobei man den Autoren zugute halten darf, es damals nicht besser gewußt zu haben.

Das »Sachwörterbuch der Geschichte« definierte den »antifaschistischen Widerstand« so: »Kampfbewegung gegen das Hitlerregime und für den Sturz der faschistischen Diktatur, deren Teilnehmer aus nahezu allen Kreisen und Schichten des dt. Volkes, vor allem aus der Arbeiterklasse kamen. A. W. erfolgte mit den verschiedensten Mitteln und Methoden bis zum bewaffneten Kampf; er wurde aus den unterschiedlichsten Motiven, politischen, sozialen, ethischen und moralischen, geführt. In seiner Zielrichtung war er Klassenkampf gegen den dt. Imperialismus. Am Kampf gegen die Naziherrschaft nahmen in und außerhalb Dtschl. Widerstandskämpfer unterschiedlicher Weltanschauung und fast aller religiösen Bekenntnisse sowie der verschiedensten politischen Parteien und Organisationen, die bis zur faschistischen Machtergreifung bestanden hatten, teil. An der Spitze des a. W. stand die Kommunistische Partei Deutschlands. Ihre führende Rolle im a. W. unter den komplizierten Bedingungen der Illegalität ergab sich aus dem opferreichen und von Heldentum gezeichneten Kampf aller Parteimitgl. und Parteioorganisationen in der Illegalität, in der Sowjetunion und in allen Ländern, in denen dt. Kommunisten gegen den Faschismus tätig waren. Keine andere politische Partei brachte so viele Opfer wie die KPD [...] Ihre führende Stellung im a. W. ergab sich vor allem jedoch daraus, daß in den programmatischen Beschlüssen und Dokumenten der KPD (Brüsseler Parteikonferenz der KPD, Berner Parteikonferenz der KPD) und in ihrem Ringen um deren Verwirklichung der Kampf um die Erhaltung des Friedens und später um die Beendigung des Krieges eng mit dem Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur und für die Errichtung einer neuen, antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Dtschl. verbunden war. Die entscheidende Leistung der KPD und ihres ZK in den zwölf Jahren der faschistischen Herrschaft in Deutschland bestand in der Ausarbeitung eines realen antifaschistischen und demokratischen Programms und in ihren beharrlichen Bemühungen um dessen Verwirklichung gemeinsam mit anderen antifaschistischen Kräften.«¹⁹⁶

195 Werner Richter/Ernst Wurl: Lehrbrief zum Studium der deutschen Geschichte. Teil II: 1933–1945. Berlin 1958–1959. S. 14 und 26f.

196 Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. I: A–K. Berlin 1969. S. 72. – Eine erste Fassung erschien bereits 1963.

Auch diese Definition zeigt die bekannte Zweiteilung: Einerseits die beachtliche Charakterisierung der Breite der antifaschistischen Front, der unterschiedlichen Motive der Kämpfenden, der vielfältigen Methoden, die gerechte Betonung des größten Anteils der Kommunisten am Widerstandskampf. Andererseits die kritiklose Lobpreisung des kommunistischen Programms bis hin zur DDR-Geschichte, ohne Blick auf Schwankungen, Diskontinuitäten, Ambivalenz und Fehlentscheidungen, also hagiographische Legitimationsgeschichtsschreibung.

Von wesentlicher Bedeutung für Ausprägung und Verinnerlichung der antifaschistischen Identität der DDR war die Gestaltung von Mahn- und Gedenkstätten auf dem Gelände der ehemaligen Nazi-Konzentrationslager in der DDR. Am 14. September 1958 erfolgte die Einweihung der Gedenkstätte Buchenwald (bei Weimar) mit dem über 50 m hohen Glockenturm, der Gruppenplastik von Fritz Cremer, der Straße der Nationen mit den 5 m hohen Ehrenpylonen für die Opfer aus 18 Nationen. Die Einweihung der Gedenkstätte Ravensbrück (bei Fürstenberg/Havel), in deren Mittelpunkt das Mahnmal sowie das Denkmal »Trauernde Frauen« von Willi Lammert stehen, erfolgte am 12. September 1959. In Sachsenhausen (bei Oranienburg) erfolgte 1961 die Einweihung, hier sprachen besonders das Mahnmal, die offene Ehrenhalle über den Grundmauern des ehemaligen Krematoriums mit einer Bronzeplastik von Waldemar Grzimek sowie die Baracke 38 mit dem »Jüdischen Museum« den Besucher an.

Darüber hinaus gab es noch eine große Zahl kleinerer Gedenkstätten sowie Gedenksteine und Gedenktafeln, die an bestimmte Personen und Ereignisse des faschistischen Terrors oder des Widerstandskampfes erinnerten.

Die Gedenkstätten waren zugleich Stätten der antifaschistischen Erziehung, hier gab es jährlich Kundgebungen mit internationaler Beteiligung, sie wurden auch in den Geschichtsunterricht, in die Vorbereitung der Jugendweihe, in die politische Arbeit der Freien Deutschen Jugend, der Jungen Pioniere, der Nationalen Volksarmee und in die kulturpolitische Tätigkeit vieler Arbeitsbrigaden einbezogen. Regelmäßig fanden hier Ferienkurse im Rahmen der Lehrerweiterbildung statt.

Allerdings blieb es lange ein Tabu, daß die ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen sowie einige andere Stätten (z. B. KZ-Außenlager) von der sowjetischen Besatzungsmacht bis 1949/1950 als »Speziallager« zur Internierung von Nazianhängern, unter denen sich aber in der Praxis auch viele Unschuldige befanden, benutzt wurden.

IV. MEHR BREITE UND DIFFERENZIERUNG (60ER UND 70ER JAHRE)

1. Aufschwung von Forschung und Geschichtsschreibung

Insgesamt erschien in den 60er und 70er Jahren eine größere Zahl von Arbeiten, auch regionalgeschichtliche, natürlich von unterschiedlicher Qualität, über die seit 1960 regelmäßig in Sonderheften der »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft« informiert wurde.¹⁹⁷

Zugleich begann eine differenzierende Sicht auf den Widerstandskampf Platz zu greifen. Die von 1960 bis 1970 weit über 300 publizierten Arbeiten verteilten sich thematisch etwa wie folgt (Artikel in Zeitschriften, Beiträge zu Sammelbänden, Broschüren, Bücher):

- ca. 170 Arbeiten zur Geschichte der KPD (davon ca. 90 direkt zur KPD; 30, in denen der Name KPD nicht in der Überschrift steht, die Partei aber im Inhalt dominiert; ca. 30 regionalgeschichtliche Arbeiten mit dem Kampf der KPD als Kernstück; 20 Arbeiten von und über Walter Ulbricht, darunter zwei Sammelbände mit weiteren zahlreichen Einzelaufsätzen).¹⁹⁸ Im Literaturbericht im Sonderheft der ZfG 1970 wurde dazu betont: »In mehreren Aufsätzen wurde die Rolle der KPD und ihres Zentralkomitees, eine der Kernfragen wissenschaftlicher Geschichtsschreibung, untersucht und exakt begründet; einige Mängel in Veröffentlichungen der fünfziger Jahre wurden korrigiert und überwunden.« Das bedeutete, daß die von Hager 1962 kritisierten »Mängel« nunmehr wohl »überwunden« waren;

197 Siehe Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. ZfG 8(1960)Sonderheft. – Historische Forschungen in der DDR 1960–1970. Analysen und Berichte. ZfG 18(1970)Sonderheft. – Historische Forschungen in der DDR 1970–1980. Analysen und Berichte. ZfG 28(1980)Sonderheft.

198 Auswahl: Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands Oktober 1935. Berlin 1960. – Ein bedeutsamer Artikel Walter Ulbrichts zur Aktionsseinheit der KPD und SPD aus dem Jahre 1937. In: BzG (1961)4. S. 877–888. – Zwei richtungsweisende Beiträge Walter Ulbrichts zur Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD in den Jahren 1935 bis 1937. In: BzG (1963)1. S. 75–84. – Klaus Mammach: Die KPD im Kampf gegen die faschistische Kriegsvorbereitung. In: BzG (1964)4. S. 646–654. – Horst Laschitzka: Faschismus und Widerstand – Fälschung und Wirklichkeit. In: ZfG (1961)8. S. 1847–1860. – R. -J. Girbig: Zu einigen aktuellen Tendenzen der Geschichtsfälschungen durch die westdeutsche proimperialistische »Geschichtsideologie« über die führende Rolle der KPD im antifaschistischen Widerstandskampf gegen den Faschismus. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Hochschule Otto von Guericke, Magdeburg (1966)4. S. 429–434. – Klaus Drobisch: Zur Tätigkeit der Beauftragten des ZK der KPD in Berlin 1939–1941. In: ZfG (1963)3. S. 535–551. – Bruno Löwel: Die führende Rolle der KPD und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf während des zweiten Weltkrieges. In: 1917–1945. Neue Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Forschung und Lehre. Berlin 1965. S. 143–152. – Kurt Kühn: Georg Schumann. Eine Biographie. Berlin 1965.

- ca. 50 Arbeiten zur Geschichte und zum Kampf des Nationalkomitees »Freies Deutschland« und zum Verhältnis KPD–NKFD (letztere sind oben nicht erfaßt)¹⁹⁹;
- 8 Arbeiten zur Bewegung »Freies Deutschland in Großbritannien, Frankreich und Lateinamerika;
- 28 Arbeiten zur Geschichte des 20. Juli 1944 und zu anderen Formen des nichtkommunistischen Widerstandes, davon allerdings 8, die vor allem der »Auseinandersetzung« mit der »bürgerlichen« Literatur dienen;
- 24 Arbeiten zum Kampf der SPD und der Gewerkschaften (18 + 6), davon mehrere, die vor allem der Kritik an der Haltung der SPD- und Gewerkschaftsführer gewidmet waren;
- 13 Arbeiten zum christlichen Widerstand, davon 4 zum Verhältnis KPD–NKFD–Christen;
- 11 Arbeiten zur Judenverfolgung und –vernichtung, davon vier über Adolf Eichmann und seine Verbrechen im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen ihn; weitere zwei über die Rolle Globkes im NS- und im Adenauerstaat.

Letztere Angabe widerlegt die Behauptung von Annette Leo, daß spätestens seit 1953 »das Schicksal der Juden im Dritten Reich aus dem offiziellen Erinnerungskanon der DDR so gut wie verschwunden«²⁰⁰ gewesen sein soll. Auch der »Bürgerrechtler« und ehemalige Bundestagsabgeordnete Konrad Weiß meinte, daß ihm bei der Arbeit an einem Film 1980 bewußt geworden sei, »daß eine ganze Generation ohne alles Wissen über Juden und Judentum aufgewachsen war.«²⁰¹ Nun gab es in der Tat an den DDR-Schulen keine Exkurse zu Geschichte und Lebenskunde der Juden – aber gab es diese an den Schulen der BRD?

Tatsache ist, daß gerade seit den 50er Jahren bedeutende Schriften erschienen, die Judenverfolgung und Völkermord anprangerten.²⁰² Auch im Ge-

199 Siehe als Auswahl Kurt Libera: Die antifaschistische Erziehung deutscher Jugendlicher in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion. In: Für ein besseres Deutschland. Berlin 1966 (Schriftenreihe Geschichte der FDJ 7). S. 113ff. – Willy Wolff: Zur Beratung der 158 kriegsgefangenen deutschen Soldaten im Oktober 1941 in der Sowjetunion. In: Zeitschrift für Militärgeschichte (1963)1. S. 42–52; Über die Tätigkeit bewaffneter Gruppen der Bewegung »Freies Deutschland« an der sowjetisch–deutschen Front. In: Zeitschrift für Militärgeschichte (1966)1. S. 48–61.

200 Annette Leo: »Den Fall Eichmann maximal gegen Bonn zuspitzen. . . «. In: »Freitag« vom 17. April 1998. S. 18.

201 Konrad Weiß: Gebrochener, nicht »verordneter« Antifaschismus. In: »Das Parlament« vom 10. Mai 1996. S. 15.

202 Bernard Mark: Der Aufstand im Warschauer Ghetto. Berlin 1957. – Martin Riesenburger [Landesrabbiner]: Also spricht dein Bruder. Berlin 1958 (Predigten aus Sabbathfeiern); Das Licht lösche nicht. Dokumente aus der Nacht des Nazismus. Berlin 1960. – Heinz Kühnrich: Der KZ-Staat. Rolle und Entwicklung der faschistischen Konzentrationslager 1933 bis 1945. Berlin 1960; Judenmörder Eichmann. Kein Fall der Vergangenheit. Berlin 1961. – Faschismus–Ghetto–Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges. Berlin 1960 (hrsg. vom Jüdischen Historischen Institut Warschau). –

schichtunterricht und in der akademischen Lehre spielte dieses Thema nach wie vor eine große Rolle.

Nachdem bereits seit 1957 unter Leitung von Karl Heinz Jahnke an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald Forschungen zur Geschichte des Widerstandskampfes in Mecklenburg sowie zur Rolle von Jugendlichen in Widerstandskampf betrieben wurden, fand im Januar 1962 in Greifswald die erste wissenschaftliche Konferenz zum Anteil der Jugend am Widerstandskampf statt, die auch im Ausland Aufmerksamkeit hervorrief.²⁰³ Die Forschungen wurden seit 1968 von Jahnke an der Universität Rostock fortgesetzt und brachten umfangreiche und wertvolle Ergebnisse, darunter auch Arbeiten, die in der politischen Bildungsarbeit der Freien Deutschen Jugend eine wichtige Rolle spielten.²⁰⁴

Vom 2. bis 4. September 1963 fand in Karlovy Vary der 3. Internationale Kongreß für die Geschichte des europäischen Widerstandes statt, der unter dem Thema stand: »Das nazistische Okkupationsregime in Europa, seine Formen, Methoden und Entwicklungen«, auf dem aber auch Beiträge zum Widerstand gegen dieses Regime vorgetragen wurden. Die DDR war mit einer Delegation von 28 Teilnehmern vertreten, die unter Leitung von Prof. Lothar Berthold stand

- Robert Kahn: Dokumente des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen Antisemitismus und Judenverfolgung. In: BzG (1960)2. S. 552–564. – Manfred Unger: Die »Endlösung« in Leipzig. Dokumente zur Geschichte der Judenverfolgung 1933–1945. In: ZfG (1963)5. S. 941–951. – Friedrich Karl Kaul: Der Fall des Herschel Grynspan. Berlin 1965. – Helmut Eschwege (Hrsg.): Kennzeichen J. Bilder, Dokumente. Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitler-Faschismus an den deutschen Juden 1933–1945. Berlin 1966 (mit einem Geleitwort von Arnold Zweig, einer Einleitung von Rudi Goguel und einer Chronik der faschistischen Judenverfolgung von Klaus Drobisch). – Bernard Mark (Hrsg.): Ghetto. Berichte aus dem Warschauer Ghetto 1939–1945. Berlin 1966 (mit einem Vorwort von Rudolf Hirsch). – Heinrich Fink (Hrsg.): Stärker als die Angst. Den sechs Millionen, die keinen Retter fanden. Berlin 1968. – Kurt Meier: Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches. Halle 1968. – Klaus Drobisch/Rudi Goguel/W. Müller: Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933–1945. Berlin 1973 (Unter Mitwirkung von H. Dohle). – Kurt Pätzold: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933–1935). Berlin 1973; Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus. In: Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler: Faschismus-Forschung. Positionen, Probleme, Polemik. 2. Auflage. Berlin 1980. S. 181–208.
- 203 Wenn wir gemeinsam kämpfen, sind wir unüberwindlich. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz »Erfüllt das Vermächtnis der Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes – Kämpft für die Überwindung des Imperialismus und Militarismus« Greifswald am 24. und 25. Januar 1962. Berlin 1962.
- 204 Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung von den Anfängen bis 1945. Zusammengestellt von einem Kollektiv unter Leitung von Bodo Brücher und Karl Heinz Jahnke unter Mitarbeit von Beate Behrens, Gerd Ebbing, Ingo Koch, Horst Pietschmann, Torsten Schaar und Ralf Schmolders. Rostock 1989.

und der auch Franz Dahlem, Heinz Kühnrich, Luise Kraushaar, Edith Zorn, Karl Heinz Jahnke, Rudolf Goguel, Helmut Eschwege und Eva Seeber angehörten. Die Delegation übergab dem Kongreßbüro eine Bibliographie mit 56 Titeln von in der DDR vorhandenen Arbeiten zur Okkupationspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus. Edith Zorn sprach zum Kampf der deutschen Antifaschisten in Frankreich und zur Entlarvung des Waffenstillstandsvertrages zwischen Hitlerdeutschland und Frankreich als faschistisches Diktat, Rudolf Goguel äußerte sich zur Mitwirkung deutscher Wissenschaftler an der Vorbereitung und Unterstützung des faschistischen Terrors gegen das polnische Volk, Luise Kraushaar schilderte die Teilnahme deutscher Antifaschisten bei der Entlarvung und Verhaftung von Kriegsverbrechern in den Kriegsgefangenenlagern in Frankreich 1944. Im Auftrage der Delegation legten Franz Dahlem, Lothar Berthold, Bruno Löwel und Heinz Wohlgemuth am Ehrenmal in Lidice einen Kranz nieder. Historiker aus der BRD wandten sich gegen die gleichberechtigte Teilnahme der DDR-Vertreter und erklärten, daß sie die Veranstaltung verlassen würden, wenn während der Verhandlungen das Wort »DDR« fallen sollte. In seinem Bericht sprach Berthold von einem guten Erfolg, sagte aber: »Die Arbeit des Kongresses in Karlovy Vary hat außerdem darauf aufmerksam gemacht, welche bedeutenden Lücken es in unserer wissenschaftlichen Arbeit noch gibt. Während wir auf dem Gebiet der Erforschung des antifaschistischen Widerstandskampfes einige Ergebnisse vorweisen können, bleiben wir bei der Untersuchung der Politik der herrschenden Klasse Hitlerdeutschlands (Fragen der Ökonomie, des Staatswesens, der Ideologie usw.) erheblich zurück. In Zukunft muß dieser Frage eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.«²⁰⁵

Es gehörte zu den Prinzipien der akademischen Ausbildung von Historikern und Geschichtslehrern in der DDR, so früh wie möglich die Studenten in die Forschungs- und Publikationstätigkeit einzubeziehen, nicht zuerst zur Kapazitätserweiterung in der Forschung, sondern vor allem als wesentlichen Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung. Das betraf natürlich alle Bereiche der Geschichtswissenschaft, bot sich aber aus inhaltlichen Gründen für die Geschichte des Widerstandes in besonderem Maße an.

Nach diesem Prinzip wurde an allen Ausbildungseinrichtungen verfahren, hier aber das markanteste Beispiel: An der Humboldt-Universität Berlin gründete Prof. Walter Bartel 1963 die studentische Arbeitsgemeinschaft »KZ Dora«, die sich mit der Erforschung dieses Lagers und den damit zusammenhängenden Fragen beschäftigte. Die Ergebnisse fanden nicht nur in Studien, Jahres- und Staatsexamensarbeiten ihren Ausdruck, sondern 1964 auch in einer Ausstellung, 1965 in einem Artikel in der Wissenschaftlichen Zeitschrift der HUB

205 SAPMOBArchiv. ZPA. IV A2/9. 04/160.

sowie in Auslandsverbindungen. An Universitäten in Moskau, Poznan und Prag entstanden ebenfalls studentische Arbeitsgemeinschaften zu dieser Thematik.

Im Rahmen der Berliner Studententage fand vom 1. bis 4. März 1966 in Berlin eine wissenschaftliche Arbeitstagung der studentischen Forschungsgemeinschaften »KZ Dora« mit folgenden Teilnehmern statt: DDR – 12 Studenten, 8 ehem. Häftlinge, 1 Wissenschaftler; Sowjetunion – 5 Studenten, 1 ehem. Häftling, 2 Wissenschaftler; CSSR – 1 Student, 1 ehem. Häftling, 1 Wissenschaftler; Polen – 9 Studenten, 6 ehem. Häftlinge, 2 Wissenschaftler. Auf der Tagung wurden 30 Beiträge gehalten: Einführung, 3 zur Vorgeschichte des Lagers »Dora« und zur V-Waffenproduktion, 7 zur Geschichte des Lagers, 4 zur Produktion der V 2 [Fernrakete, V = faschistische Bezeichnung für »Vergeltungswaffen«] und zum Widerstandskampf der Häftlinge, 5 zur Auflösung und zur Nachgeschichte des Lagers, 5 zu Arbeitsmethoden bei der Erforschung der Lagergeschichte. Dazu kamen 5 persönliche Berichte von ehemaligen Häftlingen. Anschließend fanden Besichtigungen historischer Stätten in Berlin und Potsdam sowie eine Exkursion nach Buchenwald und Nordhausen-Dora statt.

Die Teilnehmer beschlossen eine »Gemeinsame Erklärung«, die folgenden Wortlaut hatte:

»Am Ende der Beratungen wenden sich die Teilnehmer der 1. Arbeitstagung der studentischen Forschungsgemeinschaften des KZ DORA aus Moskau, Poznan, Prag und Berlin, die vom 1. bis 4. 3. 1966 in der Humboldt-Universität zu Berlin stattfand, mit einem Appell an die Öffentlichkeit.

Vier Tage lang wurde in Referaten und erschütternden Erlebnisberichten das grausige Geschehen in dem unterirdischen KZ DORA wieder lebendig.

Gemeinsam bemühten sich die junge Generation, Studenten aus 4 Ländern und jene, die das Lager DORA erleben mußten, die Geschichte dieses Konzentrationslagers zu erforschen, in dem tausende Menschen aus fast allen Ländern Europas durch Arbeit vernichtet wurden, indem man sie zwang, die faschistische »Wunderwaffe« V 2 zu produzieren, die Tod und Vernichtung über englische, belgische, französische und holländische Städte bringen sollte.

Selten tritt das Wesen des Faschismus so deutlich zu Tage, wie an diesem Beispiel der Vernichtung in doppelter Hinsicht. Die Wurzel solchen Verbrechens, die unheilige Allianz zwischen Industrie, Militär und SS wurde in einem Teil Deutschlands mit dem Sieg über den Faschismus und dem Aufbau eines neuen, sozialistischen Deutschlands beseitigt, nicht zuletzt dank des mutigen Kampfes der Helden des KZ DORA.

Die doppelte Gemeinsamkeit zwischen den ehemaligen Häftlingen und den jungen Studenten aus den 4 Ländern zeigt, wie und wo die Vergangenheit richtig bewältigt wird, wo die Lehren aus der Geschichte gezogen wurden. Das Vermächtnis der Kampfgemeinschaft in den Konzentrationslagern gegen die faschistische Barbarei wird von der Jugend gemeinsam erfüllt werden.

Unsere Arbeit soll dazu beitragen, daß das Leben und Sterben, der heldenhafte Widerstandskampf gegen die faschistische Barbarei in den Konzentrationslagern, niemals vergessen werde. Es ist unsere Verpflichtung gegenüber denen, die im KZ DORA ihr Leben gaben für eine humanistische Welt, daß die Verbrechen der SS und aller am KZ-System Beteiligten gesühnt werden.

Daher wenden wir uns entschieden gegen alle Versuche der westdeutschen Regierung, an deren Spitze ein Mann steht, der selbst aktiv am Bau ähnlicher KZ beteiligt gewesen ist, Prozesse gegen SS-Verbrecher zu verschleppen und eine faktische Verjährung durchzusetzen.

Die Jugend gelobt, mit ihrer Arbeit dazu beizutragen, daß der Schwur von Buchenwald erfüllt, der Faschismus mit seiner Wurzel ausgerottet und auch der letzte Nazi-Verbrecher der gerechten Bestrafung zugeführt wird.

Berlin, den 4. März 1966.²⁰⁶

An der Universität Greifswald fand 1966 eine Konferenz zum Thema »Der Anteil junger deutscher Antifaschisten am Kampf des spanischen Volkes« statt, nachdem sich die Studenten in dem Seminar »Der national-revolutionäre Krieg in Spanien von 1936–1939 unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes der deutschen Antifaschisten in den Internationalen Brigaden« sich die Grundlagen dazu erarbeitet hatten. Auf der Konferenz wurden 29 Beiträge gehalten, 10 davon von Studenten.

2. Geschichtsunterricht

Wenn es auch zuweilen Disproportionen im Geschichtsbild gab, so herrschte über die Verurteilung des faschistischen Terrors und des Völkermords an den Juden stets Einhelligkeit, die auch im Geschichtsunterricht deutlichen Ausdruck fand. So hieß es in dem für die DDR ab 1956 verbindlichen Geschichtslehrbuch für das 8. Schuljahr:

»Um die Versklavung anderer Völker vorzubereiten, verbreiteten die Nazis die niederträchtige Lehre, die Deutschen seien ein Herrenvolk und zur Herrschaft über andere Völker und Rassen und zu deren Unterjochung bestimmt. So züchteten sie im deutschen Volk Überheblichkeit, Chauvinismus und Rassenhaß. Die Nazis hetzten besonders gegen die Juden und gegen die slawischen Völker. Sie riefen offen zu deren Vernichtung auf. Die Nazis stellten die sogenannten Nürnberger Gesetze auf. Diese verfügten die Entlassung aller jüdischen Angestellten und verboten die Ehe zwischen Nichtjuden und Juden. Die Schändung jüdischer Friedhöfe und Gotteshäuser war eine alltägliche Erscheinung in Hitlerdeutschland. Die Faschisten ermordeten in ihren Vernichtungslagern etwa 5 Millionen Juden, mehr als die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Europas [...].

206 SAPMOBArchiv. ZPA. IV A 2/9. 04/150.

Zur Schande unseres Volkes muß gesagt werden, daß sich auch viele Soldaten der nazistischen Wehrmacht an dem Eigentum der Bewohner der überfallenen Länder bereicherten [...].

Mit ihrer verbrecherischen Rassenlehre forderten die Naziregierung und die Wehrmachtführung die deutschen Soldaten auf, die polnischen und russischen Völker nicht wie Menschen zu behandeln. Alles war erlaubt: Foltern, Aushungern, Erhängen, Erschießen, Vergasen, Verbrennen und Einscharren lebender Menschen [...].

Das deutsche Oberkommando bildete besondere Mordeinheiten, die ›Einsatzgruppen‹ und ›Sonderkommandos‹. Ungeheuerlich waren ihre Greuelthaten. Den Führer des Sonderkommandos A 4 zum Beispiel erklärte nach dem Kriege das Nürnberger Gericht für schuldig, die Ermordung von 60 000 Menschen befohlen zu haben. Allein in Kiew ließ er im September 1941 in einem zwei Tage dauernden Massenmorden 33 000 Juden töten.

Der Führer einer SS-Einsatzgruppe gab zu, in einem einzigen Jahr mit seiner Einheit 90 000 Menschen ermordet zu haben. Er berichtete, daß die Opfer anfangs erschossen wurden. Sie hatten vorher die Massengräber selbst ausheben müssen. Dann mußten sie in Gruppen zu zwanzig am Rande des Grabes niederknien und wurden mit Maschinengewehren niedergemäht. Oft waren sie noch nicht tot, als schon die nächste Reihe der Erschossenen auf sie niederfiel. Später setzte die SS Vergasungswagen ein, in denen Menschen durch Giftgas getötet wurden.

Auf der Krim luden die Faschisten Geiseln auf Lastkähne und versenkten sie im Meere. Von 29 500 Juden in Riga ermordeten sie 27 000 [...].

Im Jahre 1933 hatten die Faschisten Konzentrationslager eingerichtet [...] Seit 1939 wurden die Lager zu Vernichtungslagern größten Ausmaßes. Zu Zehntausenden endeten in diesen Lagern Menschen, die den Nazis verhaßt waren: Professoren, Ingenieure, Geistliche, Politiker, Arbeiter, Juden, Franzosen, tschechoslowakische Bürger, sowjetische Soldaten und Offiziere.

Um rasch möglichst viele Menschen töten zu können, wendeten die Nazis die Vergasung an. Sie führten die Häftlinge nackt in einen Raum, in den sie Giftgas einströmen ließen. Ein Gramm dieses Giftgases, Zyklon B, genügte, um einen Menschen zu töten. Deutsche Kapitalisten verdienten an diesem Massenmord [...] Der Hauptlieferant des Giftgases war der IG-Farben-Konzern [...].

Die Juden Warschaus wurden in einem besonderen Stadtteil, dem Getto, gefangengehalten. Vom Juni 1942 bis Januar 1943 schafften die SS-Kommandos von insgesamt 400 000 Juden des Warschauer Gettos 340 000 in das Vernichtungslager Auschwitz, wo sie getötet wurden. Die letzten 60 000 beschlossen, lieber im Kampf zu sterben als sich willenlos töten zu lassen. Sie erhoben sich und leisteten dem übermächtigen Feind heroischen Widerstand. Erst mit Hilfe von Flugzeugen, Panzern und Geschützen gelang es den

deutschen Sonderkommandos, das Getto zu erobern. Mit Gasbomben, Flammenwerfern und Handgranaten trieben sie die Überlebenden aus den Kellern und töteten sie.«²⁰⁷

Mit dem Übergang zur zehnklassigen allgemeinbildenden Schule Anfang der 60er Jahre wurde die deutsche Geschichte von 1933 bis 1945 in der 9. Klasse behandelt. Der ab 1. September 1970 gültige Lehrplan verlangte die Behandlung folgenden Stoffes im Geschichtsunterricht der 9. Klasse:

»Die Festigung der faschistischen Diktatur in Deutschland und die Kriegsvorbereitungen des faschistischen deutschen Imperialismus. Der antifaschistische Widerstandskampf (4 Stunden)

Reichstagsbrandstiftung, Verhaftung Ernst Thälmanns, Wahlbetrug, Ermächtigungsgesetz.

Information über die Auflösung aller Parteien und Gewerkschaften außer der NSDAP, die brutale Verfolgung aller Hitlergegner, insbesondere der Kommunisten, die Errichtung von Konzentrationslagern, Judenpogrome, die Rolle der Gestapo, verschärfte Unterdrückung der Sorben.

Information über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Die offene Aufrüstung (Aufbau der Luftwaffe; allgemeine Wehrpflicht und Reichsarbeitsdienst; Bau strategischer Autobahnen, deutsch-britisches Flottenabkommen) und erste aggressive Maßnahmen (Rückgliederung des Saargebietes, Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes).

Die Abwälzung der Rüstungslasten auf das Volk (z. B. Erhöhung der Arbeitsintensität und Verlängerung der Arbeitszeit, Volkswagenschwindel); die Militarisierung der Wirtschaft und die ideologische Kriegsvorbereitung (›Volk ohne Raum«, ›Blut und Boden«, Rassenhaß, Antikommunismus, Kulturbarbarei und Erziehung der Jugend im nazistischen Ungeist).

Der Klassencharakter des Faschismus.

Informationen über den Übergang der KPD in die Illegalität, über neue Kampfmethoden (Beispiele) und das Ringen der Partei um gemeinsame Aktionen von sozialdemokratischen Gruppen und kommunistischen Parteiorganisationen; die komplizierten Bedingungen dieses Kampfes; der Reichstagsbrandprozeß und seine historische Wirkung.«

»Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und die Brüsseler Konferenz der KPD (3 Stunden)

Das internationale Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus Mitte der dreißiger Jahre:

die Sowjetunion auf dem Wege zur sozialistischen Großmacht (wesentliche Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus – Wiederholung; diplomatische Anerkennung der UdSSR; Eintritt in den Völkerbund);

207 Lehrbuch für den Geschichtsunterricht. 8. Schuljahr. Ausgabe 1956. Berlin 1958. S. 130, 132f., 158f., 160 und 161.

die Festigung der faschistischen Diktatur in Deutschland (Zuordnung), Information über ähnliche Entwicklungen in Japan und Italien; die vom deutschen Faschismus drohende Gefahr eines zweiten Weltkrieges; Information über die Unterstützung der faschistischen Staaten durch die amerikanischen, britischen und französischen Imperialisten – Wertung;

der Aufschwung der antifaschistischen Klassenkämpfe in europäischen kapitalistischen Ländern (als Beispiel: Deutschland – Zuordnung, Frankreich – Information über die Niederschlagung des faschistischen Putsches und die Entwicklung der Einheits- und Volksfrontbewegung).

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und seine Bedeutung für die Ausarbeitung der Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr (Orientierung auf breite antifaschistische Volksfrontbewegungen mit der proletarischen Einheitsfront als Kern, auf den Kampf für die Errichtung antifaschistisch-demokratischer Regime als Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Revolution); die aktuell-politische Bedeutung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses.

Die Brüsseler Konferenz der KPD, ihre wesentlichen Beschlüsse und deren historische Bedeutung. Das Anwachsen des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland (gemeinsames Handeln von Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen – Beispiele).

Das Bekenntnis proletarischer und bürgerlich-humanistischer Künstler zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse und zur Volksfrontpolitik der KPD, die Bedeutung ihres Wirkens für die Aktivierung des Volkes und die Weiterentwicklung der fortschrittlichen Traditionen der deutschen Nationalkultur (Beispiele aus dem Schaffen von Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Anna Seghers, Erich Weinert, Thomas und Heinrich Mann – Anwendung der Vorleistungen unter b) [Vorleistungen aus Deutsch-Literatur, Musik und Zeichnen – K. F.]«

»Der Beginn der faschistischen Aggressionen und das Anwachsen der Kriegsgefahr. Der Kampf der Sowjetunion und der deutschen Antifaschisten für die Verhinderung des Krieges (5 Stunden)

Information über Aggressionskriege faschistischer Staaten gegen Äthiopien, China und die Mongolische Volksrepublik. Der Kampf der Sowjetunion für die Sicherung des Friedens (Abrüstungsinitiativen im Völkerbund, deren Ablehnung durch die imperialistischen Mächte).

Information über den Putsch der Franco-Clique, die deutsch-italienische Intervention in Spanien und die »Nichteinmischungspolitik« der Westmächte.

Der heldenhafte Abwehrkampf des spanischen Volkes, seine Unterstützung durch die Sowjetunion und die internationale Arbeiterbewegung – der Kampf der Internationalen Brigaden, der beispielhafte Einsatz deutscher Antifaschisten an der Seite der spanischen Klassenbrüder (Hinweis auf das Wirken Hans Beimlers, Erich Weinerts, Willi Bredels, Ludwig Renns – Einbeziehung von

Vorleistungen aus Deutsch-Literatur – sowie führender Persönlichkeiten unseres Staates); die Niederlage des spanischen Volkes und deren wesentliche Ursachen; die Pflege der Traditionen des Kampfes der Internationalen Brigaden in der Nationalen Volksarmee (politische Aktualisierung).

Information über Abschluß und wesentliche Ziele des Antikominternpaktes.

Die Annexionspolitik Hitlerdeutschlands und die Verschärfung der internationalen Spannungen;

Annexion Österreichs und territoriale Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei;

das Münchener Abkommen, seine völkerrechtliche Ungültigkeit von Anfang an; die entgegengesetzte Haltung der Sowjetunion und der imperialistischen Westmächte zur faschistischen Aggressionspolitik (Vergleich und Wertung); die Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Hitlerdeutschland.

Überblick über weitere Annexionen und Annexionspläne Hitlerdeutschlands (Memelgebiet, Danzig, Polen).

Der Kampf gegen die faschistische Kriegspolitik und für den Sturz der Hitlerdiktatur als nationale Hauptaufgabe des deutschen Volkes – die Berner Konferenz der KPD, ihre Orientierung auf den Kampf für eine friedliche, demokratische deutsche Republik (historische und aktuell-politische Wertung).

Das Ringen der Sowjetunion um ein System der kollektiven Sicherheit in Europa (Information über die sowjetisch-britisch-französischen Verhandlungen im Sommer 1939 und deren Scheitern, über den Abschluß des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrages und die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft der UdSSR); Wertung der sowjetischen Außenpolitik.

Information über das Aufbegehren der Volksmassen in den imperialistischen Ländern gegen die faschistischen Aggressionen und die Stillhaltepolitik ihrer Regierungen – Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem faschistischen Deutschland und den imperialistischen Westmächten.

Die internationale Kräfteverteilung am Vorabend des zweiten Weltkrieges (Ziele und Kräftepotential des faschistischen Staatenblocks, der imperialistischen Westmächte Großbritannien, Frankreich und USA, der sozialistischen Sowjetunion).«

»Der Beginn des Krieges (2 Stunden)

Deutschlands Weg in den zweiten Weltkrieg (Systematisierung der wesentlichen Etappen dieses Weges von der Niederlage der antifaschistisch-demokratischen Kräfte und revolutionären Kräfte in der Novemberrevolution bis zum Überfall auf den Gleiwitzer Sender).

Der Verlauf des Krieges bis zum Frühjahr 1941 – Überblick: die Kriegserklärungen Englands und Frankreichs, der Scheinkrieg an der Westfront und dessen Hintergründe; die Blitzkriegsaktionen des deutschen Faschismus und deren Ergebnisse bis zum Frühjahr 1941; die Ausweitung des faschistischen

Kriegspaktes; die barbarische Unterdrückung und Ausplünderung der überfallenen Völker durch die deutschen Faschisten und die deutsche Monopolbourgeoisie (Geiselmorde, Zwangsarbeit, Raub von Produktionsmitteln und Produkten – aktive Beteiligung von führenden Vertretern der heute in Westdeutschland herrschenden Kräfte); das kollaboratorische Verhalten der herrschenden Kräfte in den überfallenen Staaten.

Der antifaschistische Widerstand der unterworfenen Völker unter führender Beteiligung der Kommunisten – Beispiele.

Der Charakter des Krieges in dieser Phase; die Bedeutung der faschistischen Eroberungen im Hinblick auf die Gesamtzielsetzung der faschistischen Kriegspolitik.«

»Der heimtückische Überfall auf die Sowjetunion. Der Große Vaterländische Befreiungskrieg der Sowjetunion und die bedingungslose Kapitulation der faschistischen Aggressoren (7 Stunden)

Der heimtückische Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion; die Mobilisierung aller Kräfte des Sowjetvolkes durch die KPdSU und den Sowjetstaat im Großen Vaterländischen Krieg – Beispiele (Verlagerung der Industrie in die Ostgebiete, Partisanenkrieg, heldenhafte Verteidigung Moskaus und Leningrads) – das Scheitern der faschistischen Blitzkriegspläne.

Die Verschärfung der Unterdrückungspolitik und die Kriegsverbrechen der deutschen Faschisten und Imperialisten in den okkupierten Gebieten –

Beispiele (»Kommissarbefehl«, Vernichtungslager, »Endlösung« der Judenfrage u. a.).

Die Ausweitung des Krieges durch das faschistische Japan – Information über japanische Eroberungen bis 1944, über den Eintritt der USA in den Krieg und deren Kriegsziele.

Der Druck der Völker der USA und Großbritanniens auf ihre Regierungen zur Erfüllung der Bündnisverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion; die Herausbildung und historische Bedeutung der Antihitlerkoalition.

Die allmähliche Umwandlung des Krieges in einen antifaschistischen und gerechten Befreiungskrieg aller gegen den Faschismus kämpfenden Länder (Systematisierung).

Die Schlachten an der Wolga und bei Kursk; ihre Bedeutung als Wende des Krieges; die Vertreibung der faschistischen Truppen vom Sowjetterritorium (Überblick); Information über die Niederlage der Faschisten bei El Alamein und die Landung anglo-amerikanischer Truppen auf Sizilien.

Der beginnende Zerfall des faschistischen Bündnissystems (Frontwechsel Italiens); die »totale Mobilmachung«, deren Ziele und Methoden, verschärfter Gestapo-Terror; die wachsende Opposition im deutschen Volk.

Die Entwicklung der Widerstandsgruppen in den besetzten Ländern zu breiten, von den kommunistischen Parteien geführten Volksbefreiungsfronten

(Überblick); grausame Racheakte der Okkupanten (Beispiele: Lidice, Oradour-sur-Grane).

Der antifaschistische Widerstandskampf des deutschen Volkes: der heroische und opferreiche Kampf antifaschistischer Widerstandsgruppen in der ersten Phase des Krieges (Ziele und Organisationsformen, die führende Rolle der Kommunisten); der Aufschwung des Kampfes für die Verwirklichung der Volksfrontpolitik der KPD unter den Bedingungen des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, die Gründung des Nationalkomitees ›Freies Deutschland‹, seine politischen Ziele – Vergleich dieser Ziele mit den Beschlüssen der Parteikonferenzen der KPD von Brüssel und Bern; der Kampf für die Verwirklichung dieser Ziele (Beispiele vom Wirken Wilhelm Piecks, Walter Ulbrichts und Erich Weinerts im NKFD; Beispiele vom Wirken größerer Widerstandsgruppen in Deutschland).

Die Verschwörung des 20. Juli 1944; Vergleich der Ziele der Verschwörung mit den Zielen der Bewegung ›Freies Deutschland‹, Ursachen für das Scheitern der Verschwörung. Widerlegung der bürgerlichen Geschichtsfälschung in bezug auf die Überbewertung der Verschwörung vom 20. Juli.

Die Vernichtung des faschistischen Aggressors durch die Sowjetunion und die verbündeten Kräfte der Antihitlerkoalition – Überblick: Befreiung ost- und südosteuropäischer Länder durch die Sowjetarmee; ihr Zusammenwirken mit nationalen Befreiungsarmeen (Beispiele); Errichtung der zweiten Front in Frankreich; Bombardierung deutscher Städte durch die Angloamerikaner;

Sturm der Sowjetarmee auf Berlin;

sinnlose Versuche der geschlagenen Hitlerfaschisten zur Verlängerung des Krieges; das Ende Hitlers und die bedingungslose Kapitulation Deutschlands.

Information über die Niederlage und Kapitulation des japanischen Aggressors (Vernichtung der japanischen Armee durch die Sowjetunion; Abwurf amerikanischer Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki – Wertung).«

»Die Ergebnisse und Lehren des zweiten Weltkrieges. Die Lehren für das deutsche Volk (2 Stunden)

Wesentliche durch den Krieg bewirkte Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis – Systematisierung.

Schlußfolgerungen der Völker und Regierungen aus dem Krieg:

das Potsdamer Abkommen, seine politischen Bestimmungen; die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, ihre völkerrechtliche Bedeutung; die Gründung der Vereinten Nationen sowie internationaler demokratischer Organisationen (Weltgewerkschaftsbund, Weltbund der demokratischen Jugend, Internationale demokratische Frauenföderation) als Ausdruck des gewachsenen Kampfeswillens der Kräfte des Friedens und des Fortschritts.

Die Gesetzmäßigkeit der Niederlage des deutschen Imperialismus in beiden Weltkriegen.

Wesentliche Lehren des deutschen Volkes aus der Geschichte zweier Weltkriege (Einbeziehung der Vorleistungen unter a und b [Staatsbürgerkunde, Deutsch-Literatur, Musik, Zeichnen]);

die aktuelle Bedeutung dieser Lehren.«

Der Lehrplanabschnitt schloß mit dem Hinweis: »Die faschistische Unterdrückungs- und Ausplünderungspolitik ist schwerpunktmäßig am Beispiel Polens und der Sowjetunion darzustellen. Bei der Behandlung der Politik der an der Seite der Sowjetunion kämpfenden imperialistischen Mächte und deren Kriegführung ist die Zwiespältigkeit der Zielsetzung dieser Mächte herauszustellen.«²⁰⁸

Dieser Lehrplan widmete der Behandlung des antifaschistischen Widerstandskampfes sehr viel Raum, stellte dabei die KPD in den Mittelpunkt, verwies aber auch auf andere Kräfte. Man kann dem Plan vielleicht den Vorwurf machen, daß das Thema der Judenvernichtung keine herausgehobene Position darstellte. Grundsätzlich aber wurden Judenpogrome, Rassenlehre und Judenvernichtung behandelt, waren in die faschistische Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik eingeordnet, wie es der Realität entsprach.

Was in den Darstellungen des Terrors, der Judenvernichtung und des Widerstandskampfes zu schwach ausgeprägt war, war der nachdrückliche Verweis auf die Haltung der Mehrheit des deutschen Volkes, die den Vernichtungsorgien passiv zusah, während die Widerstandskämpfer nach wie vor eine kleine Minderheit im Volke bildeten, die keine Massenunterstützung erhielt.

Eine notwendige und wesentliche Ergänzung des Geschichtsunterrichts war der Besuch von Gedenkstätten der Opfer des Faschismus und des antifaschistischen Widerstandskampfes. Der schon erwähnte »Bürgerrechtler« Weiß hielt es für geboten, dazu folgendes zu bemerken: »Die antifaschistische Erziehung war erstarrt, formalisiert, entfremdet; die Besuche der Gedenkstätten waren ungeliebte Pflichtübungen, die mehr schadeten als nutzten.«²⁰⁹ Entweder war der Verfasser dieser Worte nie dabei oder er hat schlecht beobachtet oder er leidet an einem Diffamierungssyndrom – oder alles zusammen. Natürlich hing, und hängt auch heute, die Wirkung des Gedenkstättenbesuchs immer von verschiedenen Faktoren ab, wobei wohl der Qualität des Lehrers und Gedenkstättenführers sowie der Vorbereitung des Besuches entscheidende Bedeutung zukommen. Die Gefahr einer Formalisierung und Ritualisierung bestand und besteht immer, wie man das auch heute bei den jährlichen Gedenkveranstaltungen zum 20. Juli in Westberlin beobachten kann, die immer mehr zu Aristokraten- und

208 Lehrplan für Geschichte Klasse 9. Berlin 1969. S. 43–58 (Hrsg. vom Ministerrat der DDR. Ministerium für Volksbildung).

209 Konrad Weiß: Gebrochener, nicht »verordneter« Antifaschismus. In: »Das Parlament« vom 10. Mai 1996. S. 15.

Bourgeois-Happenings der zweiten und dritten Generation sowie zu Alibi- und Profilierungs-Eskapaden bürgerlicher Politiker entarten.

In der DDR jedenfalls wurde viel getan, um ähnlicher Gefahr zu begegnen. Natürlich vollzog sich auch diese Arbeit im Rahmen der schon erwähnten und kritisch betrachteten Geschichtskonzeption, die grundsätzlich antifaschistisch war, die die NS-Renaissance in Westdeutschland zu recht kritisierte, aber zugleich auch eigene Fehlleistungen einschloß, indem sie die DDR-Realität sowie die SED-Politik unangebracht glorifizierte.

Das Pädagogische Bezirkskabinett Potsdam gab 1962 die Informationsbroschüre »Gedenkstätten und Museen im Bezirk Potsdam« für Lehrer und andere pädagogische Mitarbeiter heraus, die sachliche und pädagogische Hinweise zu allen Gedenkstätten und Museen im Bezirk – vom KZ-Sachsenhausen über die Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdams bis hin zu der aus dem 12. Jahrhundert stammenden, 1958 entdeckten und geschützten Freske »Anna selbdritt« im Zisterzienserkloster Zinna – enthielt. Darin hieß es über die »Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen«:

»Am 12. Juli 1936 begann mit dem Aufbau des Konzentrationslagers Sachsenhausen bei Oranienburg die Geschichte dieses Vernichtungslagers. Für das Gelände des Gefangenenlagers mit der Kommandantur wurde zunächst eine Fläche von 31 ha mit einer Stacheldrahtumzäunung versehen. Bei der Befreiung im Jahre 1945 umfaßte das gesamte Gelände 388 ha.

Die Häftlingszahlen wuchsen ständig:

1936	1938	1939	1942	1943	1944	1945
2 500	8 200	12 200	16 500	28 000	47 000	83 200

Nach vorsichtigen Schätzungen wurden über 100 000 Menschen aus 35 Ländern von den Faschisten getötet.

Die Gedenkstätte umfaßt folgende Einrichtungen:

1. Das Internationale (Europäische) Museum, Sicherungsanlagen, Turm A, Mauer, Zaun, Appellplatz, Barackenring,
2. Schuhprüfstrecke, Zellenbau, Station Z, Industriefhof,
3. Baracke 38 mit dem jüdischen Museum [nach der »Wende« durch Brandstiftung zerstört – K. F.] und Baracke 39, Erschießungsgraben, Lagermuseum (Häftlingsküche), Pathologie.

Eine Hinweise für Lehrer und Erzieher:

Kinder vom 12. Lebensjahr an sind erst in der Lage, den tiefen Ernst und die richtige Einstellung zu dem aufzubringen, was sie in der Mahn- und Gedenkstätte hören und sehen.

Außerdem sind die Eindrücke so vielseitig und gewaltig, auch verlangt ihre Aufnahme so viel Zeit, daß ein Besuch nicht genügt. Es ist deshalb angebracht, mehrere Besuche durchzuführen und mit der Besichtigung der äußeren Anla-

gen zu beginnen: Mahnmal, Mauer, Zaun, Appellplatz, Barackenring. So bekommen die Schüler vorerst einen allgemeinen Überblick und Eindruck. Die folgenden Besuche vertiefen die Eindrücke. Sind wegen langer Anreisewege mehrere Besuche nicht möglich, dann sollte man sich auf die Besichtigung einiger Objekte beschränken. Die Verwaltung der Mahn- und Gedenkstätte ist gern bereit, dem Lehrer vorher Empfehlungen zu geben und ihn bei der Auswahl zu beraten.

Um bei dem Besuch einen großen erzieherischen Erfolg zu erreichen, muß ihn der Lehrer gewissenhaft vorbereiten. Er selbst sollte die Gedenkstätte kennen, denn er muß wissen, wie er die Kinder an die einzelnen Objekte heranhält, und er muß den Schülern eine Einführung geben.

Da der Lehrstoff (bes. in Literatur, Staatsbürgerkunde, Geschichte) oft Anlaß zu einer Besichtigung ist, kann der Lehrer die Schüler in der Unterrichtsstunde auf die Besichtigung vorbereiten. Auch außerunterrichtliche Veranstaltungen (z. B. Pionierstunden zu besonderen Gedenktagen) sind dafür geeignet.

Von großem erzieherischen Wert ist das Bekanntmachen der Schüler mit der internationalen Solidarität, die die Antifaschisten aller Nationen und Weltanschauungen im Lager verband. Dokumente und Gegenstände weisen nach, daß diese ehemalige Folterstätte eine Stätte selbstlosen solidarischen Kampfes der Häftlinge gegen die SS-Bestien war.

Beispiele: Im September 1941 organisierten deutsche politische Gefangene die erste große Solidaritätsaktion für sowjetische Kriegsgefangene, die von Häftlingen aller anderen im Lager vertretenen Nationen unterstützt wurde.

Der Abgeordnete und Lehrer Ernst Schneller war der erste Organisator. Er und seine Helfer (u. a. Mathias Thesen, Gustl Sandtner) verstanden es, politische Häftlinge in die Lagerfunktionen als Blockälteste und Lagerälteste zu bringen. Diese organisierten die Hilfe für viele Kameraden (Lebensmittel, Schutz und Tarnung durch Fälschen von Häftlingsnummern und Karteien).

Auch unter anderen Gesichtspunkten können die Einrichtungen für die Bildungs- und Erziehungsarbeit genutzt werden:

- Ruhm und Ehre den antifaschistischen Kämpfern
- Die Partei als Führerin im Widerstand (organisierte die Widerstandsorganisation, marx. Zirkel, illegale Rundfunkempfänger, Flugblätter usw.)
- Der Faschismus ist der Todfeind der Menschheit (sehr wertvoll eine nach der Befreiung gefundene Flaschenpost, in der die Ermordung sowjetischer Kriegsgefangenen angeprangert wird.)
- Der Faschismus erhebt in Westdeutschland sein Haupt – der Schutz unserer Republik ist im Interesse des Friedens notwendig. (Viele Dokumente weisen nach, daß Mörder von Sachsenhausen heute leitende Funktionen in Westdeutschland ausüben. Der antifaschistische Schutzwall!).

Bei Besuchen sollten die Schüler erkennen, daß alle, die in Sachsenhausen

und in den anderen Lagern kämpften, litten und starben, das auch für sie talen, damit sie in einem vom Faschismus befreiten Land in Freundschaft mit anderen Völkern leben können. So werden in ihnen eine tiefe Verehrung und Achtung geweckt. (U. a. waren Max Reimann, Fritz Selbmann und Hans Seigewasser Häftlinge in diesem Lager.)

Gleichzeitig wachsen Abscheu und Haß gegen die Mörder von gestern, die heute mit ihrer faschistischen Gesinnung führende Positionen im Bonner Staat bezogen haben. Die Schüler sollen zu der Einsicht gelangen, daß wir alles in unseren Kräften stehende tun müssen, diese Henker zu bändigen. So wird der Schüler zu der sittlichen Bereitschaft geführt, sein Vaterland, die Deutsche Demokratische Republik, als Angehöriger der Nationalen Volksarmee gegen jeden Feind zu schützen.«²¹⁰

Informativ und eindrucksvoll waren auch die Hinweise zur Mahn- und Gedenkstätte Ravenbrück:

»Ravenbrück war das größte faschistische Frauenkonzentrationslager. 132 000 Frauen, Mädchen und Kinder aus 23 Nationen wurden hierher verschleppt. Nur 40 000 konnten ihr Leben aus dieser Hölle retten, darunter Rosa und Irma Thälmann. In diesem Lager wurde Katja Niederkirchner erschossen, von hier ging Olga Benario den Weg in die Gaskammern von Bernburg (s. Stephan Hermlin: Die erste Reihe, Verlag Neues Leben).

Vom Herbst 1938 bis zum Frühjahr 1939 mußten 500 Häftlinge des KZ Sachsenhausen das FKL (Frauenkonzentrationslager) aufbauen. Es umfaßte vorerst 14 Wohnbaracken, 2 Krankenbaracken, Duschaum und Küchenanlage und wurde später ständig erweitert.

Trotz der Erweiterungsbauten wurden die Häftlingen immer mehr zusammengepfercht, weil die Häftlingszahlen stiegen. In den Baracken, die für 120 Häftlinge vorgesehen waren, wurden zuletzt 1 000 und mehr untergebracht.

Unter den vielen Methoden zur Vernichtung der Häftlinge spielten unmenschliche Arbeitsbedingungen eine immer größere Rolle.

Die Bekleidungsbetriebe des Lagers deckten 80 % des Kleidungsbedarfs der SS-Truppen.

Ab 1942 wurden Tausende in die Rüstungsindustrie als Arbeitssklaven geschickt. Die Frauen mußten 12 Stunden arbeiten, erhielten eine kärgliche Wassersuppe und wurden grausam mißhandelt und bestraft. Die durchschnittliche Lebensdauer im Lager sank auf 9 Monate. Ehe die Vergasungslager Auschwitz und Lublin von der Roten Armee befreit wurden, gingen ständig Transporte von Ravenbrück in diese Vernichtungslager. Anfang des Jahres 1945 entstand in der Nähe des FKL ein ihm angeschlossenes Vernichtungslager, das Lager Uk-

210 Gedenkstätten und Museen im Bezirk Potsdam. Hrsg. vom Rat des Bezirkes Potsdam. Abteilung Volksbildung. Pädagogisches Bezirkskabinett. Potsdam 1962. S. 5-7 (diesen Beitrag hat der Lehrer Kurt Bischof verfaßt).

kermark. Am 27. April 1945 erfolgte die Evakuierung der Häftlinge. Die SS plante, die Spuren ihrer Unmenschlichkeiten zu beseitigen und die Frauen mit einem Schiff in der Ostsee zu versenken. Durch den schnellen Vormarsch der Roten Armee wurde das verhindert.

Drei Tage nach dem Abmarsch erlebten die 25 000 Häftlinge, die sich auf dem Vernichtungsmarsch befanden, ihre Befreiung, desgleichen die 3 000 Kranken, die im Lager zurückgeblieben waren.

Die Mahn- und Gedenkstätte wurde am 12. Sept. 1959 eingeweiht. Am Eingang, in eine Steinplatte gehauen, liest man die schlichten Worte von Anna Seghers, die die unvergängliche Bedeutung des Kampfes der antifaschistischen Frauen für die junge Generation wiedergeben:

›Sie sind unser aller Mütter und Schwestern. Ihr könntet heute weder frei lernen noch spielen, ja, ihr wäret vielleicht gar nicht geboren, wenn solche Frauen nicht ihre zarten, schwächtigen Körper wie stählerne Schutzschilder durch die ganze Zeit des faschistischen Terrors vor euch und eure Zukunft gestellt hätten.«

Die Gedenkstätte umfaßt folgende Objekte:

Das Zellengefängnis (Bunker) wurde als Museum eingerichtet,

Erschießungsgraben, Krematorium,

die Lagermauer mit den Namen der Länder, aus denen Häftlinge nach hier gebracht wurden,

ein Massengrab mit Hunderten von Opfern, auf das 3 000 Rosen aus Lidice gepflanzt wurden,

2 Frauenfiguren (›Trauernde Frauen‹),

das Mahnmal – Symbol der internationalen Solidarität der Häftlingen, auf einer in den Schwedtsee ragenden Halbinsel errichtet. (Die Plastiken wurden von Nationalpreisträger Prof. Willi Lammert geschaffen).

Beim Rundgang durch das Museum erhält der Besucher an Hand vieler Fotografien, Dokumente und Darstellungen einen erschütternden Eindruck vom Inhalt der Bezeichnung FKL.

Fassunglos steht er vor den Beweisen für die Grausamkeit des faschistischen Systems: Er sieht u. a. Bilder von Kindern, die zu Skeletten abgemagert sind, von Foltermethoden, Versuchsoperationen usw.

Sinn des Museums ist es jedoch nicht, Mitleid für die Gemordeten zu erregen, sondern es soll alle Menschen, besonders alle Deutschen, aufrütteln und anspornen, mit allen Kräften gegen den Faschismus zu kämpfen [...].

Hinweise für den Lehrer sind sinngemäß dem Beitrag über die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen zu entnehmen.«²¹¹

211 Gedenkstätten und Museen im Bezirk Potsdam. Hrsg. vom Rat des Bezirkes Potsdam, Abteilung Volksbildung. Pädagogisches Bezirkskabinett. Potsdam 1962. S. 8ff. (diesen Beitrag hat der Lehrer E. Rasch verfaßt).

3. Antifaschismus und »Aufbau des Sozialismus«

Der vom VI. Parteitag der SED im Januar 1963 proklamierte »umfassende Aufbau des Sozialismus« – der auch beinhaltete, »die sozialistische Revolution auf dem Gebiet von Ideologie und Kultur weiterzuführen«²¹² – bedeutete für die Widerstandsgeschichtsschreibung einerseits noch stärkere Hervorhebung der KPD, bewirkte andererseits aber durchaus auch größere Beachtung des nicht-kommunistischen Widerstandes – vorausgesetzt, daß die »führende Rolle der Partei« gewährleistet war –, nahm die »sozialistische Revolution« doch für sich in Anspruch, Erbe alles Fortschrittlichen und Humanistischen zu sein. Es hieß in dem 1976 angenommenen Programm der SED: »Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ging aus dem mehr als hundertjährigen Kampf der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen feudale Reaktion und kapitalistische Ausbeutung, gegen Imperialismus und Militarismus, Faschismus und imperialistischen Krieg hervor. Sie verkörpert die revolutionären Traditionen des Bundes der Kommunisten und der revolutionären deutschen Sozialdemokratie. Sie setzt das Werk der Kommunistischen Partei Deutschlands fort und erfüllt das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Sie ist die Erbin alles Progressiven in der Geschichte des deutschen Volkes.«²¹³

So wurde seit Beginn der 60er Jahre, begünstigt durch die Entwicklungen in der Sowjetunion nach Stalins Tod 1953 und nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, eine größere Breite in der Sicht auf die Geschichte angestrebt und den bürgerlichen²¹⁴, christlichen²¹⁵ und sozialdemokratischen²¹⁶ Persönlichkeiten

212 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß. Berlin 1978. S. 441f.

213 Programm der SED. In: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 18. bis 22. Mai 1976. Bd. 2. Berlin 1976. S. 209.

214 Siehe Wolfgang Gans Edler Herr zu Putlitz: Unterwegs nach Deutschland. Erinnerungen eines ehemaligen Diplomaten. Verlag der Nation, Berlin 1962. – Vincenz Müller: Ich fand das wahre Vaterland. Hrsg. von Klaus Mammach. Berlin 1963. – Willy Wolff: Die erste Konferenz antifaschistischer deutscher Offiziere in der Sowjetunion. In: ZfG (1965)2. S. 277–289. – Wilhelm Adam: Der schwere Entschluß. Berlin 1965. – Luitpold Steidle: Entscheidung an der Wolga. Berlin 1969. – Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Bd. 1–2. Berlin 1970 (u. a. mit Biographien von Wolfgang Heinze, Johannes Kreiselmaier, Hans Litten, Helmuth James Graf von Moltke, Adam von Trotz zu Solz, Peter Graf Yorck von Wartenburg). – Günther Gereke: Ich war königlich-preußischer Landrat. Berlin 1970. – Ruth Andreas-Friedrich: Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938–1945. Berlin 1972 (mit einem Nachwort von Klaus Drobisch).

215 Siehe als Auswahl Friedrich-Wilhelm Krummacher: Ruf zur Entscheidung. Predigten, Ansprachen, Aufsätze 1944/45. Dokumente aus dem Arbeitskreis für kirchliche Fragen beim Nationalkomitee »Freies Deutschland«. Berlin 1965. – Helmut Dressler: Neuorientierung. Studenten-Arbeiten aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Studium an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin. Berlin 1966. – Raimund Schnabel: Die Frommen in der Hölle. Berlin 1966. – Klaus Drobisch: Wir schweigen nicht! Eine Dokumentation über den antifaschistischen Kampf Münchner Studenten 1942/43. Berlin 1968 (3. Auflage 1977); Wider den Krieg.

ten und Bewegungen mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Die Arbeit von Klaus Drobisch über die »Geschwister Scholl und ihre Freunde« wurde anlässlich des 25. Jahrestages der letzten Aktion der Münchner Studenten und der Ermordung der Geschwister Scholl von den Ministerien für Kultur und Volksbildung und vom Präsidium der Urania in einem Preisausschreiben zur Förderung der populärwissenschaftlichen Literatur 1968/1969 mit einer Lobenden Anerkennung gewürdigt.

Allerdings beurteilte man das Handeln von Christen, Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten oft vor allem aus der Perspektive des kommunistischen Widerstandes. Bewertungsmaßstäbe waren dabei die Bündnispolitik der KPD und die Bündnisbereitschaft nichtkommunistischer Gruppen oder Personen, die an ihrer Einstellung zur KPD, zur Sowjetunion und zum NKFD und an ihrer Bereitschaft gemessen wurden, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Danach erfolgte ihre Einschätzung als »fortschrittlich« oder »reaktionär«. Dieses Begriffspaar »fortschrittlich« und »reaktionär« war bis in die 80er Jahre ein Grundschema für die Beurteilung historischer Prozesse und Persönlichkeiten.

Der ehemalige Widerstandskämpfer und Minister für Volksbildung in der DDR Fritz Lange erinnerte in einem Artikel daran, daß die Traditionen der antinapoleonischen Befreiungskriege eine große Rolle im Kampf gegen den deutschen Faschismus seit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 spielten: »Der historische Vergleich mit dem Jahre 1812, das in einem unlösbaren Verhältnis zu den Befreiungskriegen, besonders zu den Ereignissen des Jahres 1813 steht, drängte sich förmlich auf, um gegen Kleinglauben und Beklemmungen in den eigenen Reihen sowie gegen die Illusionen der Millionen Leichtgläubigen ankämpfen zu können.«²¹⁷ Auch Heinrich Scheel bezeugte, daß die Erinnerung an 1813 in der Aufklärungsarbeit der Schulze-Boysen/ Harnack-Organisation eine wichtige Rolle spielte.²¹⁸

- Dokumentarbericht über Leben und Sterben des katholischen Geistlichen Dr. Max Josef Metzger. Berlin 1970. – Karl Barth: Klärung und Wirkung. Zur Vorgeschichte der Kirchlichen Dogmatik und zum Kirchenkampf. Hrsg. von Walter Feurich. Berlin 1966. – In der Reihe »Christ in der Welt« des Union Verlages Berlin erschienen u. a. Herbert Trebs: Emil Fuchs. Berlin 1965. – Carl-Jürgen Kaltenborn: Dietrich Bonhoeffer. Berlin 1966. – Carl Ordnung: Martin Niemöller. Berlin 1967. – Walter Feurich: Paul Schneider. Berlin 1968.
- 216 Siehe Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Bd. 1–2. Berlin 1970 (u. a. mit Biographien von Rudolf Breitscheid, Theodor Haubach, Johanna Kirchner, Franz Künstler, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Adolf Reichwein.. – Paul Mitzenheim: Der Weg des Pädagogen Adolf Reichwein vom bürgerlichen Demokraten zum antifaschistischen Widerstandskämpfer. In: Protokoll der Konferenz »Die Lehrer im antifaschistischen Widerstandskampf der europäischen Völker (1933–1945)« vom 22.–25. November 1965 an der Pädagogischen Hochschule Potsdam. Potsdam 1966. S. 215f.
- 217 Fritz Lange: Die Bedeutung der progressiven Tradition der Jahre 1812–1813 für den antifaschistischen Widerstand in Deutschland. In: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere (1963)11. S. 2.
- 218 Siehe Heinrich Scheel: Die Rolle der Befreiungskriege in der illegalen Widerstandsliteratur.

Fortgesetzt wurden die Forschungen zur Teilnahme von Jugendlichen am Widerstandskampf.²¹⁹ Die 1982 vorgelegte Gesamtdarstellung »Geschichte der Freien Deutschen Jugend« enthielt einleitend auch Abschnitte über den Kampf antifaschistischer Jugendlicher gegen die Nazi Herrschaft, für die Beendigung des Krieges.²²⁰

Forschung und Diskussion zur Geschichte des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 erhielten 1964 Auftrieb durch das Erscheinen des Buches »20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit« des Moskauer Historikers Prof. Daniil Melnikow in deutscher Sprache.²²¹ Wenngleich auch hier die Gruppe um Goerdeler-Beck nach wie vor als der reaktionäre Flügel der Verschwörung erschien, so hob sich das Buch doch durch Sachlichkeit und Differenzierung in der Sicht deutlich von dem ab, was bisher in der DDR zu diesem Thema gesagt und geschrieben worden war.

Am 19. Juli 1964 strahlte das DDR-Fernsehen den Dokumentarfilm über den 20. Juli 1944 »Revolution am Telefon« von Karl Gass aus, die erste Fernsehdokumentation zu diesem Thema in der DDR. Obgleich noch der bipolaren Sichtweise verhaftet (Goerdeler–Stauffenberg), zeigte sich doch in Ost und West außerordentlich starke Resonanz.²²²

An der Pädagogischen Hochschule »Karl Liebknecht« in Potsdam fand vom 22. bis zum 25. November 1965 eine internationale wissenschaftliche Konferenz zum Thema »Die Lehrer im antifaschistischen Widerstandskampf der europäischen Völker (1933–1945)« statt, die sich auch in Publikationen niederschlug.²²³ Neben den kommunistischen Lehrern erfuhr der sozialdemokratische Pädagoge Adolf Reichwein besondere Würdigung.

- dargestellt am Beispiel der Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack und »Innere Front«. In: Das Jahr 1813. Studien zur Geschichte und Wirkung der Befreiungskriege. Berlin 1963. S. 207–233.
- 219 Siehe Karl-Heinz Jahnke: Jungkommunisten im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus. Berlin 1977; Die antifaschistische Arbeit der Berliner Parteiorganisation der KPD unter der Jugend im Jahre 1939. In: ZfG (1963) 11. S. 1128ff. – Günter Wehner: Zum Anteil der Jugend am antifaschistischen Widerstand in Berlin von 1943 bis 1945. In: Beiträge zur Geschichte der FDJ (1986) 8. S. 26ff. – Margot Pikarski: Jugend im Berliner Widerstand. Herbert Baum und Kampfgefährten. Berlin 1978. – Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung von den Anfängen bis 1945. Rostock 1989.
- 220 Siehe Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Autorenkollektiv: Prof. Dr. Karl Heinz Jahnke (Leiter), Prof. Dr. Wolfgang Arlt (stellvertretender Leiter, inzwischen verstorben), Dr. Roland Grau (Sekretär), Dr. Horst Sieber (Sekretär), Dr. Uwe Drewes, Mitarbeiter: Dr. Heinz Elsen, Dr. Manfred Hein, Heide Lehmann, Dr. Horst Pietschmann, Herbert Thur. 2. Auflage. Berlin 1983.
- 221 Siehe Daniil Melnikow: 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit. 2. Auflage. Berlin 1966.
- 222 Siehe Karl Gass: »Revolution am Telefon«. Erinnerungen an eine Fernsehdokumentation über den 20. Juli 1944. In: Utopie kreativ (1995) 60. S. 59–69.
- 223 Siehe Protokoll der Konferenz »Die Lehrer im antifaschistischen Widerstandskampf der europäischen Völker (1933–1945)« vom 22. – 25. November 1965 an der Pädagogischen Hochschule Potsdam. Potsdam 1966. – Siehe auch Klaus Drobisch/Gerd Hohendorf: Antifaschistische Lehrer im Widerstandskampf. Berlin 1967.

Im Jahre 1965 gab es in der DDR auch eine Art offiziöser wissenschaftlicher Stellungnahme zum 20. Juli 1944. Der Arbeitskreis »Zweiter Weltkrieg« im Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften (später Akademie der Wissenschaften der DDR) veröffentlichte eine 12-seitige »Konzeption zur Darstellung der Verschwörung vom 20. Juli 1944«, die in einigen wesentlichen Aussagen in die 1966 erschienene »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« einfloß.²²⁴ Auch sie begann zunächst mit der damals obligatorischen und wohl von allen DDR-Historikern praktizierten Bramarbasiererei, der grobschlächtigen und unqualifizierten Überschätzung bzw. Fehleinschätzung der Rolle der Arbeiterklasse, der KPD und des NKFD²²⁵:

»Die von der Arbeiterklasse [!] und anderen demokratischen Kräften des deutschen Volkes getragene antifaschistische Widerstandsbewegung unter Führung der KPD [!] war ihrer Form nach ein Kampf gegen den barbarischen Faschismus, ihrem Wesen nach ein Kampf gegen den deutschen Imperialismus.

Aus diesem Kampf war während des Krieges, in der Stunde höchster nationaler Gefahr, die deutsche Antihitlerkoalition [!] entstanden, zu der sich unter Führung der Arbeiterklasse [mindestens 90 % der deutschen Arbeiterklasse, meine ich, waren zu dieser Zeit »tapfere« Hitlersoldaten oder fleißige Rüstungsarbeiter] alle patriotischen Kräfte [!] zusammengeschlossen hatten. Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« entwickelte sich zum politischen und organisatorischen Zentrum der deutschen Antifaschisten [!].«²²⁶

Tatsache ist aber, daß es keine einheitliche deutsche Widerstandsbewegung gab und demzufolge auch kein von allen Gruppen anerkanntes »Zentrum« existieren konnte.

Der 20. Juli wurde in der Konzeption wie folgt eingeschätzt: »Die Verschwörung vom 20. Juli 1944 war Ausdruck einer tiefen Krise, die seit den katastrophalen Niederlagen der Hitlerwehrmacht an der deutsch-sowjetischen Front das faschistische Regime in immer stärkerem Maße erfaßt hatte. Von seiten des führenden reaktionären Flügels der Verschwörung bedeutete der 20. Juli den Versuch, den deutschen Imperialismus durch Beseitigung der Hitlerregierung vor der unvermeidlichen totalen Niederlage zu retten und seine Existenzgrundlagen zu erhalten [...].

Ungeachtet der reaktionären Zielsetzung der führenden Gruppe der Verschwörung ist die Aktion gegen Hitler am 20. Juli 1944, insbesondere das Attentat des Obersten Stauffenberg, als eine antinazistische Tat einzuschätzen, die

224 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden. Bd. 5. Berlin 1966. S. 358 und 411–415.

225 Nachfolgende kritische Anmerkungen in Klammern [!] von mir – K. F.

226 Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg. Hrsg. vom Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften (1965) I. S. 35.

objektiv auf die Beseitigung der barbarischen Herrschaftsform des deutschen Imperialismus gerichtet war.«²²⁷

In der »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« lautete die Formulierung so: »Diese Aktion vom 20. Juli 1944, insbesondere das Attentat des Obersten Claus Graf Schenk von Stauffenberg, war eine antinazistische Tat, die objektiv auf die Beseitigung des Hitlerregimes gerichtet war.«²²⁸ Diese Rabulistik erregte schon damals Unwillen. »Antinazistische Tat« – man wollte Stauffenberg und seiner Tat nicht das Prädikat »antifaschistisch« zugestehen, weil dieses als eine Art Ehrenbezeichnung nur für Kommunisten, einige Sozialdemokraten und für das NKFD galt. Als Begründung wurde indirekt angeführt, daß Stauffenberg und seine bürgerlichen bzw. aristokratischen Freunde ja nicht das »Klassenwesen« des Faschismus als Diktatur des Finanzkapitals erkannt und darum nicht den Widerstand als antiimperialistischen Klassenkampf begriffen hätten. »Objektiv auf die Beseitigung des Hitlerregimes gerichtet« – das klang geradeso, als ob Stauffenberg subjektiv gar nicht so unbedingt für dessen Beseitigung gewesen wäre.

Doch bedeutsam und nach meiner Kenntnis über die damalige Literatur in der DDR hinausgehend war, daß die »Konzeption« die Frage aufwarf und zu beantworten suchte, was eine erfolgreiche Aktion der Verschwörer für das deutsche Volk gebracht hätte:

» 1. Sie hätte den antifaschistisch-demokratischen Kräften bessere Möglichkeiten geboten, für ihre Ziele zu kämpfen und sie durchzusetzen, als der Fortbestand des terroristischen Hitlerregimes.

2. Es hätte die Beendigung des Krieges an allen Fronten erreicht werden können, die den Lebensinteressen des deutschen Volkes entsprach. (Die Westmächte waren 1944 mit Rücksicht auf die Stimmung ihrer eigenen Völker und angesichts der Stärke der Sowjetunion nicht in der Lage, einer etwaigen Goerdeler-Regierung den von dieser erstrebten antisowjetischen Separatfrieden zu gewähren.)

Der Sturz Hitlers und die sofortige Beendigung des Krieges an allen Fronten hätten dem deutschen Volk mehr als die Hälfte seiner Verluste an Gefallenen, Verwundeten und Vermißten im zweiten Weltkrieg (Soldaten wie Zivilpersonen) erspart, die erst die letzten zehn Monate des Krieges forderten. Deutschland hätte erheblich weniger materielle Verluste und Kriegszerstörungen erlitten. Zugleich wären auch die Völker der Antihitlerkoalition von weiteren großen Opfern verschont geblieben.

Die nach geglücktem Attentat unzweifelhaft auflammende antifaschistische Massenbewegung hätte bewiesen, daß das deutsche Volk in der Lage war, sich selbst zu befreien und den Raubkrieg seiner imperialistischen Herren zu been-

227 Ebenda. S. 35 und 36.

228 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden. Bd. 5. Berlin 1966. S. 414.

den. Dadurch hätte es moralisch an Ansehen gewonnen, und das Gewicht der antifaschistisch-demokratischen Kräfte in Deutschland wäre in entscheidendem Maße gewachsen.«²²⁹

Diese für damalige Verhältnisse kühnen, realistischen Gedanken wurden zwar nicht sofort fruchtbar, übten aber Langzeitwirkung aus und fanden immer mehr Beachtung.

In Forschung, Lehre und Publikation dominierten entsprechend der Doktrin nach wie vor Geschichte der Arbeiterbewegung, insbesondere Geschichte der KPD und der SED, sowie die Geschichte der DDR.

Bezeichnend für die von der SED-Führung angestrebte Sichtweise war der 1963 erschienene Bild- und Dokumentenband »Sieger der Geschichte. 120 Jahre Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«.²³⁰ Schon die Umschlagseite veranschaulichte das Geschichtsbild: Porträts von Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel, Karl Liebknecht, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht. Der Teil über den Widerstandskampf enthielt nur Bilder und Dokumente der KPD, der Internationalen Brigaden in Spanien und des NKFD. Die SPD war – im Zusammenhang mit der Volksfront – nur durch ein Bild von Rudolf Breitscheid vertreten.

Die 1966 erschienene achtbändige »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« widmete einen ganzen Band der Geschichte Deutschlands von 1933 bis 1945 und darin besonders dem antifaschistischen Widerstandskampf.²³¹ Erstmals wurde hier ein detaillierter Überblick über den Widerstandskampf in Deutschland und im Exil geboten, in dessen Mittelpunkt, wie der Titel des Werkes lautete, die Organisationen der Arbeiterbewegung standen, aber auch den nichtproletarischen Widerstand beachtete. So hieß es z. B. über Thomas Mann und seine Reden im englischen Rundfunk: »In der Sendereihe ›Deutsche Hörer‹ rechnete er mit dem Faschismus ab und verband diese Auseinandersetzung mit einer kritischen Sicht der deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Tragik der deutschen Geschichte, so sagte er in seiner Rede ›Deutschland und die Deutschen‹, liegt darin, daß die deutsche Einigung nicht auf revolutionär-demokratischem Wege zustande gekommen, daß die Idee der Nation nicht mit der Idee der Freiheit und der Demokratie verbunden war. Sein Roman ›Dr. Faustus – Das Leben des deutschen Tonsetzers Adrian Leverkühn, erzählt von einem Freunde‹, eines der bedeutendsten Werke der

229 Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg. Hrsg. vom Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften (1965) I. S. 36.

230 Siehe Sieger der Geschichte. 120 Jahre Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Bildern und Dokumenten. Berlin 1963 (Hrsg. vom Dietz Verlag unter Beratung durch die Abteilung Propaganda des ZK der SED).

231 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden. Bd. 5: Von Januar 1933 bis Mai 1945. Berlin 1966. – Autorenkollektiv: Walter Ulbricht (Vorsitzender), Horst Bartel, Lothar Berthold (Sekretär), Ernst Diehl, Friedrich Ebert, Ernst Engelberg, Dieter Fricke, Fritz Globig, Kurt Hager, Werner Horn, Bernard Koenen, Wilhelm Koenen, Albert Schreiner, Hanna Wolf.

deutschen antifaschistischen Literatur, war eine scharfe Abrechnung mit der Herrschaft der Bourgeoisie und den geistigen Grundlagen des Faschismus in Deutschland. So halfen die antifaschistischen Schriftsteller mit künstlerischen Mitteln, mit der überzeugenden Kraft ihres Wortes, die Ideale des nationalen, antifaschistischen Kampfes zu verbreiten.«²³²

Ende 1967 erschien die erste Biographie über Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg in der DDR. Sie zeigte, daß die Verschwörung vom 20. Juli nicht vorrangig der Putschversuch einer kleinen Gruppe von Offizieren und reaktionären Politikern war – die es darin zweifellos auch gab –, sondern daß sie eine breitere Basis besaß und im Falle eines Gelingens die Möglichkeit der Beendigung des Krieges und des Zerbrechens der faschistischen Terrorherrschaft eröffnet hätte.²³³ Zurückgekehrt wurde im Prinzip zu der von Anton Ackermann 1945 getroffenen Einschätzung, daß es sich um eine Bewegung »vom Generalfeldmarschall über christliche Gewerkschaftsführer und sozialdemokratische Funktionäre bis zu kommunistischen Gruppen in Betrieben und Wohnbezirken« handelte. Das Buch fand in Ost und West starke Beachtung, stieß aber im IML und im Zentralinstitut für Geschichte auf starke ideologische Vorbehalte. Wenn man kritisch vermerkte, daß ich Stauffenberg im Kontext mit »historischem Fortschritt« zuweilen überhöht gesehen und dargestellt hatte, mußte ich dem zustimmen und bemühte mich in der Folgezeit um Korrektur. Aber man bemängelte vor allem, daß der Klassenkampfcharakter des Widerstandes unbefriedigend vermittelt, zuviel »Westliteratur« unkritisch verarbeitet und ich der sozialdemokratischen Legende von einer breiteren Verwurzelung der Aufstandsbewegung aufgesessen sei, daß die führende Rolle der KPD nicht genügend erkennbar und daß die KPD überhaupt erst auf S. 83 erstmalig erwähnt würde. Negativ schlug auch zu Buche, daß der Westberliner Historiker Dr. Bodo Scheurig und andere im Westen das Buch relativ positiv rezensiert hatten. So hieß es bei Scheurig, noch dazu in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 5. September 1968: »Dieses Buch stellt eine Sensation dar. Sein Ziel heißt Sachlichkeit.« Diese »Ostdarstellung (ist) in einem Ton gehalten, dessen Anständigkeit namentlich unverwöhnten Lesern in der »DDR« Gewinn verheißt. Gewiß ist Finker mit solchem Mut nicht vorangegangen. Es war ein sowjetischer Historiker, Daniil Melnikow, der für Stauffenberg und den Kreisauer Kreis erste Lanzen brach. Trotzdem gleicht Finkers Buch einem Wunder [...] Lassen wir alle hochgemuten Apotheosen beiseite: zu ihnen haben – bei Lichte besehen – Ost und West wenig Grund. Nutzen wir lieber Finkers anständig und sauber ge-

232 Ebenda. S. 384.

233 Siehe Kurt Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944. 1. Auflage. Berlin 1967. – Die 7. Auflage erschien 1989, die Gesamtzahl der Exemplare betrug bis dahin über 80 000. Übersetzungen bzw. Lizenzausgaben erschienen 1972 in der Tschechoslowakei, 1976 in der Sowjetunion, 1977 in der BRD, 1979 in Polen.

schriebenes Buch, um uns über das schlüssig zu werden, was Stauffenberg wirklich gewollt hat.«²³⁴ Dies veranlaßte einen (inzwischen verstorbenen) Geschichtspräsidenten aus dem Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften in einem internen (aber mir vom Verlag übermittelten) Gutachten zu folgender Stellungnahme, die gleichzeitig die damals übliche Gängelei demonstriert, die die Regel war und nicht nur mich betraf: »Eine 2. Auflage sollte unbedingt in Angriff genommen werden. Wenn jedoch B. Scheurig den Verfasser im Übermaß lobt, sollte man sich doch überlegen, was man falsch gemacht hat. Die angeführten 5 Punkte [des Gutachters] müßten bei einer Neuauflage, die sicher eine völlige Neubearbeitung werden müßte, weitestgehend berücksichtigt werden. Mit einer Veröffentlichung des Manuskripts der ersten Auflage, an dem nur diese oder jene Formulierung verändert worden ist, könnte sich der Gutachter nicht einverstanden erklären. Bei diesem Gutachten handelt es sich nicht nur um die Meinung des Gutachters allein, sondern um die Zusammenfassung einer Diskussion, die über das Buch am Institut für Geschichte, Abteilung 1917 bis 1945, unter Hinzuziehung einiger Mitarbeiter des IML geführt worden ist.«²³⁵

Da die Zustimmung zu einer Neuauflage von einer »Neufassung« abhängig gemacht wurde, konnte, obwohl die erste Auflage schon nach Tagen vergriffen war, die zweite Auflage erst 1971 erscheinen. Grundsätzlich veränderte ich den Inhalt nicht – also keine »Neufassung« –, aber ich fügte mich einer ausführlichen »Aktualisierung« im Sinne des schon erwähnten Schemas: Stauffenberg als Vertreter des Fortschritts, dessen Vermächtnis in der DDR lebt; Goerdeler und seine Gruppe dagegen als Inkarnation der Reaktion, deren Geist die BRD beherrscht. Ich schrieb diese »Schlußbemerkungen« zusammen mit dem Cheflektor des Union-Verlages Prof. Günther Wirth, der hilfsbereit und erfahren war und sich in den Gefilden des für die Druckgenehmigung zuständigen Ministeriums für Kultur gut auskannte. Allerdings habe ich in folgenden Auflagen die »Schlußbemerkungen« von den ursprünglich 24 Seiten ständig gekürzt, bis sie in der 1988 fertiggestellten 7. Auflage nur noch sechs Seiten mit einem völlig veränderten Charakter einnahmen.

Am 18. Juli 1969 führten der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR und die Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere in Berlin eine Gedenkveranstaltung anläßlich des 25. Jahrestages des Umsturzversuches durch, auf der Professor Dr. Erich Correns, Präsident des Nationalrats, Prof. Dr.

234 Auch Scheurig hat nach dem Anschluß 1990, wie auch andere wegen ihrer »Fehleinschätzung« der DDR attackierte Historiker in der BRD, seine positiven Ansätze zurückgenommen und das Gegenteil behauptet. Siehe B. Scheurig: Der 20. Juli 1944 – damals und heute. In: »Aus Politik und Zeitgeschichte«, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« vom 15. Juli 1994, S. 20.

235 Privatarchiv Finker.

Walter Bartel, Humboldt-Universität und Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora, sowie Major a. D. Herbert Stöblein, Stellvertretender Chefredakteur der »Nationalzeitung«, Mitglied des Präsidiums des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer und der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, sprachen. Die Veranstaltung diente in starkem und berechtigtem Maße der Auseinandersetzung mit den in Westdeutschland verbreiteten Legenden, die in der Glorifizierung der konservativen Kräfte des 20. Juli gipfelten. An ihre Stelle wurde aber eine vordergründige Glorifizierung der DDR auf der Grundlage von Verzerrungen und Wunschvorstellungen gesetzt. So führte Bartel, der noch einige Jahre zuvor von Hager wegen seiner »Unterschätzung« des ZK der KPD und damit Ulbrichts gerüffelt worden war, jetzt u. a. aus:

»Die Widerstandsbewegung der Arbeiterklasse, in der die KPD, theoretisch und politisch angeleitet von ihrem Zentralkomitee, die führende Rolle ausübte, wollte das faschistische Regime stürzen, ihre Urheber entmachten und ein demokratisches, vom Faschismus und Militarismus befreites Deutschland schaffen.

Die führenden Kräfte des 20. Juli um Goerdeler und die Mehrzahl der Generale und Offiziere wie die hinter ihnen stehenden Herren der Wirtschaft wollten zur Erhaltung ihrer Existenz eine Herrschaftsform der Bourgeoisie durch eine andere ersetzen, ohne dem werktätigen Volk den ihm gebührenden Platz in der neuen Gesellschaft zu gewähren.

Dieser grundlegende Unterschied im Ziel bestimmt den Platz in der Geschichte. Auf der 2. Tagung des Vorbereitungskomitees zum 20. Jahrestag der DDR stellte unser hochverehrter Vorsitzender des Staatsrates Walter Ulbricht fest: »Das wichtigste ist: Das Volk der DDR hat bewiesen, daß es auf deutschem Boden möglich ist, daß das Volk selbst unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei sich imstande erweist, die neue sozialistische Gesellschaft aufzubauen, den Staat der Arbeiter und Bauern zu errichten und zu leiten, sowie die fortgeschrittensten Prozesse der wissenschaftlich-ökonomischen Entwicklung mehr und mehr zu beherrschen.«

Hier, in der DDR, wurde Wirklichkeit, wofür die deutschen Antifaschisten kämpften und starben, was ein Mann wie Oberst Stauffenberg erahnt hat.

Dort, in Westdeutschland, wurde die verhängnisvolle Kontinuität der Herrschaft der Monopolherren, Bankiers, Großgrundbesitzer und Generale fortgesetzt, ein Staat der Millionäre und Milliardäre errichtet [...].

Dort, westlich der Elbe, mißbraucht man den Namen der Widerstandskämpfer, leugnet ihre nationalen und sozialen Ziele, stellt sie in den Dienst der psychologischen Vorbereitung eines neuen Krieges.«²³⁶

Persönlich muß ich anmerken, daß ich zu dieser Veranstaltung nicht eingeladen war, daß man zwar kräftig auf mein Buch Bezug nahm, in indirekter Rede daraus zitierte, weil es Gegenstand westlicher Aufmerksamkeit war, aber ohne auch nur einmal den Titel und den Namen des Autors zu erwähnen.

Der Stauffenberg-Biographie folgte 1978 die erste DDR-Darstellung der christlich-bürgerlich-sozialdemokratischen Widerstandsgruppe »Kreisauer Kreis« um Helmuth James Graf von Moltke, Dr. Peter Graf Yorck von Wartenburg, Prof. Dr. Adolf Reichwein, Dr. Carlo Mierendorff, Dr. Theodor Haubach, Landrat a.D. und Oberstleutnant d.R. Theodor Steltzer, Dr. Adam von Trott zu Solz, Pater Dr. Alfred Delp, Pfarrer Dr. Harald Poelchau, Hermann Maaß u.a.²³⁷

In der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 3. Januar 1979 schrieb der Rezensent Gerhard Schmolze: Finker definiert die »konservative Gesinnung dieser aristokratischen und bürgerlichen Hitlergegner« als »Lebenshaltung, die alles Gute und Positive der Vergangenheit zu bewahren sucht und die nicht wenigen Kreisauern im ethisch-moralischen Bereich Rückhalt bot gegen die Versuchungen des Faschismus, gegen Menschenverachtung und Brutalität.«

Schlägt sich hier eine neue Linie der DDR-Geschichtsschreibung nieder? Entdeckt die auf ihre Weise »konservativ« gewordenen Arbeiter- und Bauernrepublik im konservativen Widerstand gegen Hitler verwandte oder sympathische Züge? [...]

In der sonst auf KPD-Traditionspflege und die Erinnerungsseligkeiten altgewordener Parteifunktionäre beschränkten DDR-Literatur zur Zeitgeschichte hat Kurt Finker [...] schon mit seinem 1967 erschienenen und mittlerweile in fünfter Auflage und einer Übersetzung ins Russische vorliegenden Buch »Stauffenberg und der 20. Juli 1944« sich Rang und Ansehen verschafft. Das auch in der DDR hellwache Interesse an der Geschichte des Dritten Reiches fand hier erstmals eine auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügende und den Stand westlicher Forschung referierende und reflektierende Befriedigung. So wird man Finkers neues Buch auch nicht als Randerscheinung abtun können. Es signalisiert zumindest Veränderungsprozesse auf höherer Ebene. Daß dabei Geschichtsbild und der Gesamtrahmen der Parteideologie in einem unlösbaren Zusammenhang stehen, sei hier nur angemerkt.«

Es war für mich nicht gerade schmeichelhaft und beruhigend, ausgerechnet in der großbourgeoisen, bis heute von Arroganz und Konservatismus strotzenden FAZ als eine Art Wegbereiter einer neuen Etappe der DDR-Widerstandsgeschichtsschreibung apostrophiert zu werden. Doch Ende der 70er Jahre sah man solche Dinge bei uns schon wesentlich gelassener, mir wurden jedenfalls keine negativen Reaktionen bekannt.

Eine besondere Würdigung erfuhr der deutsche Widerstand 1970 durch das Erscheinen des zweibändigen Werkes »Deutsche Widerstandskämpfer 1933–

237 Siehe Kurt Finker: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis. Berlin 1978 (2. überarb. Auflage 1980).

1945«, das Biographien und Briefe von über 530 Widerstandskämpfern verschiedener Weltanschauungen, politischen Richtungen und sozialen Gruppen enthielt.²³⁸ Im Vorwort des Herausgebers, des IML beim ZK der SED, wurden sowohl das humanistische Anliegen des Werkes als auch die politische Indoktrination jener Zeit deutlich:

»Die Streiter gegen Faschismus und Krieg gehörten fast allen Bevölkerungsschichten an. Sie vertraten verschiedene politische Überzeugungen und religiöse Bekenntnisse. Gegen das Tyrannenreich der deutschen Monopolbourgeoisie wagten ihr Leben Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Parteilose, Arbeiter, Bauern, Künstler, Geistesschaffende, Angehörige des Mittelstandes, des Bürgertums und Geistliche. Kämpften die einen aus proletarischem Klassenbewußtsein, die anderen aus demokratischem Rechtsempfinden, wieder andere aus nationaler oder persönlicher Gewissensnot oder aus tiefem religiösen Glauben – das Bekenntnis zum Humanismus, die Liebe zum deutschen Volk und die Sorge um die Zukunft der Nation erfüllte sie alle.

Welchen Schichten des Volkes die Widerstandskämpfer auch angehörten, welches Blatt dieses Buches auch aufgeschlagen wird, stets bestätigt sich das alle verbindende Gemeinsame: Weil tiefe Menschlichkeit und starker Wille sie auszeichnete, kämpften sie für ein neues, besseres Deutschland. Sie konnten und wollten ihre eigene Menschenwürde nicht aufgeben. Sie dachten nicht an die Rettung ihres Lebens um den Preis des Verzichts auf ihre Überzeugungen und auf die Verwirklichung ihrer Ideale [...].

In diesem erbitterten Klassenkampf entrichtete die Kommunistischen Partei Deutschlands den höchsten Blutzoll [...].

Ihnen [den Kommunisten] war die marxistisch-leninistische Weltanschauung auch in dunkelster Kerkergruft verlässlicher Kompaß. Sie kannten die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie wußten, daß die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitete Wende der Menschheitsgeschichte nach schweren und opferreichen Kämpfen auch Deutschland erfassen wird [...].

Diese Politik der KPD bildete die einzige reale Grundlage für den Zusammenschluß aller deutschen Antifaschisten und Hitlergegner zum gemeinsamen Kampf für den Sturz des Hitlerregimes. Um die kommunistischen Parteiorganisationen, die vom Zentralkomitee der KPD über Sender, durch Instrukteure und Beauftragte der Parteiführung geleitet wurden, entstanden große Widerstands-

238 Siehe Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe. Bd. 1–2. Berlin 1970. – Autoren der Biographien: Luise Kraushaar, Hans Dress, Klaus Drobisch, Gertrud Glondajewski, Renate Heimann, Wolfgang Kießling, Regina Knoll, Hans Krusch, Erika Kücklich, Ernst Maßmann, Helga Meyer, Gerhard Nitzsche, Margot Pikarski, Gisela Putzke, Hans Teubner, Elfriede Vogel, Walter Wimmer. Redaktion: Karl Heinz Biernat, Günter Hortschansky, Gerhard Roßmann.

organisationen, die Hitlergegner aus allen Kreisen der Bevölkerung umfaßten. Gegen den Willen und die Politik rechtssozialdemokratischer Führer arbeiteten viele Sozialdemokraten mit Kommunisten zusammen; gemeinsam mit ihnen kämpften Gewerkschafter, patriotische Kräfte aus den Mittelschichten, der Intelligenz und dem Bürgertum. Diese wachsende Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, bürgerlichen Demokraten und Christen, die sich über alle Etappen des antifaschistischen Widerstandskampfes erstreckte, gipfelte in den Jahren des zweiten Weltkrieges in der Gründung des Nationalkomitees ›Freies Deutschland‹, der deutschen Antihitlerkoalition. Diese auf Initiative des Zentralkomitees der KPD ins Leben gerufene Bewegung leitete einen neuen Abschnitt im antifaschistischen Kampf ein [...] Vom Nationalkomitee ›Freies Deutschland‹ führt folgerichtig die Linie zur Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bei der Beseitigung der Überreste des Hitlerfaschismus, der Entmachtung der Kriegsverbrecher und Rüstungskonzerne, der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik [...].

Die antifaschistischen Kämpfer, die die Zeit der Hitlerdiktatur überstanden, nahmen und nehmen im sozialistischen deutschen Staat im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben wichtige Positionen ein. Mit ihren großen Erfahrungen tragen sie zur Erfüllung des Vermächtnisses des antifaschistischen Kampfes bei. Dieses Vermächtnis lebt in den Taten und Werken der Erbauer des Sozialismus [...].

Seit seiner Bildung befindet sich in diesem westdeutschen Staat die Macht in den Händen derjenigen imperialistischen und militaristischen Kreise, die die Hauptverantwortung für die Errichtung der faschistischen Diktatur, für die ungeheuren Verbrechen und für das namenlose Leid tragen, das dem deutschen Volk und anderen Völkern zugefügt wurde. Seit seiner Bildung sitzen in diesem Bonner Staat ehemalige aktive Faschisten und solche, die das barbarische Hitlerregime bis fünf Minuten nach zwölf aktiv unterstützten, in entscheidenden Positionen des Staates, der Wirtschaft, der Justiz, Polizei, Armee und des ideologischen Bereiches [...].

Dieses Werk enthält viele Lebensbilder und Namen aufrechter deutscher Patrioten. Und doch sind es nur wenige aus der großen Zahl antifaschistischer Kämpfer, die ihr Leben für die Zukunft unseres Volkes gaben. Ihrer aller Lebensgeschichte zu berichten ist in diesem Buch unmöglich. Die deshalb gebotene Auswahl verdeutlicht jedoch die Breite und Vielschichtigkeit der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung.²³⁹

239 Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe. Bd. 1. Berlin 1970. S. 5–13.

Bei aller berechtigten Würdigung dieser verdienstvollen Arbeit muß aber hingewiesen werden auf das Schema, das lange Zeit das Geschichtsbild vom deutschen Widerstand und seiner vermeintlichen Aktualität beherrschte:

1. KPD → antifaschistischer Widerstand → NKFD → DDR,
2. NS-Regime → konservativ-reaktionäre Opposition
→ 20. Juli 1944 → BRD.

Nach wie vor ist dazu anzumerken, daß die Anprangerung der Nazi-Präsenz in der BRD ihre volle Berechtigung hatte, daß lange Zeit das dortige Geschichtsbild von den konservativ-reaktionären Kräften dominiert wurde, daß aber die alternative Glorifizierung der DDR die Realität nur selektiv wiedergab. Eine Berufung auf den DDR-Sozialismus als Erfüllung des antifaschistischen Vermächtnisses hätte einen Anspruch besitzen können, wenn es denn ein demokratischer Sozialismus gewesen wäre.

Neben der weiteren Entwicklung der Forschung galten verstärkte Bemühungen auch dem Ziel, die Forschungsergebnisse vor allem für einen breiten Kreis von Lehrern, Referenten und historisch Interessierten nutzbar zu machen. Darum erschienen in dieser Zeit erstmalig in größerem Umfange Nachschlagewerke, in denen dem Widerstandskampf breiter Raum gewidmet wurde.²⁴⁰

Bereits 1959 hatte die Deutsche Staatsbibliothek Ostberlin auf vielfachen Wunsch der Benutzer eine Bibliographie zur Geschichte des Widerstandes – »Nur für den Dienstgebrauch« – zusammengestellt, die die wichtigste ost- und westdeutsche Literatur zu diesem Thema enthielt.²⁴¹

Besondere Bedeutung für Forschung und Lehre besaßen die von Rudi Goguel, selbst ehemaliger Widerstandskämpfer und KZ-Häftling, herausgegebenen Bibliographien. Die 1974 vorgelegte Bibliographie der Literatur zum Widerstandskampf aus der SBZ/DDR umfaßte über 1 800 Titel, davon 86 Nachschlagewerke, 100 Sammelbände (mit Beiträgen mehrerer Autoren), 908 Monographien und Dokumentationen (selbständige Publikationen, Artikel in Zeitschriften), 500 Biographien und Memoiren (selbständige Publikationen, Artikel), 109 Dissertationen und Habilitationsschriften (veröffentlichte und unveröffentlichte, 171 belletristische Arbeiten.²⁴² Eine zwei Jahre später erschie-

240 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil II: Von 1917 bis 1945. Berlin 1966. – Deutsche Geschichte in Daten. Berlin 1967 (hrsg. vom Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften). – Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 1–2. Berlin 1969. – Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon. Berlin 1970. – Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte. Von den Anfängen bis 1945. Berlin 1970.

241 Siehe Bibliographie zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes. Unter Mitarbeit von Franz Karna, Edeltraud Pauscher, Richard Schötzu u. a. Zusammenge stellt von Heinz Gittig. Berlin 1959.

242 Siehe Rudi Goguel: Antifaschistischer Widerstandskampf 1933–1945. Bibliographie. Berlin 1974 (hrsg. vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Zentralleitung).

nene Bibliographie erfaßte die deutschsprachige Literatur und zählte etwa 4 700 Titel.²⁴³ Diese profunde Arbeit des inzwischen verstorbenen Autors harret ihrer Weiterführung und Vervollständigung!

Umfangreicher und aussagekräftiger wurde auch die Literatur zum Widerstand im westlichen Exil.²⁴⁴ In der in den 70er Jahren begonnenen Reihe »Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil« erschienen weitere Bände.²⁴⁵ Beträchtlich wuchs die Zahl der Biographien, Erinnerungsbände und Dokumentationen, die zur Aufhellung und Veranschaulichung der Zeit und ihrer Probleme beitragen.²⁴⁶

- 243 Siehe Rudi Goguel: *Antifaschistischer Widerstand und Klassenkampf. Die faschistische Diktatur 1933 bis 1945 und ihre Gegner. Bibliographie deutschsprachiger Literatur aus den Jahren 1945 bis 1973.* Berlin 1976 (unter bibliographischer Mitarbeit von Jutta Grimann, Manfred Püschner, Ingrid Volz.).
- 244 Siehe als Auswahl Karlheinz Pech: *An der Seite der Résistance. Die Bewegung »Freies Deutschland« für den Westen in Frankreich (1943–1945).* 2. erw. Auflage. Berlin 1987. – Wolfgang Kießling: *Alemania Libre in Mexiko. Ein Beitrag zur Geschichte des antifaschistischen Exils (1941–1946).* Bd. 1–2. Berlin 1974. – *Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten.* Zusammengestellt und bearbeitet von Dora Schaul. Berlin 1985.
- 245 Siehe Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933 bis 1945. Bd. 1: Klaus Jarmatz/Simone Barck/Peter Dietzel: *Exil in der UdSSR.* Leipzig 1970. – Bd. 2: Werner Mittenzwei: *Exil in der Schweiz.* Leipzig 1981. – Bd. 3: Eike Middell/Alfred Dreifuß/Volker Frank/Wolfgang Gensch/Thea Kirfel-Lenk/Jürgen Schebera: *Exil in den USA mit einem Bericht »Shanghai – Eine Emigration am Rande«.* Leipzig 1979. – Bd. 4: Wolfgang Kießling: *Exil in Lateinamerika.* Leipzig 1980. – Bd. 5: Ludwig Hoffmann/Rudolf Hirsch/Birgid Leske/Marion Reinisch/Hansjörg Schneider/Curt Trepte: *Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und in Palästina.* Leipzig 1980. – Bd. 6: Klaus Hermsdorf/Hugo Fetting/Silvia Schlenstadt: *Exil in den Niederlanden und in Spanien.* Leipzig 1981. – Bd. 7: Dieter Schiller/Karlheinz Pech/Regine Herrmann/Manfred Hahn: *Exil in Frankreich.* Leipzig 1981.
- 246 Siehe als Auswahl Wolfgang Kießling: Ernst Schneller. *Lebensbild eines Revolutionärs.* Berlin 1960. – Willy Sägebrecht: *Nicht Amboß, sondern Hammer sein. Erinnerungen.* Berlin 1968. – Fritz Selbmann: *Alternative. Bilanz. Credo. Versuch einer Selbstdarstellung.* Halle/Saale 1969. – Heinrich Becker: *Zwischen Wahn und Wahrheit. Autobiographie.* Berlin 1972. – Greta Kuckhoff: *Vom Rosenkranz zur Roten Kapelle. Ein Lebensbericht.* Berlin 1972. – Max Frenzel/Wilhelm Thiele/Artur Mannbar: *Gesprenkte Fesseln. Ein Bericht über den antifaschistischen Widerstand und die Geschichte der illegalen Parteiorganisation der KPD im Zuchthaus Brandenburg-Görden von 1933 bis 1945.* 2. Auflage. Berlin 1976. – Max Seydewitz: *Es hat sich gelohnt zu leben. Lebenserinnerungen eines alten Arbeiterfunktionärs.* Berlin 1976. – Franz Dahlem: *Am Vorabend des zweiten Weltkrieges. 1938 bis August 1939. Erinnerungen.* Bd. 1–2. Berlin 1977. – *Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933–1945.* 240 Faksimiles und 6 originalgetreue Reproduktionen, zusammengestellt von Margot Pikarski und Güner Uebel. Berlin 1978. – *Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Oktober 1935).* Hrsg. und eingeleitet von Klaus Mammach. Berlin 1975. – *Die Berner Konferenz der KPD (30. Januar–1. Februar 1939).* Hrsg. und eingeleitet von Klaus Mammach. Berlin 1974. – Sigrid Wegner-Korfes: *Der 20. Juli 1944 und das Nationalkomitee »Freies Deutschland«.* Aus persönlichen Unterlagen der Familie von Oberst Ritter Mertz v. Quirnheim. In: *ZfG (1979)6.* S. 535–544.

Eine große Zahl bedeutender Arbeiten zur Widerstandsgeschichte im regionalen Bereich vervollständigte das Bild, wobei die Ende der 50er Jahre geschaffenen Bezirks- und Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED in Zusammenarbeit mit den Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer zunehmende Wirksamkeit entfalteten. Es entstanden, auch unter Einbeziehung von Geschichtsstudenten, bis in die 80er Jahre hinein viele monographische und biographische Abhandlungen, Erinnerungen und auch Dokumentationen, besonders für die Gebiete Berlin-Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, die nur exemplarisch erwähnt werden können.²⁴⁷

- 247 Siehe als Auswahl *Kämpfendes Leuna (1916–1945). Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter. Teil I, 2. Halbband: 1933–1945.* Berlin 1961 (hrsg. von der Kreisleitung der SED VEB Leuna-Werke »Walter Ulbricht«). Ausgearbeitet in Zusammenarbeit mit der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung von einem Autorenkollektiv des Lehrstuhls Geschichte der Arbeiterbewegung am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED). – *Antifaschistische Widerstandskämpfer des Kreises Döbeln (Biographien).* Döbeln 1969 (hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Döbeln).
- Im Jahrbuch zur Geschichte der Stadt Leipzig 1975 erschienen folgende Beiträge, die aus von Prof. Hans Jürgen Friedrich betreuten Dissertationen an der Karl-Marx-Universität hervorgegangen waren: Hans Jürgen Friedrich/Wolfgang Welkerling: *Zur Entwicklung des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der KPD in den Jahren 1933 bis 1935 in Leipzig.* – Gerhild Schwendler: *Zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der KPD in den Jahren 1935 bis 1939 in Leipzig.* – Gerhild Schwendler/Kurt Baller: *Zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der KPD von 1939 bis 1945 in Leipzig.* – Siehe ferner: In der Revolution geboren, in den Klassenkämpfen bewährt. *Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Leipzig-Westachsen.* Leipzig 1986 (hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED). – Werner Branke: *Der unbekanntete Widerstand in Westachsen 1933 bis 1945. Zum Problem des Widerstandsbegriffs.* In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe* 34(1985)2, S. 190–206. – *Widerstandskampf Görlitzer Antifaschisten 1933–1945. Erinnerungen. Dokumente. Kurzbiographien.* Eingeleitet und zusammengestellt von Ernst Kretzschmar. Görlitz 1973. – Siegfried Katzorek: *Aus dem Leben des Arbeiterfunktionärs Otto Scharfschwerdt.* Oranienburg 1972 (hrsg. vom Kreiskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher der Abteilung Volksbildung beim Rat des Kreises Oranienburg). – *Antifaschistischer Widerstandskampf in der Provinz Brandenburg. Biographisches/Bibliographisches.* Potsdam 1982 (hrsg. vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Bezirkskomitee Potsdam, in Zusammenarbeit mit den Bezirkskomitees Cottbus und Frankfurt (Oder). Redaktion: Heino Brandes, Hans Brockmeyer, Arno Hausmann, Kurt Libera, Ursula Schumann). – *Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der KPD in der Provinz Brandenburg 1933–1939.* Potsdam 1978 (hrsg. von der Bezirksleitung Potsdam der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, in Verbindung mit den Bezirkskomitees Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Staatsarchiv Potsdam, Pädagogische Hochschule »Karl Liebknecht« Potsdam Wissenschaftsbereich Deutsche Geschichte, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam. Redaktion: Dr. Friedrich Beck, Arno Hausmann, Reinhard Klopsch, Franz Peplinski, Hans Wendler, Werner Wölk. Einleitung: Prof. Dr. Kurt Finker). – *Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf*

Die wachsende Überwindung von Einseitigkeiten in der Geschichtssicht, die größere Breite und Differenziertheit des Widerstandsbildes in Ost und West und die Ersetzung wissenschaftlich substanzloser Polemiken durch sachliche Kritik beförderten – selbstverständlich im Gesamtrahmen der fortschreitenden internationalen Entspannungspolitik – auch den deutsch-deutschen Historikerdialog. Am 3. und 4. Juni 1978 führten Historiker der Universität Bielefeld eine internationale Konferenz zu Fragen des Widerstandes durch, an der Prof. Walter Bartel und ich teilnehmen konnten.²⁴⁸

Mir war vom Veranstalter das Referat »Probleme des militärischen Widerstandes und des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 in Deutschland« angebo-

- unter Führung der KPD in der Provinz Brandenburg 1939–1945. Eingeleitet und ausgewählt von Prof. Dr. Friedrich Beck, Prof. Dr. Kurt Finker, Dr. Kurt Libera, Hans-Joachim Lippert, Joachim Schulz, Werner Wölk. Teil 1–2. Potsdam 1985 (hrsg. von der Bezirksleitung Potsdam der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, in Verbindung mit den Bezirkskomitees Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Rat des Bezirkes Potsdam, Staatsarchiv Potsdam, Bezirkskabinett für Unterricht und Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam). – Heino Brandes: Börnicke im Osthavelland. Ein dokumentarischer Bericht. Potsdam o. J. (1985) (hrsg. vom Rat des Kreises Nauen, Abt. Kultur, in Zusammenarbeit mit dem Kreiskomitee Antifaschistischer Widerstandskämpfer Nauen mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur). – Helle Sterne in dunkler Nacht. Studien über den antifaschistischen Widerstandskampf im Regierungsbezirk Potsdam 1933–1945. Potsdam 1988 (hrsg. von der Bezirksleitung Potsdam der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Bezirkskomitee Potsdam der Antifaschistischen Widerstandskämpfer. Redaktion: Dr. sc. Werner Bethge, Dr. Kurt Libera (Leiter), Franz Peplinski, Egon Schmager, Hans-Joachim Wolff (Sekretär)). – Klaus Drobisch: Konzentrationslager im Schloß Lichtenburg. Cottbus 1987 (hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Bezirksleitung Cottbus der SED).

Größtenteils hervorgegangen aus Diplomarbeiten an der Pädagogischen Hochschule Potsdam unter Betreuung von Dozent Dr. Kurt Adamy entstanden die zwei Bände: Mitgestalter der Geschichte – Wegbereiter unserer Zeit. Biographische Skizzen. Potsdam 1980 (hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Potsdam in Verbindung mit dem Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Bezirks- und Kreiskomitee Potsdam. Redaktion: Kurt Adamy, Wolf Gerhardt, Heinz Jordan, Karl Schirdewan, Alfred Schlegel, Joachim Schulz, Werner Wölk). – Mitgestalter der Geschichte – Wegbereiter unserer Zeit. Biographische Skizzen Potsdamer Persönlichkeiten. (Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Potsdam. Redaktion: Kurt Adamy, Wolf Gerhardt, Heinz Jordan, Tilo Köhn, Inge Retzke, Hans-Joachim Schreckenbach, Alfred Schlegel, Joachim Schulz, Werner Wölk). – Mecklenburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Bibliographie. Zusammengestellt von Karsten Brand, Karl Heinz Jahnke, Kerstin Urbschat, Rostock 1990. – Karl Heinz Jahnke: Forschungen zum antifaschistischen Widerstandskampf in Mecklenburg 1933–1945. In: BzG (1970)3. S. 481 bis 492.

Siehe auch Günter Wehner: Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung 1939–1945. Berlin 1985 (hrsg. von der Bezirksleitung Berlin der SED, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung).

- 248 Siehe Christoph Kleßmann/Falk Pingel: Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit. Frankfurt/New York 1980.

ten und auch vom DDR-Ministerium für Volksbildung genehmigt worden. Darin setzte ich mich zunächst kritisch mit dem bis dahin in der DDR unüblichen Begriff »militärischer Widerstand« auseinander und behandelte dann »Teilnahme deutscher Antifaschisten am nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936–1938«, »Widerstandsaktionen innerhalb der Wehrmacht«, »Teilnahme deutscher Hitlergegner am bewaffneten Kampf in den Partisanenverbänden und Armee-Einheiten der verbündeten Mächte«, »Stellung der militärischen Führung zur faschistischen Diktatur«, »Ursachen, Hintergründe und Ziele der Militäropposition«, »Charakter und Bedeutung des 20. Juli 1944«.

In der Diskussion lobte Fabian von Schlabrendorff – 1942/1943 als Oberleutnant d.R. Mitarbeiter des Generalmajors Henning von Tresckow im Stab der Heeresgruppe Mitte in Smolensk, 1967 Bundesverfassungsrichter, inzwischen verstorben – mein »vorzügliches Referat«, hielt es jedoch in sechs Punkten für ergänzungsbedürftig²⁴⁹:

1. Keine Macht in Deutschland außer der Wehrmacht hätte Hitler stürzen können. Darum durften die Generäle nicht überstürzt, nicht vorzeitig handeln. Ihre Triebkraft sei nicht allein die »Gesinnungsethik«, sondern vor allem die »Verantwortungsethik« gewesen.

2. Abzulehnen seien die von mir gebrauchten Begriffe »Faschismus« und »Antifaschismus«. Der Faschismus sei eine typisch italienische Erscheinung; der Nationalsozialismus sei dagegen etwas Besonderes, sei ein »ernsterer Frevel«.

3. Bei den Offizieren galten auch die Kommunisten als Mitkämpfer gegen Hitler. »Wir waren Brüder. Uns einte der Kampf gegen Hitler«, erklärte er und führte das Beispiel eines Soldaten an, der sich als Kommunist weigerte, gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Heeresrichter Karl Sack (Chefrichter des Heeres, später Nazigegner, am 9. April 1945 in Flossenbürg gehängt) habe ihn nach Afrika geschickt mit den Worten: »Er bleibt Kommunist. Er kommt nach Afrika!«

4. Schlabrendorff war mit Ernst Niekisch befreundet. Dieser sei auch nach seiner Verhaftung 1937 durch Generaloberst Freiherr von Fritsch geschützt worden.

5. Die Reichswehr sei zum Ermächtigungsgesetz 1933 nicht gefragt worden. Man müsse aber den Politikern, z. B. Theodor Heuß, Vorwürfe wegen ihrer Zustimmung zum Gesetz machen.

6. Tresckow sei gegen den Kommissarbefehl aufgetreten, habe sich gegen die Erschießung von Kommissaren der Roten Armee gewandt. Bei ihnen im Stab der Heeresgruppe Mitte seien Gefühle der Ehre und Ritterlichkeit bestimmend gewesen. Letzteres ergänzte er im Verlauf der Diskussion noch durch die Schilderung der Behandlung des kriegsgefangenen Stalin-Sohnes. Es sei gegen

249 Nach meinen persönlichen Aufzeichnungen.

den Widerstand von SS und Gestapo gelungen, ihn zwei Jahre im Gewahrsam der Wehrmacht zu behalten. Er bekam Offiziersverpflegung, bei Spaziergängen habe Grußpflicht für die deutschen Soldaten bestanden. Nach zwei Jahren gelang es jedoch der SS, sich seiner zu bemächtigen und ihn zu erschließen.

General a.D. R. Oster – Sohn des im April 1945 hingerichteten Nazigegegners Generalmajor Hans Oster, zeitweilig Chef des Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr, inzwischen verstorben – bedauerte ebenfalls, daß ich die Generalsopposition nicht höher bewertet habe, sein Vater hätte sich doch voll gegen den Krieg eingesetzt.

Auf der Grundlage dieser Darlegungen gab es eine lebhafte und interessante Diskussion, die trotz aller Meinungsverschiedenheiten sachlich und kollegial verlief.

Doch wie stark die Borniertheit auf DDR-Seite noch war, speziell wohl im Bereich Volksbildung, muß ich am weiteren Erleben schildern. Die Veranstalter benötigten für ihren vorgesehenen Protokollband selbstverständlich die Vortragsmanuskripte. Obwohl mir erlaubt worden war, den Vortrag zu halten, mußte ich für die Veröffentlichung noch einmal eine Genehmigung des Ministeriums für Volksbildung einholen. Während die Herausgeber mit Recht ungeduldig wurden, da alle anderen Manuskripte vorlagen, ließ man sich im Ministerium für Volksbildung, von Juni 1978 bis Januar 1979 Zeit, um nach mehrmaligen Nachfragen dann kundzutun, daß die Genehmigung für die Veröffentlichung meines Vortrages *nicht* erteilt würde. Auf der Konferenz hatten acht Historiker aus drei Ländern gesprochen, alle Referate lagen für das Protokoll bereit, nur das des Historikers aus der DDR sollte nicht erscheinen, obwohl es, wie mir von vielen Seiten versichert, auch von Prof. Bartel, mit großem Interesse aufgenommen worden war und sich auch Kaplan Dr. Joseph Rossaint von der westdeutschen VVN für eine Veröffentlichung interessierte. Vielleicht war letzteres auch der Grund, zumal ich einige Schablonen beschädigt hatte, indem ich – bei eindeutiger Betonung der bedeutenden Rolle der Kommunisten im Widerstand – die vordergründig-aufdringliche Betonung der »führenden Rolle der Partei« vermieden und auch den 20. Juli 1944 als Teil des militärischen Widerstandes hervorgehoben hatte. Über die Peinlichkeit der Situation machten sich offensichtlich die zuständigen Leiter im Ministerium, keine Gedanken. Einen einfachen Weg zur Überwindung dieser Beschränktheit fand dann der Oberreferent für Geschichte, ein ehemaliger Student aus Potsdam, der mich vorher schon gewarnt hatte: »Wenn die Honecker dein Referat liest, bekommst du die Genehmigung nie.« So war es dann auch, aber mein Genosse forderte mich auf, das Referat auch ohne Genehmigung für das Protokoll zu übergeben, da man es den Veranstaltern ja nicht verwehren könne, »Tonbandaufzeichnungen« abzudrucken. Ich machte also mein Manuskript druckfertig und konnte es den Herausgebern, die mitspielten, als »Tonbandmitschnitt« noch rechtzeitig zustellen.

Schwerwiegender als Vorfälle dieser Art war, daß sich die »Partei- und Staatsführung der DDR« in ihrem Dogmatismus, ihrer Rechthaberei und Lebensfremdheit auch nach innen den neu auftretenden Problemen der Bewußtseinsentwicklung verschloß. Die seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre durchgeführten Forschungen über das Geschichtsbewußtsein in der DDR wurden von der Führung mißtrauisch betrachtet, wenn sie nicht die erwarteten positiven Ergebnisse brachten.²⁵⁰ Die Forschungsgruppe »Sozialistisches Geschichtsbewußtsein« beim Lehrstuhl Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED führte 1972 eine Untersuchung durch, die auf erhebliche Mängel in der Geschichtsvermittlung schließen ließ. Die Jugendlichen hatten zwar ein antifaschistisches Geschichtsbild, besaßen aber zu wenig konkrete Kenntnisse. Prof. Helmut Maier informierte 1996 über das Ergebnis dieser Untersuchung, das damals nicht gefragt war: »In der Erhebung von 1972, die speziell dem Wissen und den Meinungen von Jugendlichen in der DDR über den antifaschistischen Widerstandskampf und den Faschismus gewidmet war, trat zutage, daß die Befragten allen als Widerstandskämpfer bekannten Persönlichkeiten unabhängig von ihrer Individualität stereotyp die gleichen Merkmale zuordneten, d. h. die Namen waren jederzeit auswechselbar, hinter ihnen stand kein Wissen über ihre unverwechselbare Individualität. Das war der pauschalen Kennzeichnung des antifaschistischen Widerstandskampfes als Klassenkampf geschuldet [...] Die Breite des Widerstandes ging dabei unter [...] Damit standen sehr allgemeine und regelrecht abstrakte Vorstellungen über den Faschismus, seine Ideologie, seine Strukturen und die Praxis der Machtausübung im Zusammenhang. Im wesentlichen war nur sein terroristischer Charakter im Blickfeld. Demagogie, Korruption und verschiedene Formen von Anpassungszwängen waren weitgehend unbekannt. Die damals gewonnenen Untersuchungsergebnisse wurden der entsprechenden ZK-Abteilung der SED, aber auch vielen anderen für Bildung und Erziehung zuständigen Organen zugeleitet. Der abschließende Teil der auf den Ergebnissen aufbauenden Dissertation wurde in Form einer Information abgefaßt, die zugleich auch Überlegungen zur Überwindung der konstatierten Unzulänglichkeiten enthielt. Eindringlich wurde gefordert, detaillierte Kenntnisse über das Dritte Reich und seine Politik sowie über die Breite und Vielfalt des Widerstandes zu vermitteln. Leider muß konstatiert werden, daß diese Vorschläge nicht aufgegriffen wurden, so daß die Forschungsergebnisse folgenlos blieben.«²⁵¹

250 Siehe Helmut Meier: *Geschichtsbewußtsein und historische Identität in der DDR. Versuch einer kritischen Bilanz*. Berlin 1996 (Hefte zur DDR-Geschichte 31).

251 Ebenda. S. 38. – Meier bezieht sich hier auf die Dissertation von Christa Köhler: *Die Widerspiegelung des antifaschistischen Widerstandskampfes im Geschichtsbewußtsein der Arbeiterjugend* (dargestellt am Bezirk Leipzig). Phil. Diss. A. Berlin 1980.

Die dogmatische Engstirnigkeit der Volksbildung in Bezug auf die Vermittlung des Geschichtsbildes kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Ich war zwar nie als Autor eines Geschichtslehrbuchs tätig, wohl aber mehrmals als Gutachter der Entwürfe. Ich bin in meinen Gutachten u. a. stets für die Berücksichtigung neuer Erkenntnisse hinsichtlich der Geschichte des 20. Juli 1944 eingetreten, war ich doch daran selbst beteiligt, stieß aber damit im Ministerium für Volksbildung immer auf Ablehnung. Erst 1988 änderte sich das Bild.

V. ÖFFNUNG UND WEITERE FORTSCHRITTE ABER IMMER NOCH DEFIZITE (80ER JAHRE)

1. Neue Publikationen und Diskussionen – neue Aspekte

Der in den 60er Jahren begonnene und unter manchen Rückschlägen sich entwickelnde Prozeß einer umfassenden und differenzierten Darstellung der Geschichte des Widerstandskampfes setzte sich in den 80er Jahren mit größerer Kraft durch. Monographien, Biographien, Memoiren und Dokumentationen beleuchteten neue Seiten des Widerstandes, warfen neue Probleme auf und brachen dabei manche Tabus.²⁵² Der Jurist Wolfgang Weiß berichtete, wie er den wegen »Hochverrats« angeklagten Direktor der Leipziger Köllmann-Werke Wolfgang Heinze vor dem »Volksgerichtshof« verteidigte; Ernst Kehler schilderte seinen Weg vom Reichspostbeamten zum Kämpfer des NKFD; Kurt Meier beleuchtete die Auseinandersetzungen der Bekennenden Kirche mit der faschistischen Kirchenpolitik aus der Sicht eines evangelischen Kirchenhistorikers; Gerhard Kegel beschrieb das Leben eines Nazidiplomaten u. a. in Warschau und Moskau; der als deutscher Kommunist im Dienste der sowjetischen Aufklärung stand. Der Band mit den publizistischen Äußerungen der amerikanischen Jour-

252 Siehe Bruno Retzlaff-Kresse: *Illegalität–Kerker–Exil. Erinnerungen aus dem antifaschistischen Kampf*. Berlin 1980. – Alexander Abusch: *Der Deckname. Memoiren*. Berlin 1981. – Heinz Hoffmann: *Mannheim. Madrid. Moskau. Erlebtes aus drei Jahrzehnten*. 2. Auflage. Berlin 1982. – Kurt Meier: *Der evangelische Kirchenkampf*. Bd. 1–3. Halle 1984. – *In jenen Tagen*. Schriftsteller zwischen Reichstagsbrand und Bücherverbrennung. Eine Dokumentation. Zusammengestellt von Friedemann Berger u. a. Leipzig/Weimar 1983. – Kurt Finker: *Politischer Realismus und militärisches Verantwortungsbewußtsein. Einige geschichtliche Erfahrungen aus dem 20. Juli 1944*. In: *Militärgeschichte* (1984)3. S. 195–200. – Wolfgang Brekke: *Schriftsteller im antifaschistischen Widerstand 1933 bis 1945 in Deutschland*. Berlin/Weimar 1985. – Gerhard Kegel: *In den Stürmen unseres Jahrhunderts. Ein deutscher Kommunist über sein ungewöhnliches Leben*. Berlin 1987. – Dorothy Thompson: *Kassandra spricht. Antifaschistische Publizistik 1932–1942*. Leipzig/Weimar 1988. – Wolfgang Weiß: *Vom Tagebuch bis zum Todesurteil. Erinnerungsbericht*. Berlin 1988. – Ernst Kehler: *Einblicke und Einsichten. Erinnerungen*. Berlin 1989. – Harry Naujoks: *Mein Leben im KZ Sachsenhausen 1936–1942. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten*. Berlin 1989.

nalistin Dorothy Thompson enthielt auch Rundfunkansprachen an einen anonymen deutschen Freund unter dem Titel »Listen, Hans« (Hör zu, Hans) aus dem Jahre 1942. Bei diesem Freund handelte es sich um Helmuth James Graf von Moltke, den führenden Kopf des Kreisauer Kreises, der der Journalistin aus der Vorkriegszeit persönlich bekannt war. Obwohl D. Thompson nach dem Kriege auf antikommunistische Positionen übergegangen war, wurden ihre Arbeiten veröffentlicht – ein noch wenige Jahre zuvor undenkbarer Vorgang. Harry Naujoks schilderte in seinem vom Pahl-Rugenstein Verlag Köln in Lizenz übernommenen Erinnerungsbuch schonungslos die KZ-Realität ohne Tabus, mit Würdigung, aber ohne falsche Glorifizierung des Widerstandes.

Der Dietz Verlag setzte die 1980 begonnene »Schriftenreihe Geschichte« fort und brachte in diesem Rahmen auch wichtige Arbeiten zur Geschichte des Widerstandes heraus.²⁵³

Von wesentlicher Bedeutung für die Positionsbestimmung und damit für die weitere Arbeit war der 1980 von Dietrich Eichholtz und Kurt Goßweiler herausgegebene Sammelband »Faschismus-Forschung. Positionen, Probleme, Polemik«, der in 17 Beiträgen zusammenfassend den »Stand der Faschismusforschung in der DDR« präsentierte und zugleich darüber hinausführte, »indem er neue Themen aufgreift, neue Probleme aufwirft und neue Forschungsergebnisse vorlegt.«²⁵⁴ Weiter sagten die Herausgeber zum Anliegen des Bandes: »Selbstverständlich stand und steht in der DDR, dem sozialistischen deutschen Staat, im Gesamtkomplex der Faschismusthematik die Erforschung des antifaschistischen Widerstandskampfes während der faschistischen Diktatur an vorderster Stelle. Das Interesse erfolgreichen Kampfes gegen den Faschismus macht es indessen gleichermaßen erforderlich, den Faschismus selbst als eigenen Forschungsgegenstand einer möglichst umfassenden wissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen. Das ist das vordringliche Anliegen des Bandes.«²⁵⁵

253 Elfriede Fölster/Maria Weiterer: Siegfried Rädcl. Aus seinem Leben. Berlin 1980. – Robert Nedermeyer: Es begann in Hamburg. Ein deutscher Kommuniste erzählt aus seinem Leben. Berlin 1980. – Heinz Kühnrich: Der KZ-Staat. Die faschistischen Konzentrationslager 1933–1945. Berlin 1980. – Margot Pikarski/Günter Uebel: Die KPD lebt! Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933–1945. Berlin 1980. – Charlotte Müller: Die Klempnerkolonne im KZ Ravenbrück. Erinnerungen des Häftlings Nr. 10787. Berlin 1981. – Heinz Kühnrich: Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933–1945. Berlin 1983. – Fritz Zimmermann: Otto Buchwitz. Ein Lebensbild. Berlin 1984. – Wilhelm Florin. Reden und Aufsätze. Mit einem biographischen Abriß. Berlin 1986 (biographischer Abriß und Redaktion Siegfried Itershagen und Leo Kuntz). – Gestapo-Berichte über den Widerstandskampf der KPD 1933 bis 1945. Ausgewählt, eingeleitet und bearbeitet von Margot Pikarski und Elke Warning. Bd. 1–3. Berlin 1989.

254 Faschismus-Forschung. Positionen, Probleme, Polemik. Hrsg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Goßweiler. 2., durchgesehene Auflage. Berlin 1980. S. 16.

255 Ebenda. S. 15f.

In seiner Übersicht »Zum antifaschistischen Kampf der KPD« wies Klaus Mammach wiederum darauf hin, daß am Widerstand unterschiedliche Kräfte mit verschiedenartigen Zielen beteiligt waren: »Die antifaschistische Einstellung der politischen Kräfte, die an der Widerstandsbewegung gegen das Hitlerregime teilnahmen, war unterschiedlich ausgeprägt und ging unterschiedlich weit. Diese Kräfte verfolgten über die Beseitigung des Naziregimes hinaus verschiedenartige Ziele, bedingt durch ihre verschiedenen sozialen Positionen und politischen Auffassungen. Reformistische und bürgerliche Gruppen von Hitlergegnern erstrebten eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor der faschistischen Diktatur. Die Kommunisten verfochten einen konsequenten Antifaschismus. Für sie war antifaschistischer zugleich antiimperialistischer Kampf. Mit ihrer antifaschistischen Strategie und Taktik wies die KPD dem deutschen Volk den Weg, der aus der vom deutschen Faschismus heraufbeschworenen Katastrophe heraus- und nicht zum Status quo ante, sondern – über ihn hinausgehend – zu echten gesellschaftlichen Veränderungen hinführte, den einzigen Weg, der die Wiederkehr jeglicher faschistischer Gefahr, gleich in welcher Gestalt, mit der Beseitigung ihrer Ursachen, ihrer ökonomischen und politischen Wurzeln, für immer unmöglich machte.«²⁵⁶

Die Betonung der unterschiedlichen Struktur der Widerstandskräfte berührte einmal mehr die Definition des Widerstandes und des Antifaschismus. Dieses Thema war u. a. Gegenstand eines internationalen Kolloquiums am 28. Februar und 1. März 1984 in Sellin (Rügen), an dem auch namhafte Historiker aus der BRD teilnahmen. Die DDR war u. a. durch Rolf Badstübner, Simone Barck, Günter Benser, Werner Bramke, Gerald Diesener, Klaus Drobisch, Dietrich Eichholtz, Kurt Finker, Kurt Goßweiler, Olaf Groehler, Paul Heider, Leonore Krenzlin, Heinz Kühnrich, Wolfgang Mühlfriedel, Heinz Niemann, Kurt Pätzold, Jochen Petzold, Heinrich Scheel, Dieter Schiller, Wolfgang Schumann, Siegfried Thomas, Sigrid Wegner-Korfes und Walter Wimmer vertreten. Es setzte sich die Auffassung durch, daß das Wesen des antifaschistischen Widerstandes nicht allein mit dem Begriff Klassenkampf zu erfassen sei, daß er darüber hinausreiche. Wimmer vermerkte, daß auch Kräfte mit antikommunistischer Herkunft und entsprechenden Vorbehalten am Kampf gegen den Faschismus teilnehmen können, wenn dies nicht als Vorwand für antikommunistische Bestrebungen dient. Groehler wies darauf hin, daß nicht jede Kritik am Faschismus schon Antifaschismus bedeutet, sie kann auch Ausdruck von Widersprüchen im Faschismus sein. Gleichermäßen gelte, daß Gesinnung allein noch keinen Antifaschismus darstellt, dazu gehöre auch der Kampf gegen den Faschismus.

Im März 1983 fand an der Freien Universität Amsterdam eine internationale Konferenz zur Geschichte des europäischen Widerstandes statt, an der aus

der DDR Heinrich Scheel, Klaus Scheel, Karlheinz Pech, Klaus Drobisch und Kurt Finker teilnahmen und auf der u. a. Drobisch zum Thema »Christen im deutschen Widerstand« referierte.

Die Analyse des Widerstandes in Westsachsen regte Werner Bramke an, »den Widerstand zahlenmäßig größer anzusetzen, die Motivation seiner Träger und seine Formen differenzierter zu sehen«. Bramke verstand »unter Widerstand Handlungen und Haltungen, die gegen das faschistische Regime oder gegen dessen wesentliche Teile gerichtet waren und in denen sich zumindest ansatzweise bewußter Antifaschismus artikuliert«. Antifaschistischer Widerstand trug immer objektiv zum gesellschaftlichen Fortschritt bei, auch dann, wenn einzelne seiner Träger von ihrer konservativen Position aus antisozialistische Positionen vertraten. Die klarste Alternative und das in sich geschlossene Bild vom künftigen Deutschland entwickelten die Kommunisten.

»In dieses Bild fanden auch Positionen von Nichtkommunisten Eingang, wie überhaupt das alternative Denken nichtproletarischer Widerständler ein Beitrag zur antifaschistischen Alternative darstellte. Nichtkommunistische Widerstandskämpfer wollten mit ihren Aktionen keinesfalls immer die politischen und ökonomischen Grundlagen des Regimes angreifen. Aufgrund der engen Verflechtung von faschistischen Institutionen und der kapitalistischen Basis wirkte ihr Beitrag jedoch letztendlich als Moment des Klassenkampfes.

Widerstand muß stets historisch und konkret gesehen werden, wobei der Zeitpunkt, das politische und soziale Umfeld und die Region mit ihren Besonderheiten, auch den historisch gewachsenen, zu berücksichtigen sind.

Diese Besonderheiten bestimmten den »kleinen« Widerstand, d. h. die Widerstände von Antifaschisten im Alltag und außerhalb fester Organisationen, in stärkerem Maße als den in jenen Organisationen. Der zahlenmäßig beachtliche »kleine« war gewiß nicht effektiver als der der großen, auf den Sturz des Faschismus zielenden Organisationen, aber er ergänzte diesen wirkungsvoll, diente ihm immer wieder als Basis für neue Kader, und die vielen tausend Nadelstiche stellten eine erhebliche Beunruhigung für die faschistische Herrschaft dar. Es darf schließlich nicht übersehen werden, daß dieser zu einem guten Teil bisher wenig bekannte Kreis von Antifaschisten, daß außerdem jene Menschen, die wider Willen in den Verfolgungsmechanismus gerieten, dazu die meisten Unentschlossenen an der Peripherie des antifaschistischen Widerstandes, daß diese insgesamt recht große Zahl von Menschen ein mitentscheidender Faktor für eine schnell in Breite und Tiefe gehende antifaschistisch-demokratische Bewegung nach der Befreiung wurde.«²⁵⁷

257 Werner Bramke: Der unbekanntete Widerstand in Westsachsen 1933 bis 1945. Zum Problem des Widerstandsbegriffs. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe 34(1985)2. S. 190–206.

Ende der 70er Jahre war in der DDR-Geschichtswissenschaft die Frage nach Erbe und Tradition aufgeworfen worden. Damit im Zusammenhang stand ein spezifischer Umstand, der die Beschäftigung mit dem nichtkommunistischen Widerstand förderte. Es handelte sich um die These von der Herausbildung einer sozialistischen deutschen Nation in der DDR.²⁵⁸ So umstritten diese These ist – objektiv förderte sie die Geschichtswissenschaft, weil sie die Historiker noch nachdrücklicher aufforderte, die deutsche Geschichte in ihrer Gesamtheit, nicht nur begrenzt auf revolutionäre und proletarische Bewegungen, zu erforschen und darzustellen. Das förderte auch die stärkere und exaktere Differenzierung innerhalb der Gruppen des Widerstandes.

In dem Zeitschriftenartikel »Erbe und Tradition im Geschichtsverständnis der DDR« zog Prof. Walter Schmidt, Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, im Juli 1988 eine Bilanz, die in wesentlichen Teilen richtig, aber von der allgemein üblichen Glättung noch nicht frei war: »Weiterführende Überlegungen brachten Arbeiten und Debatten über den antifaschistischen Widerstandskampf, insbesondere im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Bewegung des 20. Juli 1944 [Nicht erst jetzt und auch nicht erst als Ergebnis der Erbe-Diskussion – K. F.]. Das sozialistische Antifaschismusverständnis hatte von vornherein gemeinsam mit den Leistungen der Kommunisten, die die Hauptlast trugen, auch den antifaschistischen Aktivitäten der Sozialdemokratie und dem kirchlichen Widerstand hohe Anerkennung gezollt [aber nur begrenzt – K. F.]. Nun erfuhr auch der Widerstand bürgerlicher und militärischer Hitlergegner eine ausgewogenere Beurteilung, ohne daß die Kritik an deren zum Teil eindeutig imperialistischer Zielsetzung zurückgenommen wurde. Hatten Literatur und Filmkunst von Anfang an Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch den Faschismus der Gesellschaft bewußtgemacht [auch Geschichtsschreibung und Geschichtsunterricht!], so fanden in den letzten Jahren deren Schicksal und antifaschistischer Widerstand auch in der geschichtswissenschaftlichen und propagandistischen Arbeit eine zunehmend größere Bedeutung.«²⁵⁹

Die bisherigen Ergebnisse der Erbe-Tradition-Diskussion wurden 1988 in einem Band dokumentiert.²⁶⁰ Die Herausgeber, Prof. Helmut Meier, stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, und Walter Schmidt, charakterisierten die Problemlage, artikulierten dabei allerdings auch

258 Walter Schmidt: Das Zwei-Nationen-Konzept der SED und sein Scheitern. Nationsdiskussionen in der DDR in den 70er und 80er Jahren. Berlin 1996 (Hefte zur DDR-Geschichte 38).

259 Walter Schmidt: Erbe und Tradition im Geschichtsverständnis der DDR. In: Einheit (1988) 7, S. 642.

260 Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker. Hrsg. von Helmut Meier und Walter Schmidt. Berlin 1988.

einmal mehr die bei den DDR-Historikern allgemein herrschende unkritisch-dogmatische Fortschrittgläubigkeit und die Glorifizierung einer imaginären »Arbeiterklasse« als angeblich herrschender Klasse, die es in dieser Weise überhaupt nicht gab, formulierten aber zugleich bedenkenswerte und weiterführende Positionen:

»Wir ignorieren oder eskamotieren in unserem Verhältnis zur deutschen Geschichte nicht – wie manche bürgerliche Ideologen und Politiker es der DDR unterschieben möchten – die reaktionäre Klassenlinie. Unser historisches Bewußtsein schließt das umfassende Wissen und die klare Erkenntnis über die verhängnisvolle Rolle der reaktionären deutschen Ausbeuterklassen in der Geschichte, bis zur jüngsten Vergangenheit, für das eigene Volk wie für viele Völker Europas ein. Die Erbauer des Sozialismus auf deutschem Boden können auf dieses Wissen um so weniger verzichten, als erst daraus das volle Verständnis für die Schwere und Kompliziertheit ihres eigenen Kampfes und des Ringens ihrer Vorkämpfer, das volle Verständnis aber auch für die Größe des in der DDR mit dem Sozialismus erreichten geschichtlichen Erfolges wächst. Das Wissen um die Verbrechen der reaktionären Kräfte in der deutschen Geschichte ist zugleich eine wesentliche Quelle des Hasses und des Abscheus gegen die Feinde des gesellschaftlichen Fortschritts, des leidenschaftlichen Bekenntnisses für den Sozialismus, des Stolzes auf diese Ordnung, die mit diesen Traditionen Schluß gemacht hat, der entschlossenen Tat für ihre Stärkung in Gegenwart und Zukunft.

Die heute siegreiche Arbeiterklasse der DDR war sich jederzeit mehr als jede andere Klasse in der deutschen Geschichte der großen Verantwortung bewußt, die ihr angesichts der Stärke und Gefährlichkeit der deutschen Reaktion zufiel. Sie hat ihre Verantwortung auch wie keine Klasse zuvor dadurch wahrgenommen, daß sie im Bündnis mit allen werktätigen Klassen und Schichten erstmals in der deutschen Geschichte die Macht der Reaktion bis in die Wurzeln zerstörte, deren Wirken auf unserem Territorium ein für allemal die Grundlage entzog und dem gesellschaftlichen Fortschritt in Gestalt des Sozialismus Bahn brach. In unserem Geschichtsbild hat aus allen diesen Gründen die Kenntnis des Reaktionären in der deutschen Geschichte einen festen Platz. Aber dieses Erbe ist darum noch lange nicht das unsere; es gehört nicht in die Traditionslinie unseres sozialistischen Staates.

Unsere Traditionen sind andere, sind die Traditionen des Kampfes gegen die Reaktion. Die DDR ist als sozialistischer deutscher Staat aus dem Ringen der progressiven Kräfte in der deutschen Geschichte erwachsen. Deren Werk setzen wir fort und vollenden wir [...].

Unser Traditionsverständnis hebt daher stets zwei Aspekte des Verhältnisses der sozialistischen DDR zur deutschen Geschichte in ihrer Gesamtheit hervor: *erstens* die *Fortsetzung* und *Vollendung* der progressiven, humanistischen,

revolutionären Traditionen des Volkes und *zweitens* den entschiedenen, endgültigen *Bruch* mit der deutschen Reaktion. »Unser sozialistischer Staat verkörpert die Kontinuität alles Guten, so, wie er den radikalen Bruch mit allem Reaktionsären in der deutschen Geschichte verkörpert.« [Aufruf des ZK der SED, des Staatsrates, des Ministerrates und des Nationalrates der Nationalen Front der DDR zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR].²⁶¹

Zwei Beiträge dieses Bandes bezogen sich unmittelbar auf die Widerstandsgeschichte und hatten somit eine gewisse orientierende Funktion: Kurt Finker: Zum Widerstandskampf kleinbürgerlicher und bürgerlicher Nazigegner in Deutschland (Diskussionsbeitrag auf einer wissenschaftlichen Konferenz zum 30. Jahrestag der DDR 1979); Olaf Groehler/Klaus Drobisch: Der 20. Juli 1944 (Artikel in der »Einheit« zum 40. Jahrestag des 20. Juli 1944, 1984).

Am 21. und 22. Januar 1983 veranstalteten das Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Kulturbund der DDR eine Arbeitstagung zum Leitgedanken »Künstler und Künste im antifaschistischen Kampf 1933 – 1935«.²⁶² Folgende Themen wurden behandelt: Dieter Schiller: Zum antifaschistischen Bündnis deutscher Schriftsteller 1933; Klaus Mammach: Antifaschistische Bündnispolitik 1933–1935; Jochen Petzold: Theorien und Legenden über den Faschismus; Leonore Krenzlin: Bücherverbrennung Mai 1933 – Inszenierung und Wirkungen; Sigrid Bock: »Dichterkademie«, Schutzverband Deutscher Schriftsteller, Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller 1933; Silvia Schlenstedt: Debatte um die »schweigenden Intellektuellen«; Klaus Sohl: Reichstagsbrand – Braunbücher – Verbreitung der antifaschistischen Kampffront; Gilbert Badia: Kampagne zur Freilassung Dimitroffs in Frankreich; Tamara Motyljowa: Antifaschistische Schriftsteller als Wegbereiter der Volksfront; Wolfgang Gersch: Erste antifaschistische Filme im Exil; Harald Olbrich: Antifaschistische deutsche bildende Kunst; Jürgen Schebera: Einheitsfront der Arbeitermusik kontra Faschismus; Wolfgang Klein: Paris 1935 – Revolution und Antifaschismus.

Am 15. und 16. Dezember 1983 führte das ZK der SED in Berlin eine gesellschaftswissenschaftliche Konferenz durch, auf der Politbüromitglied Prof. Kurt Hager das Hauptreferat hielt und dabei u. a. folgendes zur Geschichtswissenschaft sagte:

»Immer haben wir dabei im Auge, daß im Mittelpunkt unseres Traditionsbildes die revolutionären Traditionen unseres Volkes, vor allem der deutschen

261 Ebenda. S. 29–31.

262 Künstler und Künste im antifaschistischen Kampf 1933–1935. Beiträge zu einer Arbeitstagung des Zentralinstituts für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR und des Kulturbundes der DDR, Berlin, 21.–22. Januar 1983. Redaktion: Manfred Hahn, Zentralinstitut für Literaturgeschichte, Berlin 1983.

Arbeiterbewegung, und die Geschichte unserer marxistisch-leninistischen Kampfpartei stehen.

Wir werden unser Traditionsbild ständig weiter ausbauen und uns mit dem historischen Erbe auseinandersetzen. Dabei werden wir um keinen Abschnitt, kein Ereignis, keine Persönlichkeit der deutschen Geschichte einen Bogen machen [...].

Die Geschichte kennt Beispiele, wo Vertreter von Ausbeuterklassen, ohne ihren klassenbedingten Erkenntnishorizont zu sprengen, sich den Blick auf Realitäten zu bewahren oder auf bitteren Umwegen zu erringen vermochten. Dafür könnten in der deutschen Geschichte Persönlichkeiten wie Yorck von Wartenburg, Bismarck, Rathenau, Stauffenberg und andere Persönlichkeiten der Verschwörung vom 20. Juli 1944 stehen, die unter ganz unterschiedlichen geschichtlichen Umständen aus sehr verschiedenen Klasseninteressen und Motiven heraus handelten.²⁶³

Einige DDR-Historiker hatten – wie gezeigt wurde – dieses »Traditionsbild« auch ohne Politbürosanktion bereits viele Jahre vorher schon so gesehen und dazu etliche Publikationen herausgebracht, zumeist aber nicht im SED-eigenen Dietz Verlag. Womit gleichzeitig bewiesen ist, daß es durchaus Freiräume gab, wenn man nur ernsthaft wollte!

Auch außenpolitische Ereignisse hatten Einfluß auf das Geschichtsbild und die Geschichtsschreibung in der DDR. Im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß und den Bemühungen um Entspannung und Abrüstung in Europa, an denen die Regierung der DDR nicht unbeteiligt war – wenngleich sie innenpolitische Konsequenzen in bezug auf Menschenrechte vermissen ließ –, entstand die Forderung nach der »Koalition der Vernunft«. Historische Vorformen einer solchen Koalition wurden in der Bewegung »Freies Deutschland« und in der Bewegung des 20. Juli gesehen.

Höhepunkt der Beschäftigung mit dem Thema 20. Juli war das von 180 Teilnehmern besuchte und von Presse und Fernsehen stark beachtete Kolloquium aus Anlaß der Würdigung des 40. Jahrestages des Umsturzversuches am 18. Juli 1984 in Berlin (Ost), veranstaltet von der Historiker-Gesellschaft und dem Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Das Kolloquium war die erste große wissenschaftliche Veranstaltung, auf der die Stellung des 20. Juli und die Rolle nichtkommunistischer Widerstandskämpfer erörtert wurde. Im von Kurt Finker vorgetragenen Hauptreferat hieß es, und das war neu in der offiziellen Sicht: »Die Aktion vom 20. Juli 1944 mißlang, die Handelnden fielen dem faschistischen Terror zum Opfer. Dennoch war dieser Einsatz nicht sinnlos. Es war eine Tat von historischem und nationa-

263 Kurt Hager: *Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche – Triebkräfte und Werte des Sozialismus*. Rede auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des ZK der SED am 15. und 16. Dezember 1983 in Berlin. Berlin 1983. S. 63f.

lem Rang, er hat einen Ehrenplatz in der Geschichte des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes.«²⁶⁴

Breit zeigte sich die Palette der Diskussionsbeiträge und veranschaulichte somit das erweiterte Spektrum: Heinz Kühnrich: KPD und 20. Juli 1944; Werner Bramke: Bündnisbeziehungen zwischen Kommunisten und bürgerlichen Patrioten in der Endphase des Krieges; Heinrich Scheel: »Rote Kapelle« und 20. Juli; Klaus Drobisch: Innenpolitische Krise des Faschismus und 20. Juli; Sigrid Wegner-Korfes: Der Weg des Grafen Werner von der Schulenburg vom Botschafter zum Verschwörer; Otto Hennicke: Militärpolitische Situation im Sommer 1944 und Aussichten des Krieges; Wolfgang Schumann: Industrie und 20. Juli; Olaf Groehler: Hitlerwehrmacht und Offiziersopposition; Jochen Petzold: Erfahrungen von 1918 in der Offiziersbewegung gegen Hitler; Günther Wirth: 20. Juli als »Traditionslinie« der reaktionären Führung in der CDU 1945/1946 und Gegenpositionen; Heinz Niemann: Sozialdemokratie und 20. Juli; Kurt Pätzold: Prof. Dr. Walter Arndt – Opfer des Terrors 1944; Gerald Diesener: NKFD und 20. Juli. Heinz Scheel, selbst Angehöriger der »Roten Kapelle«, bekräftigte in seinem Schlußwort: »Die Männer des 20. Juli hatten den Sprung über den Graben gewagt, und darum ist ihre historische Leistung eine wahrhaft antifaschistische Tat, die im Falle des Gelingens die schnelle Beendigung des Krieges an allen Fronten zur Folge gehabt hätte.«²⁶⁵

Am 20. Juli 1984 widmete das »Neue Deutschland«, Zentralorgan der SED, dem 40. Jahrestag des Umsturzversuches eine ganze Seite mit Text und Bildern. Erstmals fanden sich in dieser Zeitung nicht nur Porträts von Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Adolf Reichwein und den beteiligten Kommunisten, sondern auch von Helmuth James Graf von Moltke, Jesuitenpater Alfred Delp und Generalmajor Henning von Tresckow.²⁶⁶ Am Abend sendete das DDR-Fernsehen erstmalig eine Fernseh-Diskussion von Historikern, auf der – ich spreche als Beteiligter – nicht vorbereitete Statements vorgelesen, sondern Meinungen erörtert wurden.

In einem Bericht von Heinrich Scheel als Präsident der Historikergesellschaft an die Abteilung Wissenschaft im ZK der SED hieß es:

»Aus der breiten Erörterung der Thematik des 20. Juli 1944, mit der erstmals diese Fragestellung auf die Haltung der deutschen Bourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus ausgeweitet wurde, ergibt sich die Notwendigkeit, diesen Themenkomplex umfassender auszuarbeiten, nicht allein bei der Bewegung des 20. Juli 1944 stehenzubleiben. Das betrifft in erster Linie Fragen des bürger-

264 Kurt Finker: Der Platz des 20. Juli 1944 in der Geschichte des antifaschistischen deutschen Widerstandskampfes. In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR (1985) 1/2. S. 23.

265 Ebenda. S. 141.

266 Siehe »Neues Deutschland« vom 20. Juli 1984. S. 3.

lichen bzw. großbürgerlichen Widerstandes an sich, seiner Möglichkeiten und Grenzen, seiner Kriterien und seiner Wirkung. Die Konferenz machte deutlich, daß wir hier erst am Anfang stehen [...] Es ist insgesamt gelungen, eine aktuelle, interessante und faktenreiche Behandlung des Themas zu sichern, was auch durch das Urteil vieler Teilnehmer bestätigt wurde.

Bei den Massenmedien der DDR fand das Kolloquium eine große Aufmerksamkeit.²⁶⁷

Auch im Westen hatte man die Veranstaltung aufmerksam verfolgt.

In den 80er Jahren erschienen in größerem Maße Arbeiten und auch Fernseh-Dokumentarfilme, die sich mit bisher ausgesparten bzw. weniger berücksichtigten Themen deutscher Widerstandsgeschichte befaßten: Hauptmann d. R. Dr. Ernst Hadermann, General Friedrich Olbricht²⁶⁸, General Fritz Lindemann²⁶⁹, Botschafter Graf von der Schulenburg²⁷⁰. Das DDR-Fernsehen brachte in dieser Zeit folgende Dokumentationen: Hans Bentzien: Wir haben nichts zu bereuen (Über die Frauen des Kreisauer Kreises), 1984; Rolf Schnabel: Das Attentat auf Hitler, 1984; Günter Marquardt/Ulrich Teschner: Henning von Tresckow – Chef des Generalstabes oder Tod auf dem Schaffott, 1986; Günter Marquardt/Jürgen Eike: General Friedrich Olbricht – ein Mann des 20. Juli 1944, 1987; Hans Bentzien/Erich Thiede: Adolf Reichwein – Pädagoge und Widerstandskämpfer, 1988; Hans Bentzien/Erich Thiede: 13 Bilder über Stauffenberg, 1989; Kurt Seehafer/Jürgen Eike: Auch er wollte Hitler stürzen. Carl-Hans Graf von Hardenberg und der 20. Juli 1944, 1990. Einige dieser Filme wurden auch vom westdeutschen Fernsehen übernommen.

Es erschienen in dieser Zeit auch neugefaßte Gesamtdarstellungen des deutschen Widerstandes. Klaus Mammach behandelte in einer zweibändigen Arbeit nicht nur den Kampf der Kommunisten, sondern auch den sozialdemokratischen, christlichen und bürgerlichen Widerstand in Deutschland wie im Exil.²⁷¹

Auch das sechsbändige Werk »Deutschland im zweiten Weltkrieg« widmete sich den Hauptereignissen und Hauptpersonen der deutschen Widerstandsgeschichte und zeichnete sich ebenfalls durch Sachlichkeit und größere Differen-

267 SAPMOBArchiv. ZPA. 33277.

268 Siehe Kurt Finker: Ernst Hadermanns Rolle im Nationalkomitee »Freies Deutschland«. In: Militärgeschichte (1988)1. S. 57–61; An der Seite Stauffenbergs. Zum 100. Geburtstag von Friedrich Olbricht. In: Militärgeschichte (1988)5. S. 461–463.

269 Siehe Wolfgang Welkerling: Ein Wehrmachtsgeneral auf dem Weg zum Antifaschisten. Zur Biographie des Generals der Artillerie Fritz Lindemann (1894–1944). In: ZfG (1989)9. S. 796–811.

270 Sigrid Wegner-Korfes: Friedrich Werner Graf von der Schulenburg. Botschafter Nazideutschlands in Moskau und Mitverschwörer des 20. Juli 1944. In: Alternativen. Schicksale deutscher Bürger. Hrsg. von Olaf Groehler. Berlin 1987. S. 231–270.

271 Siehe Klaus Mammach: Widerstand 1933–1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration. Berlin 1984 (Erstauflage 1974); Widerstand 1939–1945. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration. Berlin 1987.

ziertheit aus.²⁷² So unterschied man für 1944 zwischen der »antifaschistischen Widerstandsbewegung« (unter Führung der Kommunisten Bernhard Bästlein, Franz Jacob, Theodor Neubauer, Anton Saefkow, Georg Schumann, Martin Schwantes), der »großbürgerlichen antihitlerischen Opposition« mit ihrem »konservativen Flügel« (Carl Goerdeler, Ludwig Beck) und ihrer »bürgerlich-patriotischen Richtung« (Claus Graf Schenk von Stauffenberg), den »bürgerlichen Hitlergegnern« und der »antinazistischen Opposition« (Sammelbegriffe für die bürgerliche Opposition), dem »bürgerlich-progressiven Flügel der Verschwörung« (Stauffenberg, Adolf Reichwein, Julius Leber, Wilhelm Leuschner), den »bürgerlich-antifaschistisch-demokratischen Positionen« innerhalb des bürgerlich-progressiven Flügels (Stauffenberg, Reichwein, Leber, Leuschner, Peter Yorck Graf von Wartenburg, Adam von Trott zu Solz, die sich schließlich für »eine breite antifaschistisch-demokratische Front« engagierten).²⁷³

Zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD beschloß die 6. Tagung des ZK der SED im Juni 1988 die Thesen »70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden, für das Wohl des Volkes«. Ohne Zweifel enthielten sie viel Richtiges, vor allem die allgemeine Würdigung des aufopferungsvollen Kampfes der deutschen Kommunisten gegen Faschismus und Krieg. Sie gestanden auch einige politische Fehler der KPD ein, die die Partei – wie damals üblich – natürlich alle »im Vorwärtsschreiten« überwunden habe, um dann den Sozialismus in der DDR zum Siege zu führen.

Insgesamt muß man jedoch sagen, daß die Thesen nach wie vor eine geglättete, schöngefärbte und damit unwissenschaftliche Glorifizierung der KPD darstellten. Dazu zwei Beispiele:

1. Die Thesen sagten im Abschnitt über die Weimarer Republik: »Die Kommunisten verstanden zunehmend, daß die Politik der Aktionseinheit, so, wie sie seit Beginn angelegt war, immer davon ausgehen muß, daß die Sozialdemokratie einen eigenständigen Strom der Arbeiterbewegung darstellt.«²⁷⁴ In Wirklichkeit setzte sich diese Erkenntnis aber nur sehr mühsam durch und war in der Weimarer Zeit und noch in den ersten Jahren der Nazidiktatur keineswegs bestimmend. Es wurde nicht erwähnt, daß die Losung »Einheitsfront von unten« dominierte, daß Ernst Thälmann noch 1932 in seinem vielgerühmten Gespräch mit Funktionären der SPD und des Reichsbanner abrupt erklärt hatte: »Zwi-

272 Siehe Deutschland im zweiten Weltkrieg. Bd. 1–6. Berlin 1974–1985. – Herausgeberkollegium (insgesamt): Walter Bartel, Lothar Berthold, Wolfgang Bleyer, Karl Drechsler, Dietrich Eichholtz, Gerhard Förster, Olaf Groehler, Helmut Göpfer, Gerhart Hass, Otto Hennicke, Heinz Kühnrich, Dieter Lange, Klaus Mammach, Karlheinz Pech, Wolfgang Schumann.

273 Siehe Deutschland im zweiten Weltkrieg. Bd. 6: Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkes (Juni 1944 bis zum 8. Mai 1945). Berlin 1985. S. 284 und 285.

274 70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden, für das Wohl des Volkes. Thesen des ZK der SED zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD. In: Einheit (1988)7. S. 597.

schen uns und Zörgiebel aber stehen die 33 Särge der im Berliner Blutmai 1929 erschossenen Arbeiter. Zwischen uns und Noske brandet das Meer des von ihm und seiner Soldateska vergossenen Arbeiterblutes der zehntausend gemeuchelten revolutionären Freiheitskämpfer. Aus all diesen Gründen [...] lehnen wir Spitzenverhandlungen mit der SPD ab. Mit den SPD-Führern, die den Faschismus fördern, kann man nicht über den Kampf gegen den Faschismus verhandeln.«²⁷⁵ Auf die Frage, ob es in Deutschland zwei Arbeiterparteien gebe, hatte Thälmann geantwortet: »Während die Sozialdemokratie sich zum Wächter des kapitalistischen Systems entwickelte, erstreben wir Kommunisten als die einzige marxistische und [einzige] Arbeiterpartei den Sturz des Kapitalismus über den Weg der Diktatur des Proletariats. Folgernd aus allen diesen Tatsachen erklären wir eindeutig, daß es nur eine Arbeiterpartei gibt, nämlich die Kommunistische Partei.«²⁷⁶

Es ist bemerkenswert, daß diese sektiererischen Äußerungen in dem im Dietz Verlag erschienenen, sorgfältig gesieberten Thälmann-Bändchen nicht enthalten sind. Darum wurden sie nach einer im Verlag Marxistische Blätter in Frankfurt am Main herausgegebenen Ausgabe zitiert. Dem gläubigen DDR-Volk traute man den ganzen, unverfälschten, zuweilen auch irrenden Thälmann nicht zu.

2. In den Thesen heißt es, daß die deutschen Kommunisten das von der Sowjetunion angestrebte System der kollektiven Sicherheit in Europa unterstützen. »Aus dem gleichen Grund hatte die KPD den nach dem Scheitern der Militärverhandlungen zwischen der UdSSR, Großbritannien und Frankreich abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag unterstützt. Sie wertete ihn als Versuch der Sowjetunion, eine drohende imperialistische Einheitsfront gegen den einzigen sozialistischen Staat auf dem Erdball zu verhindern, die Sowjetunion aus dem unmittelbar bevorstehenden Krieg herauszuhalten und die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR gegenüber einem zu erwartenden deutsch-faschistischen Überfall zu verbessern. Diese Position der Partei, verbreitet durch Flugschriften und Rundfunksendungen, half, angesichts dieser Situation auch unter Kommunisten auftretende Unsicherheiten zu überwinden und die Überzeugung von der Notwendigkeit und Richtigkeit dieses Schrittes der Sowjetunion zu festigen.«²⁷⁷

Nach wie vor wurde nichts gesagt über die geheimen Zusatzverträge, was man angesichts der damaligen Verhältnisse (Geheimhaltung von deutscher und sowjetischer Seite) noch verstehen könnte. Es wurde aber auch nichts darüber gesagt, daß die KPD-Führung den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freund-

275 Ernst Thälmann: Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden. Bd. 2. Frankfurt am Main 1977. S. 248.

276 Ebenda. S. 258.

277 70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden. Thesen. In: Einheit (1988)7. S. 609.

schaftsvertrag vom 28. September 1939 sehr begrüßt und nunmehr ihren politischen Hauptstoß gegen den britischen und französischen Imperialismus und gegen die sozialdemokratische Führung gerichtet hatte, als hätte es keinen VII. Weltkongreß und keine Brüsseler Konferenz gegeben! In der 1966 veröffentlichten achtbändigen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« waren entsprechende Dokumente veröffentlicht worden (Band 5). Von der KPD-Führung war sogar die Illusion verbreitet worden, daß die Partei angesichts der guten Beziehungen des faschistischen Deutschland zur stalinistischen Sowjetunion mit Unterstützung der Massen »zu halblegaler Tätigkeit übergehen« und »sich vielleicht die volle Legalität erkämpfen«²⁷⁸ könne.

Doch dazu gab es nach wie vor kein Wort.

2. Für größere Wirksamkeit

Ein anläßlich des 70. Geburtstages des Widerstandskämpfers und Historikers Heinrich Scheel 1988 vorgelegter Sammelband »Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte« enthielt auch mehrere bilanzierende Beiträge zur deutschen Widerstandsgeschichte und ihren Wirkungen: Eberhard Brüning schrieb über die antifaschistische deutsche Exilliteratur in der historischen und kulturellen Situation in den USA 1933–1945; Karl Obermann (1987 verstorben) behandelte die Jugend- und Studentenbewegung im antifaschistischen Kampf; Werner Mittenzwei berichtete über Brecht und andere deutsche Emigranten in den USA während der Kriegsjahre; Kurt Pätzold schilderte die Ermordung des Zoologen Walther Arndt und die vergeblichen Versuche zur Rettung seines Lebens; Kurt Goßweiler befaßte sich mit dem Thema »20. Juli und die Faschismustheorie«; Eberhard Poppe fragte nach Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der ersten Verfassung der DDR und Helmut Meier untersuchte »Antifaschistisches Bewußtsein heute – Anforderungen an die geschichtsidologische Arbeit«.²⁷⁹

Helmut Meier zeigte in seinem Beitrag, daß große Anstrengungen unternommen wurden, den Geist des antifaschistischen Widerstandskampfes besonders der Jugend zu vermitteln und wandte sich auch gegen schematische Auffassungen von der Rolle der KPD. Er berichtete von der Untersuchung unter jungen Leipziger Arbeitern, die »zeigte, daß bei Jugendlichen der DDR antifaschistische Widerstandskämpfer unter den als vorbildhaft angesehenen Persönlichkeiten der Geschichte einen bevorzugten Platz einnehmen«.

278 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden. Bd. 5: Von Januar 1933 bis Mai 1945. Berlin 1966. S. 535.

279 Siehe Helmut Bleiber/Walter Schmidt (Hrsg.): Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte. Berlin 1988.

Die Untersuchungen machen aber auch deutlich, so Meier weiter, «daß es darauf ankommt, solchen Aktivitäten noch mehr Dauerwirkung zu verleihen. Zuweilen wird nicht genügend beachtet, daß nicht ständig mit den gleichen Methoden und Ansprüchen gearbeitet werden kann [...].

Vor allem gilt es, der Gefahr zu begegnen, daß Beispiele schematisch übertragen werden. Es müssen immer spezifische Eigenheiten und Züge beachtet werden, die das gewählte Vorbild charakterisieren, wie auch die Tätigkeit, die Aufgaben und die Zusammensetzung des Kollektivs berücksichtigt werden müssen. Das ist die Gewähr, daß nicht ›genormte‹ Vorstellungen von Widerstandskämpfern und vom Widerstandskampf entstehen. Vielmehr wird es dann gelingen, die mannigfaltigen Erscheinungsformen des Kampfes, die differenzierten Motivationen der Menschen und den unterschiedlichen Beitrag innerhalb der Bewegung zur Geltung zu bringen. Anders gesagt: die individuelle Physiognomie der Helden des Widerstandes gewinnt stärkere Konturen. Höhere Konkretheit ermöglicht auch die Zuwendung zur regionalen Geschichte [...].

Empirische Untersuchungen ließen erkennen, daß in der geschichtsideologischen Arbeit die soziale und weltanschauliche Breite der Widerstandsbewegung gegen den Faschismus noch mehr ins Blickfeld gerückt werden muß. Natürlich weiß jeder Jugendliche in der DDR, daß in der Widerstandsbewegung Angehörige der Bauernschaft, der Intelligenz, des Kleinbürgertums und des Bürgertums, Beamte, Offiziere und Geistliche, Menschen mit unterschiedlichen religiösen Bekenntnissen kämpften. Es ist bekannt, daß sie das zum Teil gemeinsam und unter der Leitung von Kommunisten und Sozialdemokraten, teilweise aber auch auf sich gestellt taten. Sie sind integrierender Bestandteil der antifaschistischen Bewegung. Unter den Opfern des Kampfes sind viele Menschen aus diesen Personenkreisen. Es sei nur an Pfarrer Paul Schneider, an Pastor Dietrich Bonhoeffer, an Pater Alfred Delp oder die Geschwister Scholl erinnert. Auch ihr Wirken und ihr Opfertod werden als kostbares Vermächtnis in der DDR bewahrt. Es ist notwendig, dem Stellenwert dieses Beitrages zum antifaschistischen Kampf in der Geschichtspropaganda jederzeit gerecht zu werden. Eine orientierende Bedeutung kommt in dieser Hinsicht der Würdigung der Beteiligten an der Verschwörung des 20. Juli 1944 im Jahre 1984 zu.

Eingehende Kenntnisse darüber vermitteln gleichzeitig die Einsicht, daß Faschismus eben Reaktion auf der ganzen Linie ist. Zwar richtete sich der faschistische Terror im Interesse der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Imperialismus in erster Linie gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, aber er traf ebenso erbarmungslos alle humanistischen, demokratischen und progressiven Bestrebungen und Äußerungen aus anderen Klassen und Schichten. Das Schicksal solcher Kräfte beweist nachhaltig, daß Demokratie, Humanismus und Fortschritt auf Dauer nur an der Seite und unter Führung der Arbeiterklasse gesichert werden können. Die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den ge-

meinsamen Feind hat übrigens viele Menschen aus dem bürgerlichen und kleinbürgerlichen Lager, unter ihnen viele religiös gebundene Menschen, bewogen, nach 1945 unter Führung der SED die antifaschistisch-demokratische und die sozialistische Umgestaltung mitzuvollziehen.

Es besteht also alle Veranlassung, Antifaschismus als Ferment der politisch-moralischen Einheit des Volkes der DDR zu würdigen [...].

Die Notwendigkeit einer höheren Konkretheit der geschichtsideologischen Arbeit auf diesem Gebiet betrifft auch die plastischere Darstellung des faschistischen Gegners. Antifaschismus ist die radikale Alternative zum Faschismus, getragen von der Unversöhnlichkeit der Gegnerschaft gegenüber dieser barbarischsten Form imperialistischer Machtausübung.

Die Widerstandskämpfer haben diesem gefährlichen Gegner Auge in Auge gegenübergestanden und seine ganze Brutalität und Menschenverachtung kennenlernen müssen [...].

Welche ideologische Verwirrung der Faschismus in den Köpfen vieler Menschen angerichtet hatte, erlebten sie tagtäglich. Sie waren unmittelbar mit der Wirkung von Druck, Drohung, Versprechungen, Verführung und Manipulation konfrontiert. All dies ist aber Bürgern, die in einem sozialistischen Staat aufgewachsen sind und dort leben, absolut fremd. Das hat zur Folge, daß nicht wenige, namentlich junge Bewohner unseres Landes, Schwierigkeiten haben, sich in die Lebens- und Kampfbedingungen von Widerstandskämpfern in einer faschistischen Diktatur hineinzusetzen. Deswegen muß alles getan werden, um diesen Gegner plastisch und in seiner ganzen Gefährlichkeit darzustellen [...].

Was Faschismus seinem Klassenwesen nach ist, ist allgemein bekannt, aber wie dieses Regime in der Praxis funktionierte und warum es zwölf Jahre lang vermochte, breite Massen des Volkes seiner Politik zu unterwerfen, diese Frage bedarf gerade aus dem Blickwinkel des wachsenden zeitlichen Abstandes immer wieder einer gründlichen Beantwortung [...].

Die ständige Aufhellung der Kontinuität zwischen Kampf gegen den Faschismus während der Nazidiktatur und Entmachtung der Schuldigen an Krieg und Faschismus nach 1945 ist eine weitere wichtige Aufgabe der Erziehung im Geiste des Antifaschismus [...] Der Beitrag, den die antifaschistischen Kader in Fortsetzung ihres und des Kampfes ihrer gefallenen Kameraden und Genossen bei der gesellschaftlichen Umgestaltung der DDR geleistet haben, muß in die Wertschätzung des antifaschistischen Widerstandskampfes deutlicher einbezogen werden.«²⁸⁰

Die Erkenntnisfortschritte schlugen sich auch im Inhalt des Geschichtsunterrichts nieder, wenngleich festzustellen ist, daß die Volksbildung häufig der Fachwissenschaft nachhinkte. Das Geschichtslehrbuch für die 9. Klasse im

280 Ebenda. S. 333–335. – Siehe auch Helmut Meier: *Geschichtsbewußtsein und historische Identität in der DDR. Versuch einer kritischen Bilanz*. Berlin 1996 (Hefte zur DDR-Geschichte 31).

Jahre 1988 spiegelte endlich den damaligen neuesten Stand der Geschichtswissenschaft wider. Es stellte nach wie vor den kommunistischen Widerstand und das NKFD berechtigt in den Vordergrund, behandelte aber so ausführlich wie nie zuvor die »Weiße Rose«, den »Kreisauer Kreis«, den 20. Juli 1944 und erwähnte auch die Pfarrer Heinrich Grüber und Martin Niemöller, den Kaplan Joseph Rossaint und den jungen Hamburger Christen Helmuth Hübener. Über die Judenverfolgung wurde u. a. folgendes gesagt:

»Hetze und Terror gegen die Deutschen jüdischer Abstammung nahmen von Jahr zu Jahr zu. 1935 sprachen die »Nürnberger Gesetze« ihnen alle Bürgerrechte ab. Eheschließungen und geschlechtliche Beziehungen mit Bürgern »deutschen Blutes«, sogenannten Ariern, waren als »Rassenschande« unter höchste Zuchthausstrafen gestellt.

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 organisierte die Nazipartei große Pogrome. Während der »Kristallnacht« zogen SA-Horden in Zivil plündernd durch die Straßen und demolierten jüdische Geschäfte und Wohnungen, steckten 281 Synagogen und über 200 andere Gebäude in Brand. 91 Juden brachten die Schläger dabei um, über 20 000 schleppten sie in die Konzentrationslager, wo die meisten den Tod fanden.

Die jüdischen Bürger mußten 1,5 Mrd. RM als »Buße« an den Staat zahlen. Juden durften sich nicht mehr an bestimmten Orten aufhalten, keine Theater und Kinos besuchen, keine Haustiere halten. Viele Tausende zwang man zur Auswanderung; ihren Besitz mußten sie vorher verschleudern, oder sie wurden enteignet. Bei der »Arisierung« der Betriebe griffen die Konzerne und Großbanken kräftig zu und erwarben billig Millionenbesitze. Flick z. B. übernahm die Petschek-Konzerne, die reiche Braunkohlevorkommen in Mitteldeutschland und im annektierten Sudetengebiet besaßen. Viele Nazifunktionäre beteiligten sich ebenfalls am Raubzug gegen die jüdischen Bürger und eigneten sich Haus- und Grundbesitz, Geschäfte und kleine Betriebe an [...].

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion begannen die Faschisten auch dort mit Judenverfolgungen. Diese nahmen in Deutschland, wo seit dem 1. September 1941 das Tragen des Judensterns zur Pflicht gemacht wurde, und in den besetzten Staaten an Umfang und Grausamkeit zu. In Berlin fand am 20. Januar 1942 in einer Villa in der Straße Am Großen Wannsee die sogenannte »Wannsee-Konferenz« statt. Dort wurde die »Endlösung der Judenfrage«, ein konkreter Plan zum Massenmord, zur gewaltsamen Vernichtung von mehr als zehn Millionen europäischer Juden, beraten und in Kraft gesetzt. Die schreckliche Bilanz der faschistischen Massenmorde war, daß bis Kriegsende über sechs Millionen Juden umkamen. Ein großer Teil von ihnen wurde in Vernichtungslagern ermordet [...].

Als die faschistischen Besatzer dazu übergingen, die in Warschau eingepferchten Juden in Todeslager zu verschleppen, erhoben sich diese am 19. April

1943 zum Aufstand im Warschauer Ghetto. Die vom Tode bedrohten Menschen führten den von Anfang an nahezu aussichtslosen Verzweigungskampf bis zum 19. Mai. Die SS unterdrückte den mutig geführten Aufstand brutal: Sie ermordete über 56 000 Juden und zerstörte diesen Stadtteil vollständig.«²⁸¹

Am 11. Mai 1988 fand anlässlich des 45. Jahrestages der NKFD-Gründung in Berlin eine wissenschaftliche Konferenz statt, auf der Heinz Kühnrich, Birgid Leske, Karlheinz Pech, Gerhard Leo, Klaus Scheel, Rudolf Fey, Ilse Kraushaar, Olaf Groehler, Günther Wirth, Gerald Diesener, Günter Benser, Erwin Lewin, Kurt Finker u. a. eine Reihe neuer Aspekte aus der Geschichte des Nationalkomitees und der internationalen Bewegung »Freies Deutschland« darlegten, ohne bereits alle Tabus zu brechen, da die sowjetischen Archive nur sehr bedingt zur Verfügung standen. Fey berichtete über die wirkungsvolle Rolle Heinrich Graf von Einsiedels bei der Auseinandersetzung mit Faschismus und Revanchismus damals und später in der BRD – auch bislang in der DDR ein »weißer Fleck«, da Einsiedel, Urenkel Bismarcks, ehemaliger Vizepräsident des NKFD und 1947/1948 Mitarbeiter der »Täglichen Rundschau«, im Dezember 1948 die SBZ und die »Partei neuen Typus« verlassen hatte und nach Westdeutschland gegangen war.

Das Fernsehen der DDR sendete im Juli 1989 die von Chronos-Film GmbH Westberlin geschaffene Filmdokumentation »Man nannte sie Verräter«, die ein recht objektives Bild von Entstehung und Kampf des NKFD bot. Das DDR-Fernsehen brachte diesen Film in voller Länge, während das ZDF jene Stellen herausgeschnitten hatte, in denen die weitgehende Übereinstimmung der Ziele des NKFD und der Patrioten vom 20. Juli 1944 zum Ausdruck kam.

Vom 21. bis 23. Juli 1989 fand in der Evangelischen Akademie in Westberlin, Am Kleinen Wannsee, eine Tagung zum Thema »Das Nationalkomitee Freies Deutschland – ein verdrängtes Kapitel deutschen Widerstandes« statt, auf der dieser Film als eine der Diskussionsgrundlagen gezeigt wurde. Auf der Tagung sprach u. a. Dr. Gerald Diesener (Leipzig) über das Thema »Die Bedeutung des Nationalkomitees im Vergleich mit anderen Widerstandsgruppen in der Sicht der DDR«. Ferner nahmen aus der DDR der ehemalige NKFD-Angehörige Bernt von Kügelgen sowie die Historiker Heinrich Scheel, Klaus Drobisch und Kurt Finker an der Tagung teil. Die große Mehrheit der Teilnehmer aus Ost und West wies entschieden die Versuche einiger ehemaliger Nazioffiziere zurück, den anwesenden Heinrich Graf von Einsiedel sowie die Angehörigen des NKFD überhaupt als »Landesverräter« zu beschimpfen.

Gegen Ende der 80er Jahre bemühten sich Werner Bramke in Leipzig und andere mit Erfolg um eine historisch gerechte Beurteilung Carl Goerdelers, der lange Zeit in der DDR-Historiographie als der Prototyp des Reaktionärs in der

281 Geschichte. Lehrbuch für Klasse 9. Berlin 1988. S. 142, 168 und 172.

Bewegung des 20. Juli galt.²⁸² Goerdelers konservative Grundeinstellung wurde dabei keineswegs negiert, aber wir betonten, daß auch er einen Lernprozeß durchmachte, daß er die faschistische Aggressions- und Terrorpolitik verurteilte und für eine friedliche Lösung der internationalen Konflikte eintrat, daß er mit großem persönlichen Einsatz wesentlich dazu beitrug, aus der zersplitterten, unverbindlichen bürgerlich-militärischen Opposition eine handlungswillige Gruppe zu formen.²⁸³ Bramke berichtete dabei auch von einem Brief des Historikers Walter Markov, in dem es heißt: »Er, der Intellektuelle und Kommunist (seit 1934), der selbst reichlich zehn Jahre im Zuchthaus zubringen mußte, riet mir in einem Brief vom 19. Oktober 1984, nachdem ich ihm von der heftigen Diskussion unter DDR-Historikern über die Einteilung von Antifaschisten in ›gute‹ und ›weniger gute‹ berichtet hatte: Meiden Sie den ›Blödsinn‹ zu unterscheiden zwischen ›Antifaschisten und Hitlergegnern‹. ›Wer den Kopf hingehalten hat, war Antifaschist‹. Und das mehr als Leute, die die ›schönste linke Ideologie hinter dem Ofen‹ hatten.«²⁸⁴

Aber immer noch blieben Lücken, zum Teil ein »gesamtdeutsches« Problem. Fast völlig ausgespart sowohl in der west- als auch in der ostdeutschen Geschichtsschreibung wurde der organisierte jüdische Widerstand, von dem eigentlich nur der Aufstand im Warschauer Ghetto und das Wirken der Berliner Gruppe um den Jungkommunisten jüdischer Herkunft Herbert Baum bekannt waren. Aber da Baum und seine Frau Marianne dem Kommunistischen Jugendverband angehörten, haben wir diese Gruppe, die aus jüdischen antifaschistischen, aber nicht in jedem Falle kommunistischen Jugendlichen bestand, stillschweigend dem kommunistischen Widerstand zugeordnet, obwohl wir es doch eigentlich aus der kurzen Darstellung von Stephan Hermlin von 1951 hätten besser wissen müssen. Die Vernachlässigung des organisierten jüdischen Widerstandes gab es allerdings nicht nur in der ost- und westdeutschen Geschichtsschreibung. Auch der jüdisch-amerikanische Historiker Raul Hilberg schreibt in seinem Standardwerk »Die Vernichtung der europäischen Juden«: »Während der Katastrophe von 1933–45 waren die Fälle aktiven Widerstandes rar und ohne Bedeutung. Vor allem aber waren sie, wann und wo immer sie

282 Sehr informativ zum Goerdeler-Bild in der DDR-Geschichtsschreibung ist Ines Reich: »Lange Zeit haben wir über Goerdeler mehr geschimpft als über Goebbels«. In: Räume voll Leipzig. Arbeitsberichte des Stadtarchivs Leipzig. Neue Reihe. Leipzig 1994; Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat. Köln [u. a.] 1997. S. 140–171.

283 Siehe Aufsatzsammlung in Werner Bramke: Carl Goerdeler und Leipzig. Leipzig 1995. – Kurt Finker: Das Programm Carl Goedelers – eine bürgerliche Alternative zum Krieg? (Unveröffentlichter Diskussionsbeitrag auf der wissenschaftlichen Konferenz »Phänomen der Weltkriege im zwanzigsten Jahrhundert« vom 31. 8. bis 3. 9. 1989 in Berlin.)

284 Werner Bramke: Carl Goerdeler. S. 20.

auftraten, Aktionen des letzten (niemals der ersten) Augenblicks.«²⁸⁵ Erst die Arbeiten von Arnold Paucker brachten hier einige Aufklärung.²⁸⁶

Unbeachtet blieben nach wie vor die antifaschistischen Großgrundbesitzer, was makabre materielle Konsequenzen hatte. Sie wurden 1945 im Zuge der Bodenreform genauso behandelt wie jeder beliebige SS-Führer: restlose Enteignung und Vertreibung. Das betraf z. B. in Brandenburg: Major d. R. Friedrich Wilhelm Graf zu Lynar auf Seese bei Lübbenau, Ordonnanzoffizier bei Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben, hingerichtet am 29. September 1944; Friedrich Fürst zu Solms-Baruth in Baruth, befreundet mit Generaloberst Ludwig Beck, vom 21. Juli 1944 bis zum 5. März 1945 in Haft, Freilassung nur durch den Tod von Roland Freisler und wegen verwandtschaftlicher Beziehungen zum dänischen und schwedischen Königshaus, die Heinrich Himmler im Zuge seiner Separatverhandlungen ausnutzen wollte; Carl-Hans Graf von Hardenberg auf Neuardenberg, von Juli 1944 bis zur Befreiung im Lazarett des KZ Sachsenhausen, aktiver Teilnehmer der Bewegung vom 20. Juli 1944; Hans Georg Karl Anton von Ribbeck auf Ribbeck, am 18. April 1944 als konservativer Hitlergegner verhaftet, Anfang 1945 im KZ Sachsenhausen umgekommen; Eva von der Hagen, Rhinow, Schwester des am 8. August 1945 hingerichteten Stadtkommandanten von Berlin General Paul von Haase; Amtsgerichtsrat Dr. Lothar Kreyszig, Hohenferchesar bei Rathenow, Mitglied der Bekennenden Kirche, nach Protest gegen die Euthanasie aus dem Staatsdienst entlassen, hatte außerdem auf seinem Hof drei Jüdinnen Unterschlupf gewährt. Alle wurden enteignet, ihr Besitz aufgeteilt, auch die 125 ha des Dr. Kreyszig. Einige erhielten im Verlauf der Bodenreform auf Antrag Resthöfe: Dr. Lothar Kreyszig, Eva von der Hagen, Henning von Ribbeck (Sohn des Umgekommenen). Ribbeck erhielt sogar 25 ha, d. h. einen Großbauernhof, den er erfolgreich und von der Provinzialverwaltung anerkannt bewirtschaftete. Doch im August 1947 brachte der Befehl 6080 der SMA Brandenburg die Ausweisung für alle, auch der Antifaschisten. Sie sollten sich in einem anderen Kreis niederlassen und noch einmal von vorn beginnen, gingen in der Regel aber zu Verwandten in die Westzonen. Die DDR-Geschichtsschreibung hat darüber geschwiegen bzw. allgemein von »Verschärfung des Klassenkampfes« usw. geredet. Es fiel kein Wort darüber, daß es in der KPD-Führung auch einmal andere Auffassungen gab. So hatte Edwin Hoernle, Agrarexperte der KPD, in Moskau eine Bodenreformkonzeption entworfen und sie am 4. Februar 1945 in der Parteiführung vorgetragen. Sie sah die entschädigungslose Enteignung aller »gerichtlich verurteilten

285 Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Bd. 1. Frankfurt am Main 1990. S. 30.

286 Siehe Arnold Paucker: Jüdischer Widerstand in Deutschland. Berlin 1989; »... bis 1970 völlig vernachlässigt«. Gedanken zur Geschichtsschreibung des Widerstandes der deutschen Juden gegen den Faschismus. In: Informationen. Frankfurt am Main (1997)46. S. 13f. (hrsg. vom Studienkreis Deutscher Widerstand).

faschistischen Volksfeinde und Kriegsgewinnler« vor, zugleich aber auch einen Aufruf an die Großgrundbesitzer, die am Widerstand beteiligt waren, zu einer »freiwilligen Bodenspende«, zu einem »Notopfer patriotischer Grundbesitzer«²⁸⁷. Das deckte sich mit Erörterungen über einen freiwilligen Bodenverzicht, die es damals in der Tat in den Kreisen um Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Helmuth von Moltke und Adam von Trott zu Solz gab, wo auch eine solche Bereitschaft bestand. Nach Kriegsende war davon keine Rede mehr, es fanden Enteignungen und Vertreibungen auch der Antifaschisten statt.

Eine weitere »gesamtdeutsche« Lücke bestand in dem Fehlen von Untersuchungen über den Widerstand von Sinti und Roma. Gab es in diesem Volksteil, der gleich den Juden von physischer Vernichtung bedroht war, keine Menschen, die sich dagegen wehrten? Laut Pressemeldungen wurde am 19. Juli 1998 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin erstmals eine Ausstellung über Solidarität, Selbstbehauptung und Widerstand der Sinti und Roma wie auch über den Aufstand vom 16. Mai 1944 im Vernichtungslager Auschwitz eröffnet.

Ein ähnliches Schicksal erlitten die Zeugen Jehovas, denen die Geschichtsschreibung in Ost und West kaum Beachtung schenkte. In der DDR wurden sie, nach einer kurzen Anerkennungsperiode in den ersten Jahren nach 1945, im August 1950 unter dem Vorwurf der Spionagetätigkeit für eine »imperialistische Macht« verboten.²⁸⁸

Das Jahr 1989 war von vielen Diskussionen erfüllt, in denen noch verbliebene dogmatische Positionen und »weiße Flecken« der bisherigen Geschichtsschreibung immer mehr in Frage gestellt wurden. Im revolutionär-demokratischen Aufbruch vom Herbst 1989²⁸⁹ zwang der kritischste und fortgeschrittenste Teil der SED-Mitgliedschaft endlich – nach langem Zögern – das Politbüro zum Rücktritt und legte den Weg frei, um – im Zusammenhang mit der allgemeinen Erneuerungsbewegung – auch die letzten der im Legitimationsinteresse geschaffenen Wunschbilder, Verzerrungen und Lücken im Geschichtsbild des Widerstandskampfes zu beseitigen.

Auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 hieß es in dem von einer Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Grundsatzreferat »Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED« (vorgetragen am 16. Dezember):

287 Fritz Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg. Potsdam (1995) 2. S. 10 (Schriftenreihe »Dialog in der PDS«).

288 Siehe Detlef Garbe: Im Westen vergessen. im Osten verschmäht. Verweigerung und Widerstand der Zeugen Jehovas in der Geschichtsschreibung. In: Informationen. Frankfurt am Main (1997) 46. S. 27ff (Hrsg. vom Studienkreis Deutscher Widerstand).

289 Siehe Siegfried Prokop: Glanz und Elend des Jahres 1989/90. In: Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 9/10. Bonn/Berlin 1998. S. 161ff.

»Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System [...].

Erich Honecker und sein Politbüro konnten vor allem deshalb einen derartigen Schaden anrichten, weil ein Geflecht von Strukturen, allgegenwärtige Apparate und eine Rechtfertigungsideologie einen derartigen Machtmißbrauch ermöglichten bzw. absegneten.

Die Symptome des Machtmißbrauchs liegen inzwischen offen zutage:

— Konzentration der Macht in den Händen eines arroganten Alleinherrschers, [...]

— Reglementierung und bürokratische Zentralisation von Kultur, Wissenschaft und Bildung, die einen Teil unserer kritischen Geister außer Landes trieb,

— politische Entmündigung der Bürger unserer Republik und Kriminalisierung Andersdenkender,

— Verwandlung der Medienlandschaft in eine trostlose Informationswüste und eine widerliche Hofberichterstattung [...]

Besonders schwer lastet auf uns, daß die Verbrechen der Stalinzeit noch nicht aufgeklärt, viele Opfer des Stalinismus noch nicht rehabilitiert sind [...].

Betroffen waren deutsche Kommunisten, andere Antifaschisten und ihre Familien, die in den 30er Jahren und teilweise nach 1945 erneut in der Sowjetunion verurteilt bzw. verbannt wurden. Ein Teil von ihnen kehrte 1956 in die Heimat zurück [...].

Wenn wir den Stalinismus dauerhaft überwinden wollen, so dürfen wir nicht nur die Tatbestände nennen, wir haben vor allem nach den Ursachen zu fragen, Ursachen, die nicht nur zur Fortexistenz, sondern in jüngster Zeit auch zu besonders abstoßenden Auswüchsen stalinistischer Herrschaft geführt haben.

Diese Ursachen haben historische Wurzeln, die auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße in die Geschichte zurückgreifen [...].

Unter stalinistischen Vorzeichen wurden grundlegende Gedanken und der ethische Gehalt der marxistischen Philosophie und Wissenschaft entstellt. So blieb unbegriffen, daß der Marxismus vor allem theoretischer Humanismus ist. Die Einsicht aber, daß der Marxismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung vor allem Repräsentanten und Vorkämpfer allgemeinemenschlicher Werte und Ideale sind, ist entscheidend für ein richtiges Herangehen an alle Fragen der sozialistischen Politik. Aus dieser Position resultiert die Erkenntnis der Notwendigkeit und Möglichkeit, diese Politik als Lebensform des denkbar breitesten Bündnisses aller Kräfte des Volkes zu entwickeln, niemanden auszugrenzen und immer den demokratischen Konsens und Kompromiß zur Verwirklichung der Interessen und Ansprüche der Menschen anzustreben. Dieses Bündnis – das die sachliche Auseinandersetzung immer einschließt – wurde oft nicht ehrlich und offen gesucht und durch Arroganz und Monopolisierung zerstört [...].

Der Einfluß des Stalinismus hinderte zeitweise viele führende deutsche Kommunisten – bei allen bedeutenden Verdiensten – daran, den Wert

bürgerlich-demokratischer Errungenschaften in vollem Maße zu erkennen und das Zusammengehen mit Sozialdemokraten sowie das breitestmögliche Bündnis für die Überwindung von Faschismus und Krieg konsequent mitzugestalten.

Viele im antifaschistischen Kampf entwickelte Gemeinsamkeiten sind durch den Einfluß stalinistischer Politik erheblich beeinträchtigt worden. Das ändert nichts daran, daß deutsche Kommunisten gemeinsam mit Sozialdemokraten nach der Befreiung zu Recht mit dem Anspruch auftreten durften, die weitere Entwicklung der Nation entscheidend mitzubestimmen.«²⁹⁰

3. 1990 – der Anschluß und seine Auswirkungen

Der revolutionär-demokratische Aufbruch vom Herbst 1989 endete in einem parlamentarisch-demokratischen Zustand mit starken restaurativen und auch konterrevolutionären Zügen, in dem beschleunigten Kurs auf den Anschluß der DDR an die BRD, der dann im Oktober 1990 auch staatsrechtlich erfolgte, nachdem entscheidende Voraussetzungen durch die massive Einmischung des Westens und die dementsprechenden D-Mark-Wahlen vom 18. März 1990 sowie die darauf folgende D-Mark-Einführung am 1. Juli 1990 geschaffen worden waren.

In dieser Zeit der »parlamentarischen« DDR bestanden einerseits bessere Möglichkeiten für wissenschaftliche Forschung und Geschichtsschreibung²⁹¹, da die ideologischen Schranken und Gängeleien bereits 1989 beseitigt worden waren. So korrigierte der Widerstandskämpfer und Kommunist Heinrich Scheel in aller Deutlichkeit das lange am Leben erhaltene, aber wirklichkeitsfremde Bild von der »führenden Rolle der Partei«. In einem Gespräch mit Regina Griebel, der Mitherausgeberin des »Gestapo-Albums zur Roten Kapelle« sagte er im Mai 1990:

290 Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Materialien. Berlin 1990. S. 41–43 und 49f. – Siehe auch »Neues Deutschland« vom 18. Dezember 1989. – Es ist vielleicht nicht zufällig, daß sich in der zehnköpfigen Arbeitsgruppe aus Gesellschaftswissenschaftlern verschiedener Bereiche, die dieses Referat vorbereitete, drei Historiker befanden, die sich mit der Geschichte des deutschen Widerstandskampfes befaßten: Karl Heinz Jahnke, Kurt Libera, Kurt Finker.

291 Siehe Kurt Finker: Der 20. Juli 1944 und die DDR-Geschichtswissenschaft. Vortrag im Otto-Braun-Saal der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin (West) am 19. Juli 1990. In: Beiträge zum Widerstand 1933–1945. Berlin (1990)39. – Manfred Weißbecker: Gedanken zum Antifaschismus – Verlust in der Geschichte der DDR. In: BzG 33(1991)2. S. 194–200; Vom unzureichenden Umgang mit den Schatten der Vergangenheit. Historische Orientierung und Geschichtskultur im Einigungsprozeß. Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 5. bis 7. April 1991. Rehburg-Loccum 1991. S. 116–121 (Loccumer Protokolle 8). – Günter Benser: Zum Umgang mit Geschichte der Arbeiterbewegung im deutschen Einigungsprozeß. In: Ebenda. S. 125–135.

»Weißt du, diese Vorstellung von Information durch eine zentrale Parteior- ganisation, die hier angeblich existierte, ist Quatsch. Das war so eine Wunsch- vorstellung z. B. in der politischen Plattform der KPD vom Dezember 1939. Da plante man eine Vernetzung aller Parteigruppen auf örtlicher, regionaler, be- zirklicher Ebene mit einer operativen Leitung in ganz Deutschland, die ihrer- seits von der Parteiführung aus Moskau angeleitet werden sollte. Solche Zielvorstellungen sind zum Glück nie bis zu uns vorgedrungen. Und wenn wir das irgendwo gelesen hätten, dann hätten wir gesagt: Das sind Spinner, die wis- sen einfach nicht, was hier los ist! – Wenn über Guddorf [Mitkämpfer der Roten Kapelle – K. F.] eine Verbindung von Berlin nach Hamburg bestand, dann war das viel! Unendlich viel! – *In den späteren Darstellungen bekamen dann aber die Parteibeschlüsse zunehmend mehr Gewicht als die konkrete Wirklichkeit.* [Hervorhebung von mir – K. F.]

Auf dieselbe Weise ist übrigens auch der umgekehrte Trugschluß entstan- den, nämlich der Widerstand der KPD hätte sich im Grunde darin erschöpft, daß sich die Partei mit sich selbst beschäftigte, indem sie dauernd aufbaute, knüpfte, platzte und neu aufbaute. – Das ist alles falsch! Das war nicht so! Sol- chen Blödsinn haben wir nicht gemacht! Und nur deswegen haben wir 9½ Jahre überstanden.« Er betonte aber gleichzeitig: »Aber wenn man sich den führen- den Kern genau ansieht, so war da immer Kommunismus mit dabei. Nur eben nicht von der Art, wie er offiziell begriffen wurde. Ich habe immer versucht, es lebendig darzustellen, indem ich von den Menschen erzählt habe, denen ich begegnet bin. Und da ist es unbestreitbar: die Aktiven, die die größten Opfer brachten und am meisten riskierten, die immer wieder von vorn angingen, im- mer wieder bei Null, wenn es sein mußte, die kamen aus der kommunistischen Ecke.«²⁹²

Während sich die Antifaschisten der DDR bemühten, ihre Konzeptionen zu überprüfen, eigene Fehler zu korrigieren, Lücken zu schließen und das wissen- schaftliche Bild von der Geschichte des Widerstandes zu vervollkommen, do- minierte auf der anderen Seite immer stärker, gestützt auf die durch die BRD bestimmten und finanzierten neuen politischen Machtverhältnisse, die herr- schende Politik das Geschichtsbild und die Arbeit mit Geschichte in einer bis- her unbekanntem Weise: »Abwicklung« von wissenschaftlichen Einrichtungen, d. h. Entlassung von DDR-Historikern, Liquidierung oder antikommunistische Umgestaltung von Gedenkstätten und Gedenktafeln, »Aussonderung« der marxistischen Literatur, Umbenennung von Straßen und Objekten, die nach Wi- derstandskämpfern benannt waren, Herabsetzung und Schmähung des kommu- nistischen Widerstandes, Verleumdung der antifaschistischen Erziehung und

292 Regina Griebel/Marlies Coburger/Heinrich Scheel: *Erfahrt? Das Gestapo-Album zur Roten Ka- pelle. Eine Foto-Dokumentation.* Halle an der Saale 1992. S. 296f. (hrsg in Verbindung mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand).

Öffentlichkeitsarbeit in der DDR als »verordneten Antifaschismus«, Glorifizierung des 20. Juli 1944 als angebliches Hauptereignis und Höhepunkt des deutschen Widerstandes.

Im ehemaligen Ministerium für Nationale Verteidigung in Straußberg veranstaltete der neue Minister für Abrüstung und Verteidigung Pfarrer Rainer Eppelmann am 20. Juli 1990 sogar eine Gedenkfeier zusammen mit den »Gästen«, die zuvor an dem Ritual in Westberlin teilgenommen hatten, auf der als Höhepunkt der Farce NVA-Soldaten im Stechschritt paradierten. Andererseits gehörte zu den ersten Akten der Bilderstürmerei die Entfernung von Gedenktafeln aus DDR-Zeit, darunter einer Tafel, die an der S-Bahn-Unterführung Friedrichstraße/Bahnhof Friedrichstraße in Berlin darauf hingewiesen hatte, daß an dieser Stelle im April 1945 ein junger deutscher Soldat wegen Verweigerung des Nazi-Durchhaltebefehls ermordet worden war.

Mit dem Anschluß der DDR an die BRD verschob sich der Blickwinkel: Man begann in wachsendem Maße, die Naziherrschaft und die DDR unter dem ideologischen Dach der Totalitarismus-Doktrin gleichzusetzen.

Nach dem Scheitern des sozialistischen Versuchs und dem Anschluß der DDR an die BRD erleben wir eine neue Welle des Konservatismus, des Antisozialismus, des Nationalismus, einschließlich der »knallharten« Propagierung der Totalitarismus-Doktrin, wie die Exministerin Dorothee Wilms (CDU) in der ersten Enquete-Kommission des Bundestages forderte. Wilms hatte am 13. März 1993 verlangt: »Und ich bin Frau Barbe sehr dankbar für ihren Hinweis, daß junge Menschen heute aus den neuen Bundesländern überhaupt nicht damit fertig werden, daß die SED-Zeit jetzt auch eine Diktatur gewesen sein soll, d. h. mit anderen Worten, es muß auch die Totalitarismus-Diskussion, die ja in der Bundesrepublik über viele Jahre diffamiert worden ist, knallhart geführt werden«²⁹³.

Es fällt auf, daß der Begriff »Antifaschismus« sowohl im offiziellen Sprachgebrauch als auch in den Publikationen konservativer, liberaler und mancher sozialdemokratischer Autoren kaum noch Verwendung findet, zum Teil sogar Anlaß zu scharfer Distanzierung bietet. In der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« schrieb 1994 Günther Gillesen in aller Deutlichkeit: »Mit ›Antifaschismus‹ war und bleibt auch künftig keine Gemeinsamkeit zwischen dem 20. Juli und dem NKFD, nicht zwischen der Geschichte der Bundesrepublik und jener der DDR, auch nicht zwischen Bundeswehr und ehemaliger NVA herzustellen.«²⁹⁴

293 In: Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode. Protokoll der 30. Sitzung der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur« vom 5. März 1993. Bonn 1993. S. 93.

294 Günther Gillesen: Aber wofür waren sie? In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 10. Juni 1994. S. 1.

An die Stelle der in der DDR vorhandenen Einseitigkeiten im Geschichtsbild begann die Installierung einer neuen, reaktionär-konservativ geprägten Einseitigkeit, die alles bisher Dagewesene übertreffen wird, wenn ihre Durchsetzung gelingt.

VI. BILANZ UND AUSBLICK

Die DDR war ein antifaschistischer Staat, in ihr wurde eine große Arbeit geleistet, um den Geist des Antifaschismus zu verbreiten und das antifaschistische Wissen zu fördern. Es entstanden Gedenkstätten sowie wissenschaftliche Untersuchungen zum verbrecherischen Wesen des Faschismus und zum antifaschistischen Kampf, vor allem der Arbeiterbewegung, aber auch anderer Gruppen, nicht zuletzt in Form vieler regionalgeschichtlicher Forschungen und Publikationen.

Es gab ein ehrliches Bemühen – von vielen Mitgliedern der SED, der CDU, der NDPD, der LDPD, der DBP, der FDJ, des FDGB, des DFD, des Kulturbundes u. a. Organisationen –, den Geist des Antifaschismus zu verbreiten, die Rituale bei den Gedenkfeiern, den Jugendweihestunden, den Gedenkstätten- und Museumsbesuchen, bei den Namensverleihungen mit lebendigem humanistischen Inhalt zu erfüllen. Aber wo sie formal gehandhabt wurden und inhaltlos blieben, förderten sie Abneigung und diskreditierten die Idee des Antifaschismus.

Der große Widerspruch lag darin: Einerseits mühten sich ehrliche Antifaschisten, die Ideale zu bewahren und wirken zu lassen – andererseits waren nicht selten aus ehemaligen Widerstandskämpfern selbstgefällige Machthaber geworden, denen ihre antifaschistische Aura jetzt zur eigenen Legitimierung und zur Disziplinierung des Volkes diene. Aus manchen Revolutionären waren Reaktionäre geworden, auf die das Wort Leo Trotzki zutraf: »Die Reaktion ist überhaupt unehrlich, weil sie ihre wirklichen Ziele vor dem Volke verbergen muß. Die Reaktion auf dem Fundament der proletarischen Revolution ist eine doppelte Lüge.«²⁹⁵ Kurt Goldstein, ehemaliger KPD-Funktionär, Spanienkämpfer, Auschwitz-Häftling, später Intendant des Senders »Stimme der DDR«, erklärte am 27. Januar 1995 vor den Delegierten des 4. Parteitages der PDS:

»Nach der Befreiung begann unser Versuch, eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu errichten. Toleranz und Humanismus sollten ihr Inhalt sein. Das empfanden wir als Pflicht unseren ermordeten Kameradinnen und Kameraden gegenüber. Viele Frauen und Männer gingen mit uns und unter oft großen persönlichen Opfern diesen Weg. Dieser Versuch ist gescheitert.

295 Leo Trotzki: Stalins Verbrechen. Berlin 1990. S. 5.

Heute müssen wir in kritischer Selbstbefragung und in aller Offenheit und Öffentlichkeit bekennen, daß wir für das Scheitern dieses Versuches mitverantwortlich sind, aus falsch verstandener Parteidisziplin, oder aus vorausschauender Furcht vor dem, was danach kommen könnte. Wir haben schweigend zugesehen, wie die Rechte der Bürgerinnen und Bürger immer mehr eingeschränkt, wie durch Verstöße und Verbrechen unsere großen Ziele in ihr Gegenteil verkehrt wurden.«²⁹⁶

So entwickelte sich in der DDR ein widerspruchsvoller Antifaschismus: einerseits war er ehrliche Überzeugung, mehrheitlich akzeptierter gesellschaftlicher Grundkonsens und integrativer Faktor, der Erziehung, Schule, öffentliches Leben durchdrang, andererseits wurde er von der SED-Politbürokratie zur Legitimierung ihrer eigenen autoritären Herrschaft mißbraucht und damit in seinem humanistischen Charakter beschädigt.

Diese Entwicklung vollzog sich nicht ohne Einwirkungen aus Westdeutschland: Die dortigen Umtriebe von Nazis, die Verfolgung von Kommunisten und anderen Oppositionellen sowie die politischen und wirtschaftlichen Repressivmaßnahmen gegen die DDR, z. B. die Hallstein-Doktrin, die Wirtschaftsboykotte, die Störaktionen, die Verleumdungskampagnen, versteiften diese Positionen, festigten das »Feindbild« und machten die Mauer glaubwürdig.

Daß der Antifaschismus diskreditiert wurde, ist eine bittere Wahrheit, löscht aber nicht diesen Begriff aus dem historischen Vokabular. Eine konsequente kritische Selbstbesinnung kann und wird den Boden für den gerade heute so notwendigen erneuerten Antifaschismus bereiten, der als klassen- und ideologieübergreifende, demokratische und humanistische Bewegung zu verstehen ist.

**LIEFERBARE VERÖFFENTLICHUNGEN
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN E.V.
(STAND DEZEMBER 1998)**

A. Schriftenreihen

TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S.

Heft 4: Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S.

Heft 5: Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S.

Heft 6: Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Die Verträge über Grenzen und gute Nachbarschaft – Grundlage für ein konstruktives Verhältnis zwischen Deutschland und Polen. Leipzig 1993. 74 S. ISBN 3-929994-03-8.

Heft 7: Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. 2., durchges. Aufl. Leipzig 1993. 50 S. ISBN 3-929994-01-1. (Unkostenbeitrag jeweils Vereinsmitglieder 3,00, ansonsten 4,00 DM)

Heft 8: Otto Rosenkranz/Gerhard Müller: Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Überarb. und erg. Neuauflage. Leipzig 1998. 72 S. ISBN 3-932725-11-5. [Enthält: Vorwort zu einer Neuauflage. S. 5. – Otto Rosenkranz: Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Was war – was ist – was wird sein? S. 7–32. – Gerhard Müller: Die Strukturkrise in der Landwirtschaft Westeuropas und die Chancen für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. S. 33–47. – Otto Rosenkranz: Nachwort. S. 49–59. – Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Tillack: Zum 85. Geburtstag von Prof. Dr. h.c. Otto Rosenkranz. S. 61–64. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 65–67. – Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. S. 69–72.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 3,00, ansonsten 5,00 DM)

Heft 10: Elenor Volprich: Langzeitarbeitslosigkeit in Ostsachsen. Leipzig 1994. 58 S. ISBN 3-929994-12-7.

Heft 11: Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. [Enthält: Marian Feldman: Der Aufstand im Warschauer Ghetto. S. 5–15. – Eva Seeber: Das Ghetto von Warschau. Von der Ausgrenzung zum Völkermord. S. 17–58. ISBN 3-929994-13-5. [Für den Druck bearbeitete und ergänzte Fassungen der Vorträge, die die Verf. auf der Gedenkveranstaltung des Polnischen Instituts Leipzig, der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, des Bundes der Antifaschisten und des Rosa-Luxemburg-Vereins am 28. April 1993 aus Anlaß des 50. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto gehalten haben.] – Ausgewählte Veröffentlichungen über das Warschauer Ghetto S. 59–61.]

Heft 13: Eva-Maria und Lothar Elsner: Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR (1949–1990). Leipzig 1994. 92 S. ISBN 3-929994-14-3.

Heft 14: Jürgen Becher: Wohnen und Mietrecht. Ausgewählte Probleme in Ostdeutschland. Leipzig 1994. 41 S. ISBN 3-929994-14-3.

Heft 15: Sarkis Latchinian: »Maastricht« – Hoffnung für Europa? Fehlentwicklungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Leipzig 1994. 47 S. ISBN 3-929994-14-3.

Heft 17: Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. ISBN 3-929994-26-7.

Heft 18: Kurt Finker: 20. Juli 1944 – 20. Juli 1994. Eine notwendige Nachbetrachtung. Leipzig 1995. 88 S. ISBN 3-929994-32-1.

Heft 19: Werner Bramke: Carl Goerdeler und Leipzig. Leipzig 1995. 92. S. ISBN 3-929994-39-9.

Heft 20: Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. ISBN 3-929994-47-X. (Unkostenbeitrag jeweils Vereinsmitglieder 3,00, ansonsten 4,00 DM)

Heft 21: Sarkis Latchinian: »Maastricht – eine Fehlkonstruktion für Europa. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. ISBN 3-929994-70-4. (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 3,00, ansonsten 5,00 DM)

Heft 22: Andrea Fischer-Tahir und Christian Pommerening: Zwischen Aufstand und Flucht. Zur jüngeren Geschichte Irakisches Kurdistan. Leipzig 1996. 106 S. ISBN 3-929994-81-X. (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 5,00, ansonsten 7,00 DM)

Heft 24: Der Osten im Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. Kolloquium am 30. September 1995 in Dresden. Leipzig 1997. 155 S. ISBN 3-932725-23-9. [Enthält: Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. S. 5–40. – Hans-Gert Gräbe: Arbeit und Wissen in der modernen Gesellschaft. Zur Kritik eines engen Arbeitsbegriffes. S. 41–55. – Jürgen Leibiger: Industrie- oder Informationskapitalismus? Beobachtungen zum Wandel der Wirtschafts- und Sozialstrukturen in der Gegenwart. S. 57–70. – Michael-Alexander Holzmüller/Reinhard Lauter: Neue Lebensweisen erfordern eine neue Mensch-Technik-Beziehung. S. 71–77. – Hans G. Helms: Electronic battlefields oder Die Einübung des imitativen Gehorsams. S. 79–90. – Johannes Gildemeister: Zur Desinformation in der »Informationsgesellschaft«. S. 91–98. – Heidrun Laudel/Elenor Volprich: Architektur und städtische Gemeinschaft im Informationszeitalter. Eine Zustandsbeschreibung. S. 99–115. – Konrad Haase: Demokratisierung als Bedingung des Übergangs zur Informationsgesellschaft. S. 117–126. – Jochen Gläser: Informationskapitalismus als Gegenstand von Theorie und Politik. S. 127–133. – Joachim Bischoff: Krise des Fordismus oder Informationskapitalismus? S. 135–144. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 145–147. – Lieferbare Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 149 bis 155.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 5,00 DM, ansonsten 8,00 DM)

Heft 25: Polen und Deutsche – Eine schwierige Nachbarschaft? Wandel und Wahrnehmung. Leipzig 1997. 80 S. ISBN 3-932725-16-6. [Enthält: Gerhard Voigt: Polen und Deutsche – Eine schwierige Nachbarschaft? Wandel und Wahrnehmung. S. 7–25. – Wojciech Wieczorek: Polen zwischen Aufschwung und ...? Versuch einer kurzen Analyse. S. 27–31. – Peter Hamann: Der Blick über Oder und Neiße. Polen im Spiegel der deutschen Presse. S. 33–67. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 69. – Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins. S. 71–80.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 4,00, ansonsten 5,00 DM)

Heft 26: Erhard John: Im Heute ist das Gestern lebendig. Zu historisch bedingten kulturell-geistigen Elementen nationaler Konfliktpotentiale in Ost- und Südosteuropa. Leipzig 1998. 84 S. ISBN 3-929994-98-4. (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 4,50, ansonsten 7,00 DM)

TEXTE ZUR LITERATUR

Heft 1: Im Zwielflicht des Jahrhunderts. Beiträge zur Hölderlin-Rezeption Leipzig o. J. 72 S. ISBN 3-929994-17-8. [Enthält: Vorbemerkung, S. 5. – Alfred Klein: Im Zwielflicht des Jahrhunderts. Johannes R. Bechers Hölderlinbilder. S. 7–32. – Klaus Pezold: »So kam ich unter die Deutschen«. Stationen und Probleme der Hölderlin-Rezeption im Deutschland des 20. Jahrhunderts. S. 33–48. – Günter Mieth: Ein Rückblick auf öffentliche Hölderlin-Ehrungen 1970. S. 49–65. – F. A.: [Annotation zu:] Gregor Wittkop (Hrsg.): Der Pflege Sohn. Texte und Dokumente 1806–1843 mit den neu entdeckten Nürtinger Pflegschaftsakten. Stuttgart, Weimar 1993. S. 66–69.]

Heft 2: Verbrannt, verboten, verbannt. Vergessen? Zum 60. Jahrestag der Bücherverbrennung von 1933. Leipzig 1995. 76 S. ISBN 3-929994-34-8. [Enthält: Vorbemerkung, S. 5. – Alfred Klein: Vernichtungssymbol und Mobilmachungssignal. Zum ideologiegeschichtlichen Ort der Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933. S. 7–28. – Hans Jürgen Friederici: Bücherverbote und Bücherverbanne in der Buchstadt Leipzig. S. 29–36. – Anneliese Feurich: Erinnerung an Karl Barth. S. 37–38. – Wolfgang U. Schütte: Bücherverbrennung 1933 und Büchervernichtung 1989/1990. S. 39–41. – Juliane Krummsdorf: Probleme einer Bibliothekarin im Umgang mit Schwarzen Listen, Schandpfahl und Autodafé. S. 42–46. – Frank Andert: Tucholsky auf den Müll? S. 47–51. – Rahel Springer: Der Verlust von Büchern war schmerzlicher als der von Möbeln. S. 52–53. – Rudolf Scholz: Rede anlässlich der Eröffnung der Ausstellung »Verbrannt, verboten, verbannt. Vergessen?« S. 55–63. – Personalia. S. 65–70.] (Unkostenbeitrag: jeweils Vereinsmitglieder 3,00 DM, ansonsten 4,00 DM)

Heft 3: Werner Schubert: Friedrich Nietzsche und seine Nachwelt in Weimar. Leipzig 1997. 103 S. ISBN 3-929994-93-3. (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 5,00 DM, ansonsten 7,00 DM)

Heft 4: »Die Stimme erheben ...«. Die russische Literatur in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Leipzig 1997. 128 S. ISBN 3-932725-31-X. [Enthält: Vorbemerkung, S. 5. – Roland Opitz: Willi Beitz – Die sechziger Jahre – Unsere Entdeckungen. S. 7–15. – Willi Beitz: Die »Stesidesjatniki« – Porträt einer Generation. S. 17–24. – Wolfgang Kasack: »Blätter aus Tarussa« – Almanach des geistigen Widerstands der russischen Literatur 1961. S. 25–40. – Miroslav Zahradka: Die Kriegsprosa der sechziger Jahre. S. 41–45. – Christiane Schulz: Das fremde Kind – Zur Poetisierung der Wirklichkeit bei Ajtmatov und Saint-Exupéry. S. 47–54. – Klaus Pezold: Martin Walsers Begegnung mit dem Erzähler Jurij Trifonov – Eine germanistische Fußnote zu einer slawistischen Diskussion. S. 55–59. – Zdenek Pechal: Spiel als Verteidigung – Vladimir Nabokov. S. 61–66. – Silke Waber: Joseph Brodskys Wahrung der Kultur (am Beispiel seines Rückgriffs auf Traditionen Marina Cvetaevas in den sechziger Jahren). S. 67–72. – Rolf Herkelrath: Von Moskau nach Petuski ohne Hoffnung. S. 73–84. – Walter Reiss: Aleksej Arbuzovs dramaturgische Experimente. S. 85–90. – Adelheid Latchinian: Der weibliche Anteil an der Erneuerung der russischen Literatur in den sechziger Jahren. S. 91–99. – Michael Wegner: Die späte Rückkehr des Michail Bachtin. S. 101–107. – Ein Blick auf ein Wissenschaftlerleben. Prof. Dr. sc. phil. Willi Beitz zum 65. Geburtstag. S. 109–114. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 115 bis 116. – Namenverzeichnis. S. 117–123. – Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. S. 125–128.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 5,00 DM, ansonsten 8,00 DM)

Heft 6: Betty Lucas bei den Familien Freiligrath und Marx. Londoner Erinnerungen aus dem Jahre 1852. Herausgegeben und mit einer Nachbetrachtung versehen von Johanna Ludwig. Leipzig 1998. 71 S. ISBN 3-932725-69-7. (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 5,00 DM, ansonsten 7,00 DM)

TEXTE ZUR PHILOSOPHIE

Heft 1: Eva J. Engel: Moses Mendelssohns Briefwechsel mit Lessing, Abbt und Iselin. Leipzig 1994. 42 S. ISBN 3-929994-30-5. [Enthält: Helmut Seidel: Zum Geleit. S. 5. – Eva J. Engel: Moses Mendelssohns Briefwechsel mit Lessing, Abbt und Iselin. S.9–34. – Zur Autorin dieses Hefes. S. 35. – Debatten, Kolloquia und Vorträge im Philosophischen Arbeitskreis. S. 37–38.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 3,00 DM, ansonsten 4,00 DM)

Heft 3: Volker Caysa und Udo Tietz: Das Ethos der Ästhetik. Vom romantischen Antikapitalismus zum Marxismus. Der junge Lukács. Leipzig 1997. 80 S. ISBN 3-932725-33-6. (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 4,00 DM, ansonsten 6,00 DM)

Heft 4: Rudolf Rochhausen: Die philosophische Strategie von Gottfried Wilhelm Leibniz. Leipzig 1998. 94 S. ISBN 3-932725-71-9. (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 6,00 DM, ansonsten 8,00 DM)

Heft 5: Naturwissenschaftliches Weltbild und Gesellschaftstheorie. Kolloquium am 13. Juni 1998 in Dresden. Leipzig 1998. 86 S. ISBN3-932725-73-5. [Enthält: Vorwort. S.5. – Herbert Hörz: Zur gesellschaftstheoretischen Relevanz moderner Naturerkenntnis. S. 7–44. – Alexander Andreeff: Selbstorganisation und Chaos in Natur und Gesellschaft. S. 45–53. Anette Schlemm: Selbstorganisation, Dialektik und wir. S.55–64. – Karl-Heinz Kaun: Die Büchse der Pandora. War die Entwicklung der Nuklearwaffen Ende oder Anfang der Verantwortung der Menschheit für die eigene Zukunft? S. 65–74. – Horst Kreschnak: Unsicherheit und Risiko in entscheidungstheoretischen Modellen und Wertefragen. S.75–84.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 6,00 DM, ansonsten 8,00 DM)

TEXTE ZUR HOCHSCHULPOLITIK

Heft 1: 4. Alternativer Hochschultag (11. März 1995). Leipzig 1995. 124 S. ISBN 3-929994-33-X. [Enthält: Vorwort. S. 5. – Torsten Bultmann: Zu den Thesen »Hochschule als gesellschaftliches Risiko« des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. S. 7–11. – Markus Gunkel: Die gesellschaftlichen Widersprüche bleiben ausgeblendet. Zwei kritische Bemerkungen zu den Thesen des BdWi »Hochschule als gesellschaftliches Risiko«. S. 13–17. – Barbara Höll: Frauen in der Wissenschaft. S. 19–21. – Astrid Franzke: Frauen unter Hochschulgesetzen. Bilanz, Grenzen, Auswege. S. 23–33. – Rainer Rilling: Mit der Datenautobahn in den Elfenbeinturm? Was Hochschulpolitik mit G-7, World Wide Web und nicht nur mit der PDS zu tun hat. S. 35–40. – Peter Döge und Brigitte Fenner: Orientierungspunkte und Leitlinien einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Forschungs- und Technologiepolitik. S. 41–56. – Peer Pasternack: Die Zusammenführung der Defizite. Zu Risiken und Nebenwirkungen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus. S. 57–64. – Siegfried Kiel: Zu dominierenden Wertungen der konservativen Hochschulerneuerung. S. 65–70. – Ludwig Elm: Aufarbeitung von Vergangem als Zukunftsaufgabe der Hohen Schulen. S. 71–80. – Werner Bramke: Landeshochschulpolitik zwischen Vision und mittelfristigem Ansatz. S. 81–88. – Uwe Hirschfeld: Politikwissenschaft an ostdeutschen Fachbereichen und Hochschulen für Sozialarbeit. Vertane Chancen, Stand und mögliche Perspektiven S. 89–97. – Werner Grahn: Hochschulen und Staat in Thüringen. S. 99–101. – Andreas Trunschke: Brandenburgische Hochschulreformen in der Krise. S. 103–114.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 4,00 DM, ansonsten 5,00 DM)

Heft 2: Arno Hecht: Verzweigt und verhunzt, nicht weiter verwendbar. Politisches und menschlich-soziales Umfeld der Hochschulerneuerung im Beitrittsgebiet. Leipzig 1997. 116 S. ISBN 3-932725-13-1. (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 5,00 DM, ansonsten 7,50 DM)

OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL

Heft 2: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S. ISBN 3-929994-31-3. [Enthält: Zum Geleit. S. 5. – Erhard Crome: Vergleichende Osteuropaforschung. Einige methodische und theoretische Aspekte. S. 7–17. – Eckart Mehlis: Zum Transformationsprozeß in Polen. Bemerkungen eines Historikers. S. 19–35. – Bernd Koenitz: »Wir sind ein kleines Volk«. Zu den Existenzbedingungen der tschechischen Nation und ihren Wirkungen. S. 37–53. – Dietmar Endler: Südslawische Literaturen im Spannungsfeld zwischen nationaler Identitätssuche und zwischenationalen Gemeinsamkeiten. S. 55–69. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 71–76. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 77–78. – Kolloquia der Gesellschaft für Kultursoziologie für 1996. S. 79.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 3,00 DM, ansonsten 4,00 DM)

Heft 3: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S. ISBN 3 929994-92-5. [Enthält: Vorwort. S. 5–6. – Jörg Roesler: Ökonomische Transformation in Ostmitteleuropa – eine vergleichende Betrachtung. S. 7–36. – Ernstgert Kalbe: Historische Aspekte nationaler Identitätssuche und nationaler Konflikte in Südosteuropa, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien (Thesen). S. 37–53. – Erhard Crome: Politische Konstellationen im ungarischen Umbruch. S. 55–74. – Sarkis Latchinian: Der Konflikt um Berg-Karabach. Hintergründe und Aussichten. S. 75–95. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 97–109. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 111–112. – Kolloquia der Gesellschaft für Kultursoziologie 1997. S. 113. – Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins. S. 115–124. – Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie. S. 125–128.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 5,00 DM, ansonsten 8,00 DM)

Heft 4: Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. 132 S. ISBN 3-932725-30-1. [Enthält: Vorwort. S. 5–6. – Erhard Crome/Jochen Franzke: Paradigmenwechsel in der Außenpolitik in Osteuropa. S. 7–43. – Helga Watzin-Heerdegen: Vertrag oder Verschwörung? Zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1939. S. 45–63. – Eva Seeber: Der Konflikt um die Gestalt Nachkriegspolens bis zur Jalta-Konferenz der Alliierten. S. 65 bis 107. – Bärbel Birnstengel: Tschechisch-slowakische Beziehungen seit 1918. S. 109 bis 126. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 127 bis 128. – Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa 1998. S. 128. – Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu Osteuropa-Themen. S. 129–130. – Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie zu Osteuropa-Themen. S. 131–132.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 5,00 DM, ansonsten 8,00 DM)

ROHRBACHER MANUSKRIPTE

Heft 3: Gottfried Wilhelm Leibniz – wissenschaftliche Methoden heute. Leipzig 1997. 120 S. ISBN 3-932725-29-8. [Enthält: Vorwort. S. 5–7. – Helmut Seidel: Leibniz und die Philosophiegeschichte. S. 9–20. – Rudolf Rochhausen: Leibniz und die Einheit von Logik, Kombinatorik und Erkenntnis. S. 21–34. – Reinhard Schmidt: Wege zur Negation eines Lehrsatzes am Beispiel des Mehrwertgesetzes aus der Sicht der Naturwissenschaft. S. 35 bis 47. – Jan-Peter Domschke: Zur Übertragbarkeit naturwissenschaftlicher Denkweisen in die Geisteswissenschaften. S. 49–59. – Manfred Jödecke: Rhizom-machen, eine Fortschreibung universalistischer Forschungsmethodologie? – Versuch aus der Perspektive aktueller französischer Kulturanthropologie. S. 61–71. – Peter Möbius: Knoten im Weltbild der modernen Physik. S. 73–93. – Ruth Milachowski: Die Schrift »Societät und Wirtschaft« – Ausdruck der Gleichwertigkeit von Theorie und Praxis im Werk von G. W. Leibniz. S. 95 bis 104. – Kurt Reiprich: Semantische und syntaktische Schwierigkeiten bei der Bestimmung universeller Methoden. S. 105–114. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 115–116. – Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 117–120.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 5,00 DM, ansonsten 8,00 DM)

DISKURS. STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE UND POLITIK DES SOZIALISMUS

Heft 2: Irrtum-Einsicht-Handeln. Beiträge zu Ideologie und Geschichte in linker Politik. Leipzig 1997. 58 S. ISBN 3-932725-10-7. [Enthält: Vorwort. S. 1-2. – Ernst Wurl: »Abschied von der Ideologie?« Zu Begriff und Platz von Ideologie und Wissenschaft in linker Politik. S. 3-33. – Dietmar Keller: Ein Blick zurück im Zorn. Zum Umgang mit der Geschichte der DDR. S. 33-46. – Michael Schumann: Politik ohne Ideologie? S. 47-58.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 3,00 DM, ansonsten 5,00 DM)

Heft 3: Klaus Kinner: »Die verlorene Zukunft«. Skizzen zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus. Leipzig 1998. 70 S. ISBN 3-932725-12-3. (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 5,00 DM, ansonsten 7,00 DM)

B. Bücher/Monographien

Ansichten zur Geschichte der DDR. Band V. Im Auftrag der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag und des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig herausgegeben von Jochen Cerny, Dietmar Keller und Manfred Neuhaus. Bonn, Berlin 1994. 177 S. ISBN 3-930344-04-1. [Enthält: Vorwort S. 7-8. – Dieter Wittich: Ideologische, methodische und pragmatische Aspekte des Berichtes der Enquete-Kommission. S. 9-18. – Stefan Bollinger: »Geschichtsaufarbeitung« – Machtinstrument oder Erkenntnis-hilfe? Einige Anmerkungen. S. 19-28. – Günter Benser: Bundestagsdrucksache 12/7820 – auch methodisch ein Dokument voller Widersprüche. S. 29-39. – Harald Neubert: Die Vorgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit im internationalen Bedingungsgefüge (Thesen). S. 41-48. – Jürgen Hofmann: Deutschlandpolitik als bundesdeutsche Einbahnstraße. Nachtrag zu einem defizitären Kapitel des Abschlußberichtes. S. 49-67. – Hans Jürgen Friederici: Das Thema »Antifaschismus« im Enquete-Bericht – Kritische Anmerkungen. S. 69-75. – Jörn Schütrumpf: Einige ungeplante und trotzdem nicht vermeidbare Bemerkungen zu Hans Jürgen Friederici. S. 77-80. – Manfred Weißbecker: Nachdenken über den Antifaschismus. S. 81-98. – Ernst Wurl: Die »SED-Diktatur«. Überlegungen im Kontext einer Kritik des Begriffs aus dem Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. S. 99-121. – Walter Friedrich: Regierte die SED ständig gegen die Mehrheit des Volkes? S. 123-147. – Volkmar Schöneburg: Rechtsstaat versus Unrechtsstaat? Vier Argumente gegen eine Schwarz-Weiß-Klassifikation. S. 149-161. – Bernd Okun: Inwieweit ist der Herbst 1989 »identitätsstiftend« für das vereinte Deutschland? Einige Überlegungen. S. 163-168. – Autorenverzeichnis für Band V. S. 169. – Inhaltsverzeichnis für die Bände I-V. S. 171-177.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 10,00 DM, ansonsten 15,00 DM)

Hans Mayers Leipziger Jahre. Beiträge des 3. Walter-Markov-Kolloquiums. Herausgegeben von Alfred Klein, Manfred Neuhaus und Klaus Pezold. Leipzig 1997. 200 S. [Enthält: Vorbemerkung der Herausgeber. S. 7-8. – Alfred Klein: Heimat auf Zeit. Hans Mayer an der Universität Leipzig: Die Ausgangslage. Die Leistung. Die Ausgrenzung. S. 11-26. – Friedrich Albrecht: Zu Hans Mayers Bücher-Buch. S. 27-30. – Irmfried Hiebel: Hans Mayer über Weiskopf, den »Mittler«. S. 31-36. – Leo Kreuzer: »... bin ich wieder an der Leine«. Mit Hans Mayer an der Technischen Hochschule Hannover. S. 37-40. – Nadeshda Dakova-Axentieva: Der Tonfall Schweyks. Zu einem Deutungsansatz Hans Mayers. S. 41-45. – Volker Caysa: »Auf der Suche nach dem Bürger«, einer Anregung Hans Mayers folgend. S. 47-52. – Elmar Faber: Hans Mayer und der Aufbau-Verlag. S. 53-57. – Werner Schubert: Hans Mayers akademische Antrittsvorlesung in Leipzig. S. 61-66. – Günter Mieth: Hans Mayers Leipziger Beiträge zur Schillerforschung. S. 67-70. – Siegfried Streller: Hans Mayers Beitrag zur Würdigung Kleists 1961. S. 71-74. – Dietrich Löffler: Die Romantik-Konferenz 1962 – ein Auftakt. S. 75-76. – Dieter Pilling: »Die architektonische Wunderwelt des Wawel«. Hans Mayer über polnische Kunst und Kultur. S. 77-80. – Werner Wolf: Hans Mayer und Richard Wagner. S. 81-86. – Horst Nalewski: Sicherheit gewonnen. Hans Mayers Bemerkungen zu Rainer Maria Rilke.

S. 87–92. – Klaus Schuhmann: »Gelegenheitsdichtung des jungen Brecht«. Hans Mayer entschlüsselt ein Gedicht. S. 93–96. – Klaus Pezold: Der Literarhistoriker und die deutschsprachige Literatur seiner Zeit. Hans Mayer als Partner von Autoren aus Ost und West. S. 97–102. – Armin-Gerd Kuckhoff: Über die Kenntlichkeit von Hans Mayer. S. 105–115. – Joachim Pötschke: Begegnungen mit Hans Mayer. Frankfurt am Main 1947 und Leipzig 1948 bis 1963. S. 117–120. – Joachim Biener: Nachtrag zum Mayer-Colloquium. S. 121–123. – Werner Hecht: »Zur freundlichen Beherzigung«. Hans Meyers Rat an den subversiven Brecht. »mit großen Herren nicht frey« zu reden. S. 125–128. – Erhard Scherner: Prüfungen 1953. Die fatalen Details. S. 129–132. – Waltraut Engelberg: Bert Brecht bei Hans Mayer. S. 133–135. – Günter Lohse: Operntheater Leipzig. 7. Oktober 1959. Unauslöschliche Erinnerung an Hans Mayer. S. 137–138. – Christel Hartinger: In anekdotischer Manier. S. 139–141. – Julia Lichtenberg: Mit Platon gesprochen. Beim Zeus, will ich Euch sagen, wie ich darüber denke. S. 143–145. – Ute Baum: Erziehung durch Hans Mayer. S. 147–148. – Manfred Lauer: »Die Gegenuniversität – bin ich selbst!« Hans Mayer und »68« in Hannover. S. 149–162. – Yan Baoyu: Zu Persönlichkeit, Lehre und Arbeitssül von Hans Mayer aus der Sicht seiner chinesischen Schüler der Leipziger Zeit. S. 163–167. – Günter Albus: Hans Mayer in Leipzig 1948–1963. Eine bio-bibliographische Chronik. S. 171–190. – Personenverzeichnis. S. 191–198. – Autorenverzeichnis. S. 199–200.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 15,00, ansonsten 20,00 DM)

»*Natürlich – die Tauchaer Straße!*« Beiträge zur Geschichte der »Leipziger Volkszeitung«. Herausgegeben von Jürgen Schlimper. Leipzig 1997. 519 S. ISBN 3-932725-34-4. [Enthält: Jürgen Schlimper: Vorwort. S. 7–9. – Hans Poerschke: Was wir heute wollen. Vorbemerkungen eines Nicht-historikers. S. 11–15. – Jürgen Schlimper: Eine sozialistische Antwort auf die Generalanzeiger. Zum Wandel konzeptioneller Vorstellungen bei der »Leipziger Volkszeitung« und deren praktischer Umsetzung. S. 17–99. – Tobias Liebert: Kommunikation und Organisation – historische und theoretische Aspekte. Rückblicke auf die sozialdemokratische Parteipresse anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der »Leipziger Volkszeitung«. S. 101–130. – Wolfgang Schröder: »Volkszeitungen« vor der »Volkszeitung«. Ein Versuch demokratischer Sammlung. S. 131–148. – Frank Stader: Vom »Ostkreis« zur »Leipziger Volks-Zeitung«. Albert Seebach und die Wiedergeburt der sozialdemokratischen Leipziger Presse (1883–1885). S. 149–165. – Frank Stader: Vom »Landtagswähler« zum »Wähler«. Der Übergang zu einer täglich erscheinenden Lokalzeitung. S. 167–193. – Matthias John: Konrad Haenisch in Leipzig 1894/1895 bis 1898. Eine Übersicht auf Grundlage von Überlieferungen in der LVZ und archivalischer Quellen. S. 195–286. – Hans-Jürgen Friederici: Franz Mehring und die »Leipziger Volkszeitung«. Seine Jahre als Chefredakteur. S. 287–297. – Rüdiger Zimmermann: Arkadij Gurland (1904 bis 1979). Marxistischer Theoretiker und Publizist. S. 299–322. – Erhard Hexelsneider: Russische Literatur in der »Leipziger Volkszeitung« vor dem ersten Weltkrieg. Ein Überblick. S. 323–341. – Jürgen Schlimper: Zur Arbeit an einer Monographie zur Geschichte der »Leipziger Volkszeitung« seit 1894. Wissenschaftliches Herangehen und Probleme bei der Arbeit an einer Habilitationsschrift. S. 343–362. – Dokumentation: Ausgewählte Darstellungen der »Leipziger Volkszeitung« zur eigenen Geschichte aus den Jahren 1919 bis 1931. S. 363–445. – Jürgen Schlimper: Thesen zur Entwicklung der »Leipziger Volkszeitung« vor 1945. S. 447–468. – Jürgen Schlimper: Thesen zur Geschichte der »Leipziger Volkszeitung« seit 1946 bis zum Ende der DDR. S. 469–506. – Autorenverzeichnis. S. 507–512. – Personenverzeichnis. S. 513–519.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 25,00 DM, ansonsten 32,80 DM)

Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg-Lesebuch. Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. Leipzig. »Helle Panke« zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V. Berlin und Förderverein Konkrete Utopien e. V. Berlin herausgegeben von Jochen Czemy. Leipzig 1997. 392 S. ISBN 3-932725-09-3. [Enthält: Manfred Neuhäus/Karl Matko: Grußansprachen. S. 11–14. – Hans Lauter: Zuchthausgespräche. Die Begegnung mit Gaulleiter Mutschmann und Diskussionen mit meinen Genossen. S. 17–22. – Dieter Wittüch: Dreierlei Macht. Frühjahr 1945 in Thüringen. S. 23–27. – Paul Korb: Der Antifaschistische Aktionsausschuß in Schwarzenberg. S. 28–41. – Wolfgang Kieß-

ling: Beierfeld. Erlebnisse in einer Gemeinde der »Freien Republik«. S. 42–57. – Willy Irmisch/Heiner Müller: Der Nachrichtensprecher. Bericht des Ersten Bürgermeisters. S. 58–62. – Werner Groß: Von den Anfängen der Forschung. S. 63–72. – Karl-Heinz Gräfe: Deutsche Kriegführung in Sachsen. S. 75–83. – Harald Weber: Die unbesetzte Zone im Mulde-Gebiet. S. 84–88. – Peter Bukvic: Antifaschistische Selbsthilfe im Westerzgebirge. S. 89–111. – Jochen Geyer/Ralf Müller: Zwischen Niemandland und »Republik«. Erinnerungen Einheimischer an die besatzungslose Zeit. S. 112–148. – Lothar Wendler: »Anderes Geld«. Numismatische Erkundungen. S. 149–156. – Frank Nestler: Die »Schwarzenberger Zeitung«. S. 157–166. – Dieter Schiller: Utopie als Geschichte. Stefan Heyms Roman »Schwarzenberg«. S. 167 bis 173. – Sascha Reinecke: Sowjetunion- und Russenbilder in Heyms Roman. S. 174–180. – Jochen Czerny: Ein (un)passendes Beispiel. Die DDR-Geschichtsschreibung über das Antifa-Regime. S. 183–213. – Günter Benser: Das Zentralkomitee der KPD und die Antifa-Ausschüsse. S. 214–226. – Ulla Plener: Über Spontanität, zwei Demokratie-Traditionen in der Arbeiterbewegung und die Position von Kurt Schumacher. S. 227–239. – Ingeborg Bauer: Basisdemokratie und Staatsmacht. S. 240–241. – Helmut Seidel: Reflexionen über den Utopie-Begriff. S. 242–245. Dokumentation und Chronik. S. 249–364. – Karten. S. 365 bis 369. – Verzeichnisse. S. 373–392.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 15,00 DM, ansonsten 21,80 DM)

Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Leipzig 1998. 53 S. ISBN 3-932725-09-3. (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 3,00, ansonsten 4,50 DM)

Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Kolloquium aus Anlaß des 80. Jahrestages der Russischen Revolution am 8. November 1997. Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. herausgegeben von Willi Beitz, Ernstgert Kalbe, Klaus Kinner und Roland Opitz. Leipzig 1998. 152 S. ISBN 3-932725-70-0. [Enthält: Editorial. S. 5. – Helga Watzin-Heerdegen: Gab es eine Alternative zum bolschewistischen Aufstand im Oktober 1917? S. 7–13. – Wladislaw Heßeler: »Die Wache ist müde ...«: Das Auftreten der Bolschewiki in der konstituierenden Versammlung. S. 14–22. – Ernstgert Kalbe: Chancen und Grenzen realsozialistischer Modernisierung in Osteuropa. Nachdenken über die Oktoberrevolution. S. 23–34. – Monika Runge: Die Oktoberrevolution und ihr Weg in die Sackgasse. S. 35–40. – Manfred Weißbecker: Das gescheiterte Parteikonzept und der Weg »linker« Parteien ins 21. Jahrhundert. S. 41–48. – Wolfgang Geier: Das Ende der Alternative. Vom VII. Weltkongreß der Komintern 1935 bis zu den Schauprozessen 1948–1952. S. 49–66. – Sarkis Latchinian: Die Idee der Revolution ist unvergänglich. S. 67–72. – Klaus Kinner: 7. und 9. November: Der deutsche Kommunismus und die Russische Revolution. S. 73–81. – Volker Caysa: Der andere Bloch – Bloch contra Lenin. Blochs »Vademecum für heutige Demokraten« und die Russische Revolution 1917. S. 82 bis 92. – Jürgen Schlimper: »Es ist eine Umwälzung von ungeheuren Dimensionen.« Die sozialdemokratische »Leipziger Volkszeitung« über die Russische Revolution (1917–1933). S. 93–122. – Nyota Thun: Erwartungen der Kunst-Linken: die absolute Freiheit der Kunst Oder Legenden und Realität. S. 123–129. – Willi Beitz: Literarische Lektüre als vergegenwärtigte Revolutionsgeschichte. Schlüsselkapitel aus Scholochows Romanepos »Der stille Don« rekapituliert. S. 130–135. – Gerhard Wappler: Auswirkungen der Oktoberrevolution auf das sowjetische Musikschaffen. S. 136–145. – Zu den Autoren dieses Hefes. S. 147 bis 150. – Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zu Osteuropa-Themen. S. 151–152.] (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 10,00, ansonsten 15,00 DM)

Arnulf Burckhardt: 13 auf einen Streich. Die personelle Veränderung der Professorenschaft an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig 1990 bis 1993. Leipzig 1998. 125 S. ISBN 3-932725-72-7. (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 7,00 DM, ansonsten 9,00 DM)

Annelies Laschitzka: Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Leipzig 1998. ISBN 3-932725-76-X. (Unkostenbeitrag: Vereinsmitglieder 14,00 DM, ansonsten 10,00 DM)